

Politikwissenschaft

Die neue Weltordnung

– Eine unipolare Ordnung oder eine Unordnung?

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

Tao Peng (M. A.)

aus Chong Qing in der V.R. China

2006

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Juli 2006

Dekan: Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Referent: Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers

Korreferent: Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski

Danksagung

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater, Prof. Dr. Dr. Reinhard Meyers, der die wissenschaftliche Betreuung der Arbeit und die vielfältige Beihilfe geleistet hat. Ich danke ihm insbesondere für seinen Rat und die mehrmalige Korrektur des Manuskripts in den verschiedenen Phasen der Arbeit. Mein herzlicher Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski für die Zweitbegutachtung der Dissertation. Des Weiteren bedanke ich mich beim Dekan der Philosophischen Fakultät, Herrn Prof. Dr. Dr. Wichard Woyke, für die Schlussberatung und bei Frau Christine Eglseder vom Promotionsprüfungsamt für die behilfliche Beratung und die nützlichen Informationen. Zum Schluss danke ich ganz herzlich meiner Tochter und meiner Frau für ihre unbeirrten, liebevollen Unterstützungen.

Münster, im September 2006

Tao Peng

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung, Forschungsstand, Erkenntnisinteresse und Untersuchungsmethode	1
1.2 Untersuchungsansätze und Vorgehensweise	5
2. Prolegomena	9
2.1 Erläuterung zentraler Begriffe der Arbeit	9
2.1.1 Weltordnung	9
2.1.2 Hegemonie	11
2.1.3 Struktur der Weltpolitik	13
2.2 Die Debatte um eine neue Weltordnung	15
2.2.1 Multilateralismus und die multilaterale Weltordnung	16
2.2.1.1 Multilateralismus	16
2.2.1.2 Die multilaterale Weltordnung	17
2.2.2 Unilateralismus und die unilaterale Weltordnung	23
2.2.2.1 Unilateralismus	23
2.2.2.2 Die unilaterale Weltordnung	24
2.2.3 Konzeptionen für eine neue Weltordnung	37
2.2.3.1 Weltstaat	37
2.2.3.2 Welthegeemonie	38
2.2.3.3 Global Governance	40
3. Alte und verbleibende Weltordnungen	43
3.1 Die koloniale Weltordnung	43
3.2 Die bipolare Weltordnung im Kalten Krieg	48
3.3 Die Weltordnung nach dem Kalten Krieg	53
3.3.1 Globalisierungsprozesse und Strukturwandlung der Weltpolitik in den 90er Jahren	54
3.3.2 Die Weltordnung unter dem US-Anspruch auf die	

Welthegeemonie	62
4. Die Weltordnung nach dem 11. September 2001	68
4.1 Die neuen, auch alten Krisen und Probleme der Weltordnungspolitik	68
4.2 Die Bedeutung der Ereignisse vom 11. September 2001	86
4.2.1 Die Reaktion der USA, EU und anderer Weltmächte	86
4.2.2 Zeitwende oder neue Ära der Weltpolitik?	89
4.3 Unilateralität versus Multilateralität in der neuen Weltordnungspolitik	93
4.3.1 Imperiale Herrschaftsbestrebungen der US-Politik nach dem 11. September 2001	94
4.3.1.1 Wechsel von Strategien, politischer Richtung und von Art der Handlungen	94
4.3.1.1.1 Strategie und Handlungen der Bush-Regierung	94
4.3.1.1.2 Strategiewechsel zum neuen Imperialismus sowie Militarismus	103
4.3.1.1.2.1 Bushs neue Doktrin	103
4.3.1.1.2.2 Die neokonservativen Kriegsstrategien und die neokonservativen Think Tanks	105
4.3.1.2 Stärke und Probleme der USA als Weltherrscher	114
4.3.1.2.1 Das übergroße Amerika	114
4.3.1.2.2 Der militärische Riese und seine Probleme	116
4.3.1.2.3 Die US-amerikanische Wirtschaft	128
4.3.1.2.4 Amerikanische Kultur und Politik	134
4.3.1.3 Empire Amerika?	140
4.3.2 EU-Europa: Eigenartigkeit, Politik und Fähigkeit	150
4.3.2.1 Europäische Position und Haltung gegenüber den USA	151
4.3.2.1.1 Die Haltung Europas nach dem 11. September 2001	151
4.3.2.1.2 Kontroversen zwischen Europa und den USA – Anspruch Europas	153

4.3.2.2 Das einzigartige Projekt Europas	159
4.3.2.3 Gewicht Europas	166
4.3.2.3.1 Wirtschaft	166
4.3.2.3.2 Militär/Verteidigungshaushalte	168
4.3.2.4 Europa als globaler Akteur	170
4.3.3 Die Rolle der Vereinten Nationen (UNO) als Weltordnungsinstanz und die Bedeutung anderer Weltmächte in der neuen Weltordnungspolitik	182
4.3.3.1 Rolle der UNO im Schatten der US-Vorherrschafts- bestrebung	182
4.3.3.2 Die Bedeutung anderer Mächte der Welt	193
4.3.3.2.1 Russland	193
4.3.3.2.2 China	200
4.3.3.2.3 Indien	210
4.3.3.2.4 Japan	212
4.3.3.3 Fazit	215
4.4 Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure – NGOs	217
5. Der Schluss: Welche Weltordnung wird es sein?	
– Perspektive der Entwicklung der Weltordnungspolitik	223
5.1 Zusammenfassung	223
5.2 Konsequenzen und Perspektive	235
Anhang	243
1. Abbildungsverzeichnis	243
2. Abkürzungsverzeichnis	244
3. Literaturverzeichnis	249

1. Einleitung

1.1 Problemstellung, Forschungsstand, Erkenntnisinteresse und Untersuchungsmethode

Das Ende des West-Ost-Konfliktes durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und der immer beschleunigte Globalisierungsprozess haben die Strukturen der Weltpolitik tiefgreifend verändert. Erstens sind die Vereinten Staaten (USA) dadurch zur einzig verbleibenden Weltsupermacht geworden. Seither beginnt das Zeitalter der globalen US-Hegemonie. Zweitens spielt nicht mehr nur die Staatenwelt eine wichtige Rolle auf der Weltbühne. Die Welt der wirtschaftlichen Akteure und die zivile Gesellschaftswelt gewinnen auch zunehmend an Bedeutung in der Weltpolitik. Die nationalen Staaten verlieren immer mehr ihren Einfluss auf die wachsend, transnational vernetzten Zivilgesellschaften (die wirtschaftlichen Akteure und die Nichtregierungsorganisationen) und verfügen nicht mehr über das Monopol der Normsetzungs- und Überwachungskompetenz. Sie sind nicht mehr in der Lage, die transnational nichtstaatlichen Akteure wirksam zu sanktionieren. Der internationale Terrorismus ist dementsprechend zu einem der größten Probleme der Weltpolitik geworden.

Noch tiefgreifender und gewaltiger werden die politischen Strukturen der Weltpolitik durch die Ereignisse der Anschläge vom 11. September 2001 und (insbesondere) den Ausbruch des Irak-Kriegs im Jahr 2003 verändert als die Auflösung des West-Ost-Konfliktes. Diese Veränderungen deuten auf eine verstärkte imperiale Politik der USA und lösen das System des Westfälischen Friedens ab, welches das alte und moderne Völkerrecht begründet. Der Krieg gegen den Irak ist von den USA und ihren Verbündeten ohne Legitimierung durch das UN-System und ohne Mitbestimmung und Mitwirkung des internationalen Kooperationsverbunds geführt worden. Dies hat die Grundfesten der bisher geltenden Völkerrechtsordnung und die von fast allen anderen Weltmächten (wie Frankreich, Deutschland, Russland und China) bestrebte Multilateralität der Weltpolitik stark erschüttert. Dadurch ist die in den 90er Jahren weit verbreitete Erwartung, dass internationale und globale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UN) letzten Endes ihre Rolle als eine Weltordnungsmacht spielen könnten, eine

Illusion geworden. Die Zeit der Kooperation und des Konsenses scheint nun vorbei zu sein. Die USA wollen endlich die Rolle des Weltpolizisten spielen und der einzig wahre Weltherrscher werden.

Die neuen Strukturveränderungen der Weltpolitik nach dem Irak-Krieg haben eine Reihe von Problemen der Weltordnung aufgeworfen. Sie charakterisieren nicht nur den starken Verlust der Souveränität und des Völkerrechts, sondern zeigen auch eine Art von Anarchie oder Unordnung in den Weltgesellschaften. Das Streben der USA nach der globalen Vorherrschaft hat das grundlegende Völkerrechtsprinzip der souveränen Gleichheit der Staaten enorm belastet und zur Aufhebung der Grund- und Freiheitsrechte und zur Anwendung der Gewalt in der Weltpolitik (also die Militarisierung der Weltpolitik) beigetragen. Die sich daraus ergebenden Folgen sind die Ruinierung des Wertkanon des Westens, die Ignorierung und Verstärkung globalen Krisen und Konflikte, das Hervorrufen neuen Krisen und Probleme (Vgl. Tudyka 2003: 9). Wie sind die Weltprobleme zukünftig zu ordnen? Wird Weltpolitik von heute und morgen die von den USA bisher bestrebte Politik sein, die auch völkerrechtlich nicht legitimierte militärische Gewaltanwendung rechtfertigt? Ist eine US-Weltvorherrschaft gut für die Lösung der Weltprobleme oder ganz im Gegenteil? Die Veränderungen der Strukturen der Weltpolitik nach dem Irak-Krieg erschwert die Erkundung und Identifizierung der „neuen“ Weltordnung (oder Weltregulierung). Denn sie zeichnen eine Krise und ein anarchisches Chaos der Weltordnungspolitik auf.

Der Irak-Krieg (sein Abbruch und Ablauf) verdeutlicht die Konturen neuer Gestaltung der Weltpolitik und löst daher in der Wissenschaft und Politik die Debatte um eine möglich neue Weltordnung aus. In dieser Debatte sehen viele Autoren ein erkennbares Ordnungsmuster in der gegenwärtigen Weltpolitik. Sie versuchen, mit bestimmten Modellen oder Mustern – wie die Konzepte der unipolaren, multipolaren Weltordnungen – die Realität der Weltordnungspolitik darzustellen. Mit diesen traditionellen, simplen Aspekten, welche den neuen gewaltigen Veränderungen in der Weltpolitik nicht mehr entsprechen, vernachlässigen sie die genaue Erforschung der Wirklichkeit des neuen Umbruchs der Weltpolitik. Dabei überschätzen diese Autoren entweder das Potenzial und die Fähigkeit der USA als ein neues Weltimperium, wie die Unilateralisten¹ es tun, oder

¹ Wie die folgenden US-amerikanischen Autoren: Robert Kagan, Francis Fukuyama, Elliott Abrams, Richard L. Armitage, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz u.a. (Vgl. Offener Brief an Präsident Clinton

glauben sie fest an das alte Muster von „weltweit horizontaler Politik-Kooperation“ (Vgl. Rittberger 2004: 245-270), wie die Multilateralisten² es tun. Sie schenken also wenige Aufmerksamkeiten auf die Tatsache, dass die Weltpolitik nach dem Irak-Krieg vielmehr eine globale Anarchie oder „Unordnung“ (Vgl. Todd 2004) bezeichnet. Die neue „Weltordnung“ ist somit nicht als ein bestimmtes Muster zu erkennen oder zu charakterisieren. Sie lässt sich also nicht einfach durch die Modelle – wie unipolare, bipolare und multipolare Ordnungen – klären und beschreiben.

Die einzig verbleibende Weltsupermacht USA werden weiter versuchen, die Welt zu führen und ihre Mission im Namen der Bekämpfung gegen den internationalen Terrorismus durch die Verbreitung weltweiter Demokratisierung und Liberalisierung zu verwirklichen. Die jüngsten Äußerungen des US-Präsidenten George W. Bush über einen möglichen (nicht ausgeschlossenen) militärischen Angriff gegen Iran und seine zweite Amtsantrittsrede über Freiheit³ bestätigen diese Vision von US-Politikern. Die anderen Mächte der Welt können die USA daran nicht hindern. Sie können sich jedoch weigern, der imperialen Politik der USA zu folgen. Sie können sogar etwas dagegen unternehmen, wie einige europäische Länder, Russland und China es tun. Die USA sind mächtig, aber nicht übermächtig. Die US-Weltordnung könnte für die kleinen und schwachen Länder wie Irak, Iran, Nordkorea, Syrien, Kuba u.a. gelten, aber nicht für die anderen Mächte der Welt. Die mächtigen Länder der Welt könnten nach dem US-Vorbild nun auch alles tun, was sie für richtig halten, ohne dabei unbedingt auf die internationalen oder globalen Normen und Regeln zu achten. Es gibt in der Weltpolitik kein wirksames Checken und keine ausreichende Balance zwischen den USA und den anderen Mächten der Welt mehr. Weder eine unipolare noch eine multipolare Weltordnung wird zustand kommen. Die Welt droht in eine anarchische Situation zu geraten, falls

vom 26. 1. 1998, unter: www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm.; und auch vgl. Kagan, Robert 2003: Macht und Ohnmacht, Berlin.)

² Vgl. Link, Werner 2003: Imperialer oder pluralistischer Frieden? Plädoyer für eine Politik der kooperativen Balance, in: Internationale Politik, 3/2003, Nr. 5, 58. Jahr, S. 57-64; auch vgl. Cooper, Robert 2003: Macht und Ohnmacht – aus europäischer Sicht. Eine Antwort auf die Thesen Robert Kagans, in: Internationale Politik, 3/2003, Nr. 5, 58. Jahr, S. 31-38; sowie vgl. Hauchler/Messner/Nuscheler 2002: Globale Trends 2001. Fakten, Analysen, Prognosen, Bonn.

³ „US-Präsident George W. Bush hat den Ton gegenüber dem Iran verschärft und einen Militärschlag nicht mehr ausgeschlossen.“ (Die Welt: Der Iran hält sich für unangreifbar, Bush schließt Militärschlag nicht aus, 19/Januar 2005, S. 1) „Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt immer mehr vom Erfolg der Freiheit anderen Ländern ab“, so wollte Bush in seiner Antrittsrede sagen, „die beste Hoffnung für Frieden in unserer Welt ist die Ausbreitung von Freiheit in aller Welt“. (Vgl. Die Welt: Bush feiert den Beginn seiner zweiten Amtszeit, 21/Januar 2005, S. 1)

die USA die internationalen Normen und Instanzen weiterhin missachten und auf die Partnerschaft und Zusammenarbeiten mit Europa und anderen Mächten der Welt verzichten. So ist die Weltregulierung (Weltordnung) neu zu definieren, oder sie wird zur Fiktion.

Das zentrale Interesse der Arbeit liegt darin, dass die Arbeit ausgewählte Aspekte (Blickwinkel) der historischen, gegenwärtigen strukturellen Veränderungen in der Weltpolitik analysiert und eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Debatte um eine neue Weltordnung (mit einigen wichtigen Ansätzen) führt. Die Analyse beschäftigt sich mit der sich in einem neuen, globalen Strukturveränderungsprozess befindenden Weltordnungspolitik, insbesondere nach den Ereignissen der Anschläge vom 11. September 2001 und nach dem Irak-Krieg im Jahr 2003. Welchen Einfluss haben diese Ereignisse auf die Veränderung der gegenwärtigen Strukturen der Weltpolitik? Welche Folgen hat diese Veränderung für die Gestaltung der neuen Weltordnung? Die vorliegende Arbeit hat das Thema: „Die neue Weltordnung – eine unipolare Ordnung oder eine Unordnung?“. Das leitende Erkenntnisinteresse der Arbeit richtet sich auf die folgenden Fragestellungen:

- Wie hat sich die Weltordnungspolitik auf der Grundlage der aktuellen strukturellen Veränderungen der Weltpolitik nach dem 11. September 2001 und dem Irak-Krieg neu gestaltet?
- Kann die neue Weltordnung eine imperiale Ordnung der USA sein?
- Hat die Multilateralität überhaupt in der globalen Regulierung noch eine Chance?
- Welche Art von Weltordnung wird es in der Zukunft geben?

Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass der neue weltstrukturelle Veränderungsprozess nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und nach dem Irak-Krieg im Jahr 2003, der durch die verstärkte US-Hegemonie- und Vorherrschaftsbestrebung und Radikalisierung der US-Politik und die weltweite Verbreitung des internationalen Terrorismus gekennzeichnet wird, die Weltpolitik in eine anarchischere Lage gebracht hat, die zu einer weiteren Schwächung der Lösung von Weltproblemen führt und zur verstärkten Minimalisierung der Weltordnung oder zur Destrukturierung der Weltpolitik beiträgt.

Die Analyse der Arbeit geht von einer ganzheitlichen Perspektive aus, die den Forschungsgegenstand als Auswahl aus den komplexen Handlungszusammenhängen der Weltordnungspolitik begriffen. Dabei werden diese Zusammenhänge als die vielfältigen, von unterschiedlichen Akteuren ausgehenden Interaktionen und ihre Verbindungen und Abhängigkeiten verstanden (Vgl. Czempiel 1981). Das Ziel der Analyse von den historischen und aktuellen strukturellen Veränderungsprozessen der Weltpolitik ist es, die neue Transformation und Gestaltung der Weltordnung zu untersuchen und die Realität der Weltordnungspolitik zu beschreiben und glaubhaft einzuschätzen. Und dabei führt die Arbeit die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Debatte um eine neue Weltordnung. Die Untersuchung der Arbeit weist die Tatsache auf, dass die gegenwärtige Weltordnungspolitik sich nicht einfach durch die Modelle wie unipolare, bipolare und multipolare Weltordnungen beschreiben lässt. So kann die existierende Weltordnungspolitik nicht als ein erkennbares Ordnungsmuster charakterisiert werden. Es existiert also gegenwärtig – nach der Analyse der Arbeit – keine globalgültige Ordnung, sondern nur regionale und nationale Ordnungen, die um ihre Gültigkeit in der Weltordnungspolitik miteinander konkurrieren.

Die Analyseebene der Arbeit wird hauptsächlich durch das internationale System (die Strukturen der Weltordnung oder Weltherrschaft) und zugleich auch durch die in der Weltpolitik operierenden Akteure gestaltet.

1.2 Untersuchungsansätze und Vorgehensweise

Im zweiten Kapitel handelt es sich um die Erläuterung der für die Untersuchung relevanten Begriffe, wie „Weltordnung“, „Hegemonie“ und „Struktur der Weltpolitik“, und um die historische, aktuelle Debatte um eine neue Weltordnung. Die Erläuterung der Begriffe wird jedoch ohne eine Festlegung in einer stichhaltigen theoretischen Verbindung durchgeführt. In dem ersten Teil des zweiten Kapitels geht es zuerst um die Verbindung und die Differenzierung zwischen dem Begriff „Weltordnung“ und den Begriffen „Weltpolitik“, „Weltherrschaft“ und „Internationale Ordnung“. Dabei wird die Weltordnung im allgemein verstanden als Antwort auf Weltprobleme oder als Lösung von Weltproblemen. Da die reale, existierende Struktur globaler Regulierung überwiegend durch das hegemoniale Streben von den USA gekennzeichnet wird, sollen der Begriff „Hegemonie“ und die

mit seiner Bedeutung der verbundenen Begriffe wie „Imperialismus“, „Empire“ u.a. definiert werden. Die Analyse der Arbeit wird in der ersten Linie aus der Perspektive der veränderten Strukturen der Weltregulierung durchgeführt. Zugleich werden die zu untersuchenden realen Probleme der Weltpolitik aus einem globalen Aspekt interpretiert. Daher wird anschließend auch die Begrifflichkeit der „Struktur der Weltpolitik“ erläutert. Im zweiten Teil des Kapitels wird die aktuelle Debatte um eine neue Weltordnung, mit der diese Arbeit eine Auseinandersetzung hat, skizziert dargestellt. Dabei bezieht es sich vor allem auf die verschiedenen, miteinander konkurrierenden Vorstellungen und Konzepte für eine neue Weltordnung, wie die Vorstellungen von unipolarer, multipolarer Weltordnung, und hinzu auf die Konzepte von „Weltstaat“, „Welthegeemonie“ und „globale Politik-Koordination“ – „Global Governance“.

Um die neue Weltordnung nach dem Irak-Krieg zu verstehen und zu erkennen, sollen die alten, also die jemals existierenden Ordnungen dargestellt werden. So können die Unterschiedlichkeiten und die Verbindungen zwischen den alten und neuen Weltordnungen festgestellt werden. Das dritte Kapitel stellt die Frage, unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen sich die alten, vergangenen Weltordnungen herausgebildet hatten. Es geht in diesem Kapitel um die kurze Darstellung von drei bedeutenden, vergangenen Weltordnungen, nämlich die koloniale Weltordnung in der kolonialen Zeit, die bipolare Weltordnung im Kalten Krieg und die US-hegemoniale Weltordnung nach dem Ende des West-Ost-Konflikts. Das Kapitel widmet sich zum großen Teil der Skizze der Weltordnung nach dem Kalten Krieg. Denn diese hat enge Zusammenhänge mit der real existierenden Weltordnung bzw. mit der neuen Gestaltung der zukünftigen Weltordnung. Die Untersuchung geht davon aus, dass das entscheidende Strukturmerkmal der Weltordnung vor dem 11. September 2001 es war, dass unter den Rahmenbedingungen von dem Zerfall der Sowjetunion und dem Globalisierungsprozess sich die Vereinigten Staaten von Amerika (die USA) die Vorherrschaft in der Weltpolitik verschafft hatten. Da der Globalisierungsprozess in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts eine große, bedeutende Rolle bei der Gestaltung damaliger Weltordnung gespielt hat, werden dieser Prozess und seine Auswirkungen auf die Transformation der Weltpolitik zuerst kurz dargestellt, bevor die Weltordnung nach dem Kalten Krieg in diesem Kapitel skizziert wird.

Das vierte Kapitel, also der relevanteste Teil der Arbeit, untersucht die neuen Problemsituationen und die neuen Konfigurationen in der Weltordnungspolitik nach dem 11. September 2001 und nach dem Ausbruch des Irak-Krieges im Jahr 2003 und fragt, was nach dem Irak-Krieg in der Weltpolitik neu ist und welche Konsequenzen für die Gestaltung der neuen Weltordnung sich daraus ergeben werden. Im ersten Teil des Kapitels werden die existierenden Krisen und Probleme der Weltordnungspolitik vorgestellt, die das „Weltregieren“ erheblich herausfordern und verhindern. Es handelt sich hier um die Frage, was soll und muss durch die Weltpolitik geordnet werden. Diese Weltordnung, die durch die US-Vorherrschaft gekennzeichnet wird, befindet sich wegen den von ihr verursachten globalen Krisen und Probleme in einem Delegitimationsprozess. Daher wird die Frage gestellt, welche Verantwortlichkeit haben die USA eigentlich für das Entstehen globaler Probleme und Krisen. Fördern die US-Amerikaner und ihre Verbündeten die Weltkrise oder vermindern sie im Gegenteil die globalen Probleme? Die Folgen der allmählich verfallenden Weltordnung werden selbstverständlich der Anspruch auf die Umgestaltung oder vielleicht die Ablösung dieser Weltordnung sein. Im zweiten Teil des Kapitels werden die Bedeutung der Ereignisse vom 11. September 2001 und die Rolle des Irak-Kriegs in der neuen Konstruktion der Weltordnungspolitik erläutert. Im dritten Teil des Kapitels werden die Kräfte- und Machtverhältnisse zwischen den USA, der Europäischen Union (EU), Vereinten Nationen (UNO) sowie den anderen Weltmächten wie Russland und China in der neuen Weltlage untersucht. Dabei wird der Streit oder Kampf um eine neue Weltordnungsrichtung zwischen den USA und der EU, anderen Mächten der Welt dargestellt. Im vierten Teil des Kapitels wird schließlich die Rolle der weltzivilgesellschaftlichen Akteure wie NGOs in der Weltpolitik abgebildet.

Die Untersuchung geht aus verschiedenen Perspektiven vor, also sowohl aus der machtpolitischen Perspektive als auch aus dem weltgesellschaftlichen Aspekt. So kann das Untersuchungsthema von verschiedenen Seiten oder Ebenen betrachtet werden. Hier werden die o.g. leitenden Fragestellungen dieser Arbeit behandelt. Die Untersuchung beschäftigt sich einerseits mit den Möglichkeiten einer unipolaren, multipolaren oder anarchischen Weltordnung und andererseits mit den realen machtpolitischen Lagen in der Weltpolitik, damit eine klare Kontur von möglichen machtpolitischen Gestaltungen der „neuen“ Weltordnung sichtbar wird. Es ist offenkundig, dass die USA nach dem 11. September 2001, besonderes nach dem

Irak-Krieg entschlossen sind, nicht nur die Führungsmacht des Westens, sondern auch die Führungsmacht der Welt zu sein. Sie streben nach einer unipolaren Weltpolitik und sind auch davon überzeugt, dass sie in der Lage sein, diesen Anspruch zu realisieren. Die Europäer, Russen, Chinesen, die anderen Staaten der Welt und die weltzivilgesellschaftlichen Akteure akzeptieren das Streben der USA nicht. Sie fordern nach einer wie bisher geltenden „multipolaren“ Weltordnung. Jedoch ist es schwierig, dass die Europäer, die anderen Mächten der Welt sowie die transnationalen Nichtregierungsorganisationen eine einheitliche Front gegenüber den USA aufbauen können (und auch wollen), um die US-Amerikaner dazu zu zwingen, wieder in die alte Ordnung (also in die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft) zurückzukehren. Zugleich wird es den Europäern und dem Rest der Welt auch kaum gelingen, als gleichberechtigte Partner gegenüber den USA in der Weltpolitik aufzutreten. Dementsprechend ist die Frage zu stellen, ob die USA am Ende des Weltordnungskampfes die Welt nach amerikanischen Regeln führen können, oder ob die Europäer und der Rest der Welt doch noch eine Chance haben, die USA zum Verzicht auf ihre imperiale Politik zu überreden oder zu zwingen. Allerdings kann eine unipolare US-Weltordnung einerseits ohne die Akzeptanz und den Gehorsam anderer Mächte der Welt kaum zustand kommen. Andererseits sind die USA trotz ihrer Überlegenheit in den militärischen, machtpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen nicht in der Lage, allein alle ihnen gegenüberstehenden globalen Probleme zu lösen. Deshalb ist es schwer einzuschätzen, welche Art von Weltordnung es in der Zukunft geben wird, sei es die Art von einer unipolaren Ordnung oder die Form von einer multipolaren Ordnung. Wenn die USA weiterhin ohne Achtung auf die internationalen Normen (Regeln), Institutionen und Regime so handeln wie bisher, ist es sehr wahrscheinlich, dass eine noch anarchischere Staatenwelt als die bisherige Staatenwelt⁴ auf die Weltpolitik zukommen wird. Also, es könnte eine Art von „Unordnung als Ordnung“ sein: Einerseits findet die US-Hegemonie keine Anerkennung und Gefolgschaft der anderen Mächte, andererseits gerät der Multilateralismus wegen der Ablehnung- und Vorherrschaftshaltung der USA in eine Krise.

⁴ Es existiert seit dem Ende des West-Ost-Konflikts in der Tat kaum multipolare Ordnung in der Weltpolitik mehr, sondern die US-Hegemonie und Anarchie der Staatenwelt (Vgl. Menzel 2004: 51-63).

Zum Schluss geht es im fünften Kapitel um die Zusammenfassung und die Schlussfolgerungen, in denen die Argumentationen und die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst werden. Dabei werden die Konsequenzen und Perspektive für das Weltregieren erörtert und die Aussichten einer möglichen neuen globalen „Ordnung“ diskutiert.

2. Prolegomena

Zuerst ist zu klären, was unter einigen zentralen Begriffen wie „Weltordnung“, „Hegemonie“ und „Struktur der Weltpolitik“ hier gemeint oder verstanden werden sollen und wie die historische, (insbesondere) aktuelle Debatte über die neue Weltordnung in der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit durchgeführt wird, bevor die Arbeit sich mit dem Thema „die neue Weltordnung – eine unipolare Ordnung oder eine Unordnung“ beschäftigt.

2.1 Erläuterung zentraler Begriffe der Arbeit

2.1.1 Weltordnung

Eine Weltordnung ist vor allem eine „Ordnung“. Unter Ordnung ist es zu verstehen, dass Menschen ihr Zusammenleben durch gemeinsame Normen, Werte und Institutionen für die Erfüllung bestimmter Aufgaben, z. B. für die Lösung von Konflikten und Problemen, regeln. Ordnung kann jedoch nicht unbedingt die Regeln des Zusammenlebens von Menschen bedeuten. Sie kann auch die Normen oder Richtschnur heißen, die gewissen mächtigen Gruppen dienen. „Ordnung kann Rangordnung im hierarchischen Sinn, oder Verhaltens- und Verfahrensregel unter kooperativen und konsensualen Prämissen oder auf der Grundlage von Befehl und Gehorsam heißen. Entsprechend kann Ordnung zur Sicherung der Herrschaft dem Bedürfnis der Mächtigen, Starken und Großen oder dem Bedürfnis der Schwachen und Kleinen nach Berechenbarkeit der Herrschaft der Mächtigen, Starken und Großen entspringen.“ (Tudyka 2003: 16) Ordnung ist ein Verhaltensmuster, der die grundlegenden Ziele des Gesellschaftslebens stützt oder aufrechterhält. In diesem Sinn wird Ordnung getragen durch die gemeinsamen Interessen, welche die

primären Ziele verfolgen, durch die Regeln, die das Verhaltensmuster vorschreiben, das diese Regeln stützt, und durch die Institutionen, die diese Regeln effektiv machen.

Der Begriff Weltordnung ist zu verstehen als eine Ordnung, welche die Aktivitäten verschiedener Akteure auf unterschiedlichen Ebenen durch die internationale Rechte (die Charta der Vereinten Nationen) und durch die globalen Institutionen und Regime (die Vereinte Nationen und ihre Organisationen) regelt oder steuert. Welt kann vor allem im Sinn einer Ganzheit als Welt aller Menschen oder Akteure angesehen werden, die in dieser Welt leben und handeln. Weltordnung ist eine Art von Verhaltensregeln für alle Akteure auf der Welt. Weltordnung soll in dieser Bedeutung nicht nur eine Ordnung der Staatenwelt (Staaten und internationale Organisationen) sein, sondern auch eine Ordnung der Wirtschaftswelt (Unternehmen, transnationale Konzerne, Banken, Versicherungen, etc.) und der zivilgesellschaftlichen Welt (Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Individuen). Der Begriff Weltordnung betrifft also Werten, Regeln und Verhaltensmuster, die durch unterschiedliche Institutionen (wie Staaten, internationale Organisationen, globale Regime, auch nichtstaatliche Akteure, etc.) interpretiert, dauerhaft aufrechterhalten und durchgesetzt werden.

Der Begriff Weltordnung lässt sich nicht einfach von den Begriffen Weltpolitik und Weltherrschaft unterscheiden. Jedoch gibt es gewisse Differenzen zwischen den Begriffen. Der Begriff Weltpolitik kennzeichnet vieldeutig die Strukturen der internationalen Beziehungen und weltweit durchgeführte Politik (policy). Er schenkt vorwiegend Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen auf der internationalen Bühne operierenden Akteuren (wie Staaten u.a.) und auf global ausgerichtete politische Handlungen. Der Begriff Weltordnung legt im Unterschied zu dem Begriff Weltpolitik besonderen Nachdruck auf die Steuerung oder Regelung von Aktivitäten verschiedener Akteure zur Minderung oder Lösung globalen Krisen, Probleme und Konflikte. Weltherrschaft ist im engeren Sinn zu verstehen als auf weiten Teilen der Erde gültige Herrschaft eines einzigen Staates oder einer Gruppe von Staaten, der oder die das Ziel der endgültigen Unterwerfung aller Staaten oder aller Völker unter dessen Herrschaft verfolgt oder verfolgen. Im weiteren Sinn kann der Begriff definiert werden als Herrschaft der Staatenwelt und ihrer Organisationen über die ganze Welt, also von Mitgliederstaaten der Weltorganisation (wie UNO) gemeinsam ausgeübte Herrschaft. Weltherrschaft bezieht sich in diesem Sinn auf die

von der Staatengemeinschaft legitimierte Macht. Weltordnung betrifft im unterschiedlichen Sinn die verbindlich geregelte oder normative Struktur (M. Weber) der Weltgemeinschaft. Während der Begriff Weltordnung das Verhaltenmuster lokal, regional und global operierenden Akteuren bezeichnet, weist der Begriff Weltherrschaft auf die Macht im Weltmaßstab hin. Der Begriff Weltordnung lässt sich dennoch von dem Begriff „internationale Ordnung“ deutlich unterscheiden. Internationale Ordnung ist eine Ordnung der Staaten. Weltordnung ist aber dagegen eine Ordnung der ganzen Menschheit, also eine Ordnung der Weltgesellschaft, zu der die ganze Menschheit gehört. Ferner: „Order among mankind as a whole is something wider than order among states; something more fundamental and primordial than it; and also, I should argue, something morally prior to it.“ (Bull 2002: 21)

2.1.2 Hegemonie

Konventionell ist der Begriff Hegemonie als zwischenstaatliche Hegemonie gemeint, angewandt auf die machtsstaatlichen Beziehungen. Er unterscheidet sich von dem modernen Begriff gesellschaftliche Hegemonie, der auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse angewandt wird. Gewöhnlich wird Hegemonie als Vormacht oder Überlegenheit (sei es in politischer und militärischer oder wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht) eines Staates gegenüber den anderen Staaten verstanden. Als Beispiel ist in der Geschichte diese hegemoniale Herrschaftsstruktur z. B. in Sparta, Theben und in dem Römischen Reich zu finden. Die moderne Vorstellung von Hegemonie (also gesellschaftliche Hegemonie), verbunden mit dem politischen Theoretiker Antonio Gramsci (Vgl. ders.: 1967), versteht sich Hegemonie als soziale Relationen, in denen eine Gruppe von Menschen oder eine Klasse die soziale Ordnung festsetzt. Diese herrschende Menschengruppe definiert gesellschaftliche Werte und bestimmt mittelbar oder unmittelbar Normen, Regeln und Verhaltensmuster des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Diese zwei Vorstellungen (Begriffe) von Hegemonie erfassen jedoch gleichzeitig die Phänomene von Herrschaftsstrukturen in der gegenwärtigen Weltpolitik.

Hegemonie kann sowohl „Vorherrschaft“ einer unfreiwilligen Gefolgschaft als auch „Führung“ einer freiwilligen Gefolgschaft heißen. Hegemonie kann auf

verschiedenen Ebenen der Weltpolitik existieren, also nämlich: Globalhegemonie, Regionalhegemonie und Lokalhegemonie. Hegemonie kann schließlich auch politische Hegemonie, militärische Hegemonie, wirtschaftliche Hegemonie und kulturelle Hegemonie sein.

In der Weltpolitik geht es also bei dem Begriff Hegemonie um die folgenden Eigenschaften: 1) Es bedarf einer Vormacht einer Institution (eines Staates oder einer Organisation, etc.), die Normen und Regeln des Zusammenlebens der Weltgemeinschaft direkt oder indirekt bestimmt und von den anderen Institutionen durch seine politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit deutlich abgesetzt ist und als globale Supermacht operiert; 2) andere Institutionen sind praktisch kaum in der Lage, ihre Interessen und Ideen gegenüber der Hegemonialmacht zu verteidigen und zu erfüllen. Sie haben wenigen oder kaum Einfluss auf die Entstehung und den Fortbestand internationaler Institutionen oder Regime und auf das Verhalten des Hegemonieausübenden; 3) es muss die Gefolgschaft der anderen Institutionen für den Hegemon geben, seien es die Gefolgschaft freiwillig oder unfreiwillig. Der Hegemon übt also entweder Vorherrschaft oder Führung, oder beides gleichzeitig aus.

Schließlich ist zu fragen, wie sich der Begriff Hegemonie von anderen Begriffen, wie z. B. Imperialismus oder Empire, unterscheidet, die auch internationale oder globale Machtverhältnisse kennzeichnen. Der Begriff Imperialismus (frz.; zu lat. imperium „Befehlsgewalt“; imperium „Reich“, „Weltreich“/z.B. Imperium Romanum) ist zu verstehen als das Streben von mächtigen Staaten nach der Erlangung der Herrschaft über ein Land und nach der Territoriumsvergrößerung ihres Staates. Der Begriff Imperialismus wird also im allgemeinen oder historischen Sinn für Anstreben einer Weltherrschaft oder zumindest der Herrschaft über großräumige Gebiete außerhalb des eigenen Stammlandes benutzt. Er bezieht sich auf die Vergrößerung des Herrschaftsterritoriums eines Staates und hat eine Zentrum-Peripherie-Beziehung (Vgl. Galtung 1972). Als Beispiel waren solche Bestrebungen die Weltherrschaftsbestrebungen Frankreichs unter der Herrschaft Napoleon Bonapartes (1797-1815) und die territoriale Vergrößerung und Kolonialreichbildung der europäischen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. Dagegen betrifft der Begriff Hegemonie die Betonung von Dominanz und Überlegenheit einer Institution (eines Staates oder einer Organisation, etc.) gegenüber anderen Staaten in der Weltpolitik,

stets aber ohne Anspruch auf eine Territoriumsvergrößerung. So ist es wie die aktuellen Bestrebungen der USA als Hegemonialmacht, die zwar in fast allen Bereichen eine Überlegenheit über anderen Mächten der Staatenwelt besitzt und eine Vorherrschaft in der Weltpolitik bestrebt, aber keine direkte Expansion ihres Territoriums anstrebt. Die USA sind zwar der Mächtigste der Welt, jedoch kein Weltreich. Ein Weltreich oder ein Empire (Imperium) ist die von einem Staat über anderen ausgeübte Herrschaft, die eine unmittelbare Kontrolle (oder ein direktes Monopol) über ein Territorium verfügt, in dem der herrschende Staat das Justizwesen und seine Formen sowie die Organisation und den Gebrauch bewaffneter Gewalt direkt kontrolliert. Nach dieser Definition kann man gewiss nicht von einem amerikanischen Empire sprechen.

2.1.3 Struktur der Weltpolitik

Wenn Weltpolitik als System begriffen wird, dann betrifft sie die Akteure dieses Systems, ihr jeweiliges Verhalten gegenüber anderen Akteuren im System, die Systemstruktur und den Zusammenhang dieser drei Ebenen. Andersherum dreht sich Weltpolitik auch um die Rahmenbedingungen, Handlungsspielräumen und qualitativen Möglichkeiten, die von dem Weltpolitikssystem her gegeben werden. Der einzelne Akteur in seinem Verhalten gegenüber den anderen muss sich den Rahmenbedingungen des Weltpolitiksystems anpassen. Außerdem kann das System der Weltpolitik mit seiner Struktur und Entwicklung ebenso als das Resultat von Aktivitäten seiner Akteure betrachtet werden. Veränderungen des Systems der Weltpolitik bilden sich nicht aus sich selbst heraus. Sie sollen von Akteuren in Gang gebracht werden. Das gegenwärtige Weltpolitikssystem wird gekennzeichnet durch den Zusammenhang von System und Akteur, also durch die Beziehungen, die daraus entstehenden Interdependenzen und die sich daraus entwickelnden Beschränkungen des eigenen Handlungsspielraumes.

Im klassischen Sinn ist der Nationalstaat Akteur im Weltpolitikssystem. Diese Ansicht wird mittlerweile durch die Auffassung ersetzt, dass der Nationalstaat zwar der bedeutendste Akteur im Weltpolitikssystem ist, dass er aber sein Monopol für die globale Politik verloren hat. Die nichtstaatlichen Akteure (z. B. nationale und transnationale Unternehmen und die INGOs) spielen neben den Nationalstaat immer

größere Rolle in der gegenwärtigen Weltpolitik. Allerdings gilt der Nationalstaat doch noch als Hauptprotagonist in der Weltpolitik.

Die charakteristischen Merkmale des Weltpolitiksystems liegen darin, dass es im Unterschied zur nationalstaatlich organisierten Gesellschaft keine „Weltregierung“ gibt und dass aus diesem Grund Auseinandersetzungen wegen benötigten Gütern und Werten gelegentlich durch militärische Gewalt ausgelöst werden. Die Tatsache, dass es im Weltpolitiksystem kein Gewaltmonopol zu Sanktionen bei der Verletzung der globalen Regeln gibt, führt also im Regelfall stets zur Gewaltanwendung einzelner Akteure zum Schützen ihrer eigenen Interessen vor dem Zugriff anderer Akteure. Jeder souveräne Staat versucht, in der Weltpolitik seine außenpolitischen Interessen durchzusetzen, die mit den der anderen Staaten in Konflikt kommen. Somit ist Weltpolitik aufgrund dieser Strukturmerkmale zu verstehen als Anarchie – wie ein Staatensystem, das keine legitimierte Zentralregierung hat. Jedoch ist das System der Weltpolitik nicht so anarchisch, dass es überhaupt keine Regel oder Ordnung für die Aktivitäten unterschiedlicher Akteure gibt. Die Staaten konkurrieren nicht nur miteinander. Sie zeigen auch untereinander ihren Kooperationswillen und ihre Kooperationsfähigkeiten für einen normativ abgesicherten vorteilhaften Frieden. Die internationalen Interessenkonflikte wurden oftmals durch Kompromisse, internationale Abkommen und Organisationen, die Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Relationen und die Einrichtung des Völkerrechts gesteuert und geregelt. Das Weltpolitiksystem ist gekennzeichnet durch Herrschaftsstrukturen und daraus resultierende Auseinandersetzungen. Allianzen, Interessenbündnisse, Blöcke und Gruppen teilen das System der Weltpolitik auf. Sie zeigen ihrerseits die Bausteine dieser Weltherrschaftsordnung und weisen in sich aber auch auf Herrschaftsstrukturen hin. Die Realität der Weltpolitik zeigt, dass die militärisch und ökonomisch stärkere Akteure (wie z. B. die Vereinigten Staaten) stets die Rolle der „Weltordnungsmacht“ oder die Funktionen des „Weltpolizisten“ übernehmen, dass die anderen Akteure entweder für oder gegen diese hegemoniale Politik agieren und dass diese Akteure untereinander aber auch um Einfluss konkurrieren. So weist das Weltpolitiksystem immer wieder eine Ordnung auf, die durch wechselnde Hegemonialmächte geschaffen wird. Seit Beginn der europäischen Welteroberung gegen Ende des 15. Jahrhunderts oder sogar seit der Gründung des Römischen und des Chinesischen Kaiserreichs hatte eine Reihenfolge von Hegemonialmächten die

Weltgeschichte bereits bestimmt. Die jüngste Welthegeemonialmacht im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist z. B. die Vereinigten Staaten (USA).

Die Begriffen Bipolarität, Multipolarität und Hegemonie (oder Unipolarität) werden in der Forschung – z. B. von den Strukturalisten - als Grundelemente der Struktur des Weltpolitiksystems betrachtet (Vgl. Mols/Lauth/Wagner 1994: 151-156). Diese Begriffe ermöglichen zwar einen Zugang zum Begreifen von Hierarchie und Herrschaftsordnung in der Weltpolitik. Die Realität der Weltpolitik lässt sich dennoch nicht durch diese simplen Aspekte und Ansätze klären und beschreiben. Denn die Weltpolitikbühne ist viel zu heterogen, vielfältig und vielgestaltig. Die gegenwärtige Weltpolitikstruktur betrifft z. B. nicht nur den Begriff Hegemonie, sondern auch die Begriffe Multilateralität, Interdependenz, Hierarchie, Anarchie, etc. Außerdem befinden das System der Weltpolitik und seine Struktur sich in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess, in dem neue Akteure auftauchen, neue Handlungsebenen sich bilden, neue regionale Systeme entstehen und neue Relationen gepflegt werden. Die Beziehungen unterschiedlicher Akteure (wie Staaten, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen) und die prozessuale Abfolge von Allianzen, Bündnissen, Organisationen und Verbindungen verändern sich ständig. Damit sind die Schemen und Strukturen der Weltpolitik von Situation zu Situation andersartig und daher nicht eindeutig zu erkennen.

2.2 Die Debatte um eine neue Weltordnung

Nachdem die bipolare Weltordnung sich durch den Zerfall des „sozialistischen Weltsystems“ im Jahr 1989 aufgelöst hat, setzte sich die Debatte um eine neue Weltordnung im Jahr 1991 in Gang. Sie verlor aber wegen einer Reihe gewaltsam zunehmender regionaler Konflikte in kurzer Zeit an Wirkung. Als der Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 hervorkam, der grundlegende Unstimmigkeiten über die Frage einer richtigen Weltpolitik weltweit ausgelöst hat, ist die Debatte um eine neue Weltordnung ein weiteres Mal entstanden. Dieses Mal dreht sich die Debatte aufgrund des erhöhten US-Anspruchs auf die Weltvorherrschaft um die Begriffe „Unipolarität“ und „Multipolarität“ der Weltpolitik sowie um die verschiedenen Konzepte oder Vorstellungen über eine neue Weltordnung. Es handelt sich dabei also überwiegend um die Fragen, ob die entscheidenden Probleme der Weltpolitik in der Zukunft „multilateral“ und unter Einschaltung der Vereinten Nationen geregelt

werden oder die Probleme der Weltpolitik durch den „wohl-wollenden Hegemon“ und die wechselnden Koalitionen von kooperationswilligen Partnern des Hegemons gelöst werden. (Vgl. Kaiser 2003; auch vgl. Tomuschat 2003) Um welche Themen geht es bei der historischen, gegenwärtigen Debatte? Was bedeuten die zu debattierenden Begriffe, Konzepte oder Modelle? Von wem werden sie vertreten? Welche Probleme haben sie?

2.2.1 Multilateralismus und die multilaterale Weltordnung

2.2.1.1 Multilateralismus

„Multilateralism refers to coordinating relations among three or more states in accordance with certain principles” (Ruggie 1993: 8). “The term multilateral is an adjective that modifies the noun institution. What distinguishes the multilateral form from others is that it coordinates behaviour among three or more states on the basis of generalized principles of conduct” (ebd.: 14). Nach Ruggie betrifft der Begriff Multilateralismus also eine Politikvorgehensweise, bei der sich das Verhältnis zwischen drei oder mehr Nationalstaaten auf der Grundlage gewisser generell anerkannter Verhaltensregeln und Prinzipien entwickelt. Das Konzept des Multilateralismus ist „an idea of ‚an architectural form‘, a deep organizing principle of international life. As an organizing principle, the institution of multilateralism is distinguished from other forms by three properties: indivisibility, generalized principles of conduct, and diffuse reciprocity” (Caporaso 1993: 53). Multilateralismus kann als ein Gegenkonzept zum Unilateralismus betrachtet werden, bei dem die zentralen Akteure je nach eigener Interessenslage im Alleingang und unter Umstand auch gegen andere Akteure agieren. Die grundlegenden Merkmale multilateraler Weltpolitik sind das uneingeschränkte Verbot von Gewalt zur Verwirklichung politischer Ziele und die Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren als relevante Handlungsweise für die Lösung von Krisen und Problemen (Vgl. Brenner 1995: 9f.). Die multilaterale Weltpolitik unterstreicht also die gemeinsamen Interessen. Entscheidend für das Bestehen des Multilateralismus ist, „wenn jeder weiß, dass er seine Interessen nur – oder doch am Besten – in der Zusammenarbeit mit anderen erreichen kann“ (Czempiel 1999: 239). Der Erfolg vom Multilateralismus hängt sich davon ab, ob nationale Staaten auf

multilaterale Strategien zur Lösung von Konflikten und Problemen setzen. Multilateralismus ist zu betrachten als „Schönwetterveranstaltung“ (Gareis/Varwick 2002: 296), die dem Charakter der Weltpolitik nicht entspricht. Denn nicht alle Akteure in der Weltpolitik halten sich in der Praxis an multilateralen Spielregeln.

2.2.1.2 Die multilaterale Weltordnung

In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird die existierende Weltordnung häufig als eine „multilaterale“ Weltordnung bezeichnet. Diese multilaterale Weltordnung hat ihren Ursprung in der im Frieden von Münster und Osnabrück von 1648 geschaffenen Ordnung. Diese Weltordnung, die mit dem Wiener Kongress von 1815, der Versailler Konferenz von 1919 und der Konferenz von San Francisco von 1945 ihre wichtigsten Entwicklungsphasen hat, wird anlässlich des erhöhten US-Anspruchs auf die universale Vorherrschaft nach dem 11. September 2001 hauptsächlich von einigen Europäischen Ländern (wie Frankreich und Deutschland), Russland, China sowie von dem Rest der Welt (außer den USA und ihren Verbündeten) weiterhin befürwortet und unterstützt. Im Gegensatz zu den USA setzen die Europäer (Kerneuropa) und die anderen Mächte der Welt die Vision einer Weltordnung, die sich auf Kooperation, Vereinbarungen und Völkerrecht stützt. Frankreich, Deutschland, Russland und China agieren zum Beispiel nach dem 11. September 2001 verstärkt gegen die unilaterale Neuweltordnungspolitik der USA und für eine multilaterale Weltordnung. Sie bestehen darauf, dass die Staatengemeinschaft die wichtigen Fragen der Welt entscheiden soll und dass die Dinge in der Welt nicht von einer einzelnen Macht bestimmt werden darf. Also, sie erheben Anspruch auf die Mitwirkung und Mitentscheidung durch die Einschaltung multilateraler Gremien wie die Vereinten Nationen (VN). Der russische Präsident Wladimir Putin betonte beispielsweise bei der Verabschiedung der französisch-deutsch-russischen Erklärung am 10. Februar 2003 das gemeinsame Streben der Staatenwelt nach einer multilateralen Weltordnungspolitik (Vgl. Wehner 2003). Der französische Präsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder legten ebenso Gewicht auf ihren Anspruch, dass ein EU-Machtpol (ein „Europe-puissance“) in einer multipolaren Welt geschaffen werden sollte (Vgl. Wiegel 2003).

Mit dem Multilateralismus bestrebte die Staatengemeinschaft ursprünglich die Modelle von Hegemonie oder Gleichgewicht der Mächte, um eine stabile Weltordnung zu schaffen. Diese staatliche Weltordnung konnte jedoch Widersprüche, Krisen, Konflikte und sogar mörderische Kriege nicht ausschließen. Durch Rüstung, Machtgleichgewicht und Allianzen sollten sie überwacht und reduziert werden können. Das Völkerrecht diente sowohl dem friedlichen Handeln und der friedlichen Beilegung von Auseinandersetzungen als auch der Gewaltanwendung und Kriegsführung. Eine regionale und globale Kooperation wurde nur dann von den Staaten angenommen, wenn sie einen möglichst großen Spielraum für unabhängige Aktionen schützte und freies Handeln nationaler politischer Interessen zusicherte. An dieser Weltordnungspolitik konnten nur die Großmächte der Welt wegen ihrer Möglichkeiten und Notwendigkeiten aktiv beteiligt sein. Diese Weltordnung war aus einer Mehrheit von Mächten zusammengesetzt, die sich in ihrer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung akzeptierten und achteten. Sie könnte als ein „Protest gegen jede Art von Weltherrschaft“ (Hintze 1917: 117 f.) angesehen werden. Im Jahr 1919 bildet sich die Staatenwelt als Völkerbund und 1945 dann als Vereinte Nationen. Die neue Weltordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen sollte zu einem gegenseitigen zusammenarbeitenden Verhalten beitragen und das Muster von Macht, Gegenmacht und Gleichgewicht ablösen.

Die Vereinte Nationen (VN) gründen sich auf ihre Charta ⁵ (das Gründungsdokument der VN), nach der die Vereinte Nationen die folgenden Zielsetzungen haben (Artikel 1 der Charta):

- „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnte, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

⁵ Die Charta bildete sich „als Antwort auf das Scheitern eines schwachen, von seinen Mitgliedern kaum respektierten Völkerbundes, der den Zweiten Weltkrieg zu verhindern nicht in der Lage gewesen war“ (Gareis/Varwick 2002: 36).

- freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
- eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
- ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.“
(Gareis/Varwick 2002: 38-39)

Die Vereinten Nationen müssen das Prinzip der Universalität und die Parität in Pflicht nehmen. Heute gehören beinahe alle existierende Nationen den Vereinten Nationen. Die fünf Mitglieder (die USA, Großbritannien, Russland, Frankreich und China), die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind und das Veto-Recht des Rates genießen, werden jedoch vor allem durch ihre andauernde und unüberstimmbare Angehörigkeit des Sicherheitsrates bevorrechtet. Die existierende Weltordnung bildete sich zu einer auf Zusammenarbeit angelegten, wechselseitig von einander abhängigen institutionalisierten Beziehung. Sie entstand ebenfalls dadurch, dass die Funktionen an gemeinsame Institutionen für eine permanent zunehmende Zahl von Politikfeldern übertragen und zugeteilt werden. Dazu gehören besonders die erheblich selbstständig agierenden Spezialorgane und Sonderorganisationen in der Organisation der Vereinten Nationen. Diese Organisationen sind z. B. wie der Hohe Kommissar für Flüchtlinge, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, die Arbeitsorganisation, die Organisation für geistiges Eigentum, die Zivilluftfahrtorganisation, die autonome Internationale Atomenergieorganisation, das Kinderhilfswerk und das Welternährungsprogramm. Ferner sollen die autozentrierten Einrichtungen der Weltbankgruppe besonders des internationalen Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die Organisation für industrielle Entwicklung unterstrichen werden. Weitere bedeutende internationale Organisationen, die mit den Vereinten Nationen kooperieren, sind die Welthandelsorganisation (WTO), die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA)

und die Welttourismusorganisation. Mehr als 200 internationale staatliche Organisationen werden heute bei den Vereinten Nationen eingetragen. Auch werden die sich durch gemeinsame Prinzipien, Normen, Verfahren und Regeln unter den Beteiligten an einem Sachbereich abzeichnende Regime (das handlungsbezogene Problemlösungsmuster) herausgebildet. Eine Menge von wichtigen Normen ist für die Bereiche wie Umwelt, Arbeit, Soziales, Menschenrechte, Wirtschaft und Finanzen sowie Sicherheit und Frieden entworfen worden. Auch eine unübersichtliche Zahl von Programmen und Projekten ist dafür umgesetzt worden. Beispielsweise sind die Anstrengungen um Frieden und Sicherheit vor allem wie folgende zu bezeichnen: Der Kernwaffen-Nichtweiterverbreitungs-Vertrag, die Rüstungsbegrenzungsverträge, das Verbot der Lagerung von Nuklearwaffen im Weltraum, der Chemiewaffen-Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von 1992 als Erweiterung des Genfer Protokolls über Ächtung des Einsatzes von C-Waffen (von 1925) sowie die verschiedenartigen Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Aus dieser Registrierung kann die gegenwärtige staatliche Weltordnung, die äußerst anders als die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist, mit den Begriffen „Interdependenz“ und „kooperative Weltpolitik“ charakterisiert werden. Außerdem entsteht die Konstitution der parlamentarischen Diplomatie, der Dauerverhandlungen und der Konferenzforen. Diese rufen eine Beziehung durch Mittel des Informationsaustauschs, der Bewusstseins- und Meinungsbildung, des Interessenausgleichs, der globalen und regionalen Regelungsbildung durch Beschlüsse ins Leben. Das wird unterdessen bereits durch die weltöffentlichkeitswirksamen Hauptveranstaltungen, regionale Ausschüsse, Vorkonferenzen und Expertenkomitees geschaffen. Als Widerlager der Staatenwelt sind hier auch die nichtstaatlichen Organisationen wie NGOs dabei. Die real existierende Weltordnung entfaltet sich so als kooperative Weltordnung für die Forderung der Machterhaltung der staatlichen Akteure unter veränderten sozioökonomischen und wissenschaftlich technischen Voraussetzungen. In dieser Weltordnung streben die Staaten nach der Beteiligung an Regeln und Normen zum Zweck des Beeinflussens ihrer Einrichtung und Durchsetzung sowie ihres Funktionierens.

Die Vereinten Nationen ernten allerdings in ihrer Geschichte nicht selten Mahnungen, Reformvorschläge und Kritik aufgrund ihrer offensichtlichen Schwächen und Unzulänglichkeiten. Zum Beispiel wurden die Weltorganisation

vorgeworfen, dass sie für das Scheitern der Schaffung und Wahrung von Frieden in Somalia, in Ruanda, im Kongo und in Ex-Jugoslawien verantwortlich waren. Trotz stets hervorragender Resolutionen der Weltorganisation werden die sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und Probleme der Weltpolitik nicht reduziert. Den Vereinten Nationen werden auch vorgeworfen, dass sie für eine innere Misswirtschaft, Geldverschwendung, Organisationsfehler und unfähiges Personal verantwortlich sind. Ferner, viele Mitgliedstaaten der Weltorganisation verweigern je nach nationaler Interessenlage die Zahlung von Beiträgen und Leistungen. Die Anneigung eines kontinuierlichen kooperativen und multilateralen Handelns der großen Staaten, die darauf vertrauende Struktur eines Systems kollektiver Sicherheit, das Andauern unbegrenzter nationaler Souveränität wie auch die organisatorische Trennung des Bereiches sozialer und ökonomischer Aufgaben von den friedenspolitischen Zwecken sollten für Fehleinschätzungen und strukturelle Fehlentwicklung der Vereinten Nationen schuldig sein. Im internationalen diplomatischen Spiel benutzen nationale Staaten die Schwäche und Lücke der Weltorganisation, um eigene Interessen optimal zu begünstigen. Wegen ihrer fehlerhaften Konstruktion können die Vereinte Nationen nicht als ein brauchbares Verhandlungsinstrument agieren. Die Vereinten Nationen können auch die vielgestaltigen Herausforderungen im ökonomischen, sozialen und humanitären Bereich aufgrund des unrealistischen Planes der geleisteten Arbeit nicht bewältigen. Ferner, viele reichen Mitgliedländer sind interesselos gegenüber Programmen für die soziale und ökonomischen Entwicklung. Genauso verhalten sich die Vertreter der Entwicklungsländer gegenüber den Vereinten Nationen unbeteiligt, obwohl sie die Weltorganisation formell befürworten. Die Vereinten Nationen können wegen ihrer strukturellen Schwächen nur so weit operieren, „wie es die sie tragenden Staaten nach Abwägung der eigenen Interessen gestatten“ (Gareis/Varwick 2002: 257).

Zum Zweck der Behebung von Fehlern der Weltorganisation wurde immer vorgeschlagen, sie zu reformieren. Gegenwärtig bekannt sind drei Reformansätze (Vgl. Gareis/Varwick 2002: 257f.; Tudyka 2003). Der erste Ansatz betrachtet Rolle der Vereinten Nationen eher als irrelevant und basiert auf den genannten Grundlagen der VN-Charta. Er besteht nur auf der Effizienzerhöhung der Weltorganisation, also der Verbesserung der Funktionstüchtigkeit des Sekretariats, der Schaffung von Vorrang und einer kleinen Umorganisation des

zwischenstaatlichen Organisationsgewebes. Der andere Ansatz sieht hingegen die Chance für eine völlig erneuerte oder grundsätzlich reformierte Vereinten Nationen vor. Dieser behauptet, dass die idealen Fundamente der bestehenden Weltorganisation falsch und nicht mehr gebräuchlich sind. Somit fordert er, dass die Fortschritte in der Stabilisierung von Frieden und Sicherheit auf der Weltebene übertragen werden. Diese Fortschritte waren außerhalb der Vereinten Nationen durch die Europäische Union (EU) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erzielt worden. Nach diesem Konzept sollte die gegenwärtige Charta der Vereinten Nationen durch eine ganz und gar neue Regelung erneuert werden, die das gesamte VN-System (inklusive Weltbank, Welthandelsorganisation und Internationalen Währungsfonds) erfasst. Alle Mitglieder der Weltorganisation sollten bestimmte Prinzipien anerkennen und sich danach richten. Internationale Verifikationsmaßnahmen sollten dann die Erfüllung von Prinzipien nachprüfen. Ansonsten: 1) Ein Rat für Weltsicherheit sollte berufen werden, der die Sicherheits- und Wirtschaftsproblemen behandeln sollte; 2) Mechanismen zum Sicherstellen einer demokratischen Repräsentanz der Völker sollten hergestellt werden; 3) Die Vereinten Nationen sollten eigene Finanzmittel haben; 4) Die Verwaltung der Vereinten Nationen sollte bei einem neuen Sekretariat nach dem Muster der Kommission der EU liegen.

Abbildung 1: Typus der Vorschläge zur UN-Reform

Ansätze	Forderung	Beispiel
Effizienzerhöhung/Institutionelle Reformen	Verbesserung der Funktionstüchtigkeit des Sekretariats, der Schaffung von Vorrang und einer kleinen Umorganisation des zwischenstaatlichen Organisationsgewebes sowie institutionelle Umgestaltung bzw. Anpassung an neue Herausforderungen	Modernisierung im administrativen Bereich sowie finanziellen Bereich, Reform des Sicherheitsrats, Schaffung neuer Gremien wie z. B. einer Weltumweltorganisation
Grundsätzliche Reformen	Völlig erneuerte und grundsätzliche Reformen der Vereinten Nationen sowie ihrer bisherigen Prinzipien	Beendigung des Einmischungsverbots in innere Angelegenheit, Supranationalisierung der Vereinten Nationen

Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung der Übersicht 17 in Gareis, Sven Bernhard/Varwick, Johannes 2002: Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, 2. Auflage, Opladen, S. 259.

Jedoch erscheint keine beachtliche Reform der Weltorganisation (und der existierenden Weltordnung) trotz vielgestaltiger Reformvorschläge und Reforminitiativen. Eine der wesentlichen Gründe dafür ist das enorme Gefälle zwischen den Handlungsregeln, die aus Charta der Weltorganisation abzuleiten sind, und dem faktischen Verhalten der Mitgliederstaaten bzw. den existenten Bedingungen im internationalen System.

2.2.2 Unilateralismus und die unilaterale Weltordnung

2.2.2.1 Unilateralismus

Der Begriff „Unilateralismus“ (von lat. unus = ein, einer und latus = Seite) bezeichnet im Allgemein einen politischen Handlungsstil (eine Politikstrategie), bei dem ein nationaler Staat, der über bestimmte machtrelevanten Ressourcen verfügt, im Fall des Konflikts mit einem anderen Staat nach eigenen Interessen und Regeln das einseitige oder eigenständige politische Handeln ergreift. Das Konzept vom

Unilateralismus geht davon aus (Vgl. Meyers 1997: 342): 1) dass die Staatenwelt sich ständig in einem anarchischen Zustand befindet, 2) dass die Staaten die einzigen wichtigsten Akteure in der Weltpolitik sind, 3) dass es in der Weltpolitik eigentlich um einzelstaatliche (Inter-)Aktionen zum Zweck der Machterhaltung im Sinne klassischer nationaler Sicherheit geht, 4) dass die Verhältnisse zwischen Staaten ein Nullsummenspiel sind, bei dem der Machtgewinn eines Staates nur zur Lasten eines anderen Staat gehen kann, 5) dass die Staaten ihren Einfluss auf die Weltpolitik nur (oder meistens) durch den Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz von Macht realisieren können, die als Kontrolle über militärische und/oder wirtschaftliche Ressourcen (as control over resources) beschrieben wird, 6) dass die Weltpolitik einem Spiel von je geschlossenen, unabhängigen Billardbällen gleicht („Billardball-Modell“). Dieses Konzept sieht außerdem in der Weltpolitik eine Struktur (Unilateralität) vor, in der ein Staat zu mächtig ist, so dass die anderen Staaten ihm gegenüber kein Gegengewicht bilden können. „[...] a structure in which one state's capabilities are too great to be counterbalanced. Once capabilities are so concentrated, a structure arises that is fundamentally distinct from either multipolarity (a structure comprising three or more especially powerful states) or bipolarity (a structure produced when two states are substantially more powerful than all others)” (Wohlforth 1999: 9).

2.2.2.2 Die unilaterale Weltordnung

Die Tatsache, dass die USA seit dem Ende des Kalten Kriegs als die einzige Supermacht der Welt gelten, die nicht nur in dem militärischen Bereich, sondern auch in allen gesellschaftlichen Dimensionen über eine Dominanz verfügt, überzeugt die amerikanischen neokonservativen Denker und die politischen Eliten davon, dass die Vereinigten Staaten alle Krisen und Probleme in der Welt allein lösen oder regeln können, egal in welchem Bereich. Diese Überzeugung von Unilateralismus in der Weltpolitik treibt die USA zu einer neuen Strategie, mit der die USA jede Abgabe von Souveränität an internationale Organisationen und Regime kompromisslos verweigern, den Widerstand gegen die Weltorganisation (Vereinten Nationen) leisten und somit die etablierte, multilaterale Weltordnung gefährden. Die neue Strategie der USA strebt nach einer auf der Stärke der USA und ihrer Verbündeten basierenden und durch sie kontrollierten und gesteuerten

Weltordnung, die als weltweit ausgebreitete, militärpolitische Sicherheitsordnung angesehen wird. „Internationales Recht ist in diesem Konzept weniger eine Richtschnur des Handelns als eines unter mehreren Instrumenten, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Internationale Organisationen sind keine Institutionen zur gemeinsamen Steuerung von Politiksektoren nach dem Prinzip der Reziprozität, sondern Orte zur Bildung von ‚Koalitionen der Willigen‘ “ (Müller 2003: 32).

In einem am 26. Januar 1998 veröffentlichten offenen Brief an den „Honorable William J. Clinton, President of the United States“ forderte eine Gruppe bekannter Vertreter des US-Neokonservatismus, wie Robert Kagan, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Richard Perle, Francis Fukuyama u.a., den Ex-Präsident der USA auf, die Irak-Politik der USA mit einer härteren Vorgehensweise zu bestreben und auf die Kontrollmechanismen der Vereinten Nationen zu verzichten. In dem Brief sind die Wörter zu lesen: „In the near time, this means a willingness to undertake military action as diplomacy is clearly failing. In the long term, it means removing Saddam Hussein and his regime from power. That now needs to become the aim of American foreign policy.”⁶ Am 7. April 2002 erklärte Robert Cooper⁷ in seinem Artikel mit dem Titel “Why We Still Need Empires” (Vgl. Cooper 2002), dass eine neue, postmoderne Form von Imperialismus erforderlich ist, die „humanitäre Intervention“ zur Wiederherstellung angeschlagener Staatsfunktionen fordert. Der offene Brief der Gruppe um Kagan und der Coopers Observer-Artikel bezeichnen einen neuen Diskurs über US-Unilateralismus im Kreis der konservativ-politischen Eliten⁸. Dabei geht es nicht um die Frage, ob es eine US-Vorherrschaft in der Welt gibt, sondern um die Frage, wie die Vereinigten Staaten ihre Weltvorherrschaft betreiben und welche Interessen sie dabei zu verfolgen sind. Bei diesem Diskurs

⁶ Vgl. die Internetseite: <http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>.

⁷ Er war britischer Diplomat und derzeit Direktor der Generaldirektion Auswärtige Beziehungen beim Generalsekretariat der EU.

⁸ Die amerikanischen Politikwissenschaftler, Intellektuellen und Publizisten interessieren sich am liebsten für die Frage nach dem Umgang mit der amerikanischen Übermacht. Unter ihnen sind vereinfacht fünf Positionen zu unterscheiden: radikaler Pazifismus, Liberalismus, Realismus, Neokonservatismus, Isolationismus. Neokonservatismus und Isolationismus sind gegenüber den Vereinten Nationen skeptisch bis ablehnend. Liberalismus und Radikaler Pazifismus sind dagegen vielmehr VN-freundlich. Der Isolationismus und der radikale Pazifismus haben keinen bedeutenden Einfluss auf die US-Politik. Die übrigen Positionen, welche die US-Politik beeinflussen, sind: 1) die liberale Position eines wohl-wollenden Unilateralismus, der achtet, dass auch die Vereinigten Staaten von Fall zu Fall auf Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen sind, 2) die klassische realistische Position, die auch in diplomatischen Vorgehensweisen denkt bzw. nach Kosten und Nutzen des Unilateralismus fragt, 3) die neokonservative Position, die einen offensiven Unilateralismus mit militärischen Mitteln befürwortet (Vgl. Menzel 2004).

dreht sich folglich mehr noch um die Beziehung zwischen Unilateralismus und Multilateralismus.

Robert Kagan⁹, derzeit bedeutendster Vertreter des außenpolitischen Neokonservatismus und Mitbegründer des Think-Tanks „Project for the New American Century“, löste große Beachtung mit seinem politischen Essay unter dem Titel „Power and Weakness“ aus, der am Mai 2002 in der Monatszeitschrift „Policy Review“ erschienen ist¹⁰ und in den USA wie in Europa eine publizistische und wissenschaftliche Debatte in Gang setzte. Weitere Aufregung erzeugte er mit seinem Buch unter dem Titel „Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“ im Jahr 2003 (Vgl. Kagan 2003). Kagan's Ansatz lautet:

- Das Ende des Kalten Kriegs hat die Einheit des Westens (nicht gestärkt, sondern) geschwächt und die USA und Europa gespalten. Die Gründe dafür sind: 1) Die militärische Fähigkeit (als Machtpotenzial) der USA ist viel stärker als die von Europa. 2) Die Vorgehensweise der Europäer bei internationalen Konflikten ist ganz anders als die von den USA. Europa setzt bei internationalen oder globalen Krisen und Problemen auf Verhandlungen, Zusammenarbeit und Völkerrecht aufgrund der jahrhundertalten kriegerischen Vergangenheit des Kontinents. Die USA stützen sich dagegen auf ihr militärisches Potenzial. Zum Beispiel betrieb Europa in der Zeit des Kalten Krieges ihre Ostpolitik, während die Vereinigten Staaten dagegen ihre Abschreckungspolitik bestreben. Als die Rüstungsausgaben in den USA hoch blieben und wieder gesteigert wurden, sind die Rüstungsetats der europäischen Staaten stehen geblieben oder wurden mehr noch verringert.
- Die Europäer müssen auf die Karte der Verhandlungen, auf den Multilateralismus, auf die Vereinten Nationen (UN) setzen, weil sie schwach sind. Europa schätzt die Regeln der Weltorganisation so sehr, weil sie die Schwachen schützen. Dagegen verfolgen die USA einen unilateralistischen Kurs und gehen mit den neuen Krisen und Problemen in der Welt offensiv (und gegebenenfalls auch militärisch) um, weil sie stark und fähig sind.

⁹ Associate der Carnegie Endowment for International Peace, Kolumnist der „Washington Post“ und von 1984 bis 1998 im amerikanischen Außenministerium tätig.

¹⁰ Die deutsche Übersetzung des Essays unter dem Titel „Macht und Schwäche“ erschien im Oktober 2002. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 47. 2002, 10. S. 1194-1206.

- Das europäisch-postmoderne Paradies des Multilateralismus, die europäische Integration, die offenen Grenzen waren/sind nur möglich, weil die USA es militärisch gewähren. Dazu zählen der amerikanische Nuklearschirm während des Kalten Krieges und die konventionelle Militärmacht der USA im Kampf gegen den Terrorismus, zur Eindämmung von Schurkenstaaten oder zur Sicherung der Ölversorgung in der Gegenwart.
- Die Europäer sollen aufrüsten und den unilateralistischen Kurs der USA im Kampf gegen die neuen Krisen und Probleme in der Welt unterstützen. Dies werde dann die transatlantischen Unstimmigkeiten reduzieren. Durch eine Umschichtung der Mittel aus den Sozialtats in die Militäretats sollen diese Rüstungsbestrebungen finanziert werden.
- Die neue Weltordnung sehe der Welt des 19. Jahrhunderts verdächtig ähnlich. Die Europäer müssen es auf mittlere und lange Sicht akzeptieren, dass die USA ihre unilateralistische Weltpolitik behaupten und ausbauen. Jetzt ist die Ära der Pax Americana begonnen, wie damals die Britische Seemacht die Welt im Gleichgewicht hielt (und rücksichtslos für die Krone eintrat). Gegenüber den USA spielen NATO, UNO und derartige Organisationen künftig keine große Rolle. Sie werden zwar weiter bestehen. Sie können aber die USA nicht kontrollieren. Gleichweise kann die Europäische Union aufgrund ihrer militärischen Schwäche kein großes Mitspracherecht von den USA für sich verlangen.

Charles Krauthamer¹¹, ein weiterer Vertreter der jüngeren neokonservativen Garde, schrieb Anfang 1990 einen Artikel unter dem Titel „The Unipolar Moment“ (Krauthamer 1990/91), in dem er schon direkt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das Scheitern einer neuen multilateralen Weltordnung vorhersagte. Die Begründung wurde später in einem weiteren Artikel unter dem Titel „The Lonely Superpower“ (Krauthamer 1991) betont: Die USA sind einzige Supermacht der Welt, wie der zweite Golfkrieg signalisiert hat. Sie hat im Unterschied zu 1815 oder 1945 auf erkennbare Zeit ebenso keinen Kontrahent. Wie der „american decline“ ist der Multilateralismus auch ein Mythos. Die neuen Gegenspieler seien Schurkenstaaten, die ABC-Waffen besitzen, und der entstehende Nationalismus in

¹¹ Jahrgang 1950, Kolumnist der „Washington Post“ und Essayist von „Time“.

instabilen Vielvölkerstaaten (also rogue states und failed states). 2002 veröffentlichte Krauthamer den Artikel unter dem Titel „The Unipolar Moment Revisited“ (Krauthamer 2002/03), in dem er in dem unipolaren Moment keine postnationale, sondern eine unipolare Situation sieht. Also, es gibt keinen „american decline“, kein japanisches Problem und auch keinen neuen Isolationismus der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Suprematie gegenüber dem „moment“ des Jahres 1990 hat noch angewachsen, weil die Europäische Union (EU) Sozialpolitik statt Sicherheitspolitik betreibt, Japan die Wirtschaftskrise hat, Russland im Verfall ist und China noch nicht soweit ist, als Kontrahent der USA zu sein. Es gibt außerdem noch keine antihegemoniale Koalition zweitrangiger Mächte, aber die neue Bedrohung durch Schurkenstaaten und Terroristen. Diese Konstellation fordert eine neue Sicherheitsstrategie, nämlich Ultimaten an Schurkenstaaten, präventive Angriffe und Systemwechsel. Nach Krauthamer müssen die Vereinigten Staaten globale Interventionspolitik bestreben. Zusammenarbeit ist nur dann geeignet, wenn dies auch im amerikanischen Interesse ist. In Fragen der nationalen Sicherheit muss oder soll jede Form des Multilateralismus unbedingt verweigert werden. Fazit: Aus dem unipolaren Moment hat sich eine unipolare Ära ergeben. Condoleezza Rice¹², derzeit die Außenministerin der Bush-Administration, schrieb im Jahr 2000 den Artikel unter dem Titel „Promoting the National Interest“ (Rice 2000), in dem sie das außenpolitische Programm einer künftigen Bush-Regierung zeichnete. Rice's These lautet: Die USA müssen in der Lage sein, beim Fehlschlagen der Abschreckung Krieg zu führen; sie sollen das Vertrauen auf Freihandel und ein stabiles Weltwährungssystem zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums schaffen, Allianzen mit den die US-Werte teilenden Ländern bilden und die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse zu den restlichen Großmächten der Welt errichten; die USA sollen schließlich mit Schurkenstaaten und dem Terrorismus hart umgehen. Also, die USA sollen zu einer Machtpolitik zurückkehren, die nur durch das nationale Interesse festgelegt wird.

Henry Kissinger¹³, Harvard-Professor, veröffentlichte im Jahr 2002 das Buch „Die Herausforderung Amerikas“ (Kissinger 2002a) und den Artikel unter dem Titel „Preemption and the End of Westfalia“ (Kissinger 2002b). In seinem Buch

¹² Jahrgang 1954, ehemalige Sicherheitsberaterin von George W. Bush, zuvor Senior Fellow der Hoover Institution und Professorin für Politikwissenschaft in Stanford.

¹³ Er war in der Nixon-Ära von 1969-1975 Sicherheitsberater und von 1975-1977 Außenminister.

nimmt er die folgenden Untersuchungsergebnisse an: Die Vereinigten Staaten stehen inzwischen im Gipfelpunkt ihrer Macht. Das Problem ist, wie die USA ihre Übermacht behandeln müssen. Kinssinger lehnt sowohl das Konzept eines neuen Missionarismus der Liberalen (also „humanitäre Intervention“) als auch den Ansatz der Demonstration von Stärke der Neokonservativen ab. Denn sie passe nicht in die sich stark veränderte Weltlage. Er ist höchst skeptisch darüber, dass das auf den Prinzipien staatlicher Souveränität und Kräftegleichgewicht beruhende Westfälische Staatensystem durch den neuen Interventionismus, die Bestrebungen zu einer internationalen Gerichtsbarkeit und den starken innenpolitischen Trend in den USA zum Unilateralismus (dies hat katastrophale Folgen für das Gleichgewichtsprinzip) ins Wanken gerät. Kinssinger's Konzept ist wie folgt zu skizzieren: Die Vereinigten Staaten bleiben die Führungsmacht der Welt. Sie dürfen ausnahmsweise unilateral weltweit operieren. Nicht die Europäische Union, sondern das westliche Bündnis¹⁴ solle gestärkt werden, weil die europäischen Integrationsbemühungen eigentlich als Spaltung wahrgenommen werden. Die USA sollen klassische Gleichgewichtspolitik gegenüber China und auch Indien betreiben. Ausnahmeweise dürfen die USA terroristisch kontaminierte Schurkenstaaten präventiv militärisch eingreifen. Eine prinzipielle Reduzierung nationaler Souveränität, die der internationale Strafgerichtshof abzielt, müsse streng verweigert werden. Zbigniew Brzezinski¹⁵ befürwortet in „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie für die Vorherrschaft“ (Brzezinski 1999) die Auffassung, dass es eigentlich entweder eine US-Vorherrschaft oder internationale Anarchie gibt (Vgl. Feiner 2000). Interesse der US-Politik müsse es sein, dass kein Akteur oder kein Bündnis von Akteuren in Eurasien (wie Russland und die europäischen und asiatischen Flügelmächte Deutschland, Frankreich und China) die US-Übermacht gefährden könnte. Westeuropa ist dazu da als natürlicher Bündnispartner der Vereinigten Staaten und als „Sprungbrett“ für demokratische Beziehungen in der asiatischen Region. In Asien sei es für die USA unverzichtbar, ein enges Verhältnis zu Japan aufzubauen. Mit China sollen die USA eine kooperative Politik bestreben. Die USA zeigen sich nach Brzezinski als wohlwollender Hegemon. Samuel Huntington, Politikprofessor

¹⁴ Die atlantischen Beziehungen sollen dadurch gestärkt werden, dass die NATO durch eine transatlantische Freihandelszone (TAFTA) ergänzt und dass damit sicherheits- und ökonomisch-politische Deckungs-gleichheit garantiert wird.

¹⁵ Derzeit Professor für amerikanische Außenpolitik an der John Hopkins Universität in Baltimore, von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von Präsident Carter.

und Leiter des Instituts für Strategische Studien an der Harvard Universität, unterstricht in seinem Essay „The Lonely Superpower“ (Huntington 1999), dass Macht immer noch eine wichtigste Rolle im internationalen System spielt. Die Welt sei sowohl nicht mehr bipolar als auch nicht unipolar. Es gibt in der gegenwärtigen Weltlage eine Supermacht und mehrere größere Mächte. Die Vereinigten Staaten sollen nicht als wohlwollender Hegemon oder Interessenvertreter einer internationalen Gemeinschaft auftreten. Sie wurde/wird freilich allein mit vielen internationalen Problemen konfrontiert und nehmen es wahr, dass sie sich unter Umständen ja antihegemonialen Bündnissen preisgeben.

Joseph S. Nye¹⁶ sah im Buch „The Paradox of American Power“ (Nye 2002) die USA derzeit in hegemonialer, aber wohlwollend auszuführender Lage. Das Paradox amerikanischer Macht sei es, dass die USA einerseits von keiner anderen Macht oder Mächtekoalition gefährdet werden, andererseits aber nicht alle Probleme der Welt allein lösen können. Er unterscheidet harte, militärische und wirtschaftliche Macht der USA (hard power) von weicher Macht (soft power), wie die massenkulturelle Ausstrahlung des US-Wertsystems. Nach Nye haben die USA im militärischen Bereich überwältigende Dominanz, aber im wirtschaftlichen Bereich keine absolute Vorherrschaft. In diesem Bereich herrscht also keine unipolare, sondern multipolare Lage. Im anderen Bereich, wo der Staat keine Kontrolle hat, spielen internationale Organisationen, Multinationale Konzerne und NGOs, auch Terroristen, Drogenbarone oder Kartelle des organisierten Verbrechens bis zu Internethackern eine wichtige Rolle. Hier liegt die echten Probleme für die USA und wird die „softe power“ gebraucht. Strategisch ist hier Multilateralismus notwendig. Richard N. Haass¹⁷ wirbt in seinem Artikel „What to do with American Primacy?“ (Haass 1999) auch für kooperatives Verhalten. Haass's Argument lautet, dass die Ressourcen der USA auch begrenzt seien, dass eine Demokratie wegen des Fehlens eines klaren Feindbilds nicht fähig sei, um eine dauerhafte Außenpolitik zu bestreben, und dass die Globalisierung auch die Vereinigten Staaten erschüttere. Als wohlwollender Hegemon sollen die Vereinigten Staaten sich kümmern um die Beschränkung des Einsatzes militärischer Macht zur Lösung zwischenstaatlicher

¹⁶ Derzeit Dekan der John F. Kennedy School of Government an der Harvard Universität, von 1994 bis 1995 stellvertretender Verteidigungsminister unter Clinton.

¹⁷ Derzeit Special Envoy of the President and the Secretary of State for Northern Ireland, Direktor der von der Brookings Institution herausgegebenen Zeitschrift „Foreign Policy Studies“ und zuvor Direktor im Büro des politischen Planungsstabes des Außenministeriums.

Probleme, die Abrüstung, die Abmilderung der staatlichen Souveränität durch humanitäre Interventionen und den wirtschaftlichen Liberalismus. Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack¹⁸ betrachten in ihrem Artikel „Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt“ (Asmus/Pollack 2002) den Komplex Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten und Schurkenstaaten als die sicherheitspolitischen Probleme¹⁹. Die Gefahr, die von dem „Greater Middle East“ (die Welt des Islam von Marokko bis Bangla Desh) ausgeht, müsse politisch und militärisch behandelt werden. Dazu gehören die Demokratisierung der Region, die Förderung der gesellschaftlichen Modernisierung und des wirtschaftlichen Wandels, aber auch militärische Interventionen (wie in Afghanistan oder im Irak). Die Umgestaltung des Mittleren Ostens nach dem Modell westlicher Gesellschaft sei die neue Herausforderung für die USA und erfordert eine neue transatlantische Bestrebung der Zusammenarbeit zwischen den USA und Westeuropa. G. John Ikenberry²⁰ stellt in seinem Artikel „America’s Imperial Ambition“ (Ikenberry 2002) fest, dass die alte Konstellation Vergangenheit ist. Die Doppelstrategie aus realistischen Containment im Bereich der „high politics“ und liberalem Multilateralismus auf den Feldern der „low politics“ (wie Freihandel und Menschenrechte) habe sich behauptet. Die gegenwärtige neue Strategie von den Neokonservativen sei sehr gefährlich²¹. Es bestehe die Gefahr der imperialen Überdehnung deswegen, weil die USA nicht alle Probleme der Welt allein lösen können. Daher sollten die Vereinigten Staaten keine neuen Strategien verfolgen, sondern die alten den neuen Bedingungen anpassen. Es sei bedeutend, dass die amerikanische Sicherheitspartnerschaft kritische Komponente für die von den USA geführten Weltordnung sei, da dies die USA entlastet und die Führungsrolle der USA legitimiert.

¹⁸ Beide gehörten zur Clinton-Administration. Asmus ist derzeit Programmdirektor des Atlantic Partnership Program des German Marshall Fund. Pollack ist Forschungsdirektor des Saban Center for Middle East Policy.

¹⁹ Ähnlich wie bei den Neokonservativen Kagan, Krauthamer und Rice.

²⁰ Professor of Geopolitics and Global Justice an der Georgetown Universität in Washington.

²¹ Ikenberry skizzierte das neokonservative Konzept wie folgt: a) Die USA sind die einzige Übermacht der Welt. b) Die neuen Probleme sind Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. c) Ein neues offensives Konzept der Prävention ist erforderlich. d) Dies hat eine Wiederaufleben des Begriffs von Souveränität zur Folge, d.h. das „ius ad bellum“ gegen Terroristen und das Streben nach Massenvernichtungswaffen wieder gefordert werden. e) die Konzepte, die eine internationale Ordnung aus Abkommen, internationalen Organisationen und dem Völkerrecht errichten (Internationaler Strafgerichtshof, Kyoto-Protokoll, etc.), werden entwertet. f) Aufgrund dessen, dass keine andere Macht die passenden Kapazitäten hat, agieren die USA mit den neuen Problemen allein. g) Eine Kündigung des ABM-Vertrags ist zulässig erkennbar, da internationale Stabilität zweitrangig ist.

Entsprechend der Debatte über Unilateralismus in den USA verfolgen die US-Regierungen seit dem Ende des Kalten Kriegs in facto ihre neue weltpolitische Strategie, die eine unilaterale Weltordnung unter der Führung der USA bestrebt. Dies lässt sich aus amtlichen Dokumenten ableiten, die seit dem Ende des Kalten Kriegs amtierenden US-Präsidenten vorgestellt werden. In der „Defense Planning Guidance 1994-1999“ vom Frühjahr 1992 wurde die US-Führungsrolle in der Weltpolitik in den Vordergrund gestellt. Die ursprüngliche (erste) Version dieses Dokuments vom 18. Februar 1992²², die von Paul Wolfowitz²³ entworfen und daher als das „Wolfowitz-Papier“ betitelt wird, beinhaltet grundlegend folgende Themen: a) Die USA sollen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs die Bildung einer konkurrierenden Supermacht zum Scheitern bringen. Dabei geht es nicht nur um Mächte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch um Staaten in Westeuropa und Asien. Mit denkbaren Konkurrenten sind auch Frankreich, Deutschland, Japan, China und Indien gemeint.²⁴ b) Die USA sollen ihre Interessen weltweit aufrechterhalten und ihre Werte wie Demokratie und Marktwirtschaft unterstützen. Dazu gehören der Zugang zu bedeutenden Rohstoffen (zum Öl am Persischen Golf), die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen, der Schutz von US-Bürgern vor Terrorismus, lokalen und regionalen Konflikten sowie der Kampf gegen den Drogenhandel. In dem Dokument werden auch die Länder erwähnt, in denen die Vereinigten Staaten mögliche militärische Intervention ausüben könnten. Dies gilt

²² Dabei dreht es sich um ein Memorandum zur Vorbereitung der Verteidigungsetats der Jahre 1994 bis 1999. Dieses streng geheime Dokument wurde der New York Times und der Washington Post zugespielt. Das Papier wurde nach der durch die Indiskretion ausgelösten öffentlichen Debatte von Dick Cheney und Colin Powell überarbeitet. Die zweite Version des Dokuments vom 16. 04. 1992 hatte im Gegensatz zur ersten Version eine wohlwollende und multilaterale Eigenschaft und verabschiedet sich von unfreundlichen Attacken gegen europäische und asiatische Partner.

²³ Führender Internationalist in der derzeitigen Regierung, der von Bush junior vorgeschlagene oder empfohlene Chef für die Weltbank und damals bereits Stellvertretender Verteidigungsminister unter Bush senior.

²⁴ Die Zitate: „Our first objective is to prevent the re-emergence of a new rival. This is a dominant consideration underlying the new regional defence strategy and requires that we endeavour to prevent any hostile power from dominating a region whose resources would, under consolidated control, be sufficient to generate global power. These regions include Western Europe, East Asia, the territory of the former Soviet Union, and Southwest Asia.” Und: “There are three additional aspects to this objective: First the U.S. must show the leadership necessary to establish and protect a new world order that they need not aspire to a greater role or pursue a more aggressive posture to protect their legitimate interests. Second, in the non-defence areas, we must account sufficiently for the interests of the advanced industrial nations to discourage them from challenging our leadership or seeking to overturn the established political and economic order. Finally, we must maintain the mechanisms for deterring potential competitors from even aspiring to a larger regional or global role.” (Excerpts from 1992 draft “Defence Planning Guidance”. Unter: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/etc/wolf.html>)

für Litauen, Polen, Irak, Nordkorea, Panama sowie Philippinen. c) Die USA müssten imstande sein, ihre Interessen auch unilateral beizubehalten. Koalitionen sollten vielmehr auf Ad-hoc-Basis gestaltet werden, aber keine institutionelle Eigenschaft haben. Dieses Dokument wurde als das offene Drehbuch einer US-Vorherrschaft angesehen. Das Papier „Presidential Decision Directive 25“ (PDD 25) vom Mai 1994²⁵, das für ein bedeutendes Dokument für die Clinton-Administration gilt, deutet auf eine klare Absage an jede Form von grundsätzlichem Multilateralismus hin: „When our Interests dictate, the US must be willing and able to fight and win wars, unilaterally whenever necessary. To do so, we must create the required capabilities and maintain them ready to use. UN peace operations cannot substitute for this requirement.“ Und: “The primary mission of the US Armed Forces remains to be prepared to fight and win two simultaneous conflicts. In this context, peacekeeping can be one [Herv. V. U. M.] useful tool to help prevent and resolve such conflicts before they pose direct threats to our national security.” (PDD 25) Hier wird offensichtlich ein absoluter Unilateralismus gefordert. Operationen der Vereinten Nationen (UN) besitzen bloß instrumentelle Eigenschaft/Natur, falls diese für die Interessen der USA nützlich sind. Beim Einsatz von US-Truppen dürfen solche Operationen nur unter US-Kommando bleiben. Clinton war nämlich kein grundsätzlicher Multilateralist. Ein Unterschied zwischen Politiken von Clinton und Bush junior kommt an dieser Stelle nicht vor. Das Dokument „Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA“ (National Security Strategy 2002) (NSS 2002) vom 20. 9. 2002²⁶, das als das zentrale sicherheitspolitische Dokument der Administration vom Bush junior bezeichnet wird und das erste Strategiedokument nach dem 11. September ist, stellt sich die grundsätzliche Trennung von der Sicherheitsstrategie der Verhältnisse des Ost-West-Konflikts zum ersten Mal dar. In NSS 2002 sind die neuen Herausforderungen (Bedrohung) nicht mehr die alten oder neuen Atommächte, sondern der internationalen Terrorismus, die Schurkenstaaten

²⁵ Clinton Administration Policy on Reforming Multilateral Peace Operations (PDD 25) Released on the WWW by the Bureau of International Organisations Affairs, U.S. Department of state, February 22, 1996. Executive Summary. Unter: www.gmu.edu/departments/t-po/peace/pdd25.html. Dieses Dokument ist als Reaktion auf das Somalia-Desaster gekommen. Es geht dabei um die Politik der Clinton-Regierung zur Reform multilateraler Friedensoperationen: a) Die Bedingungen zur Unterstützung für die Friedensoperationen, b) die Beschränkung der Kosten solcher Operationen für die USA, c) die unmissverständliche Klärung, dass die US-Truppen auf keinen Fall unter Kommando der UN gestellt werden dürfen, d) die Reform der Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UN) und e) Verbesserung der Transparenz zwischen Regierung, Kongress und der US-Öffentlichkeit.

²⁶ Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, in: Internationale Politik, Nr. 12, 2003, S. 113-138, original unter: www.usembassy.de/policy/nss.pdf.

und die gescheiterten Staaten. Hier sind Schurkenstaaten diejenige, die durch autoritäre und menschenrechtsverletzende Regime geführt werden, Massenvernichtungswaffen besitzen oder danach streben, ihre Nachbarn bedrohen, eine Gefährdung für die regionale Sicherheit darstellen und die dazu bereit sind, Massenvernichtungswaffen an andere sowie an Terroristen weiterzugeben. Als Schurkenstaaten werden Nordkorea, der Irak, Iran, Afghanistan (bis zum Sturz des Taliban-Regimes), Syrien, Jemen, Sudan und Kuba in NSS 2002 bezeichnet. Sie werden außerdem als sog. „Achse des Bösen“ (Axis of Evil) dargestellt. Eine neue Strategie ist notwendig, weil die klassischen Instrumente der Abschreckung gegenüber der neuen Art von Bedrohungen keine Wirkung zeigen (wie die fanatisierten Selbstmörder, die sich nicht abschrecken lassen). Diese neue „Grand Strategy“ (Lieber 2004) verlangt offensive Aktionen, also präventive Militäreinsätze gegen Schurkenstaaten. Der Terrorismus, der gefährlicher für die USA als Schurkenstaaten ist, kann nur schwer bekämpft werden. Daher ist die Bekämpfung der identifizierbaren Helfer und Helfershelfer entscheidend. Als Beispiel war Afghanistan das erste Helferland und der Irak sollte beispielsweise das nächste sein. Dabei können die USA ihre Militäraktionen auch ohne internationale Unterstützung alleine durchführen. Eine UN-Mandatierung ist nicht unbedingt erstrebenswert. Es soll dann in diesen Ländern die große Transformation wie die Demokratisierung, die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Modernisierung geben. Eine Beteiligung der UN bei diesem Transformationsprozess wird auch an dieser Stelle nicht erwähnt.

Nach dem 11. September 2001 herrscht eine klar erkennbare imperiale Tendenz in der US-Weltpolitik. Die USA streben mit der Doktrin der „Prävention“ danach, dass sie mit dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten brechen und hierfür ein hierarchisches System in der Weltpolitik einrichten, indem sie über die Machtbefugnis verfügen, ob die Souveränität von Staaten bewahrt oder abgesetzt wird (Vgl. Ryn 2003). Unter amerikanischen Politikwissenschaftlern und Historikern entsteht entsprechend eine Debatte über „das neue amerikanische Imperium“. Dabei geht es nicht darum, ob die Vereinigten Staaten ein Imperium sind oder nicht, sondern um die Frage, ob und auf welche Weise sich das Imperium managen lässt. Befürworter eines US-Imperiums sind der Meinung, dass die globale Verbreitung der Demokratie und freier Marktwirtschaft, die Bekämpfung vom Terrorismus und die Unterbindung der Weiterverbreitung von

Massenvernichtungswaffen durch eine US-Imperialpolitik ermöglicht werden. Gegner machen dagegen die Realität klar, dass das US-Imperium von Gegenmächten herausgefordert wird, großes finanzielles Problem haben könnte und demnächst der demokratischen Staatsform der USA nicht entspricht. (Vgl. Masala 2004) Eliot A. Cohen²⁷ rät aufgrund der Frage des Managements vom US-Imperium der gegenwärtigen Bush-Administration, ihre Machtfülle klug, dauerhaft und bescheiden anzuwenden, damit der Eindruck der amerikanischen Arroganz und somit der Widerstand anderer Mächte gegen das US-Imperium vermieden werden (Vgl. Cohen 2004). Stephen Walt²⁸ vertritt die Ansicht, dass die Dauer des US-Imperiums vom Management abhängt (Vgl. Walt 2002). Er und Cohen empfehlen der gegenwärtigen US-Regierung, dass die USA zum Aufbau eines „konsensualen Imperiums“ die Rolle eines „gütigen Imperators“ spielen sollten. Der britische Historiker Niall Ferguson behauptet, dass es keine Alternative zu einem US-Imperium gibt, weil eine von Frankreich, Russland und China beschworene multipolare Welt nicht erkennbar sei. Daraufhin würde die Unipolarität durch die Apolarität ersetzt. So entstehe ein weltweites Machtvakuum, das bloß Unordnung und Anarchie schafft. Wie Cohen vertritt Ferguson die Ansicht, dass die Vereinigten Staaten Ähnlichkeiten mit dem britischen und dem römischen Imperium in sich tragen, weil sie wie London und Rom ihr Imperium nicht nur durch Zwangsgewalt regieren, sondern auch dadurch, dass die USA einen „missionarischen Universalismus“ bestreben, der dem Interesse der gesamten Menschheit dient. Im Gegensatz zu den US-Wissenschaftlern, die die Zukunft des US-Imperiums von der Lösung der Frage des Managements abhängig machen, stellen die andere Wissenschaftler die Möglichkeit der Bewahrung eines dauerhaften US-Imperiums in Frage. Jack Snyder hat angedeutet, dass der Glaube an das Erzielen mehrerer nationaler Sicherheit durch ein Imperium oder durch eine imperiale Politik ein Mythos ist. Denn dies basiert auf mehreren katastrophalen Auffassungen (Vgl. Snyder 2003), zu denen die zwei Auffassungen gehören: Zum einen die Auffassung, dass eine offensive Militärstrategie dem denkbaren Gegner seinen Willen aufzwingen kann²⁹; Zum anderen die Auffassung, dass die Staaten sich mit der

²⁷ Politikwissenschaftler an der Johns Hopkins Universität und Berater des US-Verteidigungsministeriums. Er gehört zu den Befürwortern des US-Angriffs auf Irak.

²⁸ Er gehört zu den Gegnern des amerikanischen Angriffs auf Irak.

²⁹ Dieser Mythos, der schon mit dem 1905 entwickelten Schlieffen-Plan scheiterte, so Snyder, provoziert den denkbaren Gegner zur Verbesserung seiner Verteidigung, die es dem Angreifer fast chancenlos

stärksten und bedrohlichsten Macht zusammenschließen, dass sie „bandwagoning“ (ebd.: 66) vorantreiben³⁰. Carlo Masala zufolge besteht es außerdem die Gefahr, dass das Imperium seine Macht missbrauchen wird, wenn es seine Machtfülle zur Bestrebung der eigenen (nationalen) Ziele ohne Rücksicht auf andere Staaten anwendet (Vgl. Masala 2004). Illusorisch ist auch der Glaube, dass die negative Wahrnehmung der Stärke der USA in der Welt durch eine Selbstbeschränkung amerikanischer Machtanwendung oder durch einen innenpolitischen Machtwechsel in Washington verändern könnte. Für Charles Kupchan ist Gegenmachtbildung gegen die USA schon entstanden. Diese wird auch künftig die Prozesse im internationalen System entscheiden (Vgl. Kupchan 2002). Die US-Regierung solle daher diesen Prozess eifrig mitgestalten und nicht versuchen, den bereits bestehenden Übergang zu einer multipolaren Welt zu verhindern, der aber nicht zu verhindern ist. Die USA haben die Wahl: Entweder wird sie diese neue multipolare Weltordnung mitgestalten oder wird sie dasselbe Schicksal wie alle anderen vergangenen Imperien erleiden (ebd.). Obwohl es unterschiedliche Vorstellungen bei der Debatte über das US-Imperium in der USA gibt, besteht es jedoch die Einigkeit in der Debatte darin, dass die USA gegenwärtig ein Imperium sind (Vgl. Masala 2004).

machen, einen schnellen und erfolgreichen Angriff machen. Außerdem erzeugt eine offensive Militärstrategie die schnelle Gegenmachtbildung der denkbaren Gegner vom Empire.

³⁰ Auch hier sei sicherlich es, dass eben das Gegenteil erfolgen werde, d.h. die Gegenmachtbildung gegenüber der Vorherrschaftsmacht.

2.2.3 Konzeptionen für eine neue Weltordnung

Im Folgenden werden die drei bedeutenden Konzeptionen für eine neue Weltordnung, nämlich das Konzept des „Weltstaats“, das Konzept der „Welthegemonie“ und das Konzept der „kooperatistischen Weltordnung“ – also das Konzept von „Global Governance“, vorgestellt.

2.2.3.1 Weltstaat

Die Vertreter des Konzepts eines Weltstaats³¹ nehmen an, dass es notwendig ist, die herrschaftlichen Strukturen auf der Weltebene zu bilden, um globale Probleme zu lösen (Vgl. Rittberger 2003). Unter anarchischen Bedingungen könne eine Kooperation zwischen souveränen Staaten auf Dauer nicht effektiv und erfolgreich sein. In dem Naturzustand, wo es zwischen Staaten keine Macht gibt, „die sie alle im Zaum hält“ (Hobbes 1984 [1651]), zählt schließlich nur das Recht des Stärkeren. Ein Weltstaat (also die Weltföderation aller Nationalstaaten, der Weltbund), der mit erforderlichen Machtbefugnissen und Instrumenten ausgestattet ist, kümmert sich um die Schaffung der notwendigen Regelungen zur Lösung von Weltproblemen und um die Einhaltung und die Durchsetzung dieser Regelungen. Ein solcher Weltstaat muss aber nicht derjenige Staat sein, der sämtliche öffentliche Aufgabe erledigt und als eine Weltherrschaftszentrale alles steuert und kontrolliert. Der Weltstaat ist von derzeitigen Vertretern dieses Konzeptes nur als ein minimaler Weltstaat mit äußerst begrenzten Fähigkeiten gedacht worden (Vgl. Höffe 1999, 2001). Nach dem föderalen Prinzip übernimmt oder erfüllt ein Weltstaat also im Allgemeinen bloß die Aufgaben, die auf lokaler, nationaler oder regionaler Ebene nicht gelöst werden können. Bei diesem Modell dreht es sich jedoch um eine weltbundesstaatliche Zentralgewalt, die an dem zwischen Bund und Gliedstaaten verteilten öffentlichen „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (Max Weber) beteiligt ist. Diese Zentralgewalt hat einen Anspruch auf eigene legislative und exekutive Kompetenzen. Daneben gibt es eine Weltpolizei und Weltjustiz. Die Intervention

³¹ Das Konzept von Weltstaat „beinhaltet die Aufhebung des anarchischen Ordnungsprinzips der internationalen Politik: An die Stelle einer faktischen Ordnung, in der es keine formale Über- oder Unterordnung zwischen den Akteuren, sondern eine naturwüchsige Differenz der Macht und Handlungspotenziale gibt, tritt eine normativ begründete, herrschaftliche Organisation der kollektiven Bearbeitung von Weltproblemen“ (Rittberger 2003: 250).

der Zentralgewalt ist erlaubt, wenn die Weltverfassungsordnung verletzt wird (z. B. falls die Mitgliedstaaten gegen den Weltfrieden verstoßen).

Dieses Konzept wird allerdings von Kritikern als utopisch oder naiv-idealistisch bezeichnet (Vgl. Tudyka 2003). Denn die Welt ist zum einen noch nicht reif oder bereit für das Kollektivbewusstsein einer Schicksalsgemeinschaft. Nur mit solchem Gemeinschaftsbewusstsein und –gefühl kann ein Staat, also ein Weltstaat, gemacht werden (Vgl. Rittberger 2003). Zum zweiten können Standards der demokratischen Verfassungsstaatlichkeit auf der Weltebene nicht gewährleistet werden. Es kann kein Weltstaat entstehen, wenn es keine Gewaltenteilung, keine Einbeziehung der Regierten in das Regieren und keine „strenge Rechenschaftspflicht einer weltstaatlichen Regierung gegenüber dem ‚Weltvolk‘ oder seinen demokratisch legitimierten Repräsentanten“ (ebd.: 257) gibt. Mit einem Weltstaat kann somit in absehbarer Zukunft kaum gerechnet werden.

2.2.3.2 Welthegeemonie

Das Konzept der Welthegeemonie ist der Ansicht, dass es einen Welthegeemon, also eine zentrale Sanktionsmacht, benötigt, damit Regeln vom kollektiven Handeln eingehalten werden können. Dieser wohlwollende Welthegeemon, d.h. ein Staat, ist mit seiner überlegenen militärischen, wirtschaftlichen, politische und kulturellen Macht gegenüber den übrigen Staaten dominant und besitzt eine supranationale Weltautorität. Der Welthegeemon kann wegen der ihm zur Verfügung stehenden beachtlichen Machtressourcen Regeln des kollektiven Handelns schaffen, ihnen zu Akzeptanz verhelfen und ihre Befolgung sichern. Außer dem Hegemon können andere politischen Gemeinschaften die Herausbildung und die Aufrechterhaltung internationaler oder globaler Institutionen im Allgemeinen kaum beeinflussen. Deswegen werden die sie konstituierenden Regeln vor allem nach den Interessen und der Weltsicht des Hegemons geschaffen. Allerdings ist die hegemoniale Ordnung nicht nur dem Hegemon nützlich, sondern auch den anderen politischen Gemeinschaften. Eigene nationalen Interessen und Wertvorstellungen des Hegemons, die mit Universalitätsanspruch bestückt werden, können in erheblichem Ausmaß mit Zielen und Wertvorstellungen des Gesamtsystems übereinstimmend sein. Die anderen Staaten leisten dem Hegemon ihre Gefolgschaft aufgrund der Gewinne (wie z. B. die Bereitstellung öffentlicher Güter), die sie aus der

hegemonialen Ordnung schlagen (Vgl. Cox. 1986). „Im Wissen um diese Vorteile fällt es den kleineren Mächten leichter, die informelle Hierarchie, die zum Wesen der hegemonialen Ordnung gehört, zu akzeptieren.“(Rittberger 2003: 252)

Das Konzept der Welthegeemonie wird nach seinen Kritikern ebenso den Befunden der internationalen Beziehungen nicht gerecht (ebd.: 258 ff.). Zum einen zeigen die internationalen Institutionen wie die Welthandelsorganisation oder der Internationale Währungsfonds (IWF) nach wie vor ihre Anpassungsfähigkeit und Wirksamkeit³². Zum zweiten ist es offensichtlich, dass eine Pluralität von Staaten internationale Institutionen und Regime etablieren und bewahren kann. Internationale Institutionen und Regime, die die internationale Zusammenarbeit unterstützen, können auch durch das Kooperieren mehrerer Staaten mit verschiedenartiger Machtstellung im internationalen System hergestellt und bewahrt werden. Zum dritten sind internationale Institutionen sehr widerstandsfähig und in großem Umfang von einer hegemonialen Machtstruktur unabhängig (Vgl. Hasenclever/Mayer /Rittberger 1997 u. 2000). Schließlich stellt das Konzept der Welthegeemonie eine bedeutende normative Schwäche dar. Letztendlich entscheidet nur der Welthegeemon, welche Probleme in welcher Reihenfolge und auf welcher Weise behandelt oder gelöst werden sollen. Die Problehenwahrnehmung und Prioritätensetzung des Hegemons brauchen auf keinen Fall allgemein zustimmungsfähig zu sein. Das Konzept der Welthegeemonie verspricht weiter nichts als eine selektive Behandlung von Weltproblemen und bringt darüber hinaus in seinem empirischen Gebrauch erhebliche Fehlbildung zum Ausdruck.

³² Beim Fehlen einer zentralen politischen Autorität, also als in den 1970er und 1980er Jahren der Hegemon wie die USA sich eine Auszeit nahm, baute sich die funktionstüchtigen Institutionen weltweit auf, so die Kritiker. Es gibt derzeit eine Vielzahl von internationalen Institutionen (Vgl. Keohahe 1989), die über beinahe alle Politikbereiche wie von Abrüstung und Rüstungskontrolle bis Zollsenkung und die Abschaffung nichttarifärer Handelsbeschränkungen verteilt werden. Das internationale Abkommen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen oder die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten durch das Welthandelsregime waren/sind politisch relevant. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, Überbrückungskredite des IWF, die Bekämpfung der Kinderarbeit durch die International Labor Organisation (ILO) und WTO und der Ausbreitung ansteckender Krankheiten wie SARS durch die WHO oder humanitäre Hilfe durch den UNHCR und das ICRC waren/sind offensichtlich wirksam und effektiv.

2.2.3.3 Global Governance

Das Konzept von Global Governance³³ wird als eine Gegenordnung zu der existierenden Weltordnung, also eine Ordnung der Staatenwelt, bezeichnet. Dieses Konzept geht davon aus, dass die neuen gesellschaftlichen Kräfte oder Akteure die internationale Gemeinschaft der Staaten aufgrund der strukturellen Veränderung der Weltpolitik im Globalisierungszeitalter gegenüberstehen und herausfordern. Die Globalisierung hat die Kräfteverhältnisse zwischen Staaten, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft verändert und die Handlungsspielräume all dieser Akteure beträchtlich vergrößert (Brühl/Rittberger 2001: 7 ff.). Die Staatenwelt würde durch nichtstaatliche Akteure aus/von ihrer zentralen Stellung abdrängen und sogar ersetzt. Der nationale Staat ist nicht mehr in der Lage, allein die grenzüberschreitenden Probleme zu lösen. Diese Entwicklung erfordert eine neue kooperativere Weltordnung, an der nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Akteure aus mehreren Gesellschaften beteiligt sind (Vgl. Meyers/Frantz 2002: 399). Aus diesem Grund sollten die verschiedenen (staatlichen und nichtstaatlichen) Akteure auf der lokalen, nationalen, regionalen und globalen Ebenen durch ihre Interaktionen oder Zusammenarbeit eine globale (transnationale) Ordnung schaffen, die das internationale Zusammenleben friedlich sowie demokratisch ordnen. Erst durch das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf mehreren Ebenen würde die effektive und legitime Lösung globaler Krisen und Probleme möglich. Also, zur Bearbeitung weltweiter Interdependenzen und grenzüberschreitender Probleme sind Kooperation, gemeinsame Problemregelung und Beteiligung von unterschiedlichen Akteuren notwendig (Vgl. Messner 1998: 17-24). Eine Weltgesellschaft (als Bezugsrahmen) hätte sich somit herausgebildet. Der nationale Staat würde in dieser Weltgesellschaft geschwächt und abgelöst. Ein globaler spinnennetzartiger gesellschaftlicher Pluralismus und eine internationale oder globale Gesellschaftswelt (Vgl. Czempiel 2002) stehen der internationalen Gemeinschaft der Staaten entgegen.

³³ Das Schlagwort „Global Governance“ tauchte seit Beginn der 1990er Jahre in Diskussion über „eine neue Weltordnung“ auf, nachdem die vom Kalten Krieg geprägte Nachkriegsordnung zusammenbrach (Messner/Nuscheler 1996: 18).

Die Befürworter des Global Governance-Konzepts³⁴ vertreten gemeinsam die Auffassungen (Vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 40-42): a) dass die unkontrollierte, zunehmend interdependente „Eine Welt“ eine neue Ordnungsform, wie z. B. die kooperatistische Weltordnung, braucht; b) dass der nationale Staat seine Kompetenzen und Aufgaben an globale, regionale und lokale sowie zivilgesellschaftliche Akteure überlassen sollen; c) dass die zivilgesellschaftlichen Akteure (wie NGOs und ihre transnationalen Netze) in das Weltregieren einbezogen und ihre Potenziale oder Fähigkeiten zur Lösung globaler Probleme anerkannt werden sollen; d) dass die existierenden internationalen, globalen Organisationen sowie Regime reformiert und transformiert werden sollen und dass neue kooperative Ordnungsregime in den bestimmten Bereichen (Weltwirtschaft, Umwelt, Sicherheit etc.) eingerichtet werden sollen; e) dass eine humanistische Weltethik für die Realisierung globaler Steuerung erforderlich ist und dass ein globales Ethos der Weltbürgerschaft einen gemeinsamen Bestand an universellen Werten und Prinzipien ermöglichen soll.

³⁴ Zu den bekanntesten Befürwortern des Konzepts von Global Governance zählen James Rosenau, der 1992 gemeinsam mit Ernst-Otto Czempiel den Sammelband „Governance without Government: Order and Change in World Politics“ herausgab, Commission on Global Governance (CGG), dessen Ergebnisse 1995 in dem Bericht „Our Global Neighbourhood“ (Commission on Global Governance 1995) zusammengefasst, das Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg (INEF), die Gruppe von Lissabon sowie Club of Rome (Vgl. Mürle 1998; dazu auch vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000).

Abbildung 2: Architektur von Global Governance



Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung des INEF-Konzept, dazu vgl. D. Messner/F. Nuscheler (Hrsg.) 1996: Weltkonferenzen und Weltberichte, Bonn; auch vgl. Ingomar Hauchler/D. Messner/F. Nuscheler 2001: Globale Trends 2002, Frankfurt/M.

Das Global Governance-Konzept besitzt jedoch, so die Kritiker, in weiten Teil utopischen Charakter und große Durchsetzungsprobleme (Vgl. Tudyka 2003). Zum einen könne die normative Aussage von Global Governance, vor allem die Erklärung der „Einen Welt“ und der „Weltethik“, in der ermessbaren Zeit nicht realisiert werden. Zum zweiten sei es eine Utopie, dass in einer sog. Weltgesellschaft alle Konflikte und Probleme „durch freiwillige Einsicht und durch Verhandlungsprozesse unter Aufsicht des Staates bzw. der ‚Staatengemeinschaft‘ zu allseitiger Zufriedenheit aufgelöst werden können“ (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 43). Zum dritten berücksichtigt das Konzept von Global Governance die Macht- und Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und internationalem System nicht. Zum vierten überschätzt dieses Konzept kooperative Verhandlungslösungen sowie die Rolle gesellschaftlicher Akteure. Zum fünften wird eine erfolgreiche Realisierung des Konzepts von Global Governance durch die folgenden strukturellen Probleme enorm verhindert: Die Kluft zwischen der Reichweite des Problems und der Reichweite der politischen Lösungsinstrumente, Fehlen an hinreichendem Wissen für die Problemlösung, mangelhafte Anreiz- und Sanktionssysteme, unzulängliche Einbindung und Mitsprache der nichtstaatlichen Akteure (Vgl. Rittberger 2004: 262). Schließlich mangelt es dem Konzept von Global Governance und ihren möglichen Institutionen noch an der demokratischen Legitimation (Vgl. March/Olsen 1995).

3. Alte und verbleibende Weltordnungen

3.1 Die koloniale Weltordnung

Mit der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus im Jahre 1492, also mit der Erschließung der „neuen Welt“, bekamen die Europäer das Denken oder Wissen in weltumfassenden Maßstäben. Erst im Lauf des 18. Jahrhunderts erlangten das gesellschaftliche Erkenntnis und Handeln in Europa globale Dimensionen, obwohl europäische Mächte bereits in den Jahrhunderten zuvor mit dem Handeln in verschiedenen Weltregionen und mit der Kontrolle von Landstrichen in ihren kolonialen Ländern begonnen hatten. Durch wirtschaftliche Entwicklung entstand

der frühe Kolonialismus. Die industrielle Revolution und die Entstehung der kapitalistischen Ökonomie in Europa verlangten die Erschließung von neuen Märkten und Ressourcen. Die Kolonie war immer wichtig geworden wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (also Rohstoffen und neue Absatzmärkte).

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts existierte erst eine (koloniale) Weltordnung, vor allem eine globale Wirtschaftsordnung. (Vgl. Heitmann 2004) Seitdem wird die Welt erschlossen, gegliedert und reguliert. Diese koloniale Weltordnung wurde durch die Kolonialmächte als „Weltmächte“ bestimmt. Sie hatte die militärische und ausbeuterische Eigenschaft, die zu einer Militärisierung von Kultur und Gesellschaft beitrug. Zwischen den europäischen kolonialen Mächten herrschten die Instabilität und der Kampf um den Vorrang. Dies wurde auf der Weltbühne ausgetragen und führte am Ende des 19. Jahrhunderts zu zunehmenden Feindseligkeiten zwischen den europäischen Mächten. Am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich dem aufstrebenden preußischen Königshaus den Krieg, der aber zur nationalen Einigung Deutschlands (der Gründung des Deutschen Reichs) im Jahre 1871³⁵ und zum Entstehen eines neuen großen Kontrahenten in der Mitte Europas beitrug. Das Deutsche Reich fing in den 1880er Jahren mit der Errichtung eines eigenen Kolonialreichs an. 1882 wurde der Deutsche Kolonialverein gegründet. Die deutsche Beteiligung am imperialen Wettrennen um Kolonialbesitz führte dazu, dass das Kaiserreich Spannungen und militärische Auseinandersetzungen mit den etablierten europäischen kolonialen Mächten unausweichlich hatte. In dieser Phase der Weltordnungspolitik gab es keine die friedliche Beteiligung der Auseinandersetzungen erreichenden Institutionen. Statt internationaler Kooperation zwischen den Kolonialmächten kämpften die Mächte doch hart miteinander um Macht und Märkte. Aus diesen Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen Reich und den europäischen Mächten (vor allem der Weltmacht Großbritannien) ergab sich der Erste Weltkrieg (1914 – 1918), der sich auch in den kolonialen Gebieten fortsetzte. Der Krieg erschütterte sowohl die sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen als auch die politischen und ideologischen Grundlagen der kolonialen Weltordnung.

³⁵ Der preußische König Wilhelm I. nahm am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses aus der Hand der deutschen Fürsten die Kaiserkrone entgegen. Bismarck wurde Kanzler des Deutschen Reichs.

Die Aufklärung, die industrielle Revolution und die Dynamik gewinnende kapitalistische Wirtschaftsweise waren die relevanten Impulse des Entstehens vom europäischen Denken, das die koloniale Weltordnung prägte. Es wertete traditionelle, religiös vorherrschte und vernunftwidrige Vorstellungen zum Vorteil von Wissenschaft und Vernunft ab und vereinte sich mit den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. Diese Werte entsprachen den Forderungen und Interessen eines Bürgertums, das die feudalen Fesseln sprang, und entwickelten sich zu wichtigen Säulen der modernen europäischen Selbstinterpretation. Das europäische Denken wurde aber auch durch neue soziale Konflikte beeinflusst, die sich parallel entwickelten. Im Zug der rapiden Veränderungen machte sich die Masse der Bevölkerung als das Proletariat in den neuen Industriezentren des Frühkapitalismus abhängig. Die Klasse des kapitalistischen Bürgertums wurde durch die ansteigende Arbeiterklasse herausgefordert. Diese Entwicklung widersprach der Forderung nach der Errichtung einer neuen, auf den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit basierten Gesellschaft. Das Bürgertum wurde durch die Arbeitsbewegung der Massen (als neue politische Kraft) bedroht. Als proletarische Umsturz- oder Revolutionsversuche wurden die Pariser Kommune im Frühling 1871 aufgerichtet. Sie wurde aber von Regierungstruppen blutig niedergeschlagen. Dies markierte noch im Weiteren die militaristische und unterdrückende Eigenschaft der europäischen Ordnung. Um die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihren Führungsanspruch zu legitimieren und zu verteidigen, tauchte in der Zeit des 19. Jahrhunderts konservative Elitetheorien auf. Die Vertreter der Elitetheorien befürworteten die Annahme, dass das Bürgertum, das den revolutionären Massenbewegungen gegenüberstand, nur weiterbestehen könnte, wenn Eliten (eine leistungsfähige Minderheit der Besten) die Führung der Gesellschaft in die Hand nehmen (Vgl. Heitmann 2004). Das Überleben der modernen Industriegesellschaft ist der Elitetheorien zufolge von der Herrschaft der Eliten über die niederen Klassen abhängig. Auch Philosophen wie Friedrich Nietzsche (1844-1900) stellte den Rationalismus in Frage und erhob Anspruch auf eine Trennung vom positivistischen Glauben an Fortschritt und Entwicklung. Andere Wissenschaftler behaupten, dass Ungleichheit und das Bestehen von Armut naturbedingte Konstanten sind und nicht aufgehoben werden können. Die Mängel und Misere der neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung sollten also logische Folge natürlicher Konsequenzen sein. Auch in der Weltpolitik vertreten die

europäischen Eliten die Ansicht, dass sie von den unzivilisierten und gefährlichen „Massen“ in den Kolonien herausgefordert wurde. Ideologisch gründete sich der moderne Kolonialismus auf das missionarische Sendungsbewusstsein³⁶ und die Glauben an die Überlegenheit der weißen Rassen und ihrer Zivilisation (Kinder/Hilgemann 1996: 377). Dieses imperialistische Denken ließ sich in den 1870er Jahren in Großbritannien anwenden und bestimmte in den folgenden Jahrzehnten die Politik in den europäischen Nationen (Vgl. Müller 1992: 332 f.). Die Rassentheorien³⁷ gewannen derzeit große politische Bedeutung.

Der erste Weltkrieg endete mit der Kapitulation des Deutschen Reichs. Nach dem Krieg versuchten die großen Mächte, die koloniale Weltordnung durch die Einrichtung internationaler Institutionen und die Verstärkung internationaler Kooperation zu stabilisieren. Am 18. Januar 1919 versammelten sich die Siegermächte zur Friedenskonferenz in Paris. Sie legten durch den sog. Versailler Vertrag die harten Friedensbedingungen für das Deutsche Reich fest. Nach diesem Vertrag musste Deutschland 1/7 seines Territoriums (insgesamt rund 70 000 km² ohne Kolonien), 1/10 seiner Bevölkerung und seinen gesamten Kolonialbesitz abtreten. Am 28. Juni 1919 unterzeichnete die deutsche Reichsregierung den Versailler Vertrag im Spiegelsaal von Versailles. Der Vertrag belastete die junge deutsche Demokratie aufs Äußerste und begünstigte den Aufstieg Hitlers. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, also am 4. Oktober 1918, brachte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson seinen „14-Punkte-Plan“ ins Spiel. In diesem Plan formulierte er sein Friedensprogramm, das die Bildung einer internationalen, von Kooperation geprägten Neuordnung der internationalen Beziehungen fordert³⁸.

³⁶ Nach diesem Sendungsbewusstsein sei die weiße Rasse, die Nationen oder Großnationen zur Führung und Europäisierung der Welt berufen.

³⁷ Nach der Theorie des „Sozialdarwinismus“ wurden die natürlich Auslese und der Sieg des Stärkeren über den Schwächeren zu dem gottgegebenen Handlungs- und Funktionsprinzip der modernen Gesellschaft. Biologische Verschiedenheiten zwischen den Rassen sollten bedeuten, dass „Negern“ und „Asiaten“ gegenüber den europäischen Herrenmenschen eine niedrigere Intelligenz besitzen. Die arische Rasse sei also allen anderen Rassen körperlich und geistig dominierend. Die Europäer würden vom Gott beauftragt, ihre Zivilisation zu verbreitern und die Wilden als Sklaven auszubeuten. Eine fortschreitende Rassenmischung sollte den „Kulturverfall“ verursachen und die Überlegenheit der arischen weißen Rasse gefährden. Die Kultur sollte keine intellektuelle Gleichheit, sondern Ungleichheit schaffen, die immer größer wird. Nach dieser Vorstellung führt Gleichheit zu Primitivität, Ungleichheit zu Fortschritt. Diese Elite- und Rassenideologien (als biologische Legitimation für den Kolonialismus und die europäische Gesellschaftsordnung) wurden in der derzeitigen europäischen Weltpolitik auf brutaler Weise umgesetzt. (Vgl. Heitmann 2004)

³⁸ Schon in den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 waren Ideen von einer Friedensorganisation konstruiert worden, mit der alle internationalen Konflikte und Probleme am Verhandlungstisch geregelt werden sollten. Diese Vorstellungen konnten aber in der Hochrüstungsphase der Vorkriegszeit nicht

Wilson stellte die Gründung des „Völkerbundes“ zur Diskussion. Am 10. Januar 1920 trat die Völkerbundsakte mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in Kraft. Zunächst wurden Mitglieder des Völkerbunds die 32 Siegermächte des Kriegs sowie 13 neutralen Staaten. Bis 1937 traten weitere 21 Staaten in den Völkerbund ein. Die USA traten der Staatenorganisation jedoch nie bei, weil der US-Senat dem Präsidenten Wilson die Unterstützung für sein Bestreben wegnahm. Wilson erreichte zwar sein Ziel von der Gründung des Völkerbundes. Er konnte aber seine Gedanken, eine stabile Ordnung für den Weltfrieden zu schaffen, am Ende nicht verwirklichen. Die strukturelle Ohnmacht des Völkerbundes konnte zu einer langfristigen und tragfähigen Stabilisierung der internationalen Verhältnisse nicht beitragen. Der Völkerbund verfügte kaum über Handhabung für die Sanktionierung von Verstößen gegen eigene Regeln und konnte die Bewegungsfreiheiten der Mächte überhaupt nicht beschränken. Außerdem hatte das Vereinte Königreich seine hegemoniale Funktion verloren, und die Vereinigten Staaten als neue Weltmacht konnten oder wollten diese Position in der Weltpolitik aber nicht ersetzen. Diese uneindeutigen internationalen Machtverhältnisse verursachten zusätzlich die Misserfolge des Völkerbundes. Mit der Weltwirtschaftskrise am Ende der 1920er Jahre spitzten sich die Spannungen zwischen den europäischen Mächten zu. Dies führt dazu, dass der Völkerbund sich nicht in die richtigen Bahnen lenken konnte. Unabhängig davon wurden die instabilen europäischen Verhältnisse sowie die bestehende Ordnung durch autoritäre und faschistische Regime in Deutschland, Italien und Spanien wieder gefährdet, die eine ausbreitende Außenpolitik und eine äußerste autoritäre Innenpolitik ausübten und ihre radikale Politik auf ansteckend nationalistischer, rassistischer, antisemitischer und antikommunistischer Propaganda gründeten. Aus dem Völkerbund traten das Deutsche Reich und Japan 1935, Italien und die Sowjetunion 1939 sowie Spanien 1941 aus. Unter dem Hitler griff Deutschland erneut die Führerschaft der alten europäischen Mächte an. Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen. Somit begann der Zweite Weltkrieg. Der Krieg kostete weltweit etwa 60 Millionen Menschen das Leben. Etwa 6 Millionen europäische Juden wurden von dem deutschen nationalsozialistischen Regime auf grausamster Weise ermordet (der Holocaust). Rund 20 Millionen Menschen wurden entweder vertrieben oder als Zwangsarbeiter verschleppt. Der

realisieren. Im Ersten Weltkrieg griff der US-Präsident Woodrow Wilson diese Ideen wieder auf (Vgl. Müller 1992: 374 f.).

Zweiter Weltkrieg machte die politische, ökonomische Konstruktion von Europa und das internationale Kolonialsystem dem Erdboden gleich. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde also die alte koloniale Weltordnung endgültig abgelöst.

3.2 Die bipolare Weltordnung im Kalten Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg tauchten die USA als eine neue Weltmacht auf, welche die Rolle des Vereinigten Königreichs ersetzten. Nach dem Ende des Kriegs machte die amerikanische Wirtschaft fast 50 Prozent der Weltwirtschaft aus. Diese wirtschaftliche Überlegenheit verschaffte die politische Vorherrschaft der USA in der internationalen Politik. Die Vereinigten Staaten bemühten sich um die Bildung neuer internationalen Strukturen, die die politische Stabilität schafften und die Entwicklung der Weltwirtschaft steuerten. Sie unterstützten die Gründung der Vereinten Nationen (UN) und strebten danach, dass die UNO größere politische Bedeutung haben als die vom Völkerbund. Am 25. Juni 1945 akzeptierten die Gründungsmitglieder die Satzung der Vereinten Nationen und verabschiedeten am 26. Juni 1945 „die Charta der Vereinten Nationen“. So schien eine neue Weltordnung geschaffen zu sein, die von allen Mitgliederstaaten getragen, einschließlich der europäischen Nationalstaaten und der früheren Kolonien, die als gleichberechtigte und souveräne Nationalstaaten in der UN-Vollversammlung auftraten. Das Recht des Stärkeren in der Weltpolitik sollte derweilen durch das Völkerrecht ersetzt werden. Als „supranationales Machtzentrum“ (Gareis/Varwick 2002) hatten die Vereinten Nationen die Aufgabe, die Souveränität der Nationalstaaten zu sichern und diese jedoch zugleich zur Durchsetzung des internationalen Rechts zu beschränken. Statt gewalttätiger nationaler Interessenpolitik sollten internationale Zusammenarbeit und Kompromisse gefördert werden. Das System der UNO bestand aus unterschiedlichen Organisationen und Programmen. Als eine der Hauptorgane der Vereinten Nationen war der Sicherheitsrat, in dem die USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und später auch China einen ständigen Sitz erhielten. Nach der UN-Charta war das Hauptziel der UNO die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit (Vgl. ebd.). Neben der weltpolitischen Erneuerung sollte der Welthandel zwischen gleichberechtigten Nationalwirtschaften ablaufen. Zur Förderung der weltweiten Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen über eine koordinierte Kreditvergabe wurden die Weltbank und der

Internationale Währungsfonds in den Jahren 1943 bis 1944 geschaffen. Der US-Dollar wurde bereits 1944 auf der internationalen Konferenz von Bretton Woods als internationale Leit-, Reserve- und Transaktionswährung festgeschrieben. Die Gestaltung neuer internationalen Institutionen zeigte die politische und ökonomische Dominanz der Vereinigten Staaten und stellte die gemeinsame Bemühung von Nationalstaaten um eine stabile und friedliche Weltordnung dar.

Neben den USA trat die UdSSR als zweite Weltmacht auf der Bühne der Weltpolitik auf. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs orientierte sich Westeuropa politisch sowie ökonomisch an dem von den USA vertretenen kapitalistischen System. Dagegen wurde Osteuropa von der Sowjetunion und damit von dem sozialistischen System beeinflusst. Der Gegensatz beider Systeme prägte die neuen europäischen Machtbeziehungen, die sich in dem besiegten Deutschland abzeichneten, das in eine amerikanische, britische, französische und in eine sowjetische Besatzungszone aufgeteilt wurde. Die Spannungen zwischen der UdSSR und den USA sowie ihren Verbündeten nahm ständig zu. Dies verhinderte eine friedliche Zusammenführung der westlichen und östlichen Besatzungszonen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmte der „Systemkonflikt“ als neue politische Kraft die internationalen Beziehungen. Dieser Konflikt zerteilte Europa und Deutschland und prägte für die nächsten fast 40 Jahre das Schicksal Europas und der gesamten Weltpolitik. Es entwickelten sich zwei wirtschaftlich wettstreitende Blöcke sowie zwei militärische Bündnisse (die westliche NATO und der Warschauer Pakt). Der Systemkonflikt, der aus völlig unterschiedlichen und unversöhnlichen Weltsichten und Gesellschaftsvisionen entstand, verlieh der Nachkriegsordnung den Charakter einer „bipolaren“ Weltordnung. Die Bipolarität ließ sich auf der Bühne der Weltpolitik verlauten. Der Kampf um System und Ideologie (Kapitalismus versus Kommunismus) fand fast überall in der Welt und in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen statt. Die durch den Prozess der Entkolonialisierung entstandene Befreiungskonflikte zwischen den (ehemaligen) Kolonialstaaten und Europäischen Mächten wurden nun zu „internationalisierten Konflikten“. Es ging in diesen Konflikten nicht um die Auseinandersetzung von rein regionalen oder nationalen Interessen, sondern um die Konflikte, die durch den globalen Systemkonflikt geprägt wurden. Dieser Systemkonflikt bestimmte die innenpolitische Entwicklung und Formulierung der Interessen und Interessengruppen in den Staaten von beiden Blöcken. Die

Aufgliederung politischer Blöcke in „links“ und „rechts“ und in dazugehörige ökonomische Organisationsstrukturen entwickelte sich zum internationalen Modell.

Die Teilung der Welt in einen kapitalistischen und einen sozialistischen Block machte eine neue Gestaltung politischen Denkens und Handelns unausweichlich. Die Werte der kolonialen Weltordnung wie Nation und Rasse wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (sowie in Amerika) abgewertet und hatte keine politische Bedeutung mehr. Das neue internationale Ordnungsprinzip war nun der Ost-West-Konflikt. Der politische Wettstreit zwischen „links“ und „rechts“ entwickelte sich also zu dem ideologischen Konflikt, der die internationalen Beziehungen bestimmte. An der Stelle der Kolonial- und Überlegenheitsideologien trat der Antikommunismus im Westen als die hegemoniale Ideologie auf. Im Osten herrschten dagegen die Ideologien des Antikapitalismus und des Antiimperialismus. Als ein weltweiter Konflikt bestimmte der Ost-West-Konflikt (der Kalte Krieg) also auch die neu internationalen politischen Institutionen wie die UNO. Mit den Sitzen im UN-Sicherheitsrat stellten sich beide Blöcke in der Weltorganisation gegenüber. Die beiden Lager versuchten oft, durch ihres Vetorechts die Beschlussfähigkeit des Gremiums zu erschweren. So konnte die notwendige Einstimmigkeit der Resolutionen in vielen Angelegenheiten nicht erreichen. In den politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Bereichen führten das westliche Verteidigungsbündnis NATO und der östliche Warschauer Pakt eigentlich das Steuer. Die UNO agierte zum großen Teil im humanitären Gebiet und in der Stabilisierung regionaler Konfliktzonen.

In dem Kalten Krieg führten die USA und UdSSR keinesfalls direkt Krieg gegeneinander. Jedoch die Spannungen zwischen den beiden Blöcken nahmen ständig zu. Die Blockade Westberlins durch die Sowjetunion im Jahre 1949, das Wettrüsten und die Stationierung weit reichender konventioneller und atomarer Waffensysteme führten fast zu einem weiteren Weltkrieg. Die Gründung der sozialistischen Volksrepublik China im Jahre 1949 hatte den Kalten Krieg zusätzlich angeheizt und die politischen Machtstrukturen in Asien dauerhaft verändert. In der Auseinandersetzung zwischen sozialistischen (sowie kommunistischen) und kapitalistischen Lagern verwickelten sich die USA in den Koreakrieg (1950 bis 1953) und in den Vietnamkrieg (1964 bis 1975). In den beiden Kriegen kämpften die amerikanischen Truppen direkt mit von China und der UdSSR unterstützten Armeeverbänden. 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut.

1962 stationierte die UdSSR ihre Langstreckenwaffen auf Kuba. Dies löste die sog. „Kubakrise“ aus, die beinahe eine nukleare Katastrophe drohte. Der Bau der Berliner Mauer und die Kubakrise stellten zwei weitere Höhepunkte des Kalten Kriegs dar. Die Spannungen zwischen den zwei Blöcken kamen in zahlreichen regionalen Konflikten zum Ausbruch. Diese regionalen Auseinandersetzungen nahmen die Rolle von Stellvertreterkriegen auf sich.

Der Kalte Krieg schenkte jedoch der Welt eine lange Friedensperiode, trotz zahlreicher regionalen Kriege und der beidseitigen atomaren Hochrüstung. Die zwei großen Atommächte waren schließlich berechenbar. Die bipolare Weltordnung verhinderte einen weiteren Weltkrieg. Die beiden Lager überschritten die atomare Grenze nicht. „Der Overkill verhinderte die Zerstörung der Welt“ (Steininger 2003: 53). Die zwei Großmächte wollten doch noch den Status quo bewahren und die große katastrophale Auseinandersetzung zu verhindern³⁹. „Nicht zuletzt stellte auch die politische und ökonomische Vormachtstellung der beiden Weltmächte innerhalb ihrer Bündnisse deren Kohärenz sicher. Während die USA diese Vormachtstellung durch ihr ökonomisches Übergewicht zu sichern wussten, setzte die UdSSR zur Stabilisierung ihrer Einflussphären verstärkt auf ihre militärische Macht.“ (Heitmann 2004: 24). Abgesehen von den weiterbestehenden zahlreichen regionalen Stellvertreterkriegen zeichnete sich jedoch die Periode der Entspannung zwischen Osten und Westen aus. Die aus der Schwäche der US-Wirtschaft entstandenen westlichen bündnisinternen Auseinandersetzungen⁴⁰, das umfassende Aufrüstungsprogramm der UdSSR⁴¹, die gewaltsame Niederschlagung des „Prager Frühlings“ (1968) sowie die Interessen für die Verhinderung einer Verbreitung der Atomwaffen schafften Ende 1960er und Anfang 1970er Jahre die Voraussetzungen

³⁹ Zum Beispiel wurde die Kubakrise durch einen Kompromiss der beiden Großatommächte beigelegt. Die UdSSR zog die Langstreckenwaffen aus Kuba weg. Die Vereinigten Staaten versprach, das Kuba nicht militärisch zu attackieren und ihre auf die Sowjetunion gerichteten Raketen aus der Türkei abzuziehen.

⁴⁰ Im Westen hatten sich die politischen und wirtschaftlichen Lager verändert. Die Einheit des Westens zeigte nun Brüche. Die ökonomische Rezession in den USA und der Vietnamkrieg erschütterten die moralische sowie politische Überlegenheit der „freien Welt“ gegenüber dem totalitären und unfreien Ostblock und die Führungsrolle der USA im Westen. Die westeuropäischen Verbündeten waren nicht mehr bereit, den Vereinigten Staaten absolut zu gehorchen. Der politische Führungsanspruch der USA blieb also nicht mehr unangetastet.

⁴¹ Nach der Kubakrise setzte die UdSSR ein umfassendes, insbesondere die strategischen Nuklearwaffen und die Marine betreffendes Aufrüstungsprogramm in Gang. Die USA glaubten, dass die UdSSR eine Erstschlagkapazität erreichen wollte und den Gleichstand an Interkontinentalen Raketen mit den USA hatte.

für eine Entspannungspolitik mit Blick auf den Westen (Vgl. Steininger 2003: 35 ff.).

Ende 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre verschärfte sich der Ost-West-Konflikt dennoch erneut. Der US-Präsident Ronald Reagan hatte im Jahre 1980 in seiner berühmten Rede die Sowjetunion als das „Reich des Bösen“ bezeichnet. Dies wurde von vielen als Beginn des „zweiten Kalten Kriegs“ bezeichnet. Die Ursachen für die Verschlechterung der Ost-West-Verhältnisse waren vor allem die Invasion der UdSSR in Afghanistan, der Sturz der prowestlichen Schah-Regierung im Iran und das Steigen des Rüstungswettlaufs auf europäischen Boden (Vgl. Heitmann 2004). Die Stationierung neuer Waffensysteme auf westlichen und östlichen Seiten von Europa führte die Phase europäischer Entspannungspolitik zu ihrem Ende. Die US-Wirtschaft schwächte sich in den 1980er Jahren gegenüber den europäischen Nationalwirtschaften weiter. Der europäische Einigungsprozess entwickelte sich voran. Im Bereich der Handels- und Wirtschaftspolitik wuchsen die starken Konflikte zwischen den Bündnispartnern. Um die eigene Hegemonie oder Führungsrolle im westlichen Lager und das Bündnis durch eine schärfere Begrenzung gegenüber dem Warschauer Pakt zu stärken und zu verteidigen, verschärfte die Regierung Reagan den Ton gegenüber der UdSSR.

Diese Renaissance der Aggression hinderte die beiden Blöcke jedoch nicht daran, dass sie sich weiterhin auf Zusammenarbeit setzten. Die westlichen Regierungen bemühten sich immer mehr um die Stabilisierung der kränkelnden osteuropäischen Staaten durch ihre großzügige Kreditvergabe. Von dieser Hilfe war der Ostblock abhängig. Die ökonomische und politische Krise der UdSSR war so schwerwiegend, dass sie den Wettkampf der Systeme nicht mehr frei organisieren und das osteuropäische Staatensystem nicht zusammenhalten konnte. Dies war eine der wichtigen Gründe für die ab Mitte der 1980er Jahre vom sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow eingeleitete Politik der Öffnung, die den rasanten Zusammenbruch des von der UdSSR vorherrschten Machtblockes veranließ. 1989 fiel die Mauer in Berlin. So kam der Kalte Krieg zu Ende. Der Zusammenbruch der Sowjetunion sowie des Ostblockes führen zur Vernichtung der machtpolitischen Bedingungen der Nachkriegsordnung und zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Im Juli 1990 erteilte des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow seine Zustimmung zur Deutschen Einheit. Am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die Bundesrepublik und die DDR. Ein halbes Jahr später (am 1.

April 1991) zerfiel der Warschauer Pakt. Die Sowjetunion löste sich in dem selben Jahr (am 31. Dezember 1991) auf. Die bipolare Weltordnung wurde somit zur Geschichte.

3.3 Die Weltordnung nach dem Kalten Krieg

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Strukturen der Weltpolitik maßgebend verändert. Zum einen wurde der freie Westen als der Sieger des Kalten Kriegs gefeiert, und die USA wurden somit zur einzigen Supermacht der Welt. Zum zweiten fuhr der Zerfall der Sowjetunion sowie des Ostblocks zu neuen Konflikten innerhalb des Westens (zwischen den USA und dem Westeuropa)⁴², zur Instabilität von Osteuropa sowie von anderen Regionen der Welt und zur Krise der Vorherrschaft der USA in der westlichen Welt. Die Uneinigkeit des Westens wuchs ständig. In einer Welt ohne Kommunismus fehlte es den Westen an einer gemeinsamen politischen Einrichtung, an neuen Ideologien und an einem intakten Feindbild (Vgl. Heitmann 2004).

Die gewaltigen Veränderungen der Strukturen der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs verdanken nicht nur dem Zerfall der Sowjetunion, sondern auch dem Globalisierungsprozess, der sich insbesondere in den 90er Jahren enorm beschleunigt hatte. Im Zug des Globalisierungsprozesses ließen sich zumindest folgende Phänomene in der Weltpolitik sowie in der internationalen Gesellschaft in den 90er Jahren abzeichnen: die Neoliberalisierung der Wirtschaftspolitik, die Vergesellschaftlichung des internationalen Systems, der weltweite Demokratisierungsprozess, der Auftritt gesellschaftlicher Akteure in der Weltpolitik, die Vernetzung und Interdependenz der Welt, die Globalisierung der lokalen, nationalen und regionalen Krisen und Probleme, die Regionalisierung sowie die Vormachtstellung der USA in der Weltpolitik.

⁴² Die Auflösung der Sowjetunion zerstörte das Vereinen des Westens. Bei dem ersten Golfkrieg 1991 hatten die USA schon die Schwierigkeit, die westlichen Verbündeten hinter sich zu vereinen. Die Kontroverse innerhalb des Westens über den Umgang mit den separatistischen Tendenzen in Osteuropa entzweiteten die westliche Welt.

3.3.1 Globalisierungsprozesse und Strukturwandlung der Weltpolitik in den 90er Jahren

1) Globalisierungsprozesse – Unter Globalisierung ist die Entwicklung weltweiter Netzwerke und Verflechtung, die bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückreicht (Vgl. von Plate 1999: 3; auch vgl. Nye 2003: 123 ff.), zu verstehen. Globalisierung bezeichnet also keinen Zustand, sondern einen Prozess. Globalisierung bedeutet grenzüberschreitende Transaktionen wie z. B. Handel, Finanzströme, Kommunikationen, Tourismus, Immigration, Armutswanderung, Flüchtlinge, die Verbreitung der Epidemien und Emissionen u.a. Globalisierung zeigt sich insbesondere in den Bereichen des Handels und des Finanzwesens, der Medien, der Popkultur, der Werbung, des Tourismus, des Sports, des Umweltsektors sowie der zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen (Vgl. Menzel 2004). Globalisierung hat unterschiedliche Dimensionen. Man spricht von wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und politischer Globalisierung (Vgl. Nye 2003). Die wirtschaftliche Globalisierung macht die nationalen Grenzen durchlässiger und weltweite Produktion und globales Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapitalien möglich. Die soziale Globalisierung ermöglicht globale Mobilität von Menschen und weltweite Austausch von Kulturen und Ideen⁴³. Die Globalisierung im Bereich der Umwelt drückt sich sowohl in der weltweiten Verbreitung von allen möglichen Krankheiten und von Pflanzen- und Tierarten, die einheimische Arten verdrängen, als auch in dem globalen Klimawandel aus. Die politische Globalisierung zeichnet sich vor allem in der Ausbreitung demokratisch-politischer Systeme sowie in der Entwicklung von international verbindlichen Regelungen und Institutionen ab. Die Ursachen der Globalisierung sind die technologischen Fortschritte (wie z. B. im Bereich des Transportwesens und der Telekommunikation) und die weltweit verbreitete neoliberale Politik, die den transnationalen Austausch unterstützt und die Deregulierung der Märkte bestrebt. Die langfristigen Folgen der Globalisierung sind die zunehmenden Interdependenzen (die Integration und Annäherung) zwischen/von Staaten, Kulturen, Gesellschaften und Nationalwirtschaften. Diese Tendenz erfordert auf

⁴³ In den vergangenen zweitausend Jahren haben sich die vier großen Weltreligionen wie Buddhismus, Judentum, Christentum, Islam weltweit verbreitet. In den vergangenen Jahrhunderten haben wissenschaftliches Gedankengut und wissenschaftliche Methoden ihre Erfolge weltweit erzielt.

politischer Ebene die Gestaltung eines funktionierenden Weltregierens, das wegen des Widerstands der nationalen Staaten allerdings schwer zu realisieren ist. Neben der weltweiten Interdependenz tendenz zeichnet sich auch die Regionalisierung von Handel und Investitionen als die gegenläufige globale Tendenz ab. Diese Regionalisierung findet besonders in den drei großen Wirtschaftregionen wie Westeuropa, Nordamerika und Ost- bzw. Südostasien statt. Dabei wurden/werden auch die Tendenzen sichtbar: Weltwirtschaftliche Marginalisierung der übrigen Weltregionen, „die Abschottung der Länder der Triade gegen Migrationprozesse aus dem Süden, die Fragmentierung oder Versüdlichung der Gesellschaften des Nordens selbst (Zweidrittelgesellschaft, Neue Armut) sowie vor allem der Zerfall vieler postkolonialer und postsozialistischer Gesellschaften als Folge von Krieg und Bürgerkrieg, von ethnonationalistischen Konflikten, Flüchtlingselend, Armutswanderung und Verfall staatlicher Autorität zugunsten von Neonationalismus und Warlord-Systemen“ (Menzel 2004: 32).

Globalisierung ist ein jahrhundertlanger Prozess. Jedoch ist sie seit dem Ende des Kalten Kriegs „dichter und schneller“ geworden als je zuvor. Dank der Revolution der Informationstechnologie ist die gegenwärtige Globalisierung vielfältiger, schneller, billiger und intensiver. Mit der rasch entwickelnden Informationstechnologie (wie z. B. das Internet und Kabelfernsehen) entsteht eine auf Wissen und Information gegründete Wirtschaft, die die sog. Netzwerkeffekte oder Systemeffekte schafft, bei denen ein kleines Problem in einem Sektor ein ganzes System beeinträchtigen kann. Die asiatische Finanzkrise im Jahr 1997 hatte beispielsweise die Märkte anderer Weltregionen erheblich belastet. Sie wurde durch den Währungszusammenbruch in der kleinen Marktwirtschaft eines Schwellenlandes verursacht. Mit der rascheren Verbreitung von Informationen reagieren Märkte inzwischen sehr viel schneller als früher. Bei Kapitalströmungen und Nachrichtverbreitungen spielt nun die Entfernung keine Rolle mehr. Ideen und Informationen werden in der Tat in Echtzeit übertragen. Diese informationstechnologische Entwicklung wird zum großen Teil von privaten Akteuren (Unternehmen, NGOs und Individuen) vorangetrieben und sogar geregelt (z. B. die Schaffung eines Verhaltenskodexes für das Internet sowie die Einrichtung von Sicherheitsrichtlinien in der chemischen Industrie). Die dichte Globalisierung zieht in immer größerer Geschwindigkeit immer mehr Menschen (Gruppen und

Individuen) in das globale Netz hinein und bildet damit eine völlig neue, veränderte Struktur oder Grundlage der Weltgesellschaft und Weltpolitik heraus.

Der Globalisierungsprozess verändert die Struktur der Weltpolitik auf widersprüchlicher Weise: Die Globalisierung hat einerseits zur Herrschaft des Marktes und zum Vorteil transnationaler Organisationen und nichtstaatlicher Akteure geführt, andererseits aber auch die Stärkung des nationalen Staates sowie die Dominanz der USA in der Weltpolitik ermöglicht. Die Globalisierung fördert also sowohl den Multilateralismus, schafft als auch die Möglichkeit für eine hegemoniale Weltordnung.

2) Strukturwandlung der Weltpolitik in den 90er Jahren – Das Ende des Kalten Kriegs und die danach rasch intensiviertere Globalisierung haben die Grundlage der Weltpolitik tiefgreifend verändert. Diese radikale Veränderung betrifft also sowohl die Struktur, Prozesse als auch die Akteure der Weltpolitik. Die Hauptmerkmale der Struktur der Weltpolitik in den 90er Jahren sind vor allem die Ungleichheit der Machtverteilung (also das Ungleichgewicht) im internationalen System, die zur Dominanz der Weltmächte, besonders der USA, in der Weltpolitik geführt hat, und der zunehmende Einfluss der nichtstaatlichen Akteure auf die Weltpolitik, der die Kontrolle und Macht der Staatenwelt schwächt.

Nach den Vertretern des liberal-idealistischen oder globalistischen Perspektivs (wie z. B. Ernst-Otto Czempiel u.a.) sind die wichtigsten Strukturwandlungen der Weltpolitik in den 90er Jahren wie folgt zu bezeichnen:

- Die sozioökonomische Strukturwandlung, die der bedeutendste Wandel in den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den Nationalstaaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war (Vgl. Czempiel 2002). Diese sozioökonomische Strukturwandlung bildete das Bewusstsein, das System der Herrschaft und die internationale Politik in den 90er Jahren um. Sie trieb vor allem durch das gestiegene Bildungspotenzial in der Bevölkerung und die zunehmenden Informationsmöglichkeiten⁴⁴ in den westlichen Ländern

⁴⁴ Im 19. Jahrhundert hatte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Europa nur unter 1 % gelegen. In der Zeit zwischen 1950 und 1973 sprang sie in Europa aber auf 4,9 %. In Deutschland war Anfang des 19. Jahrhunderts die einklassige Dorfschule noch immer die Regel gewesen. Im Jahr 1914 besuchten allerdings bereits 87,2 % der Deutschen die Volksschule. Aber waren es im Jahr 1990 nur noch 24,2 %. Fast 60 % der Deutschen besuchten weiterführende Schulen, 16,8 % von denen besuchten sogar die Universität. Mit der Ausbildung der Informationsgesellschaft kam hinzu die

(besonders in den OECD-Staaten) voran. Das ständig angestiegene Ausmaß der Bildung, des Wissens und der Information charakterisiert die entstehende „Gesellschaftswelt“ (die Welt der Informations- bzw. Zivilgesellschaft). Diese elementare Wandlung der Sozialstruktur, also die Revolutionierung des Bereichs von Bildung und Information, brachte die Demokratisierungsprozesse⁴⁵ in Entfaltung. Dieser Strukturveränderung ereignete sich in den Staaten. Die Politik der Staaten wurde durch die Gesellschaftswelt qualitativ umgestaltet. Neben der Mitsprache an den Entscheidungen des politischen Systems hat die Gesellschaftswelt sich weiterhin aus der Kontrolle der Staaten frei gemacht. Die gesellschaftlichen Akteure agierten derzeit mit den staatlichen Akteuren auf der Bühne der Weltpolitik. Zu den gesellschaftlichen Akteuren gehören die Transnationalen Unternehmen und die Nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)⁴⁶. Mit dem Auftritt von gesellschaftlichen Akteuren waren/sind die Nationalstaaten und ihre Organisationen nicht mehr die einzigen Akteure auf der Bühne der Weltpolitik. Die gesellschaftlichen Akteure schwächten nicht nur den Kontrollanspruch der nationalen Staaten ab, sondern darüber hinaus das Außenpolitik-Monopol der Staatenwelt. So setzten sie die Herrschafts- und Machtansprüche der Staaten gewaltig herab. Die Gesellschaftswelt setzte ihre Regeln selbst, richten ihre eigene Öffentlichkeit ein (Vgl. Nye 2003) und somit die Definitionsmacht der Staatenwelt erschwert. „Gesellschaftliche Einflüsse und Anforderungen bestimmen nicht nur die Außenpolitik der Staaten mit; sie werden im internationalen System von gesellschaftlichen Akteuren eigenständig artikuliert und in autonome Handlungen übersetzt, die sich, wie der Terrorismus zeigt, sogar des Mittels quasi-militärischer Gewalt bedienen. Der 11. September 2001 beschreibt als grausames Menetekel, zu welchen Exzessen infolge der Globalisierung der Anspruch auf Mitbestimmung gesellschaftlicher Akteure anwachsen kann“ (Czempiel 2002: 21-22). Als Katalysator der Globalisierungsprozesse drängen die gesellschaftlichen Akteure die Staatenwelt, sich umzuwandeln.

Chanceverbesserung der Kommunikation und Information durch Mobilfunk, Fax und das Internet. (Vgl. Czempiel 2002: 16).

⁴⁵ Im Jahr 1997 hatten z. B. schon 117 Staaten (von den 180 Staaten der Welt) ein demokratisches Regierungssystem.

⁴⁶ Sie haben das Verbot von Anti-Personen-Minen und die Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofs erzwungen.

Das Gewicht und die Bedeutung der gesellschaftlichen Akteure in der Weltpolitik haben damit ständig zugenommen. Die weltweite Ausdehnung des liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Erscheinung gesellschaftlicher Akteure in der Weltpolitik waren/sind zwei unverkennbare Tendenzen im Zug der Globalisierungsprozesse.

- Die demokratischen Partizipationswillen des Menschen. Mit dem steigenden Wohlstand in den 90er Jahren verlangen die Menschen nach mehr demokratischer Partizipation an der Herrschaft. Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist dieser Trend zur Demokratisierung durch die Prozesse der Globalisierung in der ganzen Welt unverkennbar⁴⁷. In vielen Ländern der Welt hat sich das demokratische Regierungssystem sehr intensiv und schnell ausgedehnt. Dieser Demokratisierungsprozess sollte ein Zeichen dafür sein, dass sich die Struktur der Weltpolitik umgestaltet hat. Der Krieg, der bekanntlich die Besonderheit der Staatengesellschaft war, wanderte in die Gesellschaften ein und änderte sich zum Bürgerkrieg. Der Krieg zwischen Staaten verlor also an Bedeutung.⁴⁸ Die Auseinandersetzungen, die bewaffnete Gewalten hervorriefen, traten nicht mehr im Gebiet zwischenstaatlicher Macht, sondern in dem Bereich der innerstaatlichen Macht auf. Dabei ging es nicht um territoriale Ausdehnung, sondern um die Auflösung innerstaatlicher Kontrolle. Im Jahre 2001 gab es zum Beispiel 38 bewaffnet ausgetragene Auseinandersetzungen, von denen nur eine, also der Krieg der USA gegen Afghanistan, als zwischenstaatlicher Krieg angesehen werden konnte. (Czempiel 2002) Diese Konflikte entstanden wesentlich dadurch, dass gesellschaftliche Gruppen die Partizipation an der Macht forderten. Ihre Ansprüche waren überwiegend die Forderung nach Autonomie oder nach Spaltung. Diese gesellschaftlichen Anforderungen nach der Partizipation an der Herrschaft beeinflussten die Außenpolitik der Regierungen (sowohl in den demokratischen als auch in den Nicht-demokratischen Staaten). Ihre widersprüchlichen Wirkungen auf die

⁴⁷ Der Anteil der in ausgebildeten demokratischen Regierungssystemen lebenden Menschen stieg von 1980 bis 2001 weltweit von 57,5 % auf 64,4 % (Czempiel 2002: 27).

⁴⁸ Beispielweise war die Außen- und Sicherheitspolitik in der amerikanischen Gesellschaft nicht unter ihren ersten sieben politischen Ansprüchen platziert. Im Gegenteil war die Sozialpolitik am meisten gefragt. Dies zeigte sich auch in den anderen Industriestaaten des OECD-Raumes. Auch unter den Nicht-Industriestaaten, den Transformations- und Entwicklungsländern wurde der Sektor der wirtschaftlichen Wohlfahrt zum wichtigen Sektor der Politik. (Vgl. Rielly 1999)

politischen Prozesse steigern die Trends zum Multilateralismus und zum Regionalismus.

- Der steigende Trend zum Multilateralismus. Gegenüber der US-Vorherrschaft wurde der Multilateralismus als Verfahren am stärksten von den europäischen Verbündeten der atlantischen Gemeinschaft beansprucht. Im Gebiet der wirtschaftlichen Wohlfahrt wurden die multilateralen Verfahren von der Europäischen Union aufgrund ihrer wirtschaftlichen Gleichstellung zu den USA kontinuierlich durchgesetzt. Im Sachbereich der Sicherheit fiel der Multilateralismus aber wegen der Asymmetrie weg. So verschärfte sich die Kritik an der unilateralen Politik der USA in der Europäischen Union. Nach dem Ende des Kalten Kriegs ließen die USA wegen ihrem Machtmonopol den Multilateralismus allmählich verfallen und kehrten wieder zurück zur hegemonialen Politik. Der amerikanische Unilateralismus stieß aber auf den starken Widerstand der anderen Weltmächte. Russland, China, Europäische Union forderten auf, dass der europäische Einfluss zur Wiederherstellung einer „multipolaren Welt“ verstärkt werden sollte (Vgl. Rodman 2000). 1997 wurden die USA wegen ihrer unilateralen Politik von der Mehrheit der Weltbevölkerung als größte ausländische Bedrohung betrachtet (Czempiel 2002: 33). Das Image der USA als der „wohlwollende Hegemon“ wurde dadurch stark beeinträchtigt. Diese Auseinandersetzung hing sicherlich mit der ungleichen Machtverteilung zwischen den USA und den anderen Ländern, vor allem den Großmächten, zusammen. Das große Ungleichgewicht erzeugt konsequent die Anforderung der anderen Weltmächte nach einem Gleichgewicht⁴⁹.
- Die Regionalisierung und der Regionalismus. Das Ungleichgewicht zwischen den USA und den anderen Ländern, sowie den Weltmächten, förderte die Prozesse der Regionalisierung und die Tendenz zum Regionalismus. Die regionalen Vormächte versuchten mit großer Intensität, ihren Machtanspruch in den Regionen zu erheben, um die US-Dominanz auszubalancieren. Die regionalen Staaten verstärkten ihre regionale

⁴⁹ Im Juni 1999 beschloss die Europäische Union, eine eigene Krisenreaktionsstreitmacht zu errichten, weil die USA den Luftkrieg gegen Serbien einseitig (also ohne europäische Verbündeten) führen (Czempiel 2002: 34).

Kooperation und ihren Konsens, um damit den Machtanspruch der Groß- und Supermächte abzuschwächen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat sich zur Europäischen Union mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt. ASEAN hat das „Asian Regional Forum“ (ARF) gestaltet. In die „South Asian Association for Regional Cooperation“ (SAARC) hat Indien seinen Führungsanspruch eingefügt. In Asian und in Lateinamerika werden mehrere atomwaffenfreie Zonen eingerichtet. In Afrika und auch in Lateinamerika bildeten sich zahlreiche Wirtschaftsgemeinschaften und Gemeinsame Märkte wie MERCOSUR oder ECOWAS aus. Es gibt alles zusammen 16 größere wirtschaftliche Regionalorganisationen (Vgl. Czempiel 2002: 36). Die Tendenz zum Regionalismus zeigt es, dass die Regionalstaaten ihre Selbst- und Mitbestimmung gegenüber den Groß- und Supermächten anfordern und die Entwicklung globaler Organisationen und der Weltmächte abwehren. Das Selbstbewusstsein der Regionen und der Regionalstaaten lässt sich durch den Einsatz der traditionellen Einrichtung politischer, ökonomischer und auch militärischer Macht nicht lenken. Beispielsweise wird der Anforderung der USA nach der Rolle des Weltpolizisten vom größten Teil der Welt nicht akzeptiert (Vgl. ebd.: 38).

Diese Ansicht ist jedoch in manchen Hinsichten umstritten. Zum einen entsprechen die Einschätzungen über dem Bedeutungsverlust des Staates und über das machtpolitische Potential und die demokratische Legitimität der nicht-staatlichen Akteure wie transnationale Unternehmen sowie die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) der Realität nicht ganz. Im Zug der Globalisierungsprozesse wurde/wird der Nationalstaat zwar durch die unkontrollierbaren Transnationalkonzerne und die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) geschwächt. Jedoch verfügen die (großen) Staaten über größere oder mehrere Ressourcen im Verhältnis zu den Mitteln ihrer Gesellschaften und haben Kapazitäten zum Organisieren menschlicher und materieller Ressourcen im Dienste ihrer Politik (Vgl. Gurr 1989). Der Nationalstaat bleibt und ist „in noch höherem Maße als früher Entscheidungsinstanz; d.h. er entscheidet, mit welchen Staaten und Organisationen er zusammenarbeitet und was verbindlich vereinbart wird, [...]“ (Link 2001: 68). Der Nationalstaat bewährt sich also im Globalisierungsprozess durch die Schaffung günstiger Standort- und

Wettbewerbsbedingungen im Innern und durch internationale Kooperation auf allen Ebenen. Obwohl die Präsenz von den nichtstaatlichen Organisationen in der Weltpolitik zu einem höheren Maß an Transparenz und Öffentlichkeit geführt und eine Plattform zur Einspeisung alternativer Expertise in öffentliche Debatten geschaffen hat. Jedoch reichte sie für eine tatsächliche Demokratisierung des hochgradig vermachteten Globalisierungsprozesses bei weitem nicht aus. In den derzeitigen Strukturen fanden die Hoffnungen auf die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) als Agens für Demokratisierung oder gar als Gegengewicht zu Markt und Staat keine Bestätigung. Außerdem entbehren die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) einer demokratischen Legitimation durch die Gesamtgesellschaft bzw. ihre Bürger. (Vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000) Zum anderen ist die Bedeutung der Demokratieprozesse in den 90er Jahren überschätzt worden. „Insgesamt ist die empirische Wirklichkeit der heutigen Staatenwelt nicht durch eine Vereinheitlichung der Herrschaftsform nach dem Ordnungsprinzip der Demokratie gekennzeichnet, sondern – aus der herrschaftspolitischen Perspektive – durch eine Differenzierung zwischen ‚freien Ländern‘ und ‚nicht-freien Ländern‘, mit einer etwa gleich großen Gruppe von Ländern, die als ‚teilweise frei‘ eingestuft werden können“ (Link 2001: 28). Das demokratische Herrschaftsmodell ist weltweit auf keinen Fall (sowohl wissenschaftlich als auch praktisch) das einzige geschätzte Modell. Das islamitischen und das asiatisch-autoritären Ordnungsmodell wurden/werden in vielen Orten der Welt immer noch als konkurrierende Alternativen angesehen.

Fazit: Die Globalisierungsprozesse der 90er Jahre haben die Struktur der Weltpolitik auf folgender Weise verändert:

- Die Gesellschaftswelt (die Wirtschaftswelt und die Zivilgesellschaftswelt) gewann in der Weltpolitik zunehmend an Bedeutung. Dies schwächte zwar die Macht und Kontrolle des Staates. Jedoch ist der Staat immer noch der wichtigste Protagonist auf der Bühne der Weltpolitik. Die machtpolitische Struktur der Weltpolitik bleibt trotz des Globalisierungsprozesses (relativ) unverändert.
- Die Demokratieprozesse in den 90er Jahren verliefen nur in wenigen Orten oder in einem kleinen Teil der Welt und zeichnete somit keinen erkennbaren

Weltdemokratisierungsprozess ab ⁵⁰. Die Entstehung einer neuen, einheitlichen Weltgesellschaft ist jedoch nicht in Sicht.

- Die Globalisierung bringt den Staat, die Wirtschaft, die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) sowie die Individuen in das globale Netz und schafft die Chancen und die Rahmenbedingungen sowohl für die multilateralen oder kooperativen Handlungen zwischen verschiedenen Akteuren als auch für eine hegemoniale Weltpolitik. Der Multilateralismus und der Unilateralismus zeigten also gleichzeitig ihre Präsenz in der Weltpolitik.

3.3.2 Die Weltordnung unter dem US-Anspruch auf die Welthegeemonie

Ab Mitte der 90er Jahre war das zentrale Strukturmerkmal der Weltpolitik (Weltordnung), vor allem in machtpolitischer Hinsicht (oder aus staatszentrierter Perspektive), die „Unipolarität“ (Vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000; Müller 2003; Link 2001). Die US-Vorherrschaft wurde zum wichtigen Ordnungsprinzip der Weltpolitik (Weltordnung) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die US-amerikanische Dominanz beruhte besonders auf dem unverkennbaren militärischen Übergewicht. Der US-Verteidigungshaushalt war höher als die ihrer bedeutendsten politischen und wirtschaftlichen Gegenspieler zusammengenommen⁵¹. „Die USA sind als einzige verbliebene Supermacht mehr als andere Mächte bzw. Mächtegruppierungen in der Lage, ihr großes intellektuelles, wirtschaftliches und administratives Potenzial für eine in einem relativ kohärenten Machtzentrum formulierte Politik dienstbar zu machen. Über vielfältige internationale Verbindungen ist es ihnen möglich, weltweit Unterstützung zu mobilisieren bzw. Gegenkräfte zu paralisieren und über einen gewaltigen Kommunikations- und Kulturapparat amerikanische Ziele und das amerikanische Modell zu propagieren.“ (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 91)

Zu Beginn der 90er Jahre hatte der US-Präsident Bush senior noch die „Neue Weltordnung“ angekündigt, in der zum großen Teil durch die Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen (also durch multilaterale Verfahren) Frieden und Wohlstand gefördert werden sollten. Seiner Nachfolger Präsident Bill Clinton hatte

⁵⁰ Die demokratischen Länder sind flächenmäßig keineswegs überwiegend. Nur etwa 20 % der Weltbevölkerung leben in den „freien“ Ländern. (Link 2001: 28)

⁵¹ International Institute for Strategic Studies (Hrsg.) 1999: Military Balance 1999/2000, Oktober 1999, Oxford. (zitiert in Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 91)

in seiner ersten beiden Präsidentsjahre ebenfalls noch den Willen zu einem „energischen Multilateralismus“ bekannt gemacht. Seit Mitte der 90er Jahre (1994/1995) hatten die Vision von der „Neuen Weltordnung“ und der „energische Multilateralismus“ jedoch dem Unilateralismus Platz gemacht. Der US-Präsident Clinton hat den „assertive multilateralism“ der früheren Zeit aufgegeben. Aufgrund des Niederschlages in Somalia und der Übernahme beider Häuser von den Republikanern im Kongress, die den Unilateralismus befürworteten und gegen jede Beschränkung der US-Souveränität durch die UN aussprachen, stellte er im Mai 1994 die 17 Bedingungen für die Beteiligung der USA an UN-Friedenssicherungsaktionen. Dadurch weigerten sich die USA, ihre Truppen grundsätzlich unter UN-Kommando einzusetzen. (Vgl. Müller 2003: 42 ff.; Czempiel 2002: 79 ff.) Seither betonte Clinton immer stärker die militärischen Komponenten der US-Außenpolitik und setzte in der Außenpolitik weniger auf Verhandlungen, Zusammenarbeit und Verifikation, sondern auf die Gewaltanwendungen. Dieser Politikwechsel stellte sich beispielsweise in den folgenden außenpolitischen Aktionen der USA sowie ihrer Verbündeten dar:

- die ständigen US-Bombardierungen zur Einhaltung des Flugverbotes im Irak,
- die im Dezember 1998 angeordneten mehrtägigen Luftangriffe der USA auf den Irak,
- der im März 1999 beginnende Luftkrieg der NATO gegen Serbien (das Drängen auf einen Einsatz im Kosovo ohne UN-Mandat), dem Clinton bereits im Januar 1999 zugestimmt hatte, sowie
- das energische Eintreten für die NATO-Erweiterung.

Der Krieg gegen Serbien machte das Gewaltverbot des Artikels 2,4 der Satzung der UN zunichte. Ferner wurden die wichtigen Militäroperationen von den USA, nicht von den NATO-Verbündeten ausgeführt, obwohl der Krieg von der NATO beschlossen wurde und von allen Mitgliedern des Bündnisses getragen worden war. Im „neuen strategischen Konzept“ der NATO (also der USA) galten die Vereinten Nationen nicht mehr als die Weltorganisation, die für die Weltordnung autorisiert sind, sondern als eine von vielen, wie die OSZE, die EU und die WEU. Die

Vereinten Nationen wurden reduziert auf den gleichen Status wie die NATO. Der Sicherheitsrat der UN ist für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht mehr verantwortlich, sondern trägt dazu nur noch bei⁵². 1999 erzwang der US-Kongress die gesetzliche Festlegung auf die Raketenabwehr. Im selben Jahr lehnte der US-Senat den atomaren Teststoppvertrag ab⁵³. „Auffällig waren auch die zögerlichen Verhandlungstaktiken der amerikanischen Delegationen bei den Gesprächen über ein Verifikationsprotokoll für die Konvention gegen biologische Waffen, das Kyoto-Protokoll und den Internationalen Strafgerichtshof sowie Washingtons Weigerung, dem Verbot der Anti-Personen-Minen beizutreten“ (Müller 2003: 46).

Durch das militärische Übergewicht und das überlegene wirtschaftliche Potenzial versuchten die USA, die Entscheidungen von den formellen und informellen Regulierungsgremien der Weltwirtschaft und die Formulierung der bestimmenden wirtschaftlichen Richtschnur zu beeinflussen. Die US-Regierung bestimmte sowohl den Kurs der UNO als auch die Richtung der internationalen Wirtschaftsorganisationen, wie Bretton-Woods-System, WTO und OECD, sowie des internationalen Sicherheitssystems. Als einzige verbliebene Übermacht der Welt verfolgten die USA eifrig ihre unilateralistische Politik, vor allem mit dem Ziel: die dauerhafte Einschränkung des russischen Machteinflusses, die Einbindung des Europas als Juniorpartner in die US-Politik, die Abschwächung aller anderen Regional- und Weltmächte sowie die Instrumentalisierung und Entmachtung der Vereinten Nationen und der globalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen für die US-Interessen (Vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/ Stock/Wahl 2000: 91). Die USA versuchten also, ihr Status als einzige Übermacht der Welt möglichst lange zu bewahren.

Die internationale machtpolitische Strukturbildung hatte sich nach dem Kalten Krieg zwar aufgrund der Umwandlung der Machtverteilung und der Interessen der wichtigen Akteure in der Weltpolitik entscheidend verändert: zum einen ist die UdSSR als eine der Weltmächte von der politischen Landkarte verschwunden; zum

⁵² Nach dem „neuen strategischen Konzept“ der NATO, das auf dem Washingtoner Gipfel im April 1999 bestätigt wurde, sollte sich die NATO in ihrer Handlungsfähigkeit nicht mehr durch den UN-Sicherheitsrat beschränken lassen. Das Konzept hält im Weiteren eine Selbstmandatierung von Krisenreaktionseinsätzen für möglich.

⁵³ Der Abschluss des atomaren Teststoppvertrags hatte für die Mehrheit der Nichtkernwaffenstaaten 1995 die Bedingungen geschaffen, einer unbegrenzten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags und also einer Weiterverfolgung ihres eigenen „minderen“ Status als Nichtkernwaffenstaaten zuzustimmen (Vgl. Müller 2003: 46).

zweiten erscheinen die gesellschaftlichen Akteure auf der globalen Bühne. Jedoch waren die grundlegenden Charakteristika der Struktur der Weltpolitik in machtpolitischer Hinsicht weitgehend „unverändert“ geblieben. Die Weltmächte, vor allem die USA, bestimmen immer noch die Weltpolitik. Sie treten wieder als Verfechter dominanter wirtschaftlicher und korporatistischer Interessen auf. Die Weltmächte wie die USA benutzten die internationale Kooperation und ihre Strukturen stets als Instrument ihrer Interessenpolitik (Vgl. Münzing 1995). Die Staatenwelt erhielt sich wiederum hierarchisch. Das internationale System war weitergehend staatszentriert. Dadurch wurde die Überlegenheit der Großmächte geschützt und erneut abgebildet. Die Aufrechterhaltung dieser Machthierarchie ließ sich insbesondere in Gestalt der Staaten und der internationalen Regime wirksamer ausdrücken (Vgl. Ruppert 1998). „Damit einher geht die Marginalisierung großer Staatengruppen, ja ganzer Weltregionen, auf der internationalen Ebene sowie die massenhafte Ausgrenzung bzw. globalisierungskonforme Ausrichtung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen auf der nationalen Ebene“ (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 96). Die internationale Sicherheits- und Wirtschaftspolitik wurde hauptsächlich von den westlichen überlegenen Institutionen außerhalb des UN-Systems bestimmt und durchgesetzt. Die wichtigen Bereiche der internationalen Politik wie Umwelt, Menschenrecht und Soziales wurden aber der machtlosen Vereinten Nationen überlassen.

Aufgrund des Mangels an den nötigen Ressourcen und den rechtlichen wie materiellen Sanktionsinstrumenten war/ist die Weltorganisation ohne Zweifel in vielen Hinsichten macht- und bedeutungslos. Das UN-System geriet unter erheblichen Druck zur Anpassung an die dominierende Herausbildung des internationalen Systems. Aus der Kluft zwischen den Forderungen und Erwartungen an die Vereinten Nationen und den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen ergab sich ständige Überforderung für die Weltorganisation. Dadurch entstehen unausweichlich die Misserfolge und der internationale Image- und Autoritätsverlust der Vereinten Nationen. Angesichts der Abhängigkeit der Durchsetzungsfähigkeit der UN vom Verhalten der Mitgliedsstaaten (also der ständigen Sicherheitsratsmitglieder) benutzten die Mitgliedsstaaten die Weltorganisation zur Durchsetzung eigener Interessen. Somit entwickelte sich die Tendenz einer allmählichen Marginalisierung der Vereinten Nationen. Auf dem Sachbereich der internationalen Sicherheit waren die derzeitigen UN-Mechanismen insbesondere

unangebracht. Die Friedenssicherung der Weltorganisation war nach dem Ende des Kalten Kriegs in eine tiefe Krise geraten. Es lag wesentlich daran, dass die von den USA forcierten UN-Peacekeeping-Einsätze in der ersten Hälfte der 90er Jahre gescheitert war, zum Beispiel wie die Misserfolge der „humanitären Interventionen“ in Somalia und Bosnien. Die Clinton-Administration setzte damit auf die NATO und bestrebe den Unilateralismus und die Selbstmandatierung militärischer Gewaltmaßnahmen. Dies führt möglicherweise zur völligen Marginalisierung und zum weitergehenden Autoritäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der Weltorganisation. Dieser steigende Macht- und Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen verstärkte unabwendbar wieder die Tendenz zur internationalen Anarchie (Vgl. Pradetto 1999).

Im Sachgebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde die Marginalisierung der Vereinten Nationen längst von den westlichen Industrieländern zielbewusst bestrebt. Die von den westlichen Ländern dominierten internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie IWF, Weltbank, OECD, GATT und WTO wurden weitergehend gestärkt. Sie brachten das wichtige Fundament der derzeitigen neoliberalen Weltordnung hervor, die von den westlichen Industriestaaten, vor allem den USA, gefördert wurde. Die USA und die anderen westlichen Industrieländer haben den Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation, die formal den Status von UN-Sonderorganisationen haben, bis zur faktischen Unabhängigkeit vom UN-System ersetzt und daher das Zugreifen der UN-Vollversammlung vorenthalten.

Seit Mitte der 90er Jahre bildete sich ein globales Sicherheitssystem, das überwiegend um die Vorherrschaft der USA zentrierte. Der UN-Sicherheitsrat und die NATO hatten lediglich Ergänzungs- und Hilfsfunktionen. Die Vereinten Nationen erhielt nur die Aufgabe eines „Legitimationsbeschaffers á la carte“ (Debiel 1998). Der Umfang der Aktivitäten der Weltorganisation hing von der Interessenlage, Disposition und Entscheidung der USA ab. Die in den 90er Jahren durchgeführten Operationen (wie der zweite Golfkrieg, die Peacekeeping-Operationen in Somalia und Bosnien, die Bombardierung der Flugverbotszonen über dem Irak und der Krieg gegen Serbien) wurden allesamt von den Vereinigten Staaten mit den je unterschiedlich zusammengesetzten ad hoc-Koalitionen geführt (Vgl. Link 1999). Die USA bevorzugten aber die NATO (gegenüber den UNO) als das militärische und sicherheitspolitische Instrument zur Behauptung der US-

Vorherrschaft. Denn sie stellte den USA nicht nur den militärischen und logistischen Rahmen bereit, sondern schaffte ihr auch „eine Risikosteuerung und erhöhte weltpolitische Akzeptanz“ (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000: 115). Die Vereinten Nationen hatten fast keinen Einfluss mehr auf Kriegsführung, Konfliktbearbeitung und Friedensinitiativen. Die NATO hatte demgegenüber die Führung erhalten. Sie sollte nach dem Wunsch der USA als ein global player und zentraler Akteur einer internationalen Sicherheitsordnung auftreten und agieren (Vgl. Link 1999).

Jedoch wurde der Versuch der USA, die Rolle eines einzigen Weltherrschers zu spielen, durch regionale Blockbildung wie EU, ASEAN und MERCOSUR und auch durch die anderen potenziellen Großmächte herausgefordert. Nach dem Ende des Kalten Kriegs erscheinen zunehmend über den normalen Standortwettbewerb hinausgegangene Widersprüche zwischen der Europäischen Union und den USA. Die machtpolitische Konkurrenz hat also eine zunehmende Bedeutung in den transatlantischen Verhältnissen gewonnen. Die Auseinandersetzung um den Chefposten beim IWF, die bis zur regelrechten Machtprobe verschärfte, der Versuch der Einrichtung von Euro als zweite internationale Reservewährung neben den Dollar, die Konflikte in der WTO sowie die Bemühungen der Europäischen Union um eine eigene „Sicherheits- und Verteidigungsidentität“, all dies deutete auf die sich immer verschärfenden Konflikte zwischen der EU und den USA hin. Die Gegenspieler der USA wie Russland, China und Indien (wie die Mehrheit der westlich-europäischen Länder) waren gegen die US-Ansicht, dass die dringendsten Krisen der Welt durch die Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden können. Sie befürworteten dabei die präventive und kooperative Bearbeitung unter Beteiligung aller Betroffenen. Herausgefordert wurde die US-Vorherrschaft nicht nur durch die anderen Großmächte der Welt, sondern auch durch ihre eigenen Schwäche und Inkompetenz bei der Regulierung der internationalen Verhältnisse. Die einzige Übermacht der Welt, also die USA, konnte einerseits die konfliktgeladenen und hochkomplexen Weltprobleme überhaupt nicht lösen. Andererseits verschlechterte die Selbstmandatierung der militärischen Gewaltanwendung die mögliche Einrichtung kooperativer Mechanismen von Konfliktlösungen. Der Anspruch der USA auf die Weltvorherrschaft glich also ihrer Fähigkeit und Kompetenz für globale Problem- und Krisenlösungen offensichtlich nicht. Dazu fehlte es den USA noch am faktischen Willen.

4. Die Weltordnung nach dem 11. September 2001

4.1 Die neuen, auch alten Krisen und Probleme der Weltordnungspolitik

Bevor das Thema „die Weltordnung nach dem 11. September“ in diesem Kapitel behandelt wird, sollen die Krisen und Probleme, die weltweit zu ordnen sind, zuerst aufgegriffen werden. Denn die Aufgabe (oder das Ziel) einer Weltordnung (oder eines Weltregierens) liegt überwiegend darin, die globalen Krisen und Probleme zu lösen.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs stehen die Demokratisierungsprozesse, die Wirtschaftsreformen und das Wachstum (welche die Situation der Bevölkerung mancher Staaten zwar verbessert haben) der Stagnation, den Konjunkturerinbrüchen, den sozialen Verwerfungen und Rückschritten, der Verschärfung sozialer und ethnischer Gegensätze und dem Zusammenbruch der Staaten gegenüber. Die globalen Widersprüche, Instabilitäten, Asymmetrien und Feindseligkeiten nehmen also neben der Entwicklung der Demokratisierung und der Wohlfahrt zu. Die Homogenisierung steht der Differenzierung entgegen. Die Deterritorialisierung kontrastiert mit der Reterritorialisierung. „Wir finden fortwährend die Erste Welt in der Dritten wieder, die Dritte in der Ersten, die Zweite dagegen fast nirgendwo“ (Hardt/Negri 2002: 11). Ferner, die Krisen- und Problemlage der Welt wird im Zeitalter der Globalisierung dadurch bestimmt oder verschärft, dass sich die Güterproduktion, die Dienstleistungs- und Finanzmärkte, die Kommunikation, die ökologischen Systeme, die Wertordnungen und Sicherheitslage zunehmend vernetzen und zusammenschweißen (Vgl. Held/McGrew/Goldblatt/ Parration 1999). Die Entwicklung der Technologie, wie z. B. Kernenergie und Gentechnik, könnte in diesem Zusammenhang beispielsweise die nur noch begrenzt kontrollierbaren und globale Katastrophen auslösenden Risiken erzeugen. „Die Risiken können sich realisieren durch singuläre Ereignisse wie einen Reaktorunfall oder einen Atomkrieg; durch die Kumulation individueller Handlungen wie Währungsspekulationen oder die Nutzung von Treibgasen; durch naturwüchsige Entwicklungen wie die Ausbreitung des HIV-Virus oder durch eine strategische Aktion wie die terroristische Ausbringung von Milzbrand oder – weniger

wahrscheinlich – des Pocken-Virus.“ (Müller 2003: 30) Wir leben heutzutage - nach Ulrich Beck- in einer „Weltrisikogesellschaft“, in der die lokalen, nationalen und regionalen Risiken immer zunehmend globalisiert werden.

Die Lage der Weltprobleme ist also bedrohlich und kritisch. Die Liste der globalen Krisen und Probleme ist lang. Allerdings können einige von den ernsthaften Weltkrisen und -problemen, die ungelöst oder noch nicht zu lösen sind, wie folgt angeführt werden⁵⁴:

- Erderwärmung, Luft- und Meeresverschmutzung, Abholzung der (Regen-)Wälder, Artensterben und Umweltbelastung, die Überfischung, Wasserknappheit, die Ausdehnung der Wüsten, die Veränderung, Trockenlegung und Aufstauung von Flussläufen sowie die Eingriffe in die Nahrungsmittelkreisläufe und der Verbrauch von Ressourcen wie der Primärenergie, der fruchtbaren Böden, des Wassers und der Luft
- Verbreitung von Krankheiten und Seuchen und die Verelendung durch Unterernährung, Verarmung und Arbeitslosigkeit, Hunger, Armut, das Analphabetentum, Bevölkerungsexplosion, die Überalterung
- Entrechtung von Frauen, Diskriminierung von Minderheiten, Misshandlung und Missbrauch von Kindern als Arbeiter und Soldaten, die kollektive Vertreibung, Unterdrückung und Tötung von Menschen
- Die Führung eines Weltkriegs oder globalen Kriegs, der weltweite Terrorismus, atomare (Aus-)Rüstung, die Flüchtlingsströmung sowie die Migration
- Weltwirtschafts- und –finanzkrisen, Unterentwicklung von armen Ländern
- Rassismus und Antisemitismus, etc.

Eine weltweit erkennbare Tendenz ist, dass die politische, wirtschaftliche sowie soziale Ungleichheit zwischen reichen und armen Ländern ständig steigt. Reiche und mächtige Staaten entscheiden offensichtlich über den politischen Verlauf in der Welt und verfügen über mehr Chancen oder Optionen bei/in der Beteiligung an

⁵⁴ Eine schlüssige Definition von globalen Krisen und Problemen gibt es nicht. Es ist umstritten, welche Krisen und Probleme wirklich global sind. Eine Arbeitsgruppe in der Weltbank berechnete Mitte 1999 die Zahl der globalen Probleme auf 60. Das Entwicklungsprogramm der UN und die Carnegie-Stiftung für Weltfrieden veranschlagten auch eine große Zahl von globalen Problemen. J. F. Rischard sieht aber nur rund 20 inhärent globale Probleme (Rischard 2003: 70-75).

politischen Entscheidungen als schwächere und ärmere Staaten. Diese politische Ungleichheit entspricht die ungleiche Ressourcenverteilung zwischen den reichen und armen Ländern. „Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer“. Etwa 54 Staaten sind nach dem UNDP-Bericht 2003 im Jahr 2003 ärmer als im Jahr 1999 (Vgl. Tudyka 2003: 24). Heute leben 1/4 der Weltbevölkerung im Elend absoluter Armut, und die 20 % der Weltbevölkerung, die am wohlhabendsten sind, führen 80 % des Konsums durch (Vgl. Bright 2003). Gegenwärtig leben 1,2 Milliarden Menschen auf der Welt von weniger als 1 Dollar am Tag. Die meisten Menschen in Afrika, die in dieser absoluten Armut leben, müssen mit weniger als 60 Cent am Tag zurechtkommen. Die Hälfte der Weltbevölkerung (fast 3 Milliarden Menschen) leben in der absoluten Armut von weniger als 2 Dollar pro Tag. Über 800 Millionen Menschen von der Weltbevölkerung müssen Hunger und Unterernährung hinnehmen. Am schlimmsten beeinträchtigt die Armut weltweit die Kinder, die Frauen und die alte Menschen. (Rischard 2003: 104) Über eine halbe Milliarde Kinder leben von weniger als umgerechnet einem Dollar am Tag. Zwischen 60 und 100 Millionen Frauen sind Opfer von Mädchenmord, von selektiver Abtreibung, Mangelernährung und Vernachlässigung. 90 % der Haushaltshilfen, der weltweit größten Gruppe von arbeitenden Kindern, sind Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren. Die HIV-Infektionsraten von Mädchen liegen in einigen Gebieten 5 Mal höher als die von Jungen. (Vgl. UNICEF 2001: 50 u. 54) Jährlich sterben mehr als 10 Millionen Kinder an vermeidbaren Krankheiten (also 30.000 pro Tag) (Vgl. DGVN 2003: 13f.).

Abbildung 3: Die höchste Armut weltweit – 2003

Länder (nach Rang)	Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag
Äthiopien	82 %
Uganda	82 %
Nicaragua	82 %
Mali	73 %
Nigeria	70 %
Zentralafrika Rep.	67 %
Sambia	64 %
Niger	61 %
Burkina Faso	61 %
Gambia	59 %
Burundi	58 %
Sierra Leone	57 %
Madagaskar	49 %
Ghana	45 %
Lesotho	43 %
Malawi	42 %
Mosambik	38 %
Nepal	38 %
Ruanda	36 %
Simbabwe	36 %
Bangladesch	36 %
Indien	35 %
Namibia	35 %
Kamerun	33 %
Mauretanien	29 %
Laos	26 %
Senegal	26 %
Botsuana	24 %
Honduras	24 %
Kenia	23 %
Moldau	22 %
El Salvador	21 %

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Armut>; Handelsblatt – Die Welt in Zahlen (2005).

Unter der Weltbevölkerung ist die Verteilung der Einkommen ungerechter als innerhalb der Staaten mit der größten Ungleichverteilung. Die weltweite Ungleichverteilung der Einkommen ist angewachsen. Die Kluft der Einkommen zwischen den reichsten und ärmsten Staaten hat sich vergrößert. (Vgl. ebd. 49) Die

Armut und die Ungleichverteilung der Einkommen verschärfen die Bildungsnot in den armen Ländern. Jeder sechste Erwachsene auf der Welt sind Analphabeten. Etwa 600 Millionen Frauen und 300 Millionen Männer (99 % in den armen Ländern) können nicht lesen und schreiben. Rund 115 Millionen Kindern zwischen sechs und elf Jahren besuchen keine Schule. Von den Kindern, die zur Schule gehen, hört jedes vierte Kind nach weniger als fünf Schuljahren mit der Ausbildung auf. Dabei können Erwachsene mit weniger als 5 bis 6 Jahren Schulbesuch nicht rechnen und bleiben funktionale Analphabeten. In Afrika, Südasien und dem Nahen Osten sind diese Probleme am größten. (Vgl. Rischard 2003: 118) In Afrika südlich der Sahara liegen die Einschulungsraten bei 57 %. In Südasien liegen sie bei 84 %. Für ein Kind in Afrika liegt die Chance für den Abschluss einer Primarschule bei weniger als einem Dritten. (Vgl. DGVN 2003: 9)

Die Welt ist heutzutage in eine entsetzliche Gesundheitskrise geraten. In den Entwicklungsländern ist das Übel wegen der Armut und Not noch erschreckender. 13 Millionen Menschen sterben derzeit an Aids jährlich. Die Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose, Lungenentzündung, Durchfallerkrankungen und Masern breiten sich schneller als je zuvor aus und kennen keine nationalen Grenzen. Weltweit leiden zurzeit 40 Millionen Menschen an HIV (Aids). Allein in Afrika sind es 28 Millionen. Mehr als 60 Millionen Menschen haben sich seit dem Ausbruch der Aids-Epidemie vor 20 Jahren mit HIV angesteckt. Davon sind 25 Millionen bis jetzt gestorben. 15.000 Menschen infizieren sich neu mit dem Aidsvirus täglich (Vgl. Derr 2001). Die Zahl der Infektion steigt in Indien, Russland im karibischen Raum sowie in China sprunghaft an (Vgl. Feshbach 1999). Durch HIV (Aids) haben etwa 12 Millionen Kinder ihre Eltern verloren. Die Zahl wird sich bis zum 2010 auf 40 Millionen steigern. Allein in diesem Jahrzehnt könnten 4 bis 7 Millionen Menschen in Südafrika an HIV sterben, falls sie keine wirkungsvolle Medikamente erhalten (Vgl. Innocenti 2001). Über 10 % der erwachsenen Bevölkerung sind in mindestens 16 afrikanischen Ländern infiziert. 70 % der Todesfälle bei Lehrern in der Republik Elfenbeinküste gehen auf das Konto von HIV. Auch Malaria, deren Erreger durch bestimmte Mückenarten übertragen werden, ist eine der gefährlichsten Krankheiten der Gegenwart. An einer Form von Malaria oder ihren Nachwirkungen leiden beinahe 2 Milliarden Menschen weltweit. Die Zahl der Betroffenen steigt. Zwischen 300 und 500 Millionen Menschen in der Welt erkranken an Malaria pro Jahr. Eine Million Menschen sterben an der

Krankheit. „In Afrika ist Malaria sogar eine noch größere Geißel als Aids. Ohne Malaria könnte das afrikanische BIP um 100 Milliarden Dollar höher sein.“ (Rischard 2003: 124) In Asien, Lateinamerika und in Osteuropa wird die Situation von Malaria auch kritisch. 50 Jahre nach der Entdeckung wirksamer Medikamente tritt die Tuberkulose derzeit wieder ein. In allen Entwicklungsländern und auch in den reichen Ländern nehmen jetzt die Erkrankungszahlen der Tuberkulose zu. Jährlich werden zwischen 8 und 10 Millionen Neuerkrankungen registriert. Etwa 2 Millionen Menschen sterben an Tuberkulose jährlich. Auf rund 12 Milliarden Dollar belaufen sich die globalen Einkommensausfälle durch die Krankheit. (Vgl. ebd.)

Abbildung 4: Todesfälle durch Infektionskrankheiten – 2000 und 2002

Krankheit	2000 (Millionen)	2002 (Millionen)	Anteil an allen Todesfällen im Jahr 2002 (%)
Atemwegserkrankungen	3,9	4,0	6,9
HIV/AIDS	2,9	2,8	4,9
Diarrhöe	2,1	1,8	3,2
Tuberkulose	1,7	1,6	2,7
Malaria	1,1	1,3	2,2

Quelle: Pirages, Dennis 2005: Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten, in: Worldwatch Institute (Hrsg.) 2005: Zur Lage der Welt 2005. Globale Sicherheit neu Denken, Münster, S. 121-145, hier: S. 130. Pirages's Quelle: The World Health Report 2001 (Genf: 2001).

Neben der Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern und der absoluten Armut in den ärmsten Ländern sind die sich verschlechternden Umweltbedingungen, die für die Verarmung, Unterernährung und Kindersterblichkeit ohne Zweifel verantwortlich sind, ein anderes größtes Problem der Welt.

Die durch die erhöhte Konzentration der Treibhausgase⁵⁵ verursachte Erderwärmung (die Klimaveränderung) ist in den letzten 20 Jahren drastisch angestiegen (Vgl. Rischard 2003). Seit 1860 hat sich die Erde um 0,6 Grad Celsius erwärmt. Die letzten 20 Jahre waren die wärmste Zeit seit Beginn der Aufzeichnungen. Im letzten Jahrhundert ist die Temperatur auf der Oberfläche der Erde stärker angestiegen als in jedem anderen Jahrhundert in den letzten 1.000 Jahren. Deutlich verändert haben sich die Niederschlagsmuster. Heftige Regenfälle erscheinen in etlichen Regionen sehr viel häufiger. Seit 1900 ist der Meeresspiegel um 10 bis 20 Zentimeter angestiegen. Die Muster des Vogelzugs und die Länge der Vegetationsperiode verändern sich bereits. Die Konzentration der Treibhausgase erhöht sich eindeutig durch die menschlichen Einwirkungen. Die Menschen verursachen also größtenteils die Erwärmung der letzten 50 Jahre. (Vgl. Rischard 2003: 78-79) Die reichen Länder erzeugen den größten Teil der Emission der Treibhausgase der Welt. Die USA, in den nur 5 % der Weltbevölkerung leben, sind z. B. für 25 % der Emission verantwortlich (Vgl. ebd.: 81). In den reichen Ländern erreicht der Ausstoß von Kohlendioxid 12,4 Tonnen pro Kopf. In den Entwicklungsländern (mit mittlerem Einkommen) ist es 3,2 Tonnen. In den armen Ländern (mit niedrigem Einkommen) beträgt das Kohlendioxid eine Tonne. (Vgl. Tudyka 2003: 23) Nach dem Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im Jahr 2001⁵⁶ wird die Kohlendioxidkonzentration im 21. Jahrhundert deutlich ansteigen, wenn entschlossene politische Maßnahmen nicht ergriffen werden. Im Lauf der nächsten 100 Jahre wird sich die Erde um 1,4 bis 5,8 Grad Celsius erwärmen. Überdurchschnittlich stark erhöhen werden sich die Temperaturen auf der Landmasse. Der Anstieg des Meeresspiegels wird um 2100 irgendwo zwischen dem schon beachtlichen Wert des vorangehenden Jahrhunderts und unfassbaren 80 bis 90 Zentimetern liegen. Hitzwellen, schwere Niederschläge, Überflutungen, Dürreperioden, Feuersbrünste, Austrocknung der Böden, Orkane sowie vom Wetter geförderte Seuchen werden immer wieder erscheinen. In Zukunft könnten die Phänomene wie „El Niño“, die in den letzten Jahren viel Schaden

⁵⁵ Treibgase sind: 1) Kohlendioxid, das vornehmlich durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe (Öl, Gas und Kohle) frei wird, 2) Methan, das durch Tierhaltung und Reisanbau entsteht, 3) Stickstoffoxide und andere Gase wie das fluor- und schwefelhaltige Treibgas SF₅CF₃ (Vgl. Easterbrook 2001).

⁵⁶ Siehe die IPCC-Webseite: www.ipcc.ch, ziert in Rischard 2003: 80.

verursacht haben, auf Dauer vorkommen⁵⁷. Weiter verändert werden sich die Vegetationsperiodenlänge und die Muster des Vogelzugs. Auch künftig werden sich Pflanzen, Insekten sowie viele Tierarten in Richtung der Pole und in immer größere Höhen verbreiten. Dramatische Auswirkungen werden diese Veränderungen in weiterer Zukunft haben. Sie werden Milliarden von Menschen direkt zustoßen. Zu den Folgen dieser Veränderungen zählen: 1) Trinkwasser wird in vielen wasserarmen Regionen noch geringer werden. 2) Weltweit wird die landwirtschaftliche Produktivität abnehmen. 3) Aufgrund der Hitze sowie an den von Insekten übertragenen und durch unsauberes Trinkwasser verursachten Krankheiten werden mehr Menschen sterben. 4) Als Auswirkung der starken Regenfälle und des Anstiegs des Meeresspiegels werden Überflutungen viele Menschen heimsuchen. 90 Millionen Menschen müssen ihre Heimat verlassen, falls der Meeresspiegel im Lauf dieses Jahrhunderts nur um 50 Zentimeter ansteigt. 5) Gletscher, Korallenriffe, Atolle und Mangrovensümpfe, polare und alpine Regionen werden nicht wieder gutzumachende Verluste hinnehmen. Die Lebensgrundlage von Millionen Menschen ist auf diese Lebensräume angewiesen. (Vgl. Rischard 2003: 80-83)

Infolge der Zerstörung der Lebensräume der Arten durch landwirtschaftliche Nutzung und Abholzung von Wäldern, der Zerschneidung von Wäldern durch Straßen und des globalen Bevölkerungswachstums hat sich das Tempo des Artensterbens beschleunigt⁵⁸. Gegen 60 % der Korallenriffe sind gefährdet. Korallenriffe sind der Lebensraum für viele Arten, darunter ¼ aller Meeresfische. Die tropischen Wälder nehmen ab. Die Bestände von etwa 75 % der wichtigsten Seefischarten sind wegen der Überfischung entweder schon erschöpft oder direkt gefährdet. Gegen 50 % der Mangrovensümpfe auf der Welt (Heimat für unendliche Tierarten) sind bereits nicht mehr da. Vom Aussterben gefährdet sind fast 20 % der Säugetierarten. Jede achte Vogelart ist bedroht. Bei den Pinguinen hat sich die Zahl der gefährdeten Arten verdoppelt. Die Zahl der gefährdeten Primatenarten ist wegen der Bejagung, Zerstörung des Lebensraums und des Handels mit dem Fleisch illegal erlegter Tiere im Lauf von wenigen Jahren von 100 auf 120 angestiegen. In 10 bis 20 Jahren in den Regenwäldern im Kongobecken, das das zweitgrößte tropische

⁵⁷ Diese Phänomene zeigten sich zum Beispiel in Überflutungen in Mittelamerika sowie dürrebedingten Waldbränden in Indonesien.

⁵⁸ Die Erderwärmung, Umweltverschmutzung, Jagd, Fischerei, der Handel und die Einbringung fremder Arten in ein Ökosystem sind weitere Gefährdungen für die Arten (Vgl. Watson 1998 : 18).

Regenwaldgebiet auf der Welt ist, werden keine großen Säugetiere mehr leben. Die afrikanischen Großaffen könnten aussterben.⁵⁹ Nach Schätzungen von manchen Wissenschaftlern werden über die Hälfte aller Säugetier-, Vogel- und Schmetterlingsarten sowie aller Pflanzen an der Schwelle des nächsten Jahrhunderts verschwunden sein oder direkt vor dem Aussterben stehen (Vgl. Rischard 2003). Deswegen zählen Artenvielfalt und der Schutz der Ökosysteme zu den großen dringlichen Aufgaben der nächsten Jahrhunderte⁶⁰.

In den 90er Jahren lag die Fischproduktion weltweit auf geschätzte 125 Millionen Tonnen jährlich (also im Wert von 70 bis 80 Milliarden Dollar). Auf ein Volumen von 50 Milliarden Dollar jährlich wird der internationale Handel mit Fisch und Fischereiprodukten berechnet. Durch die globalen Überkapazitäten der Fangflotten (etwa 100 % über dem eine nachhaltige Fischereiwirtschaft garantierenden Wert) und durch ineffektiven Umgang mit der Ware sind zahlreiche Fischgründe und Fischarten bedroht. Etwa die Hälfte aller Fischgründe in den Meeren ist maximal genutzt. 20 % davon sind überfischt. Der Rest wird meistens in einer dauerhaften, zerstörerischen Weise ausgebeutet. (Vgl. Reichert 2000) $\frac{3}{4}$ der bedeutendsten Seefischarten (wie Dorsch und Thunfisch) werden an ihre biologische Grenze ausgebeutet. Die Situation wird noch verschlimmert durch neue Netze und neue technischen Möglichkeiten zur Lokalisierung von Fischschwärmen. Überfischung ist ein beunruhigendes Problem für die Staaten in der Welt. (Vgl. Rischard 2003).

Es ist seit langem zu beobachten, dass die Wälder auf der Welt zurückgehen und dass die Wüsten und Steppen weltweit vorrücken. Es gibt zurzeit noch 30 bis 35 Millionen Quadratkilometer Wald, die etwa 25 % der Landmasse der Erde bedecken. Das sind zwischen 20 und 50 % weniger als in der Zeit, bevor Ackerbau von Menschen betrieben wurde. (Vgl. World Resources 2000-2001) In den

⁵⁹ Diese Entwicklung wird von einigen Umweltschützern gefürchtet (Vgl. Rischard 2003: 86-87)

⁶⁰ Die Biodiversität schafft entscheidend die Stabilität der fünf großen Ökosysteme, auf die das Leben auf der Erde angewiesen ist. Diese sind landwirtschaftliche Nutzflächen, Küstenregionen, Wälder, Trinkwasser und Grasland (Vgl. World Resources 2000-2001). Lebenswichtige Aufgaben für diese Ökosysteme (von der Reinigung des Wassers bis zum Abbau von Kohlenstoff und Stickstoff) werden durch vielen Pflanzenarten erledigt. Artenvielfalt steigert die Widerstandskraft eines Ökosystems. Das Leben mehrerer Arten in einem Ökosystem bietet den größeren Schutz vor Umweltschäden wie Erderwärmung, Trockenheit und anderen Belastungen. Für die langfristige Produktivität der landwirtschaftlichen Ökosysteme ist die genetische Vielfalt von Pflanzen, Insekten, Säugetieren und Mikroorganismen wesentlich. Für die menschliche Gesundheit ist Artenvielfalt auch entscheidend. 10 der 25 weltweit am meisten verkauften Medikamente wurden aus in der Natur vorkommenden Stoffen gewonnen – Medikamente gegen hohe Cholesterinwerte sowie Antibiotika. (Vgl. ebd.: 87-88)

Entwicklungsländern sind die Probleme sehr beunruhigend. Jährlich verkleinern sich die Wälder um über 130.000 Quadratkilometer (fast 1 %). Etwa 20 % der tropischen und subtropischen Wälder sind seit den 1960er Jahren verschwunden. In den letzten 10 Jahren wurden allein in Indonesien 17.000 bis 20.000 Quadratkilometer Waldfläche jährlich abgeholzt. Seit 1985 ist die bewaldete Fläche um 50 % zurückgegangen. In wenigen Jahren werden die Wälder auf Borneo und im Tiefland von Sumatra verschwunden sein. Die Hauptursachen für diese globale Waldverschwendung sind der Druck des Bevölkerungswachstums, die gewaltigen Tierfarmen in Lateinamerika, die von den Regierungen geplanten Siedlungsstrukturen sowie illegaler Holzeinschlag. 70 % der Holzproduktion stammen in Indonesien aus illegalen Quellen. (Vgl. Rischard 2003) Auch die Zerschneidung von Wäldern durch Straßen, landwirtschaftliche Nutzung und den Holzeinschlag hat verschiedene negative Folgen. Außerdem sind Waldbrände häufiger geworden. Die Zahl der Buschbrände hat in Brasilien 1996/97 um 50 % zugenommen und 1997/98 noch einmal um 80 %. Indonesien hat allein im Jahr 1997 46.000 Quadratkilometer Wald verloren (Vgl. Lovejoy 2002). Mit der Waldverschwendung verschwendet auch die Artenvielfalt. Diese bietet den Menschen viel Gutes und Nützliches an: Heilmittel, Rohstoffe und Räume für Tourismus und Erholung. Knapp 10 % der Baumarten sind schon jetzt vom Aussterben gefährdet. Die Wälder speichern etwa 40 % des gesamten Kohlenstoffs - also mehr Kohlenstoffspeicherung als jedes andere Ökosystem zu Lande. Beim Baumschlag und bei der Verbrennung von Baumabfällen werden große Mengen Kohlenstoff frei gesetzt. Sie entweichen dann in die Atmosphäre. Die Speicherkapazität der Wälder für Kohlenstoff werden nicht nur durch die großflächige Abholzung, sondern auch durch den Holzeinschlag im kleinen Umfang und die Abholzung kleiner Flächen für landwirtschaftliche Nutzung abgebaut.

Durch die Klimaveränderungen und durch die Steigerung vom Wasserbedarf für die Bewässerung und für industrielle Zwecke mangelt es in vielen Gebieten der Welt zunehmend am Wasser. Zurzeit hat der Tschadsee nur noch ein Zwanzigstel seiner Fälsche von 1960. Der Aralsee ist beinahe verschwunden. In der trockenen Jahreszeit erreicht der Colorado nicht mehr das Meer. Übrig geblieben sind nur 10 % vom Sumpfland in Mesopotamien. Im Jahr 2020 könnten 2 bis 3 Milliarden Menschen auf der Welt von akutem Trinkwassermangel gefährdet sein. Schon jetzt ist die Trinkwassersituation in etwa 20 Ländern problematisch. Ihre Zahl wird sich

in etwa 20 Jahren mehr als verdoppelt haben. Am stärksten betroffen werden Asien, Afrika südlich der Sahara und der Mittelmeerraum sein. Durch steigende Nachfrage und verstärkte Verschmutzung sowie die Erderwärmung wird der Wassermangel besonders hervorgerufen und verschärft. (Vgl. Rischard 2003) Daher wird der Wassermangel zu einem großen globalen Problem. Es könnte künftig mehr Konflikte um Wasser geben, besonders in den Ländern, wo langjährige Auseinandersetzungen sich zuspitzen (Vgl. Ball 1999). Außerdem hat der Wassermangel eng mit Armut und Gesundheitsproblemen zu tun.

Durch das Bevölkerungswachstum und die neue Weltwirtschaft werden die Belastungen (wie die Verschmutzung) für die Ozeane, die etwa 70 % der Oberfläche der Erde bedecken, in der Zukunft immer größer. Ölverschmutzung und andere große Unfälle auf See sind immer häufiger geworden. Weltweit gab es seit 1989 etwa 30 Tankerunglücke einer vergleichbaren Größenordnung. Immer mehr Schiffe entlassen Öl und andere Abfälle in die Meere. Daran hat die boomende Kreuzfahrtbranche einen beachtlichen Anteil. Die Kreuzfahrtschiffe sind für 80 % der in die Meere entlassenen Abfälle (von Unrat über Plastik bis zu Öl und Chemikalien) verantwortlich. Durch die Abfälle und Schadstoffe, die von der Landwirtschaft und der Industrie hergestellt werden, sind viele Meeresgebiete gefährdet. Es gibt beispielsweise in der Ostsee, die mit Unmengen hochgiftiger Chemikalien (wie Dioxin) verseucht ist, zurzeit kein Leben mehr auf dem Meeresboden. Über weite Strecken wird immer mehr Giftmüll (toxische Verbrennungsrückstände, gefährlicher Industrieschlamm, kontaminierte medizinische und militärische Materialien, alte Batterien, ausgebrannte Kernbrennstäbe u.a.) transportiert. In vielen Gebieten hat legaler und illegaler Fischfang das Ökosystem Meer aus dem Gleichgewicht gebracht. Dabei haben die den Meeresgrund aufreißenden Schleppnetze vor allem bedrohliche Auswirkungen. (Vgl. Rischard 2003)

Die Welt wurde in den 1990er Jahren 500 bis 800 Male pro Jahr von Naturkatastrophen (Flutwellen, Dürren, Erdbeben, Orkanen, Stürmen, sintflutartigen Niederschlägen und Erdrutschen) heimgesucht. Die Naturkatastrophen in den 90er Jahren verursachten Kosten von über 600 Milliarden Dollar. Sie sind mehr als in den ganzen 40 Jahren zuvor. Die Schäden von Naturkatastrophen waren in den 90er Jahren dreimal so groß wie in den 80er Jahren und fünfzehnmal so groß wie 50er Jahren. 45 % der Schäden kamen in Asien, 30 % in den USA und 10 % in Europa

vor. 2 Milliarden Menschen waren weltweit betroffen. 400.000 bis 500.000 Menschen kamen dabei ums Leben. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kommen die Naturkatastrophen noch häufiger und gefährlicher vor. (Vgl. ebd.) Allein bei der Flut-Katastrophe in Asien 2004 kamen 178.000 Menschen ums Leben, und 50.000 Menschen sind dabei vermisst. Verantwortlich für den Anstieg von Naturkatastrophen sind die folgenden Tatsachen (Vgl. ebd.: 132): 1) Viele Ökosysteme sind durch die Abholzung der Wälder und die Zerstörung von Feuchtgebieten schwer geschädigt. Sie können ihr natürliche Pufferrolle nicht mehr spielen. Der Lauf von Flüssen wurde mehrmals durch Dämme und Deiche verändert, so dass Flutwellen und Trockenperioden schlimmer ausfallen. 2) Immer mehr Menschen bewohnen in den besonders gefährdeten Küstenregionen. Etwa zwei Milliarden Menschen leben zurzeit in einem Gebiet bis zu 100 Kilometer Entfernung von der Küste. 3) Über die Hälfte der Weltbevölkerung wird künftig in Städten bewohnen. Damit steigen der Umfang der Schäden und die Zahl der Opfer bei Naturkatastrophen. Viele neu in die Städten gezogenen Menschen leben auf gefährdeten Hängen und in Flussniederungen. 4) Die Erderwärmung verursacht heute mehr Katastrophe als früher. Die durch klimabedingte Ereignisse, die höhere Schadensvolumen auslösen, kommen also immer häufiger vor.

Die Zahl der Kriege auf der Welt hat nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich zugenommen. Kriege fanden fast nicht mehr zwischen Staaten statt, sondern innerhalb eines Staates. Mehr als 50 Bürgerkriege oder innerstaatliche bewaffnete Konflikte gab es 1999/2000. Sieben Millionen Menschen sind seit 1945 dabei ums Leben gekommen. Allein im Jahr 2001 wurden insgesamt 155 politische Konflikte gezählt. 38 davon wurden meistens gewaltsam durchgeführt.⁶¹ Über 90 % dieser Konflikte ereigneten sich in Entwicklungsländern. Der Zusammenbruch der Sowjetunion – also das Ende des Ost-West-Konfliktes - hat den Zusammenfall staatlicher Kontrolle oder den Verlust staatlicher Ordnung in einigen Regionen begünstigt. Dies führte zur politischen Unruhe sowie zum gewaltsamen Konflikt in den Regionen. Neben den chronischen Konflikten aus den Epochen des Kolonialismus und des Kalten Krieges (z. B. wie der Korea-Konflikt, der indisch-pakistanische Konflikt, der Nahost-Konflikt sowie die Konflikte am Arabisch-

⁶¹ Vgl. Rischard 2003: 111; auch vgl. Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung, Konfliktbarometer 2001, Heidelberg 2001, S. 3).

Persischen Golf) traten/treten postsozialistische Konflikte und die Konflikte in den schwachen, zerfallenden oder versagenden Staaten nach dem Kalten Krieg besonders häufig auf. Zu den postsozialistischen Konflikten zählen die Konflikte im postsowjetischen Raum (wie zwei Tschetschenien-Kriege (1994-1997, 1999 ff.) und der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagornyj Karabach) und die Konflikte im zerfallenden Jugoslawien. Den schwachen oder zerfallenden Staaten können Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal, Simbabwe, Somalia, Sudan, Uganda, Zaire/Demokratische Republik Kongo, Algerien, Irak, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Philippinen, Haiti sowie Kolumbien zugeordnet werden. (Vgl. Hubel 2005: 64-120) In diesen schwachen und zerfallenden (failing) oder zerfallenen (failed) Staaten ist entweder das staatliche Gewalt- und Steuerungsmonopol stark beeinträchtigt oder sind die staatlichen Funktionen (wie das staatliche Gewalt- und Steuerungsmonopol und die staatliche Kontrolle von Territorium und Außengrenzen) völlig zusammengebrochen. Die betreffenden Staaten sind nicht mehr in der Lage, die notwendigen öffentlichen Güter (wie Sicherheit, eine öffentliche Infrastruktur sowie Rechtswesen) für die Bevölkerung zu gewährleisten und ihr gesamtes Territorium bzw. ihre Außengrenzungen zu kontrollieren. „Mit dem Zerfall von Staaten und Armeen in Afrika zerfallen auch die Gesellschaften und ein Terror der Verelendung, ein Terror der Pogrome, ein Terror der Hoffungslosigkeit hat dort um sich gegriffen, der zynisch als ‚African way of life‘ bezeichnet wird“ (Tudyka 2003: 26). Jeder fünfte Bewohner in Afrika ist von Kriegen betroffen. Allein in dem Regionalkonflikt im Kongo sind mindestens zwei Millionen Menschen ums Leben gekommen. Das Risiko für Kinder, die wegen des Kriegs vor ihrem zweiten Geburtstag sterben, liegt an manchen Orten in Afrika bei 75 %. (Rischard 2003: 111).

Abbildung 5: Bewaffnete Konflikte und Kriege – 1989 bis 2004

Konfliktsorte/-Typus	Zeitraum, in dem Konflikte/Kriege anlaufen oder noch bestehen
Anden-Krieg	1995
Ayacucho-Krieg	1996
Russland-Tschetschenien-Krieg	1999
Israel-Palästina-Krieg	2000
Afghanistan-Krieg („Anti-Terror-Krieg“)	2001
Burundi-Krieg	2001
Ferganatal-Krieg	2001
Iranischer Volksmujahedin-Konflikt	2001
Indischer Naxaliten-Krieg	2001
Indischer Tripura-Krieg	2001
Indischer Assam-Krieg	2001
Indischer Bodos-Krieg	2001
Indischer Nagas-Konflikt	2001
Pakistanischer Sind-Konflikt	2001
Philippinischer Mindanao-Krieg	2001
Philippinischer NPA-Krieg	2001
Ruanda-Krieg	2001
Salomonen-Konflikt	2001
Tadschikistan-Konflikt	2001
Tschad-Konflikt	2001
Uganda-Krieg	2001
Algerien-Krieg	2002
Angola-Krieg	2002
Chiapas-Konflikt	2002
Indonesien-Krieg	2002
Kaschmir-Krieg	2002
Kolumbianischer Bürgerkrieg	2002
Kongo-Krieg	2002
Myanmar-Konflikt	2002

Nepal-Krieg	2002
Somalia-Krieg	2002
Sri-Lanka-Krieg	2002
Sudan-Krieg	2002
Irak-Krieg (Regime-Wechsel)	2003
Laos-Krieg	2003
Georgien-Südossetien-Konflikt	2004
Jemen-Krieg	2004
Thailand-Konflikt	2004
Türkei-Kurden-Krieg	2004

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bewaffneter_Konflikt; <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/neuekriege/akuf2004.html>

Nach dem Ende des Kalten Kriegs stiegen die Fluchtbewegungen an. Die Migration erreichte das Ausmaß der Zeit vom Zweiten Weltkrieg (Vgl. Tudyka 2003). Sie ist stärker als die Weltbevölkerung angestiegen (Vgl. Herden 2003). Etwa 150 Millionen Menschen – also etwa 2,5 % der Weltbevölkerung - lebten nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) außerhalb ihres Geburtslandes. Rund 12 Millionen davon seien als Flüchtlinge zu betrachten⁶². Die Zahl von Binnenvertriebenen (internally displaced persons – IDP) habe stark zugenommen⁶³. Die Zahl der Binnenflüchtlinge lagen im Jahr 1994 bei etwa 28 Millionen, in den Jahren 1997 bis 2001 bei etwa 25 Millionen (Vgl. Hentzschel 2002).

Mit Bürgerkriegen und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten ist der internationale (oder transnationale) Terrorismus⁶⁴ zurzeit ein größtes Problem für die Weltfrieden geworden. Terroristen sorgen mit Anschlägen für eine immer höhere Zahl an Opfern. Bei den simultanen Bombenattentaten 1998 auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania kamen 257 Menschen ums Leben. 5000

⁶² UNHCR (Hrsg.) 2000: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz, Bonn.

⁶³ Norwegian Refugee Council/NRC (Hrsg.) 2002: The Global IDP Survey 2002, London.

⁶⁴ Es gab schon früher diesen internationalen Terrorismus. Die Geiselnahme israelischer Sportler durch ein palästinensisches Kommando 1972 in München und die Entführung des TWA-Flugs 847 nach Beirut, der Absturz des PanAm-Flugs Nr. 103 über Lockerbie 1988 und der Sprengstoffanschlag auf den US-Zerstörer USS Cole im Jahr 2000 in Aden gehören zu den früheren Terroranschlägen. Zu den terroristischen Gruppen zählen die Rote-Armee-Fraktion in Deutschland, die Gruppen der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die baskischen Separatisten der ETA, die korsische FLNC, die frankokanadischen FLQ, die IRA in Nord-Irland, die Roten Brigaden in Italien und die Action Directe in Frankreich. (Vgl. Czempiel 2002: 39; Hubel 2005: 134; Rischard 2003: 112)

Menschen wurden dabei verletzt. In den 1990er Jahren gab es immer wieder vereitelte Terroranschläge, die viele Menschen töten können. Dazu zählen der erste Anschlag auf das World Trade Center (1993) und der Plan algerischer Terroristen, eine vollgetankte Passagiermaschine über Paris abstürzen zu lassen (1994). Mehr als 1000 Menschen werden seit 1996 jährlich weltweit durch internationale Anschläge verletzt oder getötet. Dabei wurden 5954 Menschen im Jahr 1998 verletzt, 741 getötet. 2001 wurden 4655 Menschen als Opfer von Terroranschlägen, 3500 davon wurden getötet. (Vgl. Schneckener 2005) Bereitschaft und Fähigkeit bestimmter Terrorgruppen zur massiven Zerstörung haben zugenommen. Es gibt Hinweise auf Terrorgruppen, die versuchen, Massenvernichtungswaffen (insbesondere B- und C-Waffen) zu bekommen (Vgl. ebd.). Es besteht auch die Möglichkeit, dass bestimmte Terrorgruppen zu nuklearen Waffen oder radioaktiven Substanzen Zugang gewinnen könnten (Vgl. Hubel 2005). Der terroristische Einsatz von Massenvernichtungswaffen könne also weniger sicher sein als heute angenommen werde (Vgl. Hoffman 2000). Mit dem terroristischen Anschlag mit dem Nervengas Sarin in der Tokyoter U-Bahn 1995 und mit den Briefsendungen mit Anthrax-Sporen in den USA 2001 haben die Terroristen ihr Potential in den Bereichen von C- und B-Waffen gezeigt. Der internationale Terrorismus bekam mit den Anschlägen des 11. September 2001 eine neue Dimension. Reichweite und Zerstörungskraft des internationalen Terrorismus sind am 11. September 2001 augenfällig geworden. Die Terroranschläge auf das Welthandelszentrum und das US-Verteidigungsministerium töteten mehr als 3000 Menschen aus 80 Ländern. Neben den Verlusten an Menschenleben und den materiellen Schäden in den USA haben die Anschläge den anschließenden globalen Zusammenbruch beim Wirtschaftswachstum, bei Preisen für Waren, Einnahmen aus Tourismus und bei Finanzierungsmöglichkeiten zur Folge gehabt. Erstmals wurde das Territorium der USA nach dem Zweiten Weltkrieg von außen und zwar durch einen gesellschaftlichen Akteur (also Zivilisten) attackiert. Selbst die Sowjetunion konnte gegen das militärische Gewaltpotential der Supermacht USA nichts ausrichten. Auch heute kann kein Staat der Welt gegen den USA antreten.

Es ist ein Trend zu erkennen, dass die religiös motivierten (insbesondere islamitischen) Terroristen an wachsende Bedeutung gewinnen⁶⁵. Dies hat das

⁶⁵ Nach der US-Terrorismusberichte 2000, 2001 steigen Zahl und Bedeutung religiös motivierter Terrorgruppen dauerhaft an (zitiert in Schneckener 2005: 19-32). „Von den 33 Gruppen, die das US-

Zerstörungspotential sowie die Zahl und Qualität von Anschlägen erhöht und beachtlich zur transnationalen Vernetzung beigetragen. Eine andere Tendenz zeigt, dass die staatliche Unterstützung für Terroristen allmählich zurückgegangen oder gar weggefallen ist und dass Terroristen seit Jahren immer mehr durch nicht-staatliche Sponsoren/Unterstützer gefördert werden. „Dazu zählen Diaspora-Gemeinschaften, Flüchtlinge, religiöse Führer und Organisationen, private ‚wohltätige‘ Einrichtungen und Stiftungen, reiche Individuen sowie Firmen, die legale und/oder illegale Geschäfte unterhalten (z. B. Geldwäsche, Drogen- und Waffenhandel), aber auch die klassischen Warlords aus Bürgerkriegen oder kriminelle Organisationen. Die Akteure dienen dem internationalen Terrorismus primär zur Finanzierung, teilweise auch zur Anwendung und ideologischen Ausbildung von potenziellen Kämpfern und Attentätern sowie zur Verbreitung von Propaganda“ (Schneckener 2005: 27). Diese Tendenz verstärkt die sich immer mehr aus nicht-staatlichen Unterstützungen stärke Netzwerkbildung des internationalen Terrorismus und erschwert beim „neuen Krieg“⁶⁶ die Bekämpfung gegen den internationalen Terrorismus. Die Terroranschläge in Madrid im März 2004, bei denen mindestens 199 Menschen getötet und ca. 1500 verletzt wurden, die blutigen Anschläge in London vom 7. Juli 2005, wobei vier Bomben den gesamten U-Bahn- und Busverkehr in der Metropole still legten und mindestens 56 Menschen ums Leben kamen (über 700 wurden dabei verletzt), sowie die Bombenanschläge im ägyptischen Badeort Scharm el Scheich vom 24. 07. 2005 mit mehr als 80 Toten sind ein weiteres Zeichen dafür, dass die islamitischen Terrorgruppen nach wie vor in der Lage sind, mit ihren weltweiten Netzwerken den Weltfrieden jeder Zeit zu brechen oder zu stören.

Außenministerium als „Foreign Terrorist Organization“ (FTOs) bezeichnet und deren Unterstützung unter Strafe steht, sind 16 als religiös motiviert einzuschätzen, die übrigen sind entweder primär ideologisch oder ethnonational/separatistisch ausgerichtet (2000: zwölf von 29 FTOs). Von 28 weiteren internationalen aktiven Terrorgruppen, die im Bericht genannt werden, haben immerhin elf einen religiösen Hintergrund (2000: drei von 15). Dieser Befund deckt sich weitgehend mit der als autoritativ geltenden RAND-St. Andrews-Datenbank, die bereits 1995 26 von 56 international operierenden Terrororganisationen als religiös motiviert einstufte. [...] Bei der großen Mehrheit handelt es sich um islamitisch geprägte Gruppierungen, andere Weltreligionen spielen bei den international tätigen Terrorgruppen eher eine marginale Rolle (z. B. die jüdisch-extremistische Kach oder die christlich motivierte Lord's Resistance Army in Uganda).“ (Schneckener 2005: 22)

⁶⁶ Nach Münkler sei unter den „neuen Kriege“ eine „zunehmende Entwicklung asymmetrischer Konfliktaustragungen“ zu verstehen. Er versteht den Terrorismus als eine spezifische „offensive Form der strategischen Asymmetrisierung des Krieges“. (Münkler 2002: S. 53-55)

Abbildung 6: Terroranschläge seit dem 11. September 2001

Datum	Ort/Land	Zahl der Todesopfer /Verletzten	Täter
11. 09. 2001	New York/Washington, USA	3000 Toten	Terrornetzwerk Al- Qaida
11. 04. 2002	Djerba, Tunesien	21 Toten	Terrornetzwerk Al- Qaida
12. 10. 2002	Kuta, Bali, Indonesien	202 Toten/209 Verletzten	Terrororganisation Jemaah Islamiyah
16. 05. 2003	Casablanca	40 Toten/über 100 Verletzten	Gruppierung Salafiya Jihadia
15. u. 20. 11. 2003	Istanbul, Türkei	60 Toten	Eine türkische Zelle der Al-Qaida
05. 12. 2003	Jessentuki, Südrussland	46 Toten	Islamistische Terroristen
06. 02. 2004	Moskau, Russland	40 Toten/weitere 100 Verletzten	Islamistische Terroristen
11. 03. 2004	Madrid, Spanien	191 Toten/ca. 1500 Verletzten	Islamistische Terroristen
03. 04. 2004	Vorort von Madrid, Spanien	1 (Polizist) Tote/15 Verletzten (bei einer Razzia)	Serhane Ben Abdelmajid und dessen 6 Komplizen
21. u. 22. 06. 2004	Inguschetien, Russland	90 Toten	Tschetschenische Terroristen
07. 07. 2005	London, Großbritannien	56 Toten/über 700 Verletzten	Islamistische Terroristen
24. 07. 2005	Scharm el Scheich, Ägypten	80 Toten	Islamistische Terroristen

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag>.

Ferner, das Demokratie-Defizit ist weltweit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht zurückgegangen. Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung, Überwachung, Polizeit- und Sicherheitsstaat haben sich breit gemacht. Die

Ausgaben für Militär und Verteidigung haben seit Jahren wieder überproportional zugenommen. „Ein politisches Klima hat zu Beginn des neuen Jahrhunderts um sich gegriffen, das zu einer Krise der internationalen Organisationen, der Relativierung des Völkerrechts und insgesamt zur Schwächung der internationalen Institutionen geführt hat“ (Tudyka 2003: 27).

All diese globalen Krisen und Problemen können zwar nicht gänzlich ausgeschaltet werden. Jedoch ist es möglich, „sie durch Prävention und Nachsorge einzudämmen. Beides bedarf vereinbarter, kollektiver Anstrengung, da es sich generell um typische Kollektivgüter handelt“ (Müller 2003: 30). Multilaterale Politik und internationales Recht sind also wichtige Grundlagen jedes chancenreichen Lösungsversuch für die Weltprobleme. Denn zentralistische, hierarchische Ordnung kann komplexe und untereinander vernetzte Problemlagen nicht lösen. In einer Welt der Heterogenität und Fragmentierung (wie z. B. Machtasymmetrie, kulturelle Differenz, existentielle Verunsicherung, etc.) tritt hierarchische Ordnung garantiert dem Widerstand entgegen (Vgl. ebd.: 31).

In der Zeit einer globalen Übermächtigkeit der USA befindet sich der multilaterale Versuch zur Lösung globaler Probleme jedoch in einer Krise. Die US-Amerikaner sehen sich als einer auf der unangreifbaren Überlegenheit amerikanischer Macht beruhende Weltordnung. In diesem US-Konzept spielen das internationale Regime (die UNO) und das internationale Recht gelegentlich nur eine Nebenrolle oder gar keine Rolle. Die Verweigerung der USA gegenüber die Anforderungen der internationalen Gemeinschaft verursacht die Destruktion der sich entwickelnden Weltordnung und somit die globale Krise. So hat die bestehende Weltordnung sicherlich nur noch eine trübe Aussicht.

4.2 Die Bedeutung der Ereignisse vom 11. September 2001

4.2.1 Die Reaktion der USA, EU und anderer Weltmächte

Die verheerenden Attentate vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das US-Verteidigungsministerium in Washington haben die gesamte Welt erschüttert. Die Anschläge veränderten die Wahrnehmung der USA. Durch die Terrorakte nahmen die Amerikaner es wahr, dass die USA auf ihrem eigenen Territorium auch verwundbar sind. Außer dem Anschlag von Japan auf

Pearl Harbor 1941 waren die Terroranschläge vom 11. September 2001 der einzige Angriff auf den Boden der USA seit 60 Jahren. Das amerikanische Gefühl der Unverwundbarkeit wurde durch den 11. September in seinen Grundfesten erschüttert. Die US-Amerikaner fühlten sich in einem Krieg, wie Senator Richard Lugar behauptete: „Amerika befindet sich im Krieg“⁶⁷. Für die Amerikaner ist der internationale Terrorismus nach dem 11. September die größte Gefahr der Welt geworden. Die USA erklärten folglich den weltweiten Krieg gegen den internationalen Terrorismus, vor allem gegen die Terroristen der Al Khaida. Es folgten der Afghanistan-Krieg und später der Krieg gegen den Irak.

Jeder Staat der internationalen Gemeinschaft zeigte nach den Anschlägen seine Sympathie für die USA und Solidarität mit ihnen. Die französische Zeitung *Le Monde* erklärte auf ihrer Titelseite: „Wir sind alle Amerikaner“⁶⁸. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte kurz nach den Anschlägen die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. In ganzen Europa lösten die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon eine Welle an pro-amerikanischen Gefühlen aus. Russland drückte auch seine Sympathie aus. Der russische Präsident Wladimir Putin war der erste ausländische Staatschef, der den US-Präsident George W. Bush am 11. September der Unterstützung seines Landes versicherte. Wenige später gab Russland gemeinsam mit der NATO eine Erklärung ab, welche „die gesamte internationale Gemeinschaft aufruft, sich im Kampf gegen den Terrorismus zusammenzutun“⁶⁹. Es schien in einer kurzen Zeit nach den Anschlägen eine weltweit solidarische und einheitliche Front mit den USA gebildet zu werden. Die Verbündeten der USA (vor allem Großbritannien), Russland, China, Pakistan, Indien, die zentralasiatischen Ländern und sogar Iran hatten die USA bei der Vorbereitung und gar bei der Führung des Afghanistan-Kriegs auf verschiedener Art und Weise unterstützt. Russland unterstützte den Gegner der Taliban – also die Nordallianz – mit Waffen. China tauschte Aufklärungsergebnisse mit den USA aus. Die zentralasiatischen Länder garantierten Überflugrechte der USA. Pakistan sagte den USA Überflugrechte zu und stellte ihnen Militärbasen zur Verfügung. Indien unterstützte auch die Kampagne der USA.

⁶⁷ Washington Post, 6. 12. 2001.

⁶⁸ Zitiert in Gedmin, Jeffrey 2002: Amerika führt. Eine amerikanische Selbsteinschätzung, in: *Internationale Politik*, April/2002, Nr. 4, 57. Jahr, S. 3-10.

⁶⁹ Erklärung der NATO und Russlands zum Kampf gegen den Terrorismus vom 13.11.2001; über: <<http://www.nato.int>>.

Diese solidarische Front mit den USA hielt jedoch nicht lang an. Sie brach auseinander, als die USA den Krieg gegen den Irak erklärten. Der Irak-Krieg hat sämtliche Staaten Europas (außer den Briten) durch eine tiefe Kluft von den USA getrennt. Deutschland und Frankreich verweigerten sich vor allem dem von den USA eingeschlagenen Weg in den Krieg gegen den Irak. „Die Ablehnung eines neuerlichen Waffengangs am Golf war in allen europäischen Ländern in etwa gleich stark, und zwar unabhängig davon, welchen politischen Kurs die jeweilige Regierung offiziell eingeschlagen hatte“ (Münkler 2003: 139). Die Vorbereitung sowie Führung des Irak-Kriegs stießen zugleich auf Ablehnung von Russland, China und anderen Mächten der Welt. Die beharrliche Vorbereitung des Kriegs gegen den Irak hat den Zugewinn an Sympathie und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den USA, den die Ereignisse vom 11. September 2001 in einer weltweiten Solidarisierung gebracht hatten, zu einem großen Teil erneut ruiniert.

Die weltweite Ablehnung des Kriegs gegen den Irak beruht vor allem auf den folgenden Tatsachen:

- Die USA und die Briten hatten den Krieg gegen den Irak ohne Legitimierung durch das UN-System geführt und somit die Grundfesten der Völkerrechtsordnung erschüttert.
- Die wichtigsten Kriegsbegründungen der USA und Briten, dass der Irak angebliche Massenvernichtungswaffen gehabt und dass Saddam Hussein vermeintliche Verbindung zur Al Khaida aufgenommen hätte, sind unglaubwürdig und nicht überzeugend. In den Augen der internationalen Gemeinschaft sowie der Kriegsgegner stellte also nur die Netzwerkorganisation Al Khaida und ihr Symbol Osama bin Laden, nicht der Irak Saddams, die bedrohlichste Herausforderung der USA sowie der Welt dar.
- Die Arroganz der USA gegenüber ihren Verbündeten (z. B. den NATO-Ländern) und der amerikanische Militäralleingang im Irak haben die westlichen Europäischen Länder den USA entfremdet.

Die Entfremdung zwischen den USA und Europa, die durch den Irak-Krieg und das weltpolitische Verhalten der USA vertieft wird, ist nicht neu. Sie entsteht schon seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Seither mehren sich die Differenzen zwischen

den USA und den europäischen Ländern in der Weltpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Wirtschaftspolitik. Die erheblichen Differenzen zwischen den USA und den westlichen EU-Ländern liegen im weltpolitischen Bereich. Sie stellen sich in der Bedeutung von Souveränität, der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, im internationalen Recht, vor allem der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen sowie letztlich der Bedeutung der Vereinten Nationen (UNO) und anderer internationalen Organisationen dar. Die Politik, die Perspektiven und Prioritäten Europas⁷⁰ sind anders als die der USA. Die USA verfolgen einen unilateralistischen Kurs. Europa beharrt auf der internationalen Kooperation, dem Multilateralismus und dem Völkerrecht. Die US-Regierung hat eine entschieden hegemonialistische Weltsicht. Die meisten Europäer haben aber eine globalistische Perspektive. Diese äußerst unterschiedlichen Prioritäten, die die europäischen Länder und die USA in der Weltpolitik in zunehmendem Maße haben, belasten die transatlantischen Beziehungen. „Während einige dieser Belastungen sachbezogen sind – Raketenabwehr, Klimawandel, Irak und ähnliches –, steht vieles davon für die zutiefst unterschiedlichen Ansichten über die Natur der internationalen Politik als solche“ (Daalder/Lindsay 2003: 17). Die Unterschiede zwischen den USA und ihren Verbündeten sind, insbesondere durch den Irak-Krieg, größer geworden. Die Irak-Krise zerfiel das Bündnis in je eine Koalition der Willigen und der Unwilligen.

4.2.2 Zeitwende oder neue Ära der Weltpolitik?

Der 11. September 2001 wurde in den Medien, der Politik und sogar in der Wissenschaft oft als „Epochenbruch“ oder „Zeitwende“ bezeichnet. „’Nichts wird mehr so sein wie früher’, so lautete die meistgesprochene, meistgehörte und meistgesendete Sentenz“ (Müller 2003: 12). Der 11. September wurde mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 verglichen (oder die beiden wurden als gleich angesehen). Am 9. November 1989 ging die Zeit des Ost-West-Konflikts sowie der bipolaren Weltordnung zu Ende. Mit dem Fall der Mauer 1989 hat eine neue weltpolitische Epoche begonnen, also eine Epoche der Unipolarität und zugleich der

⁷⁰ „Der Kernpunkt der europäischen Außenpolitik ist heute derselbe wie vor mehr als 50 Jahren: die Möglichkeit einer Rückkehr zu für alle Beteiligten verlustreichen Konflikten zu verhindern durch eine immer stärker werdende Verpflichtung, Souveränität in einer Europäischen Union zu teilen“ (Daalder/Lindsay 2003: 16).

Asymmetrie der Weltpolitik. Was hat sich nach dem 11. September geändert? Was nicht? Hat der 11. September 2001 dieses zentrale Strukturmerkmal der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs geändert?

Am 11. September 2001 hat eine zivile Gruppe, die internationale terroristische Organisation Al Khaida, die einzige Supermacht der Welt angegriffen, und zwar mit verheerender Zerstörungskraft. Die internationalen Terroristen sind nicht Staaten, die offen den Krieg erklären. Sie sind unspezifische Gruppen und anonyme Einzeltäter, die aus politischen, religiösen sowie kulturellen Motiven die Gesellschaften bekämpfen, in denen sie selbst leben. Der internationale Terrorismus kann nicht mit traditionellen Mitteln bekämpft werden. Er entspricht nicht dem Muster, an dem sich die Konflikte zwischen Staaten halten. Die Terrororganisation Al Khaida und ihr Netzwerk sind keine staatliche, sondern gesellschaftliche, transnationale Akteure. Gewaltanwendung und Kriegsführung werden also „privatisiert“. Die Auseinandersetzungen werden asymmetrisch. Trotzdem haben die USA entschieden, den internationalen Terrorismus doch mit traditionellen Mitteln zu bekämpfen, nämlich mit offen erklärten Kriegen gegen Afghanistan und den Irak. Und der militärische Angriff der USA gegen den Irak zeigt jedoch wenig Wirkung bei der Bekämpfung gegen den internationalen Terrorismus. Er schafft möglicherweise mehr Unruhen und Chaos als Ordnung im Irak. Die Reaktion der USA auf den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutet darauf hin, dass Krieg und Gewalt als Mitteln globaler Befriedigungs- und Ordnungspolitik wiederhergestellt werden. Regimewechsel mittels Krieg (Vgl. Kaiser 2003) als eine neue Form von humanitärer Intervention, die vor allem durch die USA gerechtfertigt wird, wird zu einem Trend. Der 11. September hat die „old politics“ zurückgeholt und den nationalen Staat wieder verstärkt. Jedoch bietet das internationale Staatensystem bisher nicht die Sicherheit, die der Staat den Bürgern bieten kann „Ein internationaler Hegemon, die Dominanz nur einer Macht, ist kein Garant für die Gewährleistung von Frieden und Menschenrechten, weil ihn seine Vormachtstellung von den Zwängen multilateraler Konsensherstellung entbindet, dafür aber den Verlockungen unilateraler Interessendurchsetzung und Machtdemonstration ausgeliefert“ (Vorländer 2004: 11).

Nach dem 11. September 2001 ist das Sicherheitsproblem für die meisten Staaten der Welt die wichtigste Aufgabe geworden. Mit dem 11. September schlägt der Sicherheitsstaat als Gewaltmonopolist zurück, und zwar tritt er energisch und

entschlossen in Aktion. Auf dem US-Militärstützpunkt in Guantanamo Bay wurde die volle Anwendung der Genfer Konvention für Kriegsgefangene verweigert. Die US-Behörde könnten die Bürger, die verdächtig sind, mit terroristischen Gruppen in Verbindung zu stehen, frei von gerichtlicher Anhörung festhalten. Zugleich wurde auch anwaltlicher Beistand verweigert. Der Sicherheitsstaat versucht, sich von der gerichtlichen Kontrolle loszukommen. Diese Maßnahmen entsprechen offensichtlich nicht den Grundlagen des Rechtsstaats und der Demokratie. Sie wurde jedoch zuerst geduldet, weil die Sicherheitsnachfrage der Bevölkerung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus steigt. Im übrigen ist diese Entwicklung in europäischen Ländern zu beobachten. So läuft der Sicherheitsstaat, der ursprünglich zur Sicherung von Freiheit und Demokratie eingerichtet wurde, nach dem 11. September stets Gefahr, genau diejenigen freiheitlichen und demokratischen Fundamente zu gefährden. Im Bereich der Sicherheitspolitik auf internationaler (Bündnis-)Ebene ist auch ein Trend zu einer Art von Entdemokratisierung zu beobachten. Die Entscheidungen über Krieg und Frieden in vielen westlichen Ländern wurden nicht mehr durch das Parlament, sondern von den Exekutiven getroffen. „Die gewachsene Gefahr für die nationale Sicherheit im Zeichen des Megaterrorismus tendiert dazu, auf Seiten der Exekutiven Bedenklichkeiten zu vermindern; eher machtbewusste, aggressive Weltsicht gewinnen unter diesen Umständen an Gewicht, die im normalen Lauf internationaler Geschehnisse nur ein Mauerblümchendasein in der öffentlichen Debatte führen müssten. Mehr als für andere gilt dies für die USA.“ (Müller 2003: 226). Im Namen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus lehnen die USA – als eine selbst geschätzte Weltordnungsmacht – es ab, dass die USA sich an das internationale Recht binden, dass der UN-Sicherheitsrat die Entscheidungsbefugnisse der USA eingeschränkt, dass das Instrumentarium der USA durch Rüstungskontrolle beschränkt wird und dass die USA unter einer operativen Kontrolle (aufgrund der strafrechtlichen Ahndung drastischer Rechtsbrüche des humanitären Völkerrechts) durch den Internationalen Strafgerichtshof stehen.

Die Weltpolitik nach dem 11. September 2001 ist durch eine verstärkte unipolare Politik der USA und somit auch durch einen schweren Verlust des Multilateralismus charakterisiert. Die US-Politik nach dem 11. September schlug sich in einem verstärkten unilateralen Kurs und ging von der Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft weg. Dazu zählen das Scheitern der

Überprüfungskonferenz der Biowaffen-Konvention durch die USA, die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA, die US-Kampagne gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), der Kampf gegen ein neues UN-Protokoll für das Übereinkommen gegen die Folter, die Verhinderung der von EU geförderten eindeutigen Zielsetzungen für eine alternative Energiepolitik (auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg) sowie der Militäralleingang der USA in den Irak.

Die grundlegende Struktur der Weltpolitik nach dem 11. September 2001 ist jedoch durch einen Fortbestand ihrer handlungsbezogenen Kategorien charakterisiert. Die früheren Machtverhältnisse (die US-Weltdominanz versus die konkurrierenden regionalen Mächte) stehen weiter fest. Die wichtigsten Akteure der Weltpolitik sind nach wie vor territorial organisierte Nationalstaaten, „deren Beziehungsstruktur durch Abwesenheit einer universalen Ordnung kompetitiv und – strukturiert durch machtpolitische Asymmetrien – somit konfliktträchtig ist“ (Gronau 2004: 123), trotz der zunehmenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Weltpolitik. Die Weltpolitik ist also nach dem 11. September weiterhin durch einen „unipolar moment“ bezeichnet. Die USA spielen zwar in dieser unipolaren Konstellation die Rolle eines sicherheitspolitischen Hegemons. Es fehlt ihnen aber sowohl die Kompetenz als auch der Wille zu einer Politik der hegemonialen Stabilität. Die USA legen die unilaterale Sicherheitspolitik fest. Und es besteht gleichzeitig aber keine einheitliche hegemoniale Strukturierung der Weltordnungspolitik. Die Festschreibung einer unipolaren Sicherheitsordnung läuft somit Gefahr, Macht- und Sicherheitsdilemmas zu entkoppeln (Vgl. Gronau 2004).

Die Bedeutung des 11. September 2001 für die Weltpolitik (oder die Veränderungen der Weltpolitik nach dem 11. September) kann wie folgt kurz zusammengefasst werden:

- Neue Dimension des internationalen Terrorismus sowie des Terrors als das wichtigste Problem der Welt angesehen (die dritten Generation der postmodernen Terroristen)
- Die verstärkte Tendenz zur globalen Risikogesellschaft
- Die ansteigenden neuen Kriege, also die asymmetrischen Kriege
- Der Wiederkehr der „gerechten“ Kriege

- Privatisierung der Kriegsführung
- Die zunehmende humanitäre Intervention
- Beschränkung demokratischer Rechte
- Militärisierung der Weltpolitik sowie Festlegung der unilateralen Weltsicherheitspolitik
- Beeinträchtigung der Bedeutung internationaler Organisation und Rechte
- Schwerer Verlust des Multilateralismus (das Untergraben des westfälischen Systems der Staaten)
- „Spaltung“ des Westens, also zunehmende Kontroversen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten
- Charakter der Weltpolitik: Unilateralität, Instabilität und Anarchie zugleich

Der 11. September 2001 hat die Weltpolitik in vielen Hinsichten (wie oben erwähnt) geändert. Jedoch kommt eine allumfassende Änderung oder eine ganz neue Zeitwende (wie der Zeitumbruch mit dem Fall der Berliner Mauer 1989) in der Weltpolitik nach dem 11. September nicht zum Vorschein. Die Weltpolitik nach dem 11. September stellt vielmehr eine Kontinuität vom „unipolar moment“ seit dem Ende des Ost-West-Konflikts dar. Die Veränderung der Weltpolitik besteht darin, dass die Unipolarität in der Weltpolitik durch die Ereignisse vom 11. September besonders gefördert wurde und zugleich zum ernsthaften Problem der Weltordnung geworden ist. Die erweiterte unilaterale oder imperiale Politik der USA verschärft die Problemlage der Weltpolitik und bildet somit mehr Unordnung sowie Chaos als Ordnung in der Welt.

4.3 Unilateralität versus Multilateralität in der neuen Weltordnungspolitik

In diesem Kapitel werden die Kräfte- und Machtverhältnisse zwischen den USA, der Europäischen Union (EU), Vereinten Nationen (UNO) sowie den anderen Weltmächten wie Russland und China in der neuen Weltlage untersucht. Hier wird der Streit oder Kampf um eine neue Weltordnungsrichtung zwischen den USA und der EU, anderen Mächten der Welt und auch der weltzivilgesellschaftlichen Akteure wie NGOs dargestellt. Es geht also um die Frage: welche Art von Weltordnung es künftig geben wird – wird es eine unipolare Ordnung, eine multipolare Ordnung

oder eine globale Unordnung sein? Die Untersuchung beschäftigt sich einerseits mit den Möglichkeiten einer unipolaren, multipolaren oder anarchischen Weltordnung und andererseits mit den realen machtpolitischen Lagen in der Weltpolitik, damit eine klare Kontur von möglichen machtpolitischen Gestaltungen der „neuen“ Weltordnung sichtbar wird.

4.3.1 Imperiale Herrschaftsbestrebungen der US-Politik nach dem 11. September 2001

Die USA sind heute eine unumstrittene Weltsupermacht. Sie sind eine Nation wie keine andere, die über gigantische militärische, wirtschaftliche und kulturelle Ressourcen verfügen, und beanspruchen eine imperiale Machtstellung sowie eine umfassende Weltordnung nach eigenen Regeln und Interessen. Nach dem 11. September 2001 bestrebt die Bush-Administration eine unverkennbare imperiale Machtpolitik auf der Weltebene und versucht, die Welt mit militärischer Gewalt zu ordnen und zu führen. Werden der neue imperialistische Kurs und die neue Militarismus der USA zu einer neuen Weltordnung oder zu einer neuen globalen Unordnung führen? Sind die USA in der Lage, allein die Welt zu ordnen und einseitig die ernsthaften Weltprobleme zu lösen? Können und wollen die USA wirklich mittels ihrer imperialistischen und gewalttätigen Politik Demokratie, Freiheit und Menschenrechten in der ganzen Welt verbreiten? Sind die USA heute wirklich ein wohlwollender oder despotischer Hegemon?

4.3.1.1 Wechsel von Strategien, politischer Richtung und von Art der Handlungen

4.3.1.1.1 Strategie und Handlung der Bush-Regierung

Im November 2000 wurde George W. Bush, der Gouverneur von Texas, der 43. Präsident der USA. Dieser neue Präsident hat den Kurs amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik (Weltpolitik) radikal geändert. Bush erklärte zuerst den geplanten Bau einer „Nationalen Raketenabwehr“ (NMD) zur zentralen verteidigungspolitischen Initiative seiner Amtszeit. Die Raketenabwehr sollte die USA vor Angriffen mit Interkontinentalraketen durch „Schurkenstaaten“ wie

Nordkorea schützen. Diese Erklärung zur NMD hat die Beziehungen zu Europa, Russland und China enorm beeinträchtigt. Denn sie sehen darin mit Recht einen Abbau des ABM-Vertrags und fürchteten einen neuen Rüstungswettlauf. Dann lehnte die Bush-Regierung den Kyoto-Protokoll ab, das im Dezember 1997 ausgehandelt worden war und für die Erderwärmung verantwortlichen Schadstoffemissionen reduzieren sollte. Im Unterschied zu Clinton, der das Vertragswerk zumindest halbherzig unterstützt hatte, verweigerte Bush das Klimaprotokoll hingegen bedenkenlos als angeblich unausgewogen und kostentreibend für die US-Wirtschaft. Außerdem lehnte der neue US-Präsident auch die Einrichtung eines permanenten „Internationalen Strafgerichtshofs“, eines Lieblingsprojekts vieler europäischer Staaten, ab. Schließlich wollten die USA sich nicht ernsthaft in den eskalierenden palästinensisch-israelischen Konflikt einschalten. Es wurde vor allem offenkundig, dass die USA immer mehr einen unilateralen oder imperialen Kurs steuerten, der die Interessen europäischer Verbündeten nicht mehr berücksichtigte.

Am 11. September 2001 geschahen die Terroranschläge gegen das Welthandelszentrum in New York und das US-Verteidigungsministerium (Pentagon) in Washington mit über 3000 Toten. Die US-Regierung sah in den Anschlägen eine Kriegserklärung islamischer Terroristen gegen den USA. Seit dem 11. September 2001 hat der Präsident den Kurs der US-Weltpolitik auf einer dramatischen Weise gewechselt. Zunächst warb die Bush-Administration aktiv für eine Koalition gegen den Terrorismus, weil es die breite internationale Unterstützung für die USA in den Monaten nach den Terroranschlägen gab⁷¹. Die US-Regierung zahlte z. B. die lange Zeit teilweise zurückgehaltenen Mitgliedsbeiträge bei der UNO und erhöhte die in den 1990er Jahren stark gestutzte Auslandshilfe bis 2006 um 50 %, damit die USA die Weltgemeinschaft positiv stimmen könnten. Jedoch besteuerte die Bush-Regierung von Anfang an ihre Bereitschaft, im äußersten Fall auch militärisch und unilateral gegen den Terrorismus zu agieren. Um effektiv gegen die Terrorgruppe Al Khaida zu handeln,

⁷¹ Die EU, die europäischen Staats- und Regierungschefs und die Generalversammlung der Vereinten Nationen garantierten der US-Regierung ihre Solidarität bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In den Resolutionen 1368 und 1373 unterstrichen der UN-Sicherheitsrat das „naturegegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ und deutete damit seine Zustimmung zu einer etwaigen gezielten US-Militäraktion an. Zum ersten Mal aktivierte in ihrer Geschichte Artikel 5 des Washingtoner Vertrags, der den Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf gesamte Allianz definiert.

hob Bush das von Ford 1976 erlassene Verbot der gezielten Tötung politischer Gegner für die Führungsgruppe der Al Khaida.⁷² Der Kongress gab bereits drei Tage nach den Anschlägen der Bush-Regierung freie Hand bei der Terrorbekämpfung. Die Parlamentarier ermächtigten in einer Resolution den Präsidenten, „alles notwendige und angemessene Gewalt gegen diejenigen Nationen, Organisationen oder Personen anzuwenden, die nach seinem Beschluss die Terrorattacken des 11. September 2001 planten, anordneten oder durchführten oder solche Organisationen oder Personen beherbergten“⁷³. Am 20. September 2001 in einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses stellte Bush den Taliban in Afghanistan ein Ultimatum. Demzufolge müssten die Taliban den USA alle führenden Mitglieder der Al Khaida ausliefern und sofort jedes terroristische Ausbildungslager im Land schließen, sonst würde sie das gleiche Schicksal erteilen wie die Terroristen (Vgl. Bierling 2003). Der Nationale Sicherheitsrat hatte schon wenige Tage nach den Terroranschlägen einen Militäreinsatz in Afghanistan diskutiert und mit entsprechenden Vorbereitungen begonnen. Bush hatte rasch entschieden, in Afghanistan einen Regimewechsel durchzuführen. Es gelang der US-Regierung in den Wochen nach den Anschlägen, breite internationale Unterstützung für einen möglichen Krieg gegen die afghanische Regierung zu gewinnen. Am 7. Oktober 2001 ordnete Bush Luftangriffe auf terroristische Ausbildungslager der Al Khaida und militärische Einrichtungen der Taliban an. Zuerst kamen die amerikanischen Truppen nicht zum Einsatz. Den Bodeneinsatz übernahm vor allem die Nordallianz (eine lockere Vereinigung von Stammeskriegern). Nach fünf Wochen beendeten US-Spezialkommandos und die Luft-Land-Operationen den Krieg in Afghanistan und somit die Terrorherrschaft der Taliban. Am 22. Dezember 2001 legte Hamid Karzai seinen Amtseid als neuer Präsident Afghanistans in Kabul ab. (Vgl. Schley/Busse 2003)

Die USA zeigte wenig Interesse an einer militärischen Mitwirkung der NATO bei der Kriegsführung, wenngleich sie breite internationale Unterstützung für den Afghanistankrieg erhielten und mehr als vierzig Staaten ihnen Überflugrechte gestatten. Die USA baten nur in Nebenbereichen (wie bei der Überwachung des US-Luftraums durch AWACS-Flugzeuge oder bei der Patrouille von Seewegen und

⁷² Denn Bin Laden, der Chef von Al Khaida, residierte seit der Machtübernahme der Taliban 1996 in Afghanistan, arbeitete eng mit dem fundamentalistischen Regime zusammen und unterhielt dort terroristische Ausbildungslager.

⁷³ Zitiert nach Bierling 2003: S. 241.

Küsten) und in wenigen Sonderfällen wie der Minensuche die NATO und einzelne Staaten um Hilfe. Europa spielte dabei lediglich die Rolle als logistische Drehschreibe. Die USA wollten also keine alliierte oder andere internationale Beteiligung an der militärischen Operation in Afghanistan annehmen, weil diese die US-Kontrolle über die Operation beschränkt. Den Verbündeten sollen primär „Peace Keeping“- und „Nation Building“-Missionen im Anschluss an die Kriegsführung zufallen. Die Europäer wie die Deutschen übernahmen z. B. nach dem Afghanistankrieg eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Regierung Karzai und dem Wiederaufbau des Landes.

Die Bush-Regierung beschleunigte nach der Beendigung der Taliban- und Al Khaida-Herrschaft in Afghanistan ihre weltpolitische Neuorientierung. Am 28. Januar 2002 identifizierte Bush in seiner Rede zur Lage der Nation den Irak, Nordkorea und Iran wegen ihres Strebens nach Massenvernichtungswaffen als „Achse des Bösen“ (axis of evil), der die USA in Zukunft besondere Aufmerksamkeit schenken würden. So führte Bush den Anti-Terrorkrieg in seine nächste Phase, in der es nicht mehr allein um die Bestrafung der Verantwortlichen für die Anschläge vom 11. September 2001 und die Verhinderung neuer Attacken gehen soll. Bush erklärte, die USA würde es nicht akzeptieren, dass die gefährlichsten Regime die Welt mit den zerstörerischsten Waffen der Welt bedrohen. Seitdem ist Ziel der USA, den Terror weltweit auszurotten und mit ihrer präzedenzlosen politischen und militärischen Machtfülle die Welt neu zu ordnen. „Wir haben die Gelegenheit, die Welt zu restrukturieren in Richtung Freiheit, und wir müssen es richtig anpacken“⁷⁴, so erzählte der Präsident. Der Sicherheitsberaterin Rice zufolge seien die USA mit dem 11. September in eine Phase hineingegangen, in der ein neues organisierendes Prinzip für die US-Weltpolitik hervorgebracht werden müsse (Vgl. Bierling 2003). Die USA beschleunigten die bereits vor den Terroranschlägen auf New York und Washington eingeschlagene Strategie entschlossen, ihre militärische Entscheidungsautonomie zu erhöhen, weil die Bush-Regierung darauf bestand, dass sie ohne maximale internationale Handlungsfreiheit ihr neues Ziel nicht erreichen könne. Die USA verweigerten schon beim Afghanistankrieg eine Teilung der strategischen Verantwortung und obersten Befehlsgewalt. Sie versuchten mit dem „Unifeid

⁷⁴ Zitiert nach Bierling 2003: S. 244; dieser zitiert es nach Michael Hirsh: The Death of A Founding Myth; in: Newsweek (Special Davos Edition), December 2001 – February 2002, 18-22.

Command Plan“, bei internationalen Aktionen mit Partnern außerhalb der NATO flexibler kooperieren zu können. Die westeuropäischen Länder zählen jetzt nicht mehr wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts automatisch zu den zentralen Verbündeten der USA. Denn „die Mission bestimmt die Koalition“ (Rumsfeld). Außerdem verweigern die USA es, ihre Truppen ausländischer Kommandogewalt oder Gerichtsbarkeit zu unterordnen. Die Bush-Regierung ist eindeutig nicht bereit, eine Verrechtlichung der Weltpolitik mitzutragen.

Im September 2002 wurde die neue „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“ verkündet. Nach denen Grundsätzen wollen die USA die neue Weltordnung forcieren. Die USA sollen mit ihren militärischen Ressourcen das Ziel erreichen, „die Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel in jeden Winkel der Erde zu tragen“⁷⁵. Die USA werden „Schurkenstaaten“, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder erwerben wollen und damit die Sicherheit der USA gefährden, in Zukunft unter extremen Umständen mit „antizipatorischer Selbstverteidigung“ und mit „präemptiven Handlungen“ entgegentreten. Die USA wollen also die Schurkenstaaten falls erforderlich gefahrlos machen, bevor sie zu einer Bedrohung werden. Lediglich entscheiden allein die USA, welche Staaten den Bösen zugeordnet werden und wann eine Intervention „gerechtfertigt“ ist. Aus Sicht der USA besitzt das Prinzip der Souveränität von Staaten, das seit dem Westfälischen Frieden von 1648 gilt, bei der gegenwärtigen Bekämpfung des internationalen Terrorismus bloß noch eingeschränkt Geltung. Die Bush-Doktrin stellt offenbar eine expansive und aktivistische Auffassung der nationalen Interessen und Werte der USA dar. Nach der Bush-Doktrin solle eine internationale Struktur geschaffen werden, in der US-Regeln universal gültig sind, die die USA auch unbeschränkt durchsetzen können. Die USA akzeptieren dabei notfalls auch einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen (UNO). Sie ist entschlossen, ihren Anti-Terrorkrieg sogar im Alleingang auszuweiten. Die Bush-Regierung hat mit ihrem unilateralen Kurs viele internationalen Projekte zurückgewiesen. Sie verweigerte z. B. die neuen Durchsetzungsbestimmungen zur „Konvention über biologische Waffen“ und lehnte es ab, den „Umfassenden Teststopp-Vertrag“ dem Senat ein zweites Mal zur Ratifizierung vorzulegen.

⁷⁵ Zitiert nach Bierling 2003: S. 245.

Zur Verwirklichung der von Bush-Regierung angestrebten Neuordnung der Welt bestrebten die USA im Frühjahr 2002 einen Regimewechsel im Irak. Dies deutet darauf hin, dass die USA nun in der Weltpolitik vielmehr unilateral als multilateral handeln. Seit dem Golfkrieg von 1991 war der Irak dauernd ins Blick der Amerikaner gerückt. Die Verletzung der Waffenstillstandsverpflichtungen und die Beeinträchtigung der Arbeit der UNSCOM-Inspektoren des Iraks führten in den 90er Jahren mehrmals zu ernststen Krisen und neuen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Der US-Kongress verabschiedete im Jahr 1998 den „Iraq Liberation Act“, der die USA verpflichtete, auf einen Regimewechsel im Irak hin zu arbeiten, und den US-Präsidenten bevollmächtigte, irakische Oppositionsgruppen finanziell zu unterstützen. Im November 1998 stellte der UN-Sicherheitsrat die flagrante Verletzung eines Inspektionsabkommens zwischen den Vereinten Nationen und dem Irak fest. Wenig später ordnete Präsident Clinton unter Berufung auf einen Bruch der Waffenstillstandsvereinbarung von 1991 die Operation „Desert Fox“ an, in deren Verlauf die Flugzeuge der USA und den Briten drei Tage lang strategische Ziele im Irak bombardierten. Aus diesem Anlass lehnte der Irak es ab, die Waffeninspektoren wieder in den Irak zu lassen. Das Pentagon schlug bereits in den ersten Sitzungen des NSC, kurz nach den Anschlägen vom 11. September, den Irak als mögliches Ziel eines amerikanischen Angriffs vor. Daraufhin wies Bush das Verteidigungsministerium an, eine mögliche Invasion im Irak zu planen. Washington entschloss sich im April 2002, mit Saddam Hussein zu konfrontieren. Anfang September 2002 versuchte die Bush-Regierung, die Welt und die amerikanische Öffentlichkeit auf seine Ziele einzuschwören. Bushs Argumente lautet: Zum Ersten sei der Irak der 1991 gegenüber den Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtung nicht gefolgt, die Massenvernichtungswaffen wirklich zu beseitigen. Zum Zweiten müssen die Vereinigten Staaten somit nach den Anschlägen vom 11. September 2001 alles darangehen, den Irak als Bedrohungspotenzial zu entmachten. Nur durch einen „Regimewechsel“ in Bagdad könne dieses Ziel erreicht werden. Bush vertritt die Auffassung, dass die Beseitigung der Diktatur Husseins eine historische Chance biete, die Demokratie im Irak zu verwirklichen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu beenden und die moderaten Kräfte in den arabischen Ländern zu stärken. Diese Auffassung des irakischen ABC-Waffenarsenals wurde von den meisten Staaten der Welt als übertrieben abgelehnt. Sie betrachtete die zu seiner Zerstörung in Auge gefassten

Mittel als unangebracht und die Hoffnungen auf die Nachkriegsordnung im Nahen Osten als utopisch.

Um Saddam Hussein abzulösen, entschied sich Bush zuerst für die Suche nach einer neuen Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Hussein zwingen sollte, Rechenschaft über die Programme zur Erstellung von Massenvernichtungswaffen zu geben und die UN-Inspektoren mit einem erweiterten Mandat wieder ins Land zu lassen. Am 12. September 2002 forderte Bush in einer Rede der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO), dass die Vereinten Nationen die Resolutionen gegen den Irak, die seit 1990 verhängt wurden, bis zum Äußersten durchsetzen müsse. Falls es nicht der Fall wäre, werden die USA sogar allein gegen den Irak handeln. Am 10. und 11. Oktober 2002 verabschiedeten beide Häuser des US-Kongresses mit großen Mehrheiten die „Ermächtigungsresolution zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak 2002“, in der das Parlament den Präsidenten in einer weiteren außerordentlichen Kompetenzübertragung autorisierte, „die Streitkräfte der Vereinigten Staaten einzusetzen, wie er es als notwendig und angemessen erachtet“ (zitiert nach Bierling 2003: 248), falls alle diplomatischen Mittel wirklich aufgebraucht seien. Am 8. November 2002 stellte der Sicherheitsrat in Resolution 1441 einstimmig fest, dass der Irak seine bisherigen Verpflichtungen erheblich verletzt habe. Jedoch sprach sie dem Irak eine letzte Gelegenheit zu, seinen Abrüstungsaufgaben zu folgen. Der Sicherheitsrat forderte den Irak auf, innerhalb dreißig Tagen eine auf dem neuesten Stand befindliche genaue, vollständige und umfassende Erklärung über seine Programme zur Erstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen vorzulegen sowie den Inspektoren sofortigen, ungehinderten, bedingungslosen und uneingeschränkten Zugang zu allen Einrichtungen im Land zu gewähren. Bei einer Nichterfüllung dieser Auflagen drohte der Sicherheitsrat ernsthafte Konsequenzen an. Daraufhin begann die Bush-Regierung, die Truppen in den Persischen Golf zu verlegen. Wenige Tage nach der Verabschiedung der Resolution akzeptierte Saddam Hussein die Resolution und die Inspektoren könnten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Jedoch verhinderte die Beugung Saddams nicht die Entscheidung der Bush-Regierung über einen Krieg gegen den Irak.

Es war den USA aber nicht gelungen, den Sicherheitsrat zu überzeugen, dass der Irak die Resolution „materiell gebrochen“ hatte und dass ein militärischer Angriff gegen den Irak notwendig war, von dem eine unmittelbare Bedrohung ausging.

Diese Konflikte zwischen den USA und den anderen Mitgliedstaaten belasteten die Arbeit im UN-Sicherheitsrat und die transatlantischen Verhältnisse. Großbritannien, Spanien, Australien sowie viele mittel- und osteuropäische Staaten unterstützten den Kriegskurs der USA. Frankreich, Deutschland sowie andere westeuropäische Staaten, Russland, China und die meisten Entwicklungsländer forderten hingegen eine Fortsetzung der Inspektionen im Irak. Der US-Kriegskurs wurde von fast allen bedeutenden arabischen Ländern verurteilt. Das türkische Parlament versagte Anfang März 2003 den USA sogar die Zustimmung zur Stationierung von amerikanischen Angriffstruppen im Land. Saudi-Arabien und Iran lehnten auch den Kriegskurs der USA ab. Kuwait wollte die US-Nutzung von Stützpunkten nur mit einem UN-Mandat für die Militäraktion akzeptieren. (Vgl. Schley/Busse 2003) Während die US-Öffentlichkeit nach Bushs Rede zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 und Außenminister Powells Auftritt vor dem Sicherheitsrat am 5. Februar einen Militärfeldzug gegen den Irak unterstützte, lehnten die überwältigende Mehrheit der Bürger in fast allen anderen Ländern der Welt und die internationale Öffentlichkeit jedoch einen Krieg gegen den Irak ab (Vgl. Schweigler 2004: 430). Trotz den weltweit Anti-Kriegsdemonstrationen hielten die USA hartnäckig an ihrer Verkündung fest, notfalls auch im Alleingang militärisch gegen den Irak zu handeln.

Die Forderung der USA nach einer weiteren Resolution, die der Verstoß des Iraks gegen Resolution 1441 deutlich machen und eine Kriegsermächtigung äußern sollte, stieß im Sicherheitsrat nur bei Großbritannien, Spanien und Bulgarien auf Zustimmung. Die USA könnten die für eine Verabschiedung notwendigen neun Stimmen unter den 15 Mitgliedern kaum zustande bringen. Mit der Unterstützung von Russland, China und Deutschland drohte Frankreich direkt mit einem Veto. Daraufhin beendete Bush die Bemühungen um eine weitere Resolution des Sicherheitsrats. Am 18. März 2003 stellte er in einer Fernsehansprache Saddam Hussein ein Ultimatum: Saddam müsse das Land binnen 48 Stunden verlassen, sonst drohe dem Irak eine Militäraktion. Dabei berief sich die Bush-Regierung auf die Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarung aus dem Jahr 1991, die in Resolution 1441 ein weiteres Mal festgestellt worden war. Die meisten Sicherheitsratsmitglieder und die große Mehrheit der Völkerrechtler hielten dagegen einen Krieg zur Entwaffnung des Iraks ohne ausdrückliche Zustimmung des UN-Sicherheitsrats für unzulässig. Denn das Ziel des Regimewechsels ist ohnehin mit den Statuten der Vereinten Nationen (UNO) unvereinbar. Am 20. März begannen

die USA und Großbritannien ohne ein UN-Mandat und eine breite internationale Koalition ihre Militäraktion gegen den Irak und beseitigten innerhalb von nur drei Wochen das Regime Saddam Husseins. Am 1. Mai 2003 erklärte der US-Präsident Bush den Krieg gegen den Irak offiziell für beendet.

Jedoch ist der Irak-Krieg lang noch nicht beendet. Ganz im Gegenteil, der Irak ist in einen andauernden Guerillakrieg und zum Anziehungspunkt und Operationsfeld für ausländische Terroristen geraten. Langanhaltender Aufstand gegen die Besatzung (vor allem) durch US-amerikanische Truppen und fast täglich terroristische Angriffe gegen die neue irakische Regierung haben mehr Chaos als Ordnung im Irak geschaffen. Weder wurden die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden, noch waren Saddam Husseins ernsthafte Verbindungen zu Al Khaida nachzuweisen. Dies hat der Glaubwürdigkeit der USA in der ganzen Welt schwer geschadet. Das Ziel Bushs, die Demokratie und Freiheit in den ganzen Nahen Osten zu verbreiten, scheint nunmehr kaum zu erreichen. Mit dem Irak-Krieg ist Amerika jetzt einsamer, die Lage im Irak chaotischer und der Nahe Osten feindseliger als je zuvor. Es ist schwer vorstellbar, dass sich eine starke und geschlossene irakische Regierung in absehbarer Zeit entwickeln kann. (Vgl. Fukuyama 2005) Die Zahl der Terrorakte ist weltweit nicht zurückgegangen. Im vergangenen Jahr hat es 651 Anschläge gegeben, mehr als drei Mal so viele wie 2003. Der von den USA geführte Krieg gegen den internationalen Terrorismus schafft nicht nur die Chaos dort, sondern auch ein Nest für neue Terroristengenerationen. Der ehemalige demokratische Präsidentschaftsbewerber Gary Hart warnt in einem Beitrag für die „Washington Post“: „Wir sind vom Kurs abgekommen.“ „Wir haben in ein Hornissennest gestochen. Wir haben uns selbst zu Hause und im Ausland geschwächt und sind weniger sicher als zuvor.“⁷⁶ Richard Clarke, Bushs einstiger Antiterrorberater, missbilligte auch den auf Kosten des Kampfes gegen bekannte Terrorgruppen gegangenen Irak-Krieg und hielt die gegenwärtige Gefahr für „dezentralisierter und radikaler“ als je zuvor.⁷⁷ Die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright kritisierte in einem Interview in New York die Bushs Irak-Politik: „Im Irak entwickeln sich die Dinge ganz und gar nicht in die von Präsident Bush erwartete Richtung: Es wurden keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Wir Amerikaner wurden im Irak nicht als

⁷⁶ Siehe in <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/27/0,3672,2372635,00.html>

⁷⁷ Siehe in <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/27/0,3672,2372635,00.html>

Befreier willkommen heißen. Das Öl fließt keineswegs wie versprochen. Die Aufstände sind schlimmer geworden.“⁷⁸

4.3.1.1.2 Strategiewechsel zum neuen Imperialismus sowie Militarismus

4.3.1.1.2.1 Bushs neue Doktrin

Die Weltpolitik der USA unter der Führung der Bush-Regierung hat ihren Kurs nach dem 11. September 2001 radikal gewechselt, nämlich in einer Richtung eines neuen Imperialismus, der sich zu einem einfachen Militarismus wandelte (Vgl. Mann 2003). Die Außenpolitik George W. Bushs liegt darin, die nationalen Interessen und die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu betonen und einseitig auf militärische Lösungen zu zielen. Der Ansatz Bushs ist es, eine Führungsrolle in der Weltpolitik zu übernehmen, die der tatsächlichen überragenden wirtschaftlichen und militärischen Gewichte Amerikas entspricht. So wird eine unilaterale und militarisierte Sicht auf die Möglichkeiten deutlich, die Welt nur durch amerikanische Macht und Regeln zu ordnen. Das ist der neue Imperialismus. Die gegenwärtige Regierung der USA steht also für eine neue imperialistische Weltpolitik. Bushs neue imperiale Doktrin nach dem 11. September kann wie folgt beschrieben werden:

- Neue Definition des Feindes: Der internationale Terrorismus und die „Achse des Bösen“, die durch die Terrorstaaten (Schurkenstaaten) und Terrorgruppen gebildet würde, werden als potenziellste Feinde der USA angesehen.
- Mittel des Handelns: Die USA handeln nun präventiv und mit militärischen Mitteln. Im Juni 2002 sprach Bush in einer Rede vor Militärs in West Point von einer neuen US-Sicherheitsstrategie, die künftig nicht mehr allein auf Abschreckung setzen werde, sondern auch auf Prävention. „Wenn wir warten, bis Gefahren sich vollends materialisieren, dann haben wir zu lang gewartet“, erklärte er. Notfalls müssten die USA „die Schlacht zum Feind

⁷⁸ Siehe in <http://www.welt.de/data/2005/09/07/771540.html>

bringen [...] und die größten Gefahren bekämpfen, bevor sie auftauchen“.
(Zitiert nach Leyendecker 2004: 46)

- Arroganz und Aggressivität gegenüber der Welt: In der „Nuclear Posture Review“ (ein Grundsatzdokument zur militärischen Nuklearstrategie), die im März 2002 bekannt wurde, wurde Russland als Ziel für nukleare Erstschlagwaffen (Präventivschlag) benannt, obwohl es offensichtlich ist, dass die USA derzeit Russland im Bereich konventioneller Waffen deutlich überlegen sind. Die Zahl der Schurkenstaaten werden darin erhöht auf 5, also Irak, Iran, Nordkorea, Libyen und Syrien. Sie werden zum ersten Mal als möglichen Zielen eines Nuklearschlags bezeichnet. Die Entwicklung neuer und variabler Gefechtsfeld-Atomsprengköpfe wird gefordert. Um Tests solcher Entwicklung zu ermöglichen, müssten weitere internationale Abkommen gekündigt werden.
- Unilaterales Vorgehen: Die USA handeln jetzt auch ohne fremde Unterstützung. Verbündete gibt es nur ad hoc und auf Zeit. „Wir werden nicht zögern, allein zu handeln, wenn es notwendig werden sollte, unser Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen, indem wir präventiv vorgehen,“ (zitiert nach Mann 2003: 11) so erklärte Bush im September 2002. Die Bush-Administration bestand darauf, unilateral, d.h. unabhängig vom Votum der Europäer oder der Vereinten Nationen, handeln zu können. Also, nur die USA, nicht die Vereinten Nationen und NATO, entscheiden, ob eine humanitäre Intervention sowie einen Krieg gegen den internationalen Terrorismus in der Welt geführt werden (Vgl. Schneider 1997).
- Einfache Teilung der Welt in Gut und Böse: „Wir befinden uns in einem Konflikt zwischen Gut und Böse, und Amerika wird das Böse bei seinem Namen nennen“ (Zitiert nach Leyendecker 2004: 50), so erklärte Bush in seiner „West-Point-Rede“ vom Juni 2002. Bush hält an einer Vorstellung fest, nach der die Welt, wie im Kalten Krieg, nach einem einfachen, überschaubaren und stabilen Regelwerk in Gut und Böse eingeteilt ist, wobei den USA unbestreitbar die Führung der Guten zukommt. Jedes Land müsse wählen, so der Präsident in seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress am 20. September 2001: Entweder sind sie auf der Seite Amerikas oder auf der der Terroristen (Vgl. Gordon 2002).

- Neue Definition der Rolle der USA: der Militarismus (der Präventivschlag gegen Schurkenstaaten und Terroristen, die sich Massenvernichtungswaffen beschaffen), der Unilateralismus (der Grundsatz, dass Amerika notfalls alleine handeln wird, wenn es sich bedroht fühlt), der neue „amerikanische Internationalismus“ (der Ausdruck der Verbindung amerikanischer Werte und amerikanischer nationalen Interessen sowie der Fokus auf Regimewechsel, Demokratieförderung, die Möglichkeit präventiver Angriffe und die Gefahr durch Massenvernichtungswaffen in dieser Welt nach Ende des Kalten Krieges).
- Ziel der Strategie ist es, die Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser zu machen, wieder eine Vision der imperialen Hegemonie zu verfolgen (wie Reagan sie angesichts der sowjetischen Bedrohung gehabt habe) und somit die Ausgaben für das Militär drastisch zu steigern.⁷⁹ In der „Quadraennial Defense Review“ (dem Vierjahresbericht des Pentagons), die zwei Wochen nach dem 11. September 2001 vorgelegt wurde, sprach Bush von einem Wachstum des Militärhaushalts um 15 % für 2002 und 2003, mit einer geplanten weiteren achtprozentigen Steigerung bis 2007. Die Ausgaben sollen in fast allen Bereichen steigen, beim sog. „Star Wars-Programm“, bei der Terrorismusbekämpfung und bei einer ganzen Latte von traditionellen Vorhaben. Kriege sollen geführt werden, um „Gegner eine endgültige Niederlage beizubringen.“ (Zitiert nach Mann 2003: 17) So entsteht eine unilaterale und militärisierte Sicht auf die Chancen, die Unordnung der Welt zu besiegen.

4.3.1.1.2.2 Die neokonservativen Kriegsstrategien und die neokonservativen Think Tanks

Für den Kurswechsel der Bush-Regierung in einer imperialistischen Richtung sind vor allem die Anschlägen vom 11. September 2001 und die neokonservativen Think Tanks in den USA verantwortlich. Die Bedrohung durch den Terrorismus nach dem 11. September erlaubt es der Bush-Regierung wieder, eine unilaterale, militärisierte

⁷⁹ Die Bush-Doktrin wurde in einem 33-Seiten-Dokument mit dem Titel „A National Security Strategy of the United States of America“ (NSS) festgeschrieben, das am 17. September 2002 veröffentlicht wurde (Leyendecker 2004: 46).

Strategie nach amerikanischen Vorstellungen und entsprechend amerikanischen Interessen zu entwickeln. Die Entwicklung der neuen Strategie der Bush-Regierung wurde aber in erster Linie durch die neokonservativen Think Tanks geleitet und geprägt. Diese Think Tanks haben seit dem 11. September 2001 unheimlich großen Einfluss auf die Politik der Bush-Administration und werden zu einem wichtigsten Entscheidungsträger der US-Weltpolitik. „Das neo-imperialistische Projekt“ (Vgl. Bader 2005), eine umfassende Strategie für ein weltweites amerikanisches Imperium, dessen Idee zuerst in der Theorie wuchs (durch Think Tanks, Wissenschaftler, Politiker, Publizisten, Stiftungen und Massenmedien verbreitet wurde) und das nach dem 11. September 2001 Wirklichkeit zu werden begann, kommt eindeutig in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Regierung – z. B. in der National Security Strategy (NSS 2002) - zum Ausdruck. Die Pläne der neokonservativen Kriegsstrategien konnten von Neokonservativen an die Regierung herangetragen oder direkt in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden. Der Krieg gegen den Terror als Reaktion auf den 11. September 2001 war offensichtlich ein Beitrag des neoimperialistischen Manifests der Neokonservativen (Vgl. Bader 2005).

Die Gruppe der neuen Think Tanks, das „Project for the New American Century“ (PNAC), das im Sommer 1997 von 25 Männern und Frauen gegründet, befürwortete die Entmachtung der Vereinten Nationen (UNO) und bestand auf einem radikalen Politikwechsel. Sie wollten sich ernsthaft mit einer neuen Weltordnung beschäftigen. Die USA sollten ohne Wenn und Aber das Sagen haben, weil sie die einzige Weltmacht waren. Es war nun allein die Aufgabe der USA, den Kampf gegen das Böse weiter und zu Ende zu führen und eine bessere Welt zu erschaffen. Die Mittel und Strategie der US-Führung sollten Hegemonie und Prävention heißen. Das Böse war ohne Zweifel Saddam Hussein, der irakische Diktator. Ziele der Gruppe vom PNAC wurde festgelegt, dass Regierungen, die „unseren Interessen und Werten gegenüber feindlich eingestellt sind“ (Zitiert nach Leyendecker 2004: 29), attackiert oder beseitigt werden sollten. „Wir müssen eine Weltordnung erhalten und ausbauen, die unserer Sicherheit, unserem Wachstum und unseren Prinzipien dient.“(ebd.: 29) Für die Gruppe vom PNAC ging es eindeutig nur um „American World Leadership“. Am 26. Januar 1998 appellierte sie in einem Brief an „The Honorable Mr. William J. Clinton“ zum Sturz des Diktators Saddam Hussein: „Sehr geehrter Herr Präsident, wir schreiben Ihnen, weil wir uns im Nahen

Osten bald einer Gefahr gegenübersehen könnten, die ernster ist als jede andere seit dem Ende des Kalten Kriegs.“ (ebd.: 31; vgl. auch Kapitel 2.2.2) Die USA müssten Saddam Hussein daran hindern, Massenvernichtungswaffen herzustellen und einzusetzen. So sollten sie nun entschlossen handeln und eine neue Strategie entwickeln. Langfristig müssten Saddam Hussein und sein Regime von der Macht entfernt werden. Die US-Politik dürfe nicht länger dadurch gelähmt werden, dass der UN-Sicherheitsrat auf Einstimmigkeit irrtümlich beharrt. Im September 2000, wenige Monate bevor George W. Bush Präsident wurde, veröffentlichte das PNAC das 90-seitige Strategiepapier „Rebuilding America’s Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century“ (Vgl. ebd.: 32) Es forderte die USA auf, künftig in der Lage zu sein, mehrere große Kriege gleichzeitig zu führen und zu gewinnen (wie den Krieg gegen den Irak). Das verlange einen prinzipiell höheren Rüstungsetat, einschließlich neuer Atomwaffen. Es müsse für alle möglichen atomaren Bedrohungen gerüstet sein (über das amerikanisch-russische „Gleichgewicht“ hinaus). Es brauche im Nahen Osten eine neue militärische Basis. „Die Präsenz einer substanziellen amerikanischen Streitmacht am Golf ist aber ganz unabhängig von der Frage des Saddam-Husseins-Regimes nötig.“ (Zitiert nach Leyendecker 2004: 32) Im Ausland stationierte US-Streitkräfte seien die „Kavallerie im neuen amerikanischen Grenzland“ (ebd.).

William Kristol, der 1997 zusammen mit Robert Kagan „das Projekt for the New American Century“ (PNAC) gründete und derzeit als Befürworter des „benevolent hegemon“ (dem wohlwollenden Hegemon) der USA galt, behauptete 1996 in seinem Aufsatz „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy“ (Kagan/Kristol 1996), dass die USA den mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenen „unipolar moment“ nutzen und die Welt als wohlwollender Hegemon führen sollten. So könnten weiter Freiheit, demokratische Regierungsformen, ein Wirtschaftssystem des „free market capitalism“ und freien Handel in der ganzen Welt durchgesetzt werden. Zum Erreichen dieses Vorhabens forderten Kagan und Kristol die Erhöhung der Verteidigungsausgaben, massenwirksame Durchsetzung der Ideologie der „american global leadership“ und die Vorstellung der moralischen Klarheit (moral clarity), die die Ethik der Politik prägt und die Bevölkerung als common sense akzeptiert: Demokratie, freie Märkte, Respekt für die Freiheit des Einzelnen. William Kristol und Robert Kagan forderten in ihrem Buch „Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy“ (zitiert

nach Halper/Clarke 2004: 19) die USA dazu auf, die Welt nach ihren neoimperialen Vorstellungen zu gestalten: „to shape the international environment to its own advantage.“ Dabei sollten die USA nicht nur als der Weltpolizist, sondern auch als das Leuchtfeuer und der Führer der Welt sein: „America must not only the world’s policeman [...], it must be it’s beacon and guide.“ (ebd.: 18) Norman Podhoretz, der als einer der Initiatoren und Wortführer der neuen neokonservativen Ideologie fungiert, betrachtet im Februar 2002 in seinem Aufsatz „How to win WW IV“ (Podhoretz 2002), der als Legitimationsversuch für den neokonservativen „Krieg gegen den Terror“ (War on Terror) gelten kann, den 11. September als den Beginn eines IV. Weltkrieges, den die „westliche Welt“ unter Führung der USA gegen die Gefahr eines „militanten Islam“ und gewinnen müsse, um dessen Expansion zu stoppen. Er sieht darin die Notwendigkeit, dass der gesamte Nahe und Mittlere Osten einer Transformation nach westlich-kapitalistischem Muster untergezogen werden, indem dort kapitalistische Demokratien eingeführt würden.

Das PNAC gilt als wichtiger Baustein der neokonservativen Koalition von Intellektuellen, ehemaligen Regierungsbeamten, Politikberatern, Journalisten und Publizisten. Sie fordern energisch die US-Vormachtstellung (American Supremacy) (Vgl. Halper/Clarke 2004). Das PNAC verfügt über sehr gute Verbindungen zum Nationalen Sicherheitsrat, zum Militär, zu den Medien, zur Waffen- und Ölindustrie, zu anderen neokonservativen Think Tanks und zu den reichsten konservativen Stiftungen der USA (Vgl. Bader 2005). Das PNAC zielt auf eine eindeutig imperialistische Weltpolitik. In der ganzen Welt sollten also die amerikanischen Prinzipien und Werte verbreitet werden.

Viele der Gründungsmitglieder und Unterstützer vom PANC gehören nun der Regierung des George W. Bush an. Ihre Ideen werden zu Weltpolitik. Elliot Abrams ist Mitglied in Bushs „National Security Council“. Robert Bruce „Dick“ Cheney ist Vizepräsident, Donald Rumsfeld Verteidigungsminister. Paul Wolfowitz wurde Rumsfelds Stellvertreter. Paula Dobriansky ist Mitarbeiter von „Undersecretary of State for Global Affairs. Selbst der dritte Mann im Pentagon, Douglas Feith, kämpft an der Seite der PNAC. Lewis „Scooter“ Libby, PNAC-Mann der ersten Stunde, ist Cheneys Stabschef im Weißen Haus. Richard Armitage, Unterstützer des Appells gegen Saddam, ist Vizeaußenminister. Zalmay Khalilzad, PNAC-Gründer, wird Sonderbotschafter in Afghanistan und ist derzeit Verbindungsmann der Bush-Regierung im Irak. Richard Perle war bis zum Irakkrieg einflussreicher Berater des

Pentagons. John Bolton war Staatssekretär für Rüstungskontrolle im Außenministerium. Peter W. Rodman ist verantwortlich für „internationale Sicherheitsangelegenheiten“ (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs). Der Gründer des PNAC, William Kristol, ein ultrakonservativer Journalist, ist ein einflussreicher Mann geworden, die politische Postille, die er redigiert, gehört zur Pflichtlektüre im politischen Washington.

Drei Tage nach den Terrorangriffen gegen Amerika am 11. September 2001, gab das „American Enterprise Institute“ (AEI), einer der größten konservativen Think Tanks, in Washington eine Pressekonferenz mit dem Thema „Terrorist Attacks“. Auf der Konferenz erklärte AEI-Mitarbeiterin Laurie Mylroie: „Ein großer Teil des Terrors, den wir seit dem Golfkrieg erleben, war nur eine weitere Phase des Golfkriegs – Saddams Anteil.“ (Zitiert nach Leyendecker 2004: 37) In ihrem Buch „Study of Revenge: The First World Trade Center Attack an Saddam Hussein’s War against America“ (Studie einer Rache: Der erste Anschlag auf das World Trade Center und Saddam Husseins Krieg gegen Amerika) behauptet Mylroie, dass Ramzi Yousef, der 1993 den Anschlag in der Tiefgarage der New Yorker Bürotürme mit organisiert hatte und dafür zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, ein irakischer Geheimdienstmann sei. Er habe den Anschlag gesteuert und nicht, wie viele angenommen hätten, der ägyptische Geistliche Scheich Omar Abdul Rahman. Mylroie zog den Schluss, dass hinter der Tat nicht das Islamisten-Netzwerk Al-Khaida gesteckt habe, sondern Saddam Hussein. Es ginge also um klassischen Staatsterrorismus. Das Buch gefällt den Falken Paul Wolfowitz und Richard Perle, obwohl die These von der Beteiligung des irakischen Geheimdienstes an Anschlägen unbegründet war. Auch ein anderer AEI-Mitarbeiter David Wurmser erklärte in der Konferenz: „Saddam Hussein hat oft von einem Massensterben in den USA geträumt [...] Wir müssen als wirklich mit dem Irak beginnen.“ (Zitiert nach Leyendecker 2004: 38) Wurmser war ein Berater im Außenministerium und wurde später zum Nahostberater von Vizepräsident Cheney. In einer weiteren Diskussionsrunde des AEI zum „US-Krieg gegen den Terrorismus“ vom 29. Oktober 2001 entdeckte der erzkonservative Newt Gingrich, skandalumwitterter Exsprecher der Republikaner im Repräsentantenhaus und inzwischen in Diensten des AEI, die „Diktatoren, die entschlossen sind, ABC-Waffen zu beschaffen“ (ebd.: 38), als Hauptfeinde der USA. Sie seien vor allem die Staatsführer im Irak und in Nordkorea. Der Historiker Micheal Ledeen, Inhaber des „Freiheitslehrstuhls“ am

AEI, äußerte, dass der Irak zweifellos ein terroristischer Staat sei und dass das Regime entmachteter werden müsse. In der rechts gerichteten National Review Online schrieb er wenig später, dass die USA „das einzige wirklich revolutionäre Land der Welt“ (ebd.: 39) seien und sich dazu verpflichten, die Diktatoren (im Irak oder auch im Iran) zu beseitigen. „Schöpferische Zerstörung ist unser zweiter Name.“ (ebd.) Er forderte Präsident Bush auf, die Ministerien von Clinton-Anhängern, von Umweltschützern und von jenen „radikal feminazis“, die für Gleichberechtigung kämpften, zu säubern. In dem Buch „Dem Bösen ein Ende: Wie der Krieg gegen den Terror zu gewinnen ist“, für das das American Enterprise Institute (AEI) zu Beginn des Jahres 2004 warb, forderten die Autoren des Buchs wie Richard Perle und David Frum (beide sind AEI-Mitglieder) die Vorbereitungen auf einen Militärschlag gegen Nordkorea und den Regimewechsel im Syrien und im Iran. Saudi-Arabien (wegen Förderung des islamischen Terrors) und Frankreich (wegen Opposition gegen den Irak-Krieg), die bisherige Verbündeten der USA sind, sollten zu Gegnern werden. (Vgl. Leyendecker 2004: 42-56; auch vgl. Bader 2005: 36)

Das American Enterprise Institute (AEI) for Public Policy Research wurde als American Enterprise Association (AEA) im Jahre 1943 von einer Gruppe von Unternehmern um Lewis H. Brown gegründet, der Vorstandsvorsitzender eines großen Industrieunternehmens „Johns-Mansville Corporation“ war. Diese Gruppe von Unternehmern wollte die drohende Konversion der Kriegswirtschaft verhindern. Der Staat sollte sich auf gar keinen Fall in die Wirtschaft einmischen (Vgl. Gellner 1995). Das AEI hat zurzeit etwa 60 Mitarbeiter. Viele von ihnen sind wichtige Ökonomen, Politikwissenschaftler und Außenpolitikexperten, die im Institute forschen, publizieren und beraten. Zu den Mitarbeitern gehörten und gehören bedeutende Figuren des Neokonservatismus wie z. B.: Irving Kristol (Mitherausgeber führender neokonservativer Blätter), William Kristol (Mitbegründer des neokonservativen Think Tanks PNAC und Herausgeber des Weekly Standard), Michael Novak (Kommentator und Kolumnist), M. Weidenbaum (Ökonom), Richard Bruce Dick Cheney (Republikaner und jetziger Vizepräsident), Lynne Cheney (Frau des Vizepräsidenten), David Frum (Mitherausgeber des Weekly Standard, Kolumnist des National Review, ehemaliger Redenschreiber von Präsident George W. Bush), Richard Perle (ehemaliger Pentagonberater unter Reagan und Mitglieder des Committee on the Liberation of Iraq), Newt Gingrich (Vertreter der religiösen Rechten in der Republikanischen Partei), Jeane Kirkpatrick

(UN-Botschafterin unter Reagan), Michael Ledeen und Danielle Pletka (Journalistin und Kolumnistin für die New York Times, die Los Angeles Times und die Jerusalem Post) und Christopher DeMuth (Rechtsanwalt, Ökonom, ehemaliger persönlicher Assistent des Republikanischen Präsidenten Nixon und Berater von Reagan). Das AEI arbeitet vor allem in den Sachgebieten Wirtschaft, Sozialstaatlichkeit und internationale Angelegenheiten (also die Außen- und Sicherheitspolitik der USA). Es strebt generell nach einem freien Unternehmertum, möglichst weniger Marktregulierung sowie Staatsintervention, einer starken militärischen Außen- und Sicherheitspolitik und offenbar konservativen kulturellen Werten. (Vgl. Bader 2005) Das American Enterprise Institute (AEI) zählt zu der wichtigste Think Tank der neokonservativen Intellektuellen um die Bush-Regierung. Bush lobte im Februar 2003 die Arbeit des AEI: „Einige der besten Köpfe unserer Nation arbeiten im AEI. Sie machen eine so gute Arbeit, dass meine Administration 20 ihrer Köpfe ausgeborgt hat.“ (Zitiert nach Bader 2005: 76; vgl. Hartmann/Vogelskamp 2003: 61)

Die Heritage Foundation, Amerikas lautester Think Tank, übte auch Einfluss auf den Kurs der Bush-Regierung aus. Nach einem „Executive Memorandum“ der Heritage Foundation vom 2. Oktober 2001, das von dem Think Tank tausendfach unter Angehörigen von Regierung, Parlament und Medien verbreitet wurde, sollten die US-Regierung nicht nur auf Osama Bin Laden, sondern auch auf Iraks terroristisches Regime zielen. Die Heritage Foundation, wie das PNAC, zählt zu dem Prototyp der besonders aggressiven und einflussreichen Advocacy Think Tanks. (Vgl. Leyendecker 2004) 1973 wurde die Heritage Foundation von einer Gruppe Kongressabgeordneter und Publizisten um Paul Weyrich und Edgar Feulner gegründet. Die Heritage wurde von ihren Gründern als Repräsentanten des echten Konservatismus bezeichnet (ebd.: 48). Die Heritage leistete 1980 einen wichtigen Beitrag zur US-Präsidentschaft von Ronald Reagan (Vgl. Bader 2005: 76). Das oberste Ziel der Heritage ist es, ein Amerika zu errichten, „in dem Freiheit, Chancen und Zivilgesellschaft blühen“ (Zitiert nach Dye 2002: 190). Die Heritage befürwortet die Verringerung der sozialen Leistungen, Erhöhung des Militärhaushalts sowie den Kampf gegen den weltweiten Terrorismus. Die Heritage spielt eine bedeutende Rolle bei der Vernetzung der neokonservativen Think Tanks und trug zum neokonservativen Agenda Setting wesentlich bei. Sie hatte enormen Einfluss auf Präsident Reagan und Bush Senior genommen. „You have been real

world movers,“ (ebd.: 190) so lobte Bush Senior die Heritage. Nach dem 11. September 2001 forderte die Heritage als leidenschaftliche Befürworterin die Einrichtung eines nationalen Raketenabwehrsystems. Und diese Forderung wurde bereits von Verteidigungsminister Rumsfeld und Vizepräsident Cheney aufgenommen (Bader 2005: 78).

Neben dem PNAC, AEI und der Heritage Foundation übten auch andere Think Tanks wie Gaffneys CSP und das Jewish Institute for National Security Affairs (ein Think Tank auf der Linie der israelischen Likud-Partei), die bereits im Jahr 2001 auf einen Krieg gegen Saddam drängten, Einfluss auf die US-Regierung aus. Sogar die Institute wie die Hoover Institution oder das Center for Strategic and International Studies (CSIS), die als hoch angesehene, eher auf Abwägung bedachte Institute gelten, erhoben aufgrund der Terroranschlägen gegen die USA Anspruch auf eine neue Bewertung der amerikanischen Irak-Politik. (Vgl. Leyendecker 2004: 39-41)

Wichtige Strategien und Politikansätze neokonservativer Think Tanks beeinflussten den politischen Kurs der Bush-Regierung gravierend. Einige von ihnen wurden von der Bush-Regierung in ihrem Manifest aufgenommen und umgesetzt. „Ein gezielte Agenda-Setting (im Sinne einer Vorgabe des diskursiven Bezugsrahmens) dieser Think Tanks lässt sich für die Felder der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Außenpolitik sowie Sicherheits- und Militärpolitik feststellen, auf denen das American Enterprise Institute (AEI), die Heritage Foundation und das Projekt for New American Century (PNAC) neokonservative Ideologien konkret in Ansatz bringen konnten.“ (Bader 2005: 85) Im Bereich der Außenpolitik fordert das AEI eine weltweite Verwirklichung der US-Interessen, „die mit einem Zugewinn an allgemeiner politischer und ökonomischer Freiheit weltweit gleichgesetzt wird“ (ebd.: 92). Heritage beansprucht die Ausübung eines militärischen und politischen Drucks auf die Staaten der „Achse des Bösen“ (David Frum). AEI und Heritage neigen vielmehr zur Strategie, die eine Mischung aus Bündnispolitik und Konfrontation beinhaltet. Im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik behaupten die neokonservativen Think Tanks, dass Terrornetzwerke, Schurkenstaaten sowie die Terroristen Unterschlupf gewährenden Staaten die Freiheit westlicher Zivilisationen bedrohen. Im Krieg gegen den Terror müssten die USA als Führer der westlichen Welt die Freiheit mit allen Mitteln verteidigen. Um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, sollten die USA ein Raketenabwehrsystem einrichten, die Rüstungsausgaben erhöhen und den bald auslaufenden Patriot Act (mit der

massiven Einschränkung der Bürgerrechte) verbessern (Bader 2005: 89). Nach dem Strategiebericht des PNAC „Rebuilding America’s Defenses“ aus dem September 2000 sollten die Militärausgaben auf mindestens 3,5 bis 3,8 % des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden. Die Ausgaben für Luftwaffe und Marine sowie der Ausbau der Truppen von derzeit 1,4 auf zukünftig 1,6 Millionen Soldaten seien vor allem zu erhöhen. Zur weltweiten Absicherung der Pax Americana fordert das PNAC die Einrichtung eines globalen Raketenabwehrsystems, die Schaffung von US-Weltraum- und Cyberspacestreitkräften (auch im Weltraum und in der virtuellen Welt des Internet), die Weiterentwicklung biologischer Kriegsführung, Nutzung neuer elektronischer und biologischer Angriffsmethoden und das Festhalten herkömmlicher Formen der nuklearmilitärischen Überlegenheit (ebd.). Die im September 2002 von Präsident Bush unterzeichneten und veröffentlichten „National Security Strategy“ (NSS) hat zentrale Punkte des PNAC-Strategieberichts „Rebuilding America’s Defenses“ übernommen.

Um eine universelle „transition to democratic capitalism“⁸⁰ zu erreichen, propagiert und verteidigt die Bush-Regierung und die neokonservative Think Tanks – ausdrücklich den Krieg gegen den Irak. Bushs Propaganda der „transformatorischen Kraft von Freiheit“⁸¹ entspricht der Vorstellung seiner neokonservativen Vordenker, dass eine erzwungene Demokratisierung einen Dominoeffekt für die gesamte Region (insbesondere im Nahen Osten) auslösen würde. In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (NSS) der Bush-Regierung werden der Unilateralismus und das Recht auf präventive Militärschläge gerechtfertigt, die von den neokonservativen Think Tanks geprägt wurde. Die USA sollten Staaten der „Achse des Bösen“ diplomatisch und militärisch bedrängen und Freiheitsbestrebungen in diesen Staaten unterstützen. Die USA werden sich nicht erpressen lassen. Sie werden die Sicherheit des amerikanischen Volkes und die Hoffnung der gesamten Menschheit verteidigen.⁸² Dazu müsse neben dem Kampf gegen die Schurkenstaaten ein weltweiter Krieg gegen ein Killer-Netzwerk geführt werden. In dem zurzeit von der Bush-Regierung geführten Krieg gegen den Terror kommen die als Sicherheitsmaßnahmen der Terrorismusbekämpfung verkauften neokonservativen Strategien einfach zum Ausdruck: Präventive Militäreinsätze und

⁸⁰ Siehe: Jahresbericht American Enterprise Institute, 2003: 16.

⁸¹ Vgl. die tageszeitung, 04/09/2004: 5.

⁸² Vgl. Rede an die Nation/State of the Union Address, 2004: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/bush-lage.html.

Präemptivschläge (preemptive strikes) als Mittel, die Einrichtung eines Raketenabwehrsystems als Schutz gegen Schurkenstaaten und internationale terroristische Netzwerke (PNAC und Heritage), militärische Vorkehrungen gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen, Verbesserung des ABC-Schutzes sowie Weiterentwicklung eigener ABC-Waffen (PNAC) usw.⁸³ Zum Erreichen des Zieles der NSS, nämlich die beispiellose militärische Stärke der USA zu nutzen und die militärische Vorherrschaft der USA konkurrenzlos gemacht zu werden, bestreben die neokonservativen Think Tanks entschiedener die Verwirklichung der Bush-Doktrin. „Diese Doktrin (als eine bizarre Mischung von radikaler Militärpolitik, Weltgenesungstherapie und der globalen Verordnung US-amerikanischer Demokratie- und Freiheitsideale) ist der prägnanteste Ausdruck des Einflusses neokonservativer Think Tanks; nicht nur in Form des Agenda-Setting auf einzelnen Politikfeldern, sondern auf den gesamten öffentlichen Diskurs, aus dem alternative Freiheits-, Kultur- und Gesellschaftskonzepte beinahe vollständig getilgt werden konnten.“ (Bader 2005: 94)

4.3.1.2 Stärke und Probleme der USA als Weltherrscher

4.3.1.2.1 Das übergroße Amerika

Die USA sind „eine Nation wie keine andere“: Erstens sind die USA der einzig mächtigste Staat der Welt; zweitens haben die USA wie keine andere den Glaube an die historische Mission, die tief in die amerikanische Seele eingegraben sind, und das „Sendungsbewusstsein“, das tief in der Geschichte der USA gewurzelt ist; drittens beanspruchen die USA stets die Führungsrolle in der Weltpolitik.

Die USA lassen sich gerne als eine einzigartige und stärkste Nation darstellen, die zur Führung ausersehen und befähigt sind. So äußerte Präsident Lyndon B. Johnson grandios: „Wir stehen, ebenso wie unsere Gegner, in Ehrfurcht erstarrt vor der Macht, die unsere Geschicklichkeit erschaffen hat. Auf jedem Gebiet ist Amerika heute stärker als je zuvor. Es ist stärker als jeder Gegner oder jede Kombination von Gegnern. Es ist stärker als die vereinigte Macht aller Nationen, die die Weltgeschichte je gesehen hat. Und unsere Macht nimmt noch zu.“ (siehe:

⁸³ In der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der Bush-Regierung sind diese Teilstrategien neokonservativer Ideologen eindeutig zu erkennen.

Johnson 1964: 71; zitiert nach Tudyka 2003: 51) Der Economist schrieb: „Die USA stehen wie ein Gigant breitbeinig auf dem Erdball. Sie beherrschen Geschäfte, Handel und Kommunikation; ihre Wirtschaft ist die erfolgreichste der Welt, ihre Militärmacht ist jeder anderen überlegen.“⁸⁴ Kagan und Kristol, zwei bedeutendste Vertreter der neokonservativen Think Tanks in den USA, behaupten sogar, dass das internationale System heute nicht auf einem Gleichgewicht der Kräfte aufbaut, sondern auf der amerikanischen Hegemonie (Kagan/Kristol 2000). Diese Auffassung eines amerikanischen Nationalismus finden auch außerhalb der USA ihre Anhänger. „Die Suprematie der USA erstreckt sich heute auf Wirtschaft, Währung, Rüstung, auf das Lebensgefühl, die Sprache und die Produkte der Massenkultur, mit denen sie die Welt überschwemmen, das Denken prägen und selbst die Feinde der Vereinigten Staaten faszinieren“, so der französische Außenminister Hubert Védrine (zitiert nach Nye 2003: 19). Mit der wachsenden weltweiten Interdependenz ist in den USA die Auffassung zu vertreten, dass die Globalisierung nichts anderes als eine maskierte Form des amerikanischen Imperialismus sei (Nye 2003: 19). „Amerikanische Idole und Ikonen prägen die Welt von Katmandu bis Kinshasa, von Kairo bis Caracas. Die Globalisierung trägt das Etikett ‚Made in USA‘.“ (Drozdiak 1997: 1) Die USA sind zweifellos die mächtigste Nation der Welt. Es ist also von der *pax Americana*, dem gütigen Imperium (Vgl. Kagan 1998), dem Weltpolizisten (Vgl. Haass 1997), dem ideellen Gesamtimperialisten (Vgl. Kurz 2003), dem Gigant Amerika (Vgl. Nye 2003), der Hypermacht Amerikas (Fuchs 2002) und der unipolaren und globalen Supermacht die Rede.

Die Forderung nach einer amerikanischen Weltordnung ist auf ein tief in der Geschichte der USA wurzelndes Sendungsbewusstsein zurückzuführen. Die USA sehen sich gewöhnlich als „das Licht in der Finsternis“, eine „Stadt auf dem Hügel“ (a city on the hill), das „neue Jerusalem“, „eine Nation mit einer besonderen Bestimmung“ (a nation with a special destiny), „Gottes eigenes Land“ (God’s own country) (Vgl. Bierling 2003) oder sogar als Retter der Welt. (Vgl. Tudyka 2003) Ralph Waldo Emerson schrieb in diesem Sinne: Die USA sei „ein Leuchtturm, der der ganzen Welt die Wege der menschlichen Bestimmung weist“ (zitiert nach Bierling 2003: 13) Es dreht sich bei den USA um das auserwählte Volk Gottes (Vgl.

⁸⁴ Siehe in „America’s World“, The Economist, 23. Oktober 1999: 15.

Haller 2002). Die „gottgewollte Bestimmung“ (manifest destiny) der USA sei es, der Welt als Vorbild und Führer zu dienen. Die USA stünden also für Frieden, Freiheit, Demokratie und Ideale und wollten des Weiteren ihren „American way of life“ in der ganzen Welt tragen.

Die USA sind eine wirkliche Supermacht. „Die unipolare Stellung der USA übertrifft diejenige des römischen Reiches noch bei weitem“ (Müller 2003: 32). Die Reichweite der US-Macht ist - im Gegensatz zu dem römischen Reich, der nur über der mediterranen Welt lag - weltweit. Als ein kontinentweiter Nationalstaat verfügen die USA über die gesamte Spannweite weltweit wirkender, moderner Machtressourcen. Macht macht mächtig⁸⁵. Die USA üben überall in der Welt und auf sämtlichen Gebieten der Weltpolitik starken Einfluss aus. Sie haben keinen potenziellen Konkurrent. Der Abstand zwischen den Machtressourcen der USA und den der anderen Weltmächten ist zu groß. Außerdem sind die USA mit ihrer geographischen Lage durch zwei Ozeane von existenzieller Bedrohung geschützt. Die beiden Nachbarn im Süden und Norden (Mexiko und Kanada) sind immer zu schwach, um die USA erfolgreich provozieren zu können. Besonders auffällig ist die Distanz zwischen den USA und anderen Nationen im militärischen Bereich. Mit ihrer unipolaren Stellung und ihren militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ressourcen erhoben die USA folgerecht den Anspruch auf die Führungsrolle in der Weltpolitik.

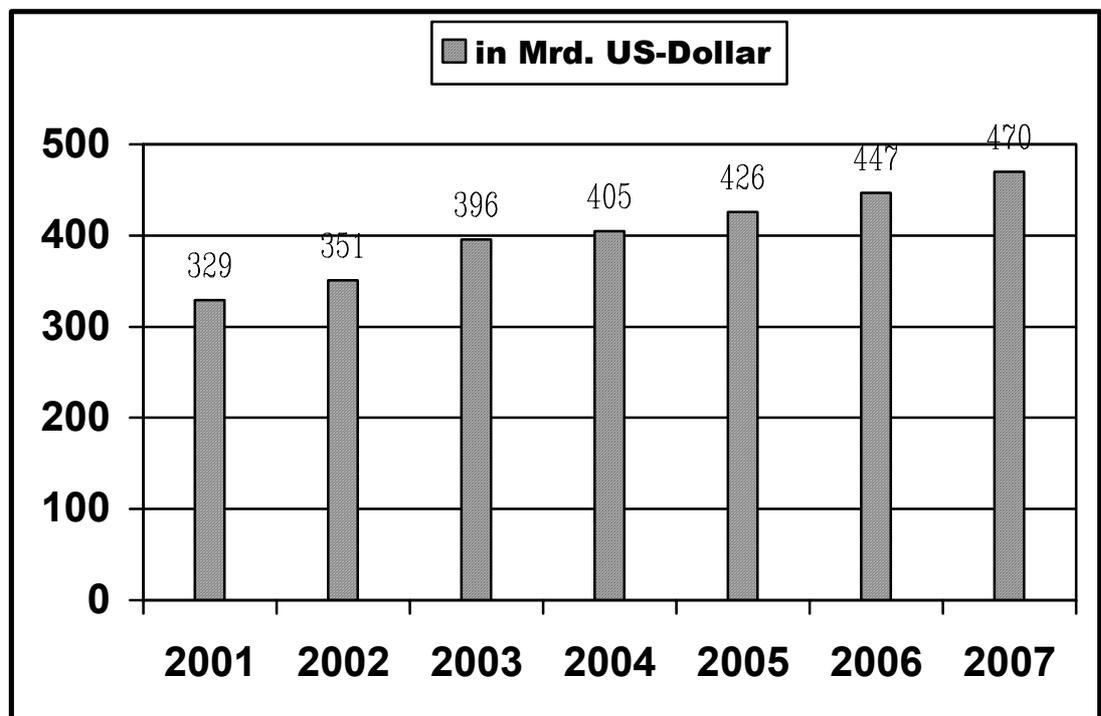
4.3.1.2.2 Der militärische Riese und seine Probleme

Die militärische Macht der USA ist unangefochten. Im Jahr 2001 machte sich der amerikanische Militärhaushalt auf 36 Prozent der weltweit bereitgestellten Summe aus. Er ist sechsmal soviel wie der der zweistärksten Macht, Russland und siebenmal soviel wie das der nächsten drei, Frankreich, Großbritannien und Japan. Mit dem amerikanischen Budget für das Jahr 2003 steigt der Anteil auf über 40

⁸⁵ Macht ist nach Nye die Fähigkeit, die Resultate herbei zu führen, die man haben möchte, und dabei, falls notwendig, das Verhalten anderer entsprechend zu ändern. Die Fähigkeit, die Resultate zu erzielen, die man haben möchte, wird oft mit dem Besitz bestimmter Ressourcen in Verbindung gebracht. Insofern wird die Macht gewöhnlich kurzerhand als den Besitz einer relativ großen Qualität von Elementen wie Bevölkerung, Territorium, Bodenschätze, wirtschaftliche Stärke, militärisches Potenzial und politische Stabilität definiert. Eine weitere Ressource für eine aktive Außenpolitik ist die „weiche Macht“ (soft power): Also, die Stabilität und Ausstrahlungskraft eines politischen Systems sowie die kulturelle Attraktivität eines Landes. (Nye 2003)

Prozent der globalen Militärausgaben. „Das sind mehr als die finanziellen Aufwendungen der nächsten 24 Staaten insgesamt, und es sind 25 Mal mehr als die Militärausgaben der sieben von den USA als Feinde identifizierten ‚Schurkenstaaten‘ zusammengenommen“ (Mann 2003: 31). Diese Kluft wächst durchgehend weiter. 2002/03 betrug der amerikanische Verteidigungshaushalt 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Der amerikanische Verteidigungshaushalt war mit 355 Milliarden Dollar mehr als dreimal so hoch wie der des Russlands. Die Kosten der US-Militär machte derzeit so viel aus wie die 13 Mächte zusammen: Russland, Japan, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, China, Italien, Südkorea, Taiwan, Spanien, Indien, Israel und Brasilien. (Bierling 2003: 22)

Abbildung 7: Militärausgaben der USA von 2001 bis 2007



Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung der Tabelle in Menzel 2004: 131. Menzel's Quelle nach: O'Hanlon, Michael E. 2002: Restraining the Growth of the U. S. Defense Budget. Testimony before U. S. Senate, Budget Committee, February 28, 2002. Siehe in: www.brook.edu/dybocroot/views/restimony/ohanlon/20020228.htm

Die USA haben fast 250000 Soldaten, die dauerhaft im Ausland oder auf See stationieren, und eine Truppenstärke von insgesamt 1,4 Millionen und 1,3 Millionen Reservisten, die in „allen strategisch wichtigen“ Regionen der Erde präsent sind. Über 725 Stützpunkte außerhalb der Landesgrenzen verfügen die USA. Davon sind

17 vollausgestattete Basen. (Bierling 2003: 22 f.) Im Jahr 2002 wurde eine Reorganisation der militärischen Führungs- und Kommandostrukturen in den USA eingeleitet. Damit erweitern die USA ihre Handlungsfreiheit bei internationalen Operationen. (ebd.: 23) Die US-Armee hat derzeit: knapp 480000 Soldaten, die in 10 Divisionen aufgeteilt wurden, die in 8 Divisionen aufgeteilte Army-Reserve und die National Guard mit ebenfalls 8 Divisionen, die im Normalfall den Bundesstaaten untersteht. Außerdem sie verfügt die 82. Airborne Division (Fallschirmjäger/Luftlandetruppen) und 101. Airborne Division, die enorm kämpffähige sind, die 3. Division, die auf den Kampf in der Wüste spezialisiert ist, sowie die „experimentelle“ 4. Division, die in Fort Hood stationiert ist. Die USA besitzen das 170000 Mann und Frau starke Marinecorps, das in 3 Divisionen eingeteilt ist. Das ist der größte und fähigste Kampfverband der Welt. (Müller 2003: 32 f.)

Die größte Kriegsmarine der Welt ist die US Navy. Die USA haben insgesamt 7 Flotten: davon vier in amerikanischen Gewässern liegende Flotten mit ihren jeweils 30 bis 50 Schiffen, drei außerhalb der USA stationierende Flotten wie z. B. 5. Flotte (Manama/Bahrain) im Persischen Golf, 6. Flotte (Gaeta/Italien) im Mittelmeer und 7. Flotte (Yokosuka/Japan) im Fernen Osten. Außerdem haben die USA zum Schutz ihrer globalen Interessen die 12 Flugzeugträger mit ihren jeweils ca. 80 Kampfmaschinen und 6000 Mann Besatzung sowie den 154 Langstreckenbomben vom Typ B 52, B₁ und B₂ in Besitz. Die USA sind in der Lage, an jedem Ort der Welt innerhalb von 24 Stunden militärisch eingreifen zu können. (Bierling 2003: 23) 4 bis 5 Flugzeugträgergruppen sind ständig auf den Weltmeeren unterwegs. Mit einer eigenen Luftabwehr und einer Anti-Raketenverteidigung ist die Flugzeugträgergruppe ein autonomer Kampfverband. Sie besitzt Kampfschiffe und U-Booten, die über den hochpräzisen Tomahawk-Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 1104 km verfügen.⁸⁶ Eine Flugzeugträgergruppe verfügt außerdem eine eigene Luftflotte von bis zu 80 Kampfflugzeugen. Diese Flugzeuge sind unterschiedlich spezialisiert (z. B. Kampffjets für die Flugabwehr) und haben besondere Fähigkeiten in der elektronischen Kampfführung. Ferner sind die USA in der U-Boot-Bekämpfung allen anderen Ländern überlegt, (Müller 2003: 33 f.)

⁸⁶ Vgl. <http://www.fas.org/man/dod-101/sys/smart/bgm-109.htm>

Die amerikanische Luftwaffe ist ein Verband unterschiedlich spezialisierter Maschinen: Langstreckenbomber, Kurzstreckenbomber, Abfangjäger, Elektronische Kampfflugzeuge, Aufklärer, Tanker sowie die riesige Lufttransportflotte mit insgesamt 250 Maschinen der Typen C-17, C-5 und C-141 und den kleineren C-130 (Hekules) für den intraregionalen Transport. Die US-Airforce verfügt im Ganzen über 951 Kampfflugzeuge (Military Balance 2001), die mit Präzisionslenkwaffen bewaffnet sind. Die Bomber können mit Streubomben oder Luft-Sprengstoff-Gemisch beladen werden. Sie rufen die Flächenwirkungen wie kleinste Atomwaffen hervor. Durch ihre Langstreckenflugzeuge und ihre Luftbetankungsfähigkeit kann die US-Airforce auch interkontinentale Militäreinsätze ausführen, falls es in der Nähe des Kampfplatzes keine Stützpunkte gibt. (Müller 2003: 34)

Die USA besitzen hohe Truppenmobilität, High-Tech-Waffen, Kenntnis des Terrains und überlegene Kommunikation. In allen diesen Bereichen haben die USA keinen Konkurrent. Die US-Streitkräfte verfügen über alle modernsten Waffenkategorien, vor allem bei hochmodernen, für das Radar unsichtbaren „Stealth“-Bombern, ferngesteuerten Präzisionslenkwaffen, unbemannten Drohnen und der Satellitenaufklärung (Bierling 2003: 22). Die USA verfügen in der Realität über einen alleinigen Anspruch auf so genannte „intelligente“ (sich nach dem Abschuss selbst steuernde) und „brillante“ (völlig automatisierte) Waffen. In den 90er Jahren wurde das amerikanische Waffenarsenal durch die sogenannte „Revolution militärischer Angelegenheiten“ (RMA) noch verstärkt. 1993 bezeichnete Andrew Marshall (Mitarbeiter im Pentagon) dies als „eine bedeutende Veränderung in der Natur der Kriegsführung, ausgelöst durch die innovative Anwendung neuer Technologien, die, im Zusammenspiel mit dramatischen Veränderungen der Militärdoktrin sowie der Operations- und Organisationskonzepte, den Charakter und die Durchführung militärischer Operationen grundlegend wandelt“ (Zitiert nach Mann 2003: 37). Radargesteuerte zielpräzise Bomben und Langstreckenraketen, Weltraumsatelliten für die „Informationskriegsführung“, fliegende Kameras, portable Mininavigationssysteme und Robotersensoren zählen zu den neuen Technologien. Eine der wichtigsten Waffen der RMA ist der amerikanische Global Hawk – ein Aufklärungsjet, der militärischen Kommandanten Bilder von Bodenzielen fast in Echtzeit bereitstellt. Er wurde zusammen mit bodengestützter und mobiler Navigation über globale Positionsbestimmungssysteme (GPS) verwendet. Der Aufklärungsjet kreist in 18000

Metern Höhe und informiert den anderen, wo sie angreifen sollen. Mit Waffen der RMA können die Streitkräfte dem Feind erheblichen Schaden beibringen, bei gleichzeitig aber sehr wenigen Opfern für die US-Armee. Der einzelne Infanterist kann mit seinem verbesserten M16/M4-Gewehr, das nun mit 90 Schuss pro Minute feuert und Menschen auf 600 Meter Entfernung zerfetzt, gefährlich handeln. (ebd. 2003: 37 f.) Predator, ein Flugzeugroboter (daneben selbststeuernde Panzerbuggys und Landminen, die herannahende Fahrzeuge erkennen und ihnen in den Weg springen können), war die bedeutendste Waffen des Jahres 2002. Nur die US-Streitkräfte haben die RMA und weltraumgestützte militärische Potenziale, wie Jstars-Frühwarnflugzeuge vom Typ E-8, die präzise Radaraufnahmen des Gefechtsfelds aus knapp 13000 Metern Höhe bringen. (Mann 2003: 38) Das „US Space Command“ ist neueste Teilstreitkraft des amerikanischen Militärs, deren Satelliten bedeutendste Aufklärungs- und Kommunikationsmittel sind.⁸⁷ Sie stehen der Überwachung von Zielen, der Übermittlung von Echtzeitinformation, der Navigation aller übrigen Teilstreitkräfte (sie können so ihren eigenen Standort, den der anderen US-Verbände und der Gegner präzise bestimmen) und der Waffensteuerung bis ins Ziel zur Verfügung. Eine ausschlaggebende Rolle spielt das US Space Command im amerikanischen Raketenabwehrsystem. Es dient zur Verteidigung des amerikanischen Geräts im Weltraum und zur Zerstörung feindlicher Satelliten. (Müller 2003: 34 f.) Alle US-Teilstreitkräfte beteiligen sich an die Special Forces, die für extreme Einsätze trainiert, hochprofessionellen und mit Spezialgerät ausgerüstet werden. Sie können hinter den feindlichen Linien operieren und sehr bedrohliche Anweisungen ausführen. Zu ihnen zählen 30000 Soldaten (Military Balance 2001).

Die amerikanischen Nuklearstreitkräfte besitzen trotz der kräftigen Einschnitte nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch die Fähigkeit, die Welt gleich mehrmals zu zerstören. Sie verfügen 2002 noch über 6000 (in ferner Zukunft 2000) strategische Nuklearsprengköpfe auf Fernbomben, Interkontinentalraketen und U-Boot-Raketen. Die meisten von den 1670 strategischen Kernwaffen werden aufbewahrt,⁸⁸ die auf Bomben und Sprengköpfe für Tomahawk-Marschflugkörper beschränkt sind. „Weniger als 200 nukleare Fliegerbomben lagern in Westeuropa. Anders als sein russischer Gegenpart dirigiert das Strategic Command ein System

⁸⁷ Vgl. <http://www.fas.org/spp/military/docops/usspace/>

⁸⁸ Vgl. http://www.armscontrol.org/act/2002_05/millarmay02.asp

lückenlos funktionierender Aufklärung und Vorwarnung und eine belastbare Kommandostruktur“ (Müller 2003: 35).

Die militärische Macht der USA ist riesig und mächtig. Aber ist sie auch mächtig genug für ein amerikanisches Imperium? Nach Michael Mann (2003: 29) hat ein Imperium „militärisch vier Grundlagen: die defensive Sicherheit bzw. die Abschreckung von Angriffen, die offensive Schlagkraft, die Fähigkeit, Territorien und Bevölkerungen zu erobern, und schließlich das Vermögen, die im Anschluss zu befrieden.“ Die Frage ist, in welchem Maß die US-Militär für diese Herausforderungen gerüstet sind? Können die US-Streitkräfte ihre imperialistischen Aufgaben wirklich im Alleingang bewältigen?

Nuklearwaffen der USA: Die USA sind eindeutig die mächtigste Nuklearmacht der Welt, obwohl sie derzeit nur dieselbe Anzahl Sprengköpfe wie Russland besitzen. Die USA werden schon mehr Sprengköpfe als irgendein anderes Land in Besitz haben⁸⁹. Jedoch wird Russland dennoch in der Lage sein, die USA eventuell auszulöschen. Die USA können diese Macht nicht ignorieren. Somit verfügen sie nicht über imperiale militärische Macht gegenüber Russland. Auch über Frankreich, China und Großbritannien haben die USA keine solche Macht. Frankreich besitzt 340 Sprengköpfe, China 250 und Großbritannien 185. Diese drei Mächte hätten daher genug Zerstörungspotenzial, ihre Waffen zur Abschreckung der USA einzusetzen. Indien, Pakistan, Nordkorea und andere Staaten besitzen Kurz- und Mittelstreckenraketen. Indien und Pakistan sollen jeweils über 30 bis 50 Sprengköpfe verfügen. Nordkorea besitzt möglicherweise 1 bis 2 Sprengköpfe. Mehrere andere Länder hätten grundsätzlich die Fähigkeit in Besitz, innerhalb der nächsten Jahre Sprengköpfe und Trägersysteme zu haben. OECD-Länder wie Japan oder Deutschland wären dazu im Laufe von Monaten bereit. Mit ihrem Atomwaffenarsenal sind die USA für jeden rational handelnden Gegner unangreifbar. In der Geschichte der Menschheit haben die USA also ein höheres Verteidigungslevel erreicht als irgendein anderes Land. „Doch Nuklearwaffen sind offensiv unbrauchbar, es sei denn im Rahmen reiner Strafaktionen, und sie taugen nicht zur Befriedung bewohnbaren Territoriums. Nuklearwaffen sind für das Empire irrelevant, jedenfalls solange man kein radioaktives Empire will.“ (Mann 2003: 33)

⁸⁹ Die USA und Russland haben im Start-III-Vertrag von 2002 vereinbart, die Zahl der einsatzfähigen Sprengköpfe bis zum Jahre 2007 auf 2000 bis 2500 zu reduzieren. Weitere Sprengköpfe dürfen für eine spätere potenzielle Nutzung gelagert werden. Die USA werden diese Waffen lagern, Russland vermutlich nicht.

Konventionelle Waffen: Die US-Armee ist quantitativ groß, aber nicht übermächtig. Die USA besitzen überhaupt 1,45 Millionen Soldaten (in den achtziger Jahren waren es noch 2,2 Millionen). Das sind weniger als in China, dessen Armee über 2,5 Millionen Soldaten verfügen. Indien, Nordkorea und Russland besitzen eine Truppenstärke von jeweils mehr als eine Million. Lediglich 5 Prozent aller Soldaten weltweit stellen die Vereinigten Staaten. (ebd.: 33) Diese Truppenstärke sind ersichtlich nicht genug, um die ganze Welt zu kontrollieren. Die US-Streitkräfte sind fast ausgelastet für Militärinterventionen, ein globales Netzwerk von Stützpunkten, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen im Inland wie im Ausland, für US-Botschaften, Pipelines etc. Doch das Hauptproblem besteht nicht darin, wieviel Kriege die USA gleichzeitig führen können, sondern darin, ob man nach dem Krieg das Land bei einer notwendig, länger andauernde Besetzung befrieden kann. Eine solche Befriedung braucht eine größere Zahl von Soldaten als der Krieg selbst, wie es inzwischen im Irak geschehen ist. Die USA haben im Bereich des Waffenarsenals eine vergleichbare Überlegenheit. Sie haben jedoch bei der Befriedung der Territorien ein großes Problem, das bisher noch nicht zu lösen ist. Ein anderes Problem besteht auch, ob die US-Bürger immer noch bereit sind, mehr Steuern für mehr Truppen zu zahlen sowie für mehr Leichensäcke zu haben.

Globale Einsätze der USA: Die USA sind als einziges Land der Welt in der Lage, globale Reichweite durch weltweit vorhandene Nachschub- und Versorgungseinrichtungen, Bereitstellungsräume und Basen in Händen zu halten. In 132 Ländern verfügen die USA nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums über Einrichtungen (ebd.: 34). Amerikanische Stützpunkte befinden sich jedoch meistens in abgelegenen Gebieten (entweder in einer Wüste oder einer unbewohnte Insel). Denn Einheimische versuchten oft, US-Soldaten auf den Stützpunkten zu töten. Außerdem müssen die US-Basen die lokale Souveränität und das Recht vor Ort akzeptieren. Die US-Militärangehörigen leben meist auf ihren Stützpunkten. Sie sind von der einheimischen Bevölkerung völlig getrennt. (ebd.: 35) Die Stützpunkte dienen überhaupt nicht zur Befriedung des Landes. Die US-Truppen, die im Land stationiert sind, einschüchtern zwar die lokale Opposition. Jedoch dehnt sich die US-Macht nicht auf das Land aus. Sie können die lokalen Machthaber auch nicht bedrängen, weil sie sie nicht beschützen. Die Anwesenheit der US-Truppen stärkt die einheimischen Regierungen nicht, sondern schwächt sie innenpolitisch.. Für die

USA ist es auch ein Problem, bei einer Invasion Verbündete vor Ort zu finden.⁹⁰ Dies ist die „charakteristischen Schwächen“ der US-Truppen (ebd.: 44), z. B.: Im Einsatz im Irak haben sie fast keine einheimische Verbündete gehabt (abgesehen von den Kurden im Norden des Landes). Dies führte zu eigenen Schaden der USA. Die USA wollen zudem keine direkte Kontrolle über das Territorium vollziehen. Daher können sie auch keine besetzten Gebiete wirksam kontrollieren. Ein Imperium braucht unbedingt seine Verbündete und muss in der Lage sein, das besetzte Territorium erfolgreich unter Kontrolle zu haben. „Welcher Art ist dieses Empire? Das Netz der US-Militärstützpunkte weist – in imperialer Perspektive – erhebliche Defizite auf.“ (ebd.: 37)

Der US-Riese und die Waffen der Schwachen (Massenvernichtungswaffen, Guerillas und Terrorismus): Die USA haben die meisten Massenvernichtungswaffen (MVM)⁹¹ auf der ganzen Welt und sind auch der größte Verkäufer und Lieferant von hochwirksamen Kriegswaffen.⁹² Außer den USA haben die anderen Großmächte wie Russland, Großbritannien, Frankreich und China Atomwaffen in Besitz. Auch Israel gehörte zu den Atommächten (das Land ist zwar klein, hat aber eine eindrucksvolle Hightechindustrie). Neben den Großmächten verfügen zugleich weniger entwickelte Länder wie Indien, Pakistan, Nordkorea und vielleicht auch Iran über Atomwaffen. Die industrialisierten Länder wie Japan, Deutschland, Italien, Spanien, Kanada und Australien streben nicht mehr nach Nuklearwaffen. Sie könnten allerdings selbstverständlich Atomwaffen entwickeln. Dagegen verbreitet sich die Atomwaffentechnologie in den bedrohlicheren Szenarien des globalen Südens. Denn die Atomwaffen scheinen einen Schutz vor dem US-Imperialismus zu bieten. Um sich vor überlegenen Nachbarn oder vor den USA zu schützen, strebt jedes Land nach den Nuklearwaffen zur Selbstverteidigung. Wer die Atomwaffen in Besitz hat, fühlt sich gegenüber seinen regionalen Gegner sicherer, die ebenfalls Atomwaffen wollen werden, besonders falls sie konventionell unterlegen sind.

⁹⁰ 2003 verweigerten die Saudis einem Angriff auf den Irak von saudischem Territorium aus ihrer Zustimmung. Die Türkei wies eine Zuwendung in einer Höhe zwischen 16 und 32 Milliarden Dollar zurück und verweigerte den amerikanischen Streitkräften die Zustimmung, ihre Basen für den Krieg im Irak zu benutzen. Beide Länder riefen die Freigabe ihres Luftraums für die von Schiffen aus auf den Irak abgeschossenen Marschflugkörper ab.

⁹¹ Der Ausdruck „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet im Allgemeinen atomare, biologische oder chemische Waffen (ABC-Waffen) und ist jedenfalls recht in sich uneins.

⁹² Nach dem Kalten Krieg streben Japan und Europa nicht nach militärischer Macht; der sowjetische Feind ist zusammengebrochen; Russland und China suchen Anschluss an die westliche, kapitalistische Welt. Fast überall auf der Welt gehen die Militärausgaben zurück, nur in den USA ist eine gegenläufige Entwicklung zu erkennen.

Wenn sie die nuklearen Waffen erst einmal haben, wird die konventionell unterlegene Seite mit einem nuklearen Erstschlag drohen, wenn sie angegriffen wird. Nordkorea nutzt diese Abschreckung gegen das Bündnis USA-Südkorea. Der Iran, der Irak, Libyen und Syrien würden auch damit Israel und die USA abschrecken. Der Besitz von Atomwaffen fördert die überwiegend defensive Militärmacht ärmerer Länder auf einmal. So kann sie offensiv gegen andere Länder und auch gegen die USA verwendet werden. Dieser Teufelskreis der Abschreckung erschwert die internationale Bekämpfung der Proliferation von Atomwaffen erheblich. Die USA sind überhaupt nicht in der Lage, die Verbreitung der Atomwaffen zu stoppen. Ganz im Gegenteil, sie reizen sie sogar.

Chemische und biologische Waffen (B- und C-Waffen) wirken nicht so tödlich wie Atomwaffen. Sie verbreiten sich aber schnell, weil diese Waffen noch billiger zu haben und einfacher zu schmuggeln sind. Es ist für die kleine und arme Länder viel einfacher, B- und C-Waffen in ihren Besitz zu haben. Denn die Grundstoffe von B- und C-Waffen fallen in der normalen pharmazeutischen und chemischen Industrie an. Die B- und C-Waffen sind geeignet als Angriffswaffen, wenn es gelingt, sie zielgenauer und kontrollierbarer zu machen. Inzwischen haben der Iran, der Irak, Nordkorea und Syrien auf jeden Fall einen oder beiden Typen von Waffen in kleinen Mengen in Besitz. Wahrscheinlich verfügen China, Kuba, Ägypten, Äthiopien, Indien, Israel, Libyen, Myanmar und Taiwan über welche. Diese Waffen könnten auch Algerien, der Sudan und Vietnam haben. Nach Schätzungen liegt die Zahl der Länder, die B- und C-Waffen haben, zwischen 16 und 25.⁹³ B- und C-Waffen fördern ärmere Länder dabei, in der militärischen Machthierarchie aufzusteigen. B- und C-Waffen sind die Waffen schwächerer Länder und auch der Terroristen. „Nun geht ein anderes Gespenst um: Agenten oder Terroristen mit - nuklearen, biologischen oder chemischen – Bomben im Gepäck, die das Problem der Trägerrakete auf ihre Weise umgehen. Vermutlich sind wir von diesem Szenario noch eine Dekade entfernt, doch die Welt beginnt schon zu zittern“ (Mann 2003: 51). Dagegen können die Vereinigten Staaten als der Militärriese nur sehr wenig unternehmen.

Eine weitere Bedrohung stellen Guerillas für die amerikanischen Streitkräfte dar. Guerillas operieren mit weitaus weniger technologischem und organisatorischem

⁹³ Vgl. die Daten vom Monterey Institute of International Studies, siehe in: <http://www.cns.miis.edu/research/cbw/possess.htm>

Einsatz. Mit den einfachsten und weltweit verbreiteten Waffen wie dem Akronym AK-47, das selbstladende automatische Sturmgewehr, und den handlichen Boden-Luft- und Panzerabwehrwaffen wie die russische Fliegerfaust Strela-2M (von der NATO „SA-7 Grail“ genannt) haben die Guerillas amerikanische Black-Hawk-Hubschrauber in Somalia vom Himmel geholt. Auch haben sie damit russische Mi-26 in Tschetschenien abgeschossen (in einem Fall wurden 119 russische Soldaten getötet). Im November 2002 schoss Strela-2M ein Passagierflugzeug daneben, das mit israelischen Touristen an Bord auf dem Heimflug von Kenya war. Die Guerillas schossen mit qualitativ besseren Flugabwehrraketen US-Helikopter im Jahr 2003 über dem Irak ab. (Mann 2003: 62) Mithilfe von Waffenherstellern und Schmugglern richtet sich eine Revolution ein, die der erstgenannten Revolution militärischer Angelegenheiten (RMA) zuwiderläuft und die Kämpfer auf sehr unterschiedlichem technologischem Niveau kombiniert. Es genügt Israel nicht, mit amerikanischen F-16-Kampfflugzeugen und M16-Sturmgewehren die Palästinensergruppen zu bekämpfen, obwohl sie nur AK-47 und selbstgebastelte Bomben in Besitz haben. „Die zweite RMA ist der militärische Grund, warum die Kriege niedriger Intensität rund um den Globus zahlreicher geworden sind und warum die Welt heute in einem eher Hobbeschen Zustand ist“ (ebd.: 63). Widerstand gegen die US-Streitkräfte würde vor allem auf die Guerillastrategie setzen. Die Kräfte würden im Territorium oder in den Städten verteilen, wo die Kombattanten unter der Bevölkerung leben und die US-Truppen vielmehr entkräften als von vorn attackieren könnten. Denn nur wenige Staaten wären dazu fähig, den US-Streitkräften im Feld standzuhalten. Mit den RMA können die USA Luftüberwachung und Bombardierungen in einem Maß ausüben, die Guerillakämpfer auf dem Land ihrer Deckung entziehen. Jedoch wäre der Widerstand in der Stadt weiter ausführbar, wie es z. B. im Irak geschieht.

Wie paramilitärische Gruppen benutzen Terroristen ebenso die oben erwähnten Waffen. Die Waffen von Terroristen sind noch kompletter und gefährlicher als die von Guerillas. Am 23. Oktober 1983 steuerten zwei Hisbollah-Kämpfer einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen ins Hauptquartier der Internationalen Friedenstruppe in Beirut. Bei der Explosion der Wagen wurden 247 US-Soldaten getötet. Mit einem weiteren Angriff hatten die Terroristen 58 französische Fallschirmspringer getötet. Mit der Einbeziehung ihres eigenen Todes wurden die Attentäter zu den ersten Selbstmordattentätern der Gegenwart. Die Selbstmordtaktik

hat sich danach über große Teile der islamischen Welt rasch ausgebreitet. Sie fand im Irak Eingang in die reguläre Kriegsführung. Terroristen bekommen Mithilfe durch die mit ihnen sympathisierenden Staaten (sog. Schurkenstaaten). (ebd.: 64) Auch ohne staatliche Hilfen operieren Terroristen immer mehr. Die wichtigste Waffe von Terroristen ist ihre Ideologie. Der Gründer der Hamas, Scheich Ahmed Yassin erklärte folgendermaßen: „Die Palästinenser haben keine Apaches oder F-16, keine Panzer oder Raketen. Das einzige, was sie einsetzen können, sind sie selbst, die als Märtyrer sterben“ (Zitiert nach Mann 2003: 65). Der Generalsekretär des Palästinensischen Islamischen Jihad, Dr. Ramadan Shalah, war der Ansicht über Israel: „Unser Feind besitzt die bestentwickelten Waffen der Welt und hat eine nach höchsten Standards ausgebildete Armee. [...] Wir haben nichts [...] außer der Waffen des Märtyrertums. Die ist sehr einfach und kostet uns nur unser Leben. [...] Menschliche Bomben können nicht geschlagen werden, nicht einmal durch Atombomben.“⁹⁴ Beinahe 3000 Menschen wurden am 11. September 2001 innerhalb einer Stunde auf amerikanischem Boden getötet. Das war eine extreme Demonstration der „Waffen der Schwachen“. Sie versetzen die Starken in Angst und Schrecken.

Terroristen agieren noch erfolgreicher, wenn sie mit locker vernetzten Guerillagruppen, die gegen schwache Staaten kämpfen, und wenn es der Guerilla vor allem um die Demonstration der Unfähigkeit eines Staates und um das Aufrechterhalten der Ordnung geht. Sie terrorisieren die Bevölkerung des Feindes. Terroristen handeln lose, flexibel und anpassungsfähig. Wenn bekannte Anführer ermordet werden, werden sie von neuen ersetzt. Gruppen von Kämpfern werden abtrünnig und gruppieren sich zu eigenen Fraktionen. Daher ist es schwierig, die Terroristen und Guerillakämpfer zu unterdrücken, solange sie „unter der Bevölkerung leben“ können. Sie brauchen nicht viel finanzielle Mittel. Ihre Waffen wie AK-47, Semtex, Zünder und Mobiltelefone sind billig. Bombenbauanleitungen sind überall zu finden, vermutlich besonders im Internet. Die US-amerikanischen Verteidigungsmaßnahmen können also sehr wohl durchgebrochen werden. „Der US-militärische Riese ist durch kleine Ratten verwundbar, die ihm, bewaffnet mit den „Waffen der Schwachen“, durch die Beine huschen. Schon daheim kann der Riese die Ordnung kaum aufrechterhalten, geschweige denn im Empire“ (Mann

⁹⁴ Die Zitate stammen von Ehud Springer 2000: „Rational Fanatics“, Foreign Policy, September/Okttober 2000.

2003: 67). Terroristen formen lockere Netzwerke, handeln schnell und können somit Paranoia hervorrufen. Sie zeigen sich überall und lassen sich gleichzeitig nirgendwo finden. So äußerte George W. Bush: „Als ich aufwuchs, war das eine gefährliche Welt, und wir wussten genau, wer sie waren. Es hieß wir gegen sie, und es war klar, wer sie waren. Heute sind wir nicht sicher, wer sie sind, aber wir wissen, dass sie da sind.“⁹⁵

Es ist folglich schwer vorstellbar, dass die USA allein mit ihren Superwaffen einen solchen unsichtbaren Feinde bekämpfen können. Bloß mit hochentwickelten Waffensystemen, also mit Nuklearwaffen, Panzern oder „intelligenten“ Waffen sind Terroristen und ihre Netzwerke nicht zu bekämpfen. Terroristennetzwerke erschweren die Arbeit von Sicherheitsspezialisten und Geheimdienste, die diese Schwierigkeiten bisher nicht voraussahen. Die USA stehen hier einem militärischen Vorgehen auf lowtech-Niveau gegenüber. Auf schwere Verluste sind Terroristen oder Freiheitskämpfer eingestellt.

Derartig fasst der syrische Präsident Bashar al-Assad es in Worte: „Es wäre besser, die Ursachen zu beseitigen als Zeit zu verschwenden und zu verurteilen“ (Zitiert nach Mann 2003: 68). Die Ursachen sind nicht militärisch, sondern ökonomisch, politisch und ideologisch begründet. Ganz unverkennbar sind die Vereinigten Staaten ein militärischer Riese, und zwar vielmehr ein hochgefährlicher. Jedoch können die USA auf der Welt Frieden und Ordnung kaum mit der Führung verheerender Angriffskriege, dem Netzwerk militärischer Stützpunkte, der Größe der Streitkräfte und der Sorge um die Sicherheit der eigenen Soldaten, die gegen Terroristen und Guerilleros eingesetzt, schaffen. Denn ihre Feinde sind unsichtbar, schnell, anpassungsfähig und Selbstmordattentaten und die militärischen Fähigkeiten der USA sind nicht unbegrenzt und gegen jeden Feind anwendbar. Gegen den internationalen Terroristen, die seit den frühen 1980er Jahren in zunehmendem Maße Anschläge gegen amerikanische Einrichtungen verüben, können die USA etwa mit derartigen Machtmitteln kaum Errungenschaft erzielen. Dasselbe entspricht auch anderen Geschehnisse der globalisierten Welt: internationalen Drogenschmuggel, Hackerangriffe, organisierte Kriminalität, Umweltkatastrophen. Bei der Bekämpfung solcher Sicherheitsbedrohungen sind

⁹⁵ George W. Bush in einer Rede am Iowa Western Community College, 21. Januar 2000; ; Michael Mann (2003: 67) zitiert nach Boston Globe, 23. Januar 2000.

auch die USA von nicht-militärischen Mitteln und multilaterale Zusammenarbeit abhängig.

4.3.1.2.3 Die US-amerikanische Wirtschaft

Die US-Wirtschaft zählt zur Stärkste der Welt. Die wirtschaftliche Stärke der USA schafft den Basisstein für eine weltweite Supermacht. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sind die USA die größte Volkswirtschaft der Erde. Nach dem Zweiten Krieg erzielten die USA beinahe 50 Prozent des Weltsozialprodukts: Jedes zweite produzierte Gut, jede zweite erbrachte Dienstleistung war also amerikanischen Ursprungs (Bierling 2003: 17). Im Jahr 2000 machte das Bruttosozialprodukt der USA 22 % des Weltbruttosozialprodukts aus. Mit der Attraktivität des amerikanischen Marktes üben die USA außerordentlichen Einfluss aus im Vergleich zu denjenigen Partnern, deren wirtschaftliche Entwicklung auf diesen Markt angewiesen sind. (Müller 2003: 38) Im Jahr 2000 liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA mit 9,84 Billionen Dollar vor dem Japans (4,84 Billionen) und Deutschland (1,87 Billionen) und ist größer als das der vier Staaten wie Großbritannien, Russland, China und Frankreich zusammengenommen. Die USA erwirtschafteten im Jahr 2000 pro Kopf ein Bruttoinlandsprodukt von 34100 Dollar. Die USA sind damit durchaus die größte Volkswirtschaft der Welt. Jedoch rutschte die amerikanische Wirtschaft im Jahr 2001 in eine Rezession. Die USA schaffen aber nach wie vor das mit Abstand attraktivste Ziel für ausländische Portfolio- und Direktinvestitionen und motivierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt. Die USA sind mit einem Anteil von 15 Prozent am weltweiten Güteraustausch vor Japan und Deutschland die größte Handelsmacht der Welt. (Bierling 2003: 17 ff.)

Amerikanische Firmen stehen außerdem in vielen Zukunftstechnologien wie der Computer-Hard- und –Software, dem Internetgeschäft, der Medienindustrie, der Medizintechnik, der Bio- und Gentechnologie an der Spitze. (Bierling 2003: 19) Die USA führen in allen Gebieten, die die Spitze technischer Entwicklung zeigen und daher die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gewährleisten. Diese beziehen sich auf die Bereiche der Elektronik, der Kommunikationstechnik, der Biotechnologie, der Entwicklung neuer Materialien. Die Führungsposition der USA in allen relevanten Bereichen von Wissenschaft und Technik unterstützt folgerichtig die Aufrechterhaltung und den Ausbau der US-militärischen Dominanz. Dabei

beruhen die USA auf einem gewandt kombinierenden Verhältnis zwischen Universitäten und Forschungsinstituten (wie dem „Massachusetts Institute of Technology“) und der privaten Wirtschaft. „Der vor allem auf den privaten Universitäten wirkenden Zwang, Finanzmittel einzuwerben, hat eine Universitätskultur geschaffen, welche – vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern – stärker auf den Bedarf der Industrie ausgerichtet ist, als in staatlich dominierten Wissenschaftsstrukturen normalerweise der Fall ist“ (Müller 2003: 38). Das hohe Bildungs- und Wissenschaftsniveau der USA rüstet die Unternehmen mit überragend qualifiziertem Fachpersonal aus. Mit der Qualität der amerikanischen Wissenschaftsszene, dem hohen Lebensstandard und den außergewöhnlichen Verdienstmöglichkeiten ziehen die USA viele talentierte Wissenschaftler und Techniker aus allen Erdteilen nach US-Amerika an. (Müller 2003: 38-39) Die US-Regierung gab am Ende der 1990er Jahre so viel Geld für die Bildung aus wie der Durchschnitt der OECD-Länder, also 5,3 % des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: 4,5 %). Aufgrund der Privatisierung eines hohen Anteils des Bildungssektors ist die relativen Ausgaben, welche die Amerikaner für Ausbildung, Erziehung und Wissenschaft betreiben, weit höher als der in den größtenteils industrialisierten Staaten.⁹⁶

Ebenso im Primärsektor sind die USA beachtenswert leistungsstark. Die USA besitzen eine breite Rohstoffbasis (die Rohstoffproduktion hatte 2001 einen Wert von 38 Milliarden US-Dollar) und ist ein führender Energieproduzent (44 % des heimischen Rohölbedarfs, 86 % des Erdgasbedarfs, 99 % des Kohlebedarfs, 24 % des Uranbedarfs).⁹⁷

Der amerikanische Dollar ist nach wie vor die wichtigste Reserve- und Transaktionswährung der Welt. Er macht also auch von seiner traditionellen Rolle als Leitwährung Gebrauch davon. Über 20 Länder wie China, Hongkong, Malaysia, Saudi-Arabien und Kuba binden ihre Währung an den „Greenback“. Panama, Ekuador, El Salvador und viele Karibikstaaten nutzen US-amerikanischen Dollar als offizielle Währung. Der Anteil des amerikanischen Dollar ist von 1999 bis 2000 an den weltweiten Devisenreserven von 51 Prozent auf 68 Prozent gestiegen, an den Reserven der Industriestaaten bereits von 44 Prozent auf 73 Prozent. (Bierling 2003:

⁹⁶ Vgl. Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), Education Database; Annual National Accounts, vol.1, 1997; and Education at a Glance, 2000.

⁹⁷ Fischer Weltalmanach 2002, Frankfurt/M. 2002 und <http://www.eia.doe.gov/cneaf/nuclear/uia/chapter2.html>; vgl. Müller 2003: 39.

20) Die US-Regierung nutzt es aus, um sich in ihrer eigenen Währung verschulden zu können. Ein großer Teil des internationalen Handels wird hinzu in US-Dollar durchgeführt. Die für die Weltwirtschaft unabdingliche Güter wie Rohöl sowie Mikrochips werden also in US-Dollar abgeschätzt. Die USA sind damit weniger auf Wechselkursschwankungen angewiesen als andere Länder. Durch die Entscheidung der US-Notenbank und die Haushalts- und Steuerpolitik der Regierung, dies als ein anderes Steuerungsinstrument, verfügen die USA über dem Vorteil, dass sie beträchtlichen Einfluss auf anderen Ländern und Wirkungen auf andere Währungen ausüben können. (Müller 2003: 37 f.) An der Wall Street und den Zinsentscheidungen der US-Zentralbank „Federal Reserve Board“ (FED) orientieren die europäischen und asiatischen Börsen und Zentralbanken sich maßgebend. Die USA besitzen im Internationalen Währungsfonds (IWF) als einziges Mitglied eine Vetoposition und können auf die Politik der IWF bei der Vergabe von Darlehen an Staaten, die in akute Zahlungskrisen geraten sind, starken Einfluss ausüben. Die USA spielen zudem in der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) und den Wirtschaftshilfeausschüssen der UNO die bedeutsame Rolle. 6 von den größten 25 Banken der Welt sind amerikanisch.⁹⁸ Der Pensionsfonds spielte eine wichtige Rolle mit ihren 4,8 Milliarden US-Dollar Geschäftsvolumen und ihren Wertpapierkäufen und -verkäufen, die ausschlaggebend das Schicksal der weltweiten Aktienmärkte lenken.⁹⁹ Wall Street bleibt nach wie vor die den anderen Börsen größtenteils die Entwicklungen vorgebende Leitbörse der Welt trotz Tokyo, London und Frankfurt. (Müller 2003: 38) Die leistungsfähige Wirtschaft liefert den USA die wichtigen Ressourcen, die eine aktive Weltpolitik der USA fördern, und setzt zudem oft Ordnungen für die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen.

Die US-Wirtschaft ist zwar gewaltig: Sie verfügten am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Hälfte der globalen Produktionskapazitäten und stellten die Leitwährung; sie übten großen Einfluss auf die Weltbank aus und besaßen im Internationalen Währungsfonds (IWF) als einzige ein für ein Veto gegen politische Initiativen ausreichendes Blockvotum. Auf der ganzen Welt operierten US-amerikanische multinationale Konzerne. Jedoch stehen die USA in den vergangenen Jahrzehnten in der Europäischen Union (EU) einem Rivalen gegenüber, dessen Anteil an Weltsozialprodukt und Welthandel dem amerikanischen auf gleicher Stufe

⁹⁸ Siehe in: <http://www.thebanker.com/art1july02.htm>

⁹⁹ Siehe in: <http://www.ira.com/news/prof/aff1c47b39fbda77569f88f400c9c36f.html>

ist. Die amerikanische Wirtschaft wird heute auch von Japan und anderen wirtschaftlichen Konkurrenzen aus Ostasien herausgefordert. „Die USA bleiben zwar weiterhin der wichtigste wirtschaftliche Motor des weltweiten Wachstums, doch heute ist das mehr dem auffallenden Konsum der amerikanischen Bürger als der Führungsrolle des amerikanischen produzierenden Gewerbes geschuldet.“ (Mann 2003: 67) Im Bereich der Kommunikations- und Biotechnologie besitzen die USA einen leichten Vorsprung, aber nicht im Anlagen- und Maschinenbau alles in allem. Die USA bleiben in ihrem gesamten Industrie- und Handelsvolumen einer von drei etwa gleichartig liegenden Wirtschaftsblöcken. Sie sind dabei auf gleicher Höhe mit der Europäischen Union und mit kleinem Vorsprung vor Japan und Ostasien. Die USA können gegenwärtig in Körperschaften wie der Welthandelsorganisation (WTO), der Gruppe der G8-Staaten und anderen internationalen Organisationen wirtschaftlicher Abwicklung kaum im Alleingang agieren und ihren Willen nicht mehr schrankenlos durchsetzen.

Die USA erzielen seit den 1980er Jahren hohe Defizite im Außenhandel. Das Defizit im Warenaustausch erreichte 2002 mit 484 Milliarden Dollar und damit beinahe 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen neuen Rekordwert, bei dem das Minus mit China (103 Milliarden), Westeuropa (89 Milliarden) und Japan (70 Milliarden) am größten war. Nur leicht reduzierte ein Überschuss in der Dienstleistungsbilanz von 49 Milliarden Dollar das Defizit beim Warenaustausch. Diese Erscheinung, dass das US-Handelsdefizit bislang durch Kapitaltransfers besonders in Form von Portfolio- und Direktinvestitionen finanziert, wird nicht auf Dauer dabeibleiben. Ursache für das Defizit liegt vor allem darin, dass die Wirtschaft der USA schneller wächst als die der meisten Handelspartner und somit amerikanische Unternehmen mehr Investitions- und Konsumgüter importieren als exportieren, und dass die USA in wichtigen Bereichen wie dem Automobilbau und der Unterhaltungselektronik deutliche Wettbewerbsschwächen zeigen. Eine weitere Veranlassung zum Handelsdefizit liegt in den Rohöleinführen, die Mehr als die Hälfte des Verbrauchs abdecken und für die die USA zwischen 2000 und 2002 im Durchschnitt 83 Milliarden Dollar pro Jahr ausgaben. Mit ihrem Verbrauch von 30 % der jährlichen Weltproduktion haben die USA sicherlich ein großes Interesse an dem Persischen Golf, wo 2/3 der nachgewiesenen globalen Reserven lagern, obwohl die USA derzeit nur 1/5 ihrer Ölimporte aus der Region beziehen (zum Vergleich: Japan fast 90 %). (Bierling 2003: 20)

Nach dem Zerfall des Ost-West-Konflikts stehen die USA stärkeren wirtschaftlichen Konkurrenten gegenüber. Russland hat engere wirtschaftliche Beziehungen zu Europa als zu den USA. Im Jahr 2002 machte Russland 37 % seines Handels mit der Europäischen Union, aber nur 5 % mit den USA. Nur 16 % der ausländischen Investitionen in Russland kamen aus den USA. Es war weniger als aus Deutschland und viel weniger als aus den gesamten EU-Ländern. Die im Ausland lebenden Chinesen und Japan sind die wichtigsten Investoren für China. Als wirtschaftliche Partner Chinas liegen die USA und die Europäische Union auf Rang 3. China haben engere Verbindung mit seinen Nachbarn als mit den USA. (Mann 2003: 70)

Die USA sind die größte Schuldernation. Mit ihrem riesigen Handelsbilanzdefizit sind die US-amerikanische Wirtschaft vom Zustrom des Kapitalflusses des Rests der Welt, besonders von Geldern aus Europa und Ostasien, abhängig. Die Einführung des Euro durch die 12 EU-Staaten wird ferner die dominierende Rolle des Dollar langfristig schwächen. (Bierling 2003: 20) Es könnte also für den USA eine Gefahr bestehen, dass Investoren anderer Länder ihr Kapital aus den USA abziehen. „Wertpapiere, Schuldverschreibungen und Kapitaleinlagen, die häufigsten Investitionen, können leicht flüssig gemacht werden. Eine wesentliche Rolle spielen japanische Investoren, die US-Staatsanleihen besitzen, und ebenso die Ölproduzenten der OPEC, die ihre Geschäfte in Dollar machen. Ausländische Investoren würden die USA und den Dollar verlassen, wenn sie ihr Vertrauen zur US-Ökonomie oder in die Fähigkeit der US-Regierung verlören, weltweit wirtschaftliche und geopolitische Stabilität zu garantieren.“ (Mann 2003: 71) In den 90er Jahren gab es eine Krise, die durch das Platzen der Hochtechnologie-Blase am Aktienmarkt verursacht wurde. Diese Krise war in den USA am stärksten. Die Wirtschaft wurde auch durch die Enthüllung der Bilanzfälschung in Großkonzernen wie Enron und WorldCom erschüttert. Für Investoren waren amerikanische Konzerne keine angemessenen Objekte mehr. US-amerikanische Aktienwerte fielen. Im Jahr 2000 zeigten sich die ersten Zeichen des Vertrauensverlusts schon mit dem abrupten Rückgang des Kapitalflusses in den USA. Gegenüber dem Euro verlor der US-Dollar ungefähr 20 %. Die Steuereinkünfte der US-Regierung verloren an Höhe und das US-Haushaltsdefizit stieg an. (Mann 2003: 70 f.) Amerikanische Produkte sind weltweit immer weniger konkurrenzfähig. Dies verlangt nach Devisen zur Finanzierung von Importen und

führt somit zu einem Wertverlust des Dollar. Pro Tag brauchen die USA 2002 Kapitalzuflüsse in Höhe von 1 Milliarde Dollar, um sein Außenhandelsdefizit auszugleichen. (Todd 2003: 118) Der Kapitalfluss in die USA stieg von 88 Milliarden Dollar in 1990 auf 865 Milliarden Dollar in 2001 an. Im Jahr 2000 benötigten die USA Zuflüsse von 485 Milliarden, um das Defizit im Handel mit Waren und Dienstleistungen auszugleichen. (ebd.: 121 f.) Diese Mechanismen könnten in Zukunft zum langfristigen Wertverlust des Dollar führen und insofern die amerikanische Wirtschaft ernsthaft beschädigen, wenn die ausländischen Kapitalien wegen des Vertrauensverlusts aus den USA ausfließen würden.

Das Problem wird noch schlimmer, wenn die USA die Kriege im Alleingang führen. 150 Milliarden Dollar flossen in den ersten 15 Monaten der Bush-Regierung in zusätzliche Militärausgaben, neben den Haushalt bereits vorgesehenen jährlichen 329 Milliarden. Ungefähr zweieinhalbe Milliarden im Monat kosteten dann die Kriege gegen den Terrorismus und in Afghanistan. Der Golfkrieg von 1991 machte noch 80 Milliarden Dollar aus, aber die Verbündeten zahlten 80 Prozent der Rechnung.¹⁰⁰ Für die Invasion des Irak im Jahr 2003 zahlen nur die USA und Großbritannien. „In seinen Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft könne der Irak ein zweites Vietnam werden. Der wirtschaftliche Motor ist dafür nicht gebaut. Märkte funktionieren auf der Grundlage von Vertrauen, die USA können sie nicht kontrollieren, so läuft das im Kapitalismus. Die USA sind in diesem Sinn wirklich bloß Trittbrettfahrer.“ (Mann 2003: 72)

Die USA können weder ausländische Investoren noch ausländische Ökonomien direkt kontrollieren. Sie verfügen nur begrenzten Einfluss auf die Nationalökonomien der westlichen Staaten und auch auf andere große Volkswirtschaften wie Russland, China oder Indien. In ärmeren anderen Ländern lassen Strukturanpassungsprogramme und Handelsabkommen Druck wirken, lenken aber nicht wirklich die Wirtschaftsprozesse. Zwar folgen die meisten Länder die meiste Zeit die amerikanischen Verordnungen. Aber haben sie sich dem US-Krieg gegen den Irak widersetzt. Die USA nutzten im Februar und März 2003 Zuckerbrot und Peitsche, um eine Mehrheit im Sicherheitsrat zu erhalten, und scheiterten. Alle waren gegen den Krieg. (ebd.: 103)

¹⁰⁰ Die Zahlen stammen von der Arms Trade Resources Group: www.tompaine.com/feature.cfm/ID/6504/; vgl. Mann 2003: 72)

Ferner sind die wirtschaftlichen Widersprüche in den USA auffällig. Die Differenz zwischen arm und reich ist für einen so wohlhabenden Staat wie den Vereinigten Staaten besonders groß. Zum Beispiel lebte 1998 fast jeder achte US-Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze, rund 20 Prozent davon waren Kinder. Sie waren doppelt so viele wie in Westeuropa.¹⁰¹ Mehr als 40 Millionen US-Amerikaner haben keine Krankenversicherung aufgrund des Fehlens eines staatlichen Gesundheitssystems (Vgl. Prestowitz 2004). Dagegen besitzt das obere ein Prozent aller amerikanischen Haushalte mehr Vermögen als die unteren 95 Prozent zusammen. Auch hier sind die USA führend. „Interessanterweise scheinen seine Bürger jedoch nicht besonders unglücklich zu sein. Der Mythos der Chancengleichheit ist so mächtig, dass die Amerikaner nicht darüber brüten, wie sie die Reichen zu Fall bringen können – statt dessen überlegen sie, wie sie selbst reich werden können“ (ebd.: 52).

4.3.1.2.4 Amerikanische Kultur und Politik

Kultur: Kulturell sind die Vereinigten Staaten auch dominant. Die kulturelle Dominanz der USA lässt sich vor allem durch Film, Fernsehen und die Musikalische Populär-Kultur erkennen. Die Produkte bzw. ihre Präsentation aus dem Hollywood bzw. Los Angeles lenken eine konkurrenzlose Aufmerksamkeit auf sich und haben weltweite Hochkonjunktur. Hollywood-Filme übertragen amerikanische Wertmuster fast überall in der Welt und zeigen ihre große Wirkung. Die amerikanischen Musik-, Kleidungs- und Essgewohnheiten (wie McDonald, Coca-Cola, Hollywood, Marlboro, Kaugummi usw.) dringen fremde Kulturen durch und erzeugen Anziehung und Faszination. Die kulturelle Hegemonie der USA zählt zur amerikanischen „weichen Macht“.¹⁰² So wie die audiovisuelle Populär-Kultur

¹⁰¹ Current Population Survey Annual Demographic Survey. März Beilage. Tab. 1. „Age, Sex, Household Relationship, Race and Hispanic Origin – Poverty Status of People by Selected Characteristics in 1998.“ U.S. Census Bureau, Überarbeitete Fassung 15. Dez. 1999.

¹⁰² Vgl. Nye, Joseph S. 1994. Nye (2003) definiert weiche Macht der USA wie folgt: „Militärische Macht und wirtschaftliche Macht sind beides Formen harter Macht (hard power), Formen einer Befehlsmacht, die man verwenden kann, um andere zu veranlassen, ihren Standpunkt zu ändern. Harte Macht kann auf Lockungen (Zuckerbrot) oder Drohungen (Peitsche) beruhen. Aber es gibt auch eine indirekte Art und Weise, Macht auszuüben. Ein Land kann weltpolitisch seine Ziele erreichen, weil andere Länder ihm folgen möchten, weil sie seine Werte bewundern, seinem Beispiel nacheifern, sein Niveau von Wohlstand und Offenheit anstreben. In diesem Sinn ist es ebenso wichtig, dass man die anstehenden weltpolitischen Vorhaben zu definieren versucht, und zwar so dass es auf andere anziehen wirkt. Diesen Aspekt der Macht – andere dazu bringen, dass sie das

bringen umfangreiche Abzeichnungen aus der Alltags- und Kommunikationskultur, dem Milieu der Forschung und dem Bereich der Universität die zivilisatorische oder kulturelle Bestandteile der Dominanz hervor. „Die Wirkung besteht einerseits – vor allem in Entwicklungsländern – aus der Attraktivität des Vermitteln im Vergleich zu den eigenen Lebensumständen und anderenteils in der Verdrängung dieser eigenen Lebensumstände, was sich herkömmlich als Amerikanisierung schon als Phänomen der Auseinandersetzung verständigt hat.“ (Tudyka 2003: 56) Das moderne Leben ist „amerikanisiert“. Die US-Hegemonie stützt sich nicht nur auf Potentiale der Gewalt, der Technik, der Wirtschaft, sondern auch „auf einen verbrauchsfixierten Lebensstil, die substanzielle Anspruchslosigkeit, dem pragmatischen Hier und Jetzt, der Unterhaltung, der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse, der zweifelsfreien, bedenkenlosen Überzeugung von Richtigen und Guten“ (ebd.: 57) Durch Reproduktion wie in Konsum-Milieu entwickelt sich eine weltweite Amerikanisierung, und durch Dominanz wie im Weltraum, auf den Weltmeeren, in den „Medien“ (z. B. bringt der Nachrichtensender CNN jeden Tag Weltnachrichten in alle Kontinente) entsteht eine amerikanische Globalisierung. Auch in anderen Bereichen wie in vielen Fachrichtungen von Wissenschaft und Forschung haben die Vereinigten Staaten eine kulturelle Dominanz erzielt. Dies lässt sich an der Zahl der Nobelpreisträger und der Patente aus den USA erkennen. Die amerikanischen Universitäten haben wie die keines anderen Staates weltweit Ableger errichtet. Die USA sind so

wollen, was man selbst will – nenne ich soft power. Sie kooperiert die Menschen, anstatt sie zu zwingen. Weiche Macht beruht auf dem Vermögen, die politische Tagesordnung auf eine Weise zu bestimmen, welche die Präferenzen anderer formt. [...] Politiker und Denker wie Gramsci haben schon lange die Macht begriffen, die daher rührt, dass man die Meinungsführerschaft besitzt und die Bezugspunkte einer Diskussion abstecken kann. Die Fähigkeit, Vorlieben bei anderen durchzusetzen, wird meist zusammengebracht mit diffusen Machtressourcen: der Attraktivität einer Kultur, einer Ideologie, bestimmter Institutionen. [...] Wenn die USA Werte repräsentieren, denen andere folgen möchten, wird es uns die Führung weniger kosten. Weiche Macht ist nicht einfach dasselbe wie Einfluss, obwohl sie eine Quelle des Einflusses nehmen. Weiche Macht ist auch mehr als Überredungskunst oder Fähigkeit, andere argumentativ zu etwas zu bringen. Es ist die Fähigkeit, zu verlocken, die Fähigkeit, anziehend zu wirken. Und Anziehungskraft führt oft zu Einverständnis oder Nachahmung. [...] Weiche Macht ergibt sich zum großen Teil aus unseren Werten. Diese Werte finden Ausdruck in unserer Kultur, in der Politik, die wir im eigenen Lande betreiben, und in der Art, wie wir international auftreten. [...] Die Universalität der Kultur eines Landes und seine Fähigkeit, auf weiten Gebieten internationaler Aktivität ihm günstige Regeln und Institutionen durchsetzen, sind entscheidende Quellen der Macht. Die Werte der Demokratie, der persönlichen Freiheit, der sozialen Mobilität und der Offenheit, die oft in der Alltagskultur Amerikas und in seinen Medien Ausdruck finden, im Bildungssystem und in der Außenpolitik – sie tragen auf vielen Gebieten zur amerikanischen Macht. [...] Weiche Macht ist sowohl kulturelle Macht als auch die (universalen) Werte, die die Regierungen in ihrem Auftreten zu Hause (Demokratie), in internationalen Institutionen (Achten auf anderen) und in der Außenpolitik (Förderung des Friedens und der Menschenrechte) befürworten.“ (Nye 2003: 29-30, 32 u. 33)

mächtig, weil sie „die Träume und Wünsche anderer inspirieren, dank ihrer Herrschaft über die globalen Bilder durch Film und Fernsehen – und weil, aus denselben Gründen, eine große Zahl von Studenten aus anderen Ländern in die Vereinigten Staaten kommen, um dort ihr Studium abzuschließen“.¹⁰³

Politik: „Das politische System der USA hat sich seit der letzten großen Erschütterung, dem Bürgerkrieg von 1816-1865, als flexibel und gegenüber den Herausforderungen der internationalen Umwelt sogar als ultrastabil erwiesen“ (Müller 2003: 41). Es wird charakterisiert durch die Gewaltenteilung zwischen exekutive, Kongress und Oberstem Gerichtshof, das stabile Zweiparteiensystem und den amerikanischen Föderalismus, der durch eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips Wirkung auf die Zentralregierung erzielt und ein wirklich glaubwürdiges Gleichgewicht in der Loyalität der Durchschnittsamerikaner zwischen Bund und Bundesstaaten bildet.

Das amerikanische Ideal von freier Marktwirtschaft und liberaler Demokratie hat nach dem Ende des Kommunismus die ideologische Dominanz über die Welt erzielt. Die USA traten als konservativer Hegemon auf, verteidigten die bestehende internationale Ordnung und verbreiteten seine Werte durch sein Vorbild. Die USA spielten nach dem Zweiten Weltkrieg die zentrale Rolle dabei, die Institutionen zu schaffen, welche die Bush-Regierung aber seit 2001 zerfallen lässt. (Vgl. Ikenberry 2002)

Die nationale Identität der USA, also der „amerikanische Glaube“, wurde auf die Demokratie errichtet, „wie unvollkommen auch immer die Demokratie zu Hause funktioniert, wie scheinheilig auch immer sie auswärts gepredigt wird“ (Lieven 2004: 2). Dieser Glaube an die Demokratie bringt den USA politisches Ansehen und setzt aber der amerikanischen Macht Grenzen. Die „amerikanische Werte“, also die komplex demokratischer, rechtsstaatlicher und individualistischer Überzeugungen und Prinzipien, auf deren Grundlage Staat und Verfassung der USA gegründet wurden, verbinden Amerika mit anderen demokratischen Ländern.

Die Politik der USA zeigt jedoch ihre Defizite, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, der Außenpolitik sowie der Sozialpolitik. Wie es oben erwähnt wird, droht es den USA im finanz- und außenwirtschaftlichen Bereich die Instabilität. Es sind also die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die unausgeglichene

¹⁰³ Védrine, Hubert: France in an Age of Globalization, S. 3; ziert nach Nye 2003: 31.

Zahlungsbilanz durch spekulativen Kapitalzufluss aus dem Ausland. Im sozialen Bereich scheinen die USA in ein Chaos zu geraten. Die Differenz zwischen Armen und Reichen, das Verschwinden der Mittelklasse, der Einbruch des Erziehungswesens auf allen Ebenen (zerfallende Schulen und weitverbreitetes Analphabetentum), sinkende Produktivität, Gewaltverbrechen und krasse ökonomische Ungleichheit, Apathie, Zynismus und geistige Verarmung sind, wie Morris Berman (2003) formuliert, die alarmierenden Anzeichen für einen kulturellen Niedergang.

Auch in den anderen Bereichen gibt es Krisenherde, die eine gravierende Wirkung auf die Stabilität des politischen Systems der USA zeigen. In den USA werden nach dem 11. September 2001 systematisch Bürgerrechte abgeschafft oder erheblich beschränkt. „Im amerikanischen Corpus lassen sich noch viele Bereiche einer Schwindsüchtigkeit diagnostizieren, die nicht von Stabilität, Stärke und Wohlstand zeugen, wie das Gesundheitswesen, das Sozialsystem, die Infrastruktur, die Schulen, der Verkehr, die Umweltpolitik, die Sicherheit usw. Sie sind weder ein Ausweis von Überlegenheit noch von Attraktivität. Ihnen kommt kein Vorbildcharakter für eine zivile Weltordnung zu, aus ihnen lässt sich kein Führungsanspruch ableiten“. (Tudyka 2003: 59)

Die amerikanische Hegemonie beruht überwiegend auf die Gewaltmittel oder die Militärmacht, welche die US-Regierung besitzt. Die skandalöse Weltpolitik der gegenwärtigen US-Regierung ist mit der Idee einer „gleichberechtigten Völkergemeinschaft“ kaum vereinbar. Unter der Führung der Bush-Regierung haben die USA so viele Abkommen und Verträge durch ihr Benehmen blamiert, „indem sie ihnen nicht beitraten, sie nicht ratifizierten, sie einseitig auslegten, sie kündigten oder sie verletzten“ (ebd.: 60).

Die Liste des amerikanischen Widerstands gegen die internationalen Konventionen und Rechte sind lang (Vgl. Tudyka 2003): Zum Widerstand gegen den von 164 Ländern unterschriebenen und ratifizierten Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) drangen die USA im November 2001 auf eine Abstimmung im Ausschuss für Abrüstung und Sicherheit der Vereinten Nationen. Die USA gaben Pläne zur Wiederaufnahme der Atomtests zur Entwicklung von neuen intelligenten Kurzstreckenraketen bekannt. Im Dezember 2001 setzten sich die USA von dem ABM-Vertrag von 1972 offiziell ab. Der US-Unterstaatssekretär John Bolton erklärte, dass das 1994 erarbeitete Protokoll der

Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen von 1972 nicht mehr gültig sei.¹⁰⁴ Die USA lehnten außerdem die Konvention der UNO ab, weil sie das in der amerikanischen Verfassung gewährte Recht der US-Bürger auf Besitz und Tragen von Waffen verletzt. Der amerikanische Präsident George W. Bush äußerte im Mai 2002, dass er den Vertrag über die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998 zur Verurteilung von Politikern und Militärs, die angesichts des Kriegsverbrechens und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt sind, widerrufen würde. Die USA würden die Rechtsprechung des Gerichts nicht anerkennen und keine Informationen zum Anklagen von Personen liefern. Die USA erklärten im Mai 2002, dass sie nicht mehr die Wiener Konvention zum Vertragsrecht von 1969 akzeptieren würden, welche die Verpflichtungen der Länder zur Befolgung von Verträgen regelt. Die Bush-Regierung hat sich im August 2001 von dem Landminenvertrag getrennt, der den Gebrauch, die Herstellung oder den Transport von Antipersonenbomben und -minen verbietet. Im März 2001 hat der US-Regierung sich aus dem Kyoto-Protokoll von 1997 zurückgezogen, das Treibhaus-Emissionen kontrollieren und die atmosphärische Erwärmung verringern soll. Die USA verursachen mit ungefähr 20 % weltweit die meisten Emissionen. Die USA lehnten als das einzige Land den internationalen Plan für saubere Energie von 2001 ab, der auf dem Treff der G-8-Länder in Genua im Juli 2001 vorgelegt wurde. Die UN-Seerechtskonvention von 1992 und das Abkommen zur Anwendung des Tiefseebergbaus ließ der US-Senat 1994 nicht ratifizieren. Die USA verweigerten ihre Zustimmung für das Cartagena-Protokoll über Biosicherheit zur UN-Konvention über biologische Diversität von 2000, die von 130 Staaten unterstützt. Die US-Regierung lehnte die Teilnahme an multilateralen Gesprächen im Rahmen der OECD in Paris im Mai 2001 über Möglichkeiten schädlichen Steuerwettbewerbs (nämlich Steuerflucht und Geldwäsche über Off-shore-Steuerparadiesen) ab. Die USA wollen sich nicht an dieser Initiative zur Harmonisierung der Weltsteuersysteme beteiligen. Mit dem Vorwurf einer anti-israelischen und antisemitischen Politik seitens vieler Delegationen verließen die USA die Weltkonferenz (mit einer

¹⁰⁴ Aber im November 2001 wurden 3 Dokumente des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Tag gebracht, die Vorschläge aus dem Jahre 1994 zur Entwicklung der US-biologischen Angriffswaffen zur Zerstörung von Materie enthielten. (Vgl. Tudyka 2003)

Teilnahme von 163 Staaten) gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im September 2001, welche die UNESCO und die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte veranstalteten. Zusammen mit Israel und der Marshall-Inseln stimmten die USA gegen die 11. Resolution mit der Forderung nach einem Ende des illegalen Embargos der USA gegen Kuba seit 1963, die die UN-Vollversammlung im November 2002 mit 173 gegen 3 Stimmen verabschiedete. Die USA lehnten das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag gegen den USA wegen des unrechtmäßigen Gebrauchs von Gewalt in Nicaragua 1986 ab. Die US-Regierung hat das Protokoll von 1989 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UNO von 1966 sowohl nicht unterzeichnet als auch nicht ratifiziert. Das Protokoll hat die Abschaffung der Todesstrafe zum Ziel und enthält ein Verbot der Hinrichtung von Personen unter 18 Jahren. Der US-Senat blockierte die 1980 vom Präsident Jimmy Carter unterzeichnete UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen von 1979, die von 169 Staaten ratifiziert wurde. Die USA haben zwar die UN-Konvention über die Rechte des Kindes von 1989, die die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Kinder schützt, unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert. Die USA stellten ihren jährlichen Beitrag von 34 Millionen Dollar an das Un-Familienplanungsprogramm ein und zogen im November 2002 ihre Unterstützung von Kairoer Aktionsplan zurück, der auf der 1994 in Kairo stattgefundenen Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung durch 179 Länder angenommen wurde. Seit langem haben die USA die Wiener Konvention über konsularische Beziehungen aus dem Jahr 1963 verletzt, indem sie Ausländer festnehmen und ihre Regierungen davon nicht benachrichtigen. Die USA haben eine Vereinbarung zwischen 143 Ländern der Welthandelsorganisation (WTO) vom November 2001 zunichte gemacht. Diese Vereinbarung billigt den Staaten das Recht auf die Herstellung eigener generischer Medikamente z. B. gegen Aids, Tuberkulose, Malaria und andere Krankheiten zu.¹⁰⁵

Die USA sind durch ihr Verhalten und Auftreten symbolisch schuldig für die elenden Verhältnisse der Welt. In weiten Teilen der Welt wird die US-Weltpolitik als Provokation festgestellt. Die Verachtung der USA für den „Rest der Welt“ schafft keine Ordnung für diese Welt, wohl aber Chaos. So finden die USA als

¹⁰⁵ Hier werden allerdings nicht alle Aktionen der USA gegen die Internationalen Abkommen und Verträgen aufgelistet.

sogenannter „wohlwollender“ Hegemon keine Anerkennung und Achtung in der internationalen Gemeinschaft, sondern Unzufriedenheit, Ablehnung und Empörung. Die USA können auf diese Art die Welt sicher nicht führen. Ganz im Gegenteil, sie bringen dieser Welt mit ihrer gegenwärtigen unilateralen Politik Gefahren, Elend und Instabilität.

4.3.1.3 Empire Amerika?

Zwar verfügen die Vereinigten Staaten – wie oben in diesem Kapitel erwähnt - über die nötigen ökonomischen Ressourcen und die militärischen Fähigkeiten, um ein Hegemon zu sein. Jedoch ist es implausibel, wenn man so die USA als ein Empire - wie die europäischen Kolonialreiche im späten 19. und 20. Jahrhundert – sieht. Denn es ist falsch, eine Politik der Hegemonie mit der Politik eines Empire zu verwechseln.

Das zentrale Merkmal des Empire liegt in der politischen Kontrolle. Ein Empire ist „ein Verhältnis von Herrschaft und Unterordnung zwischen einer politischen Einheit (der Metropole) und einem oder mehreren Territorien (Kolonien), die außerhalb der Grenzen des Mutterlandes liegen und dennoch als rechtmäßiger Besitz beansprucht werden“ (Abernethy 2000; hier zitiert nach Nye 2003a: 157). Amerikanische Außenpolitik führt – wie Joseph S. Nye erklärt – nicht diese Art von politischer Herrschaft aus. „Eine imperiale Macht kontrolliert das Territorium einer Kolonie formal, seine inneren wie seine äußeren Angelegenheiten. Sie zieht ökonomische Ressourcen aus der Kolonie heraus und erkennt sie, vor allem, nicht als souveränen Staat an. Dieser Begriff von Empire schließt Beziehungen zwischen unterschiedlich mächtigen Staaten aus, selbst wenn der stärkere Staat Einfluss auf den schwächeren ausübt. Obwohl zwischen den USA und schwächeren Mächten ungleiche Beziehungen bestehen und diese zur Ausbeutung verleiten können – solange keine formale politische Kontrolle besteht, ist der Begriff „imperial“ nicht nur ungenau, er kann sogar in die Irre führen“ (Nye 2003a: 157). Zwar ist die Macht der USA gegenwärtig größer, als es die Macht des britischen Weltreichs auf seinem Gipfel war. Die USA besitzen weniger Kontrolle über innere Angelegenheiten als Großbritannien zu den Zeiten, in denen es über ein Viertel der Erde herrschte. Die Briten kontrollierten in dem Kolonialreich z. B. Kenias Schulen, Steuern, Gesetze

und Wahlen sowie die außenpolitischen Beziehungen. Eine solche Kontrolle haben die USA im Gegenwart aber nicht. (ebd.: 159)

Im Gegensatz zu ihren Vorläufern ist die imperiale Macht der USA heute ungleich verteilt (Vgl. Mann 2003). Das römische Imperium, das britische Empire und sogar das Empire eines der kleineren europäischen Staaten, also Belgiens, waren innerhalb der von ihnen eroberten Gebieten weit mächtiger, als die USA sein können. „Die neuen Imperialisten haben nicht vor, permanent über fremde Länder zu herrschen. Das gegenwärtige Empire soll eine weitgehend indirekte und informelle Gestalt behalten, wenn dazu auch bisweilen Drohungen, Zwang oder die militärische Invasion fremder Gebiete notwendig sein werden, die man dann maßregelt und wieder verlässt“ (Mann 2003: 29).

Für ein Empire ist die ungleich verteilte Macht der USA nicht geeignet. Die USA sind – wie Michael Mann (2003) beschreibt – heute ein militärischer Riese, ökonomischer Trittbrettfahrer, politisch Schizophrener und ideologisches Phantom. Diese ungleiche Verteilung der Machtressourcen der USA führt zu einem hegemonialen Ungleichgewicht und zum außenpolitischen Scheitern. Die USA wollten mit ihrer militärischen Macht Ordnung schaffen und Gutes tun. Sie schaffen aber dagegen noch mehr Unordnung und Gewalt. Die Reichweite der amerikanischen Macht reicht nicht aus für ein Empire. Ihre militärische Macht mag beunruhigt über ökonomische und geopolitische Ressourcen sein, die auf multilaterale Arrangements zurückkehren. Doch der amerikanische Unilateralismus ist nicht in der Lage, eroberte Länder zu regieren. Die Nachwirkung von Invasionen in Afghanistan und im Irak zeigt eindeutig, dass das amerikanische Militär die Neigung und die Fähigkeit nicht besitzt, effiziente friedenserhaltende Operationen durchzuführen. Amerikanische Soldaten sind dafür nicht ausgebildet. Darin haben sie ebenso nicht viel Erfahrung. (Vgl. Ferguson 2003) Die USA sind heute auf den Militarismus allein zurückgeworfen, der zu einem Teil des Problems wird, nicht der Lösung. Trotz ihrer überwältigen Militärmacht wagen die USA es doch nicht, sich mit ausgewachsenen Gegnern (wie z. B. Europa, Russland und China) anzulegen. Sie haben bloß den Mut, mit einem aus weniger als tausend Menschen bestehenden Terroristennetzwerk und mit kleinen, armen und ohne Verbündete dastehenden Ländern, die wenige wirtschaftliche und militärische Ressourcen haben, Streit zu suchen. Die USA können/wollen also nur die Kriege führen, die kurz dauern und nur wenige Kosten und Opfern fordern.

Die Macht verteilt sich – nach Nye (2003) – gegenwärtig wie auf einem dreidimensionalen Schachbrett. Auf der obersten Ebene – also dem militärischen Bereich - herrscht Unipolarität. Hier gibt es nur die Vorherrschaft der USA mit ihrer überwältigen Militärmacht. Auf der zweiten Ebene, der wirtschaftliche Bereich, ist Multilateralität am Ruder. Die USA sind hier zwar die bedeutende Figur (mit etwa 31 Prozent des Weltsozialprodukts). Aber spielen Europa, Japan sowie China in diesem Bereich auch eine wichtige Rolle wie die USA. Auf der untersten Ebene, der grenzübergreifenden, transnationalen Verhältnisse, die außer staatlicher Kontrolle stehen, haben die anderen Akteure (wie Internationale Organisationen, Multinationale Konzerne, NGOs, Terroristen, Drogenbarone oder Kartelle des organisierten Verbrechens bis hin zu Internethackern) die Zügel in der Hand. „Zwar dürfen die USA die nach wie vor große Bedeutung militärischer Macht für gewisse Zwecke, insbesondere im Verhältnis zu den Schwellen- und Industrieländern, nicht ignorieren, doch kann die Fixiertheit der Hegemonisten auf militärische Macht dazu führen, dass Amerika die Grenzen seiner Macht nicht mehr erkennt. Wie wir gesehen haben, ist die Macht der Vereinigten Staaten im transnationalen Bereich nicht so groß wie auf wirtschaftlicher Ebene. Zum einen sind im transnationalen Bereich neue Akteure auf der Bühne erschienen, zum anderen lassen sich viele transnationale Probleme – seien es die Finanzströme, die Ausbreitung von AIDS oder der Terrorismus – nur im Zusammenarbeit mit anderen lösen. Wo aber kollektives Handeln eine wesentliche Voraussetzung für das Erreichen der von den USA gewünschten Ziele ist, ist amerikanische Macht per definitionem begrenzt, und die Vereinigten Staaten sind zur Zusammenarbeit gezwungen.“ (Nye 2003: 207-208)

Die gegenwärtige US-Weltpolitik wandelte sich zu einem einfachen Militarismus. Dies führt dazu, dass die amerikanische Politik auf ideologischem Bereich an Legitimität verloren hat. Den USA fehlt es in Afghanistan und im Irak an politischer Macht, um nach der Invasion Frieden und Ordnung zu schaffen. Die US-Weltpolitik wird von Drohungen, Bombardements und Invasionen dominiert. Die USA hoffen in Afghanistan und im Irak auf ihre militärische Schlagkraft, auf die verbündeten Regimes und Spaltungen in der Bevölkerung zwischen Nationalisten, Panarabisten und Islamisten. Der neue Militarismus verstärkt die Gegensätze in der Region und trägt zu einem Anstieg des Terrorismus bei. Er macht die Verbindungen zwischen Islamisten, Panarabisten und Nationalisten stark, vor allem zwischen

internationalen Terroristen wie Al Khaida und den nationalen Befreiungskämpfern wie Hamas oder Hisbollah. Die USA schaffen auf dieser Weise neue Feinde für sich. Im Irak werden aus Terroristen Guerillakämpfer, mit denen das amerikanische Militär es nicht aufnehmen können. Es ist im 20. Jahrhundert keinem Land gelungen, seine Macht durch Krieg oder auch nur durch Aufrüstung zu vergrößern. Frankreich, Deutschland, Japan und Russland haben durch Krieg und Rüstungswettlauf unendlich viel verloren. „Der neue US-Militarismus hat Stärken und Schwächen: Macht ohne Ansehen, skrupellose Arroganz bis zur Selbstüberschätzung, die gegebenenfalls zur Hybris und zur Katastrophe führt.“ (Mann 2003: 314) Die amerikanische Macht war in der Vergangenheit hegemonial. Sie wurde also im Prinzip vom Ausland akzeptiert und häufig als legitim angesehen. Jetzt untergräbt der amerikanische Militarismus aber die US-Hegemonie oder den Anspruch auf einen „wohlwollenden Hegemon“. „Wenn Amerika weiter darauf beharrt, seine Allmacht zu demonstrieren, wird es schließlich der Welt nur seine Ohnmacht enthüllen“ (Todd 2003: 253).

Abbildung 8: Prüfliste für das U.S.-geführte national-building im Irak

Faktoren in einem Zielland, die sich positiv auf ein national-building auswirken	Situation im Irak
Starke nationale Identität	Ethnische Fragmentierung
Effektive Leistungsfähigkeit des Staates	Geringe Leistungsfähigkeit nach der Ent-Baathifizierung
Frühere Erfahrung mit Verfassungsstaat	Keine
Interessen der Eliten übereinstimmend mit denen der USA	Fraglich
Interessen der breiten Bevölkerung übereinstimmend mit denen der USA	Fraglich
Aufnahmefähigkeit materieller Hilfe	Fraglich
Internationale Legitimität unter multilateralen Interimverwaltung	Fragliche Legitimität direkter U.S.-Administration/U.S. Ersatzadministration wahrscheinlich

Siehe diese Tabelle in: Hubel, Helmut 2004: Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung, Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 163.

Die Opfer werden auf längere Sicht die amerikanischen Machtressourcen erschöpfen. Die amerikanischen Wähler werden nicht mehr bereit sein, weiter an den sinnlosen Kriegen zu beteiligen. Die amerikanischen Wähler wird wieder einmal rebellieren, „wenn ‚ihre Jungs‘ über längere Zeit mit Selbstmordantentätern an den Checkpoints und Heckenschützen in den Straßen den nicht sehr ruhmreichen Risiken eines Konflikts von geringer Intensität ausgesetzt sind“. (Ferguson 2003: 56) Der Krieg im Irak bringt die USA in Schwierigkeiten, dass sie wegen der schweren finanziellen Belastungen nicht den Wiederaufbau des Landes alleine tragen können. Die USA sind somit nicht in der Lage, in einem fremden Land zu regieren. Kein souveräner Nationalstaat der Welt lässt sich heute durch fremden Militarismus regieren oder unterwerfen. Die Kriegspolitik der USA schafft also in der Welt keine Ordnung, sondern Widerstand, Gewalt und Chaos.

Die neue amerikanische Unilateralisten haben mit ihrer rücksichtslosen Politik die Anerkennung und somit Unterstützung vom Rest der Welt verloren, die für die

Interessen der USA wichtiger sind als der Irak. Die Beziehung der USA zu alten und neuen Verbündeten sieht unerfreulich aus: Frankreich, Russland und Deutschland koordinieren ihre Gegnerschaft im Fall des Irak-Krieges. Die USA errichteten im November 2002 zum Krieg gegen den Irak nur die UN-Resolution 1441. Diese Resolution autorisierte aber auf keinen Fall eine Invasion, wie Kofi Annan erklärte. Die Bush-Regierung scheitert jämmerlich bei dem Versuch, im Februar 2003 eine zweite Resolution zu entwerfen, die ausdrücklich zur Invasion berechtigen sollte. Frankreich kündigte seinen Willen an, ein Veto einzulegen. Auch zeigten Geldversprechen und Druck von den USA auf die kleineren Staaten im Sicherheitsrat keine Wirkung. Nur die USA, Großbritannien, Spanien und Bulgarien (4 der 15. Mitglieder) wollten öffentlich für die Resolution stimmen. Die Briten und Amerikaner zogen ihren Resolutionsentwurf hastig zurück. Die USA erhielten nur die Unterstützung Großbritanniens, Spaniens und Italiens plus der osteuropäischen Länder (die von Rumsfeld als das „neue Europa“ genannt wurde). Nur Großbritannien und Australien schickten Truppen in den Krieg. Spanien und Italien drückten rhetorisch Beistand aus. Von den Osteuropäern schickte nur Polen 56 Soldaten. 29 Staaten hatten beim Golfkrieg 1991 auf Seiten der Alliierten ihre Soldaten in den Irak geschickt. (Vgl. Mann 2003) Mit dem Verlust von Unterstützung des Restes der Welt haben die USA, als die dominierende Macht, das Problem, ihre politischen Ziele zu verwirklichen. Zum Beispiel hatten die USA den Druck auf die Türkei ausgeübt, um die Stationierung amerikanischer Truppen in der Türkei für den Irak-Krieg zu erlauben. Die Türkei verweigerte den USA die Erlaubnis trotz massiven politischen Drucks und trotz des Köders eines Hilfspakets in Höhe von sechs Milliarden Dollar. Die Vereinigten Staaten konnten ihre Ziele nicht erreichen. Die USA hatten nicht einmal die Unterstützung von Mexiko oder Chile für eine zweite Resolution des Sicherheitsrates bekommen. „Wie anders liefen die Dinge doch bei den Handelsbeziehungen zwischen Indien und England im 19. Jahrhundert, bei der französischen Algerienpolitik oder bei der japanischen Politik in Ost- und Südostasien in den Zeiten größter imperialer Machtentfaltung“. (Nye 2003a: 158)

Die Öffentlichkeit in Europa war sich einig gegen den Irak-Krieg. Im Januar 2003 zeigte die Meinungsumfrage von EOS Gallup in 30 europäischen Ländern, dass eine außergewöhnliche Mehrheit gegen den Krieg im Irak war, ebenso gegen die Beteiligung des eigenen Landes an militärischen Aktionen ohne Zustimmung

der Vereinten Nationen. 82 Prozent der Bürger der Vollmitglieder der EU hielten eine Militärintervention ohne UN-Zustimmung für ungerechtfertigt. Die gleiche Meinung drückte ebenso 74 Prozent der Bürger in den 13 Kandidatenstaaten der EU aus, einschließlich der „neuen europäischen“ Länder, etwa in Rumänien, in der Slowakei und in Slowenien. Neue und alte Europäer fanden das unilaterale, militaristische Vorgehen der USA abscheulich. Nicht nur die Europäer waren gegen den Krieg im Irak. Nach Meinungsumfragen von Ende 2002 und Anfang 2003 waren große Mehrheiten in der Türkei, in Pakistan, Thailand, Hongkong, Japan, Australien, Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Kanada gegen den Krieg. (Vgl. Mann 2003: 327 ff.)

Die Welt, vor allem in ihren reicheren Regionen, könnte ein wirkliches Mittel gegen den USA anwenden, wenn die USA ihren unilateralen Kurs weiter verfolgen. Fast überall in der Welt wird der Dollar als Leitwährung betrachtet. Bei einer endlosen Kriegsführung können die europäischen und ostasiatischen Investoren dennoch ihr Vertrauen auf die Gesundheit und Stabilität einer andauernden amerikanischen Wirtschaft verlieren. Sie werden dann mit ihren Investitionen ausweichen. Im Fall, dass der Euro oder der Yen durch politische Maßnahmen attraktiver auftreten, wird sich die Kapitalflucht verstärken und so die amerikanische Wirtschaftsmacht ruinieren. Die USA wären in diesem Fall auf ihre eigenen Ressourcen zurückgeworfen und müssten somit die gesamte Militärmaschine selbst finanzieren. Der Euro wird allein durch den Beitritt Großbritanniens, die norwegische Ölökonomie und Osteuropas stark gemacht. Dadurch würde die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA ersetzt. Wenn der Dollar durch den Euro oder Yen abgelöst würde und die USA weiter im Alleingang, also unilateral, handeln, werden sie ihre weltweite Hegemonie und die Legitimität ihrer Führungsrolle endgültig verlieren. „Wird es aufgekündigt, so geht kurze Zeit später die Sonne über dem amerikanischen Empire unter, schneller, als sie es beim britischen tat, viel schneller als beim römischen Imperium“. (Mann 2003: 330)

Außerdem kann die Globalisierung eine Gefahr für die amerikanische ökonomische Hegemonie bilden und somit sie ernsthaft schwächen. Die Globalisierung regt ökonomisches Wachstum in armen Ländern an. Diese Länder verstehen Gebrauch von neuen Technologien und den Weltmärkten zu machen. „Wenn die Vereinigten Staaten und andere reiche Länder ein jährliches Wachstum von etwa 2,5 Prozent haben, die fünfzehn größten Entwicklungsländer aber

zwischen 4 und 5,5 Prozent, dann wird in dreißig Jahren über die Hälfte der Weltbruttoproduktion in heute armen Ländern hergestellt werden, während die Reichen der neunziger Jahre, die gegenwärtigen OECD-Länder, ihren Anteil von 70 Prozent auf 45 Prozent fallen sehen werden. Der Anteil der Vereinigten Staaten wird sich von etwa 23 auf 15 Prozent verringern. Die Vereinigten Staaten verfügten dann zwar immer noch über die größte Volkswirtschaft, ihr Vorsprung aber wäre geringer als heute“. (Nye 2003a: 163)

Die Amerikaner stehen inzwischen den potenziellen Widersacher gegenüber – wie z. B. die Europäer (Frankreich, Deutschland und Russland) und Asiaten (China sowie Indien), die auch eigene Weltordnungsvorstellung in die Welt setzen wollen. Sie halten mit ihrer Multipolaritätsbehauptung der amerikanischen Weltordnungsvorstellung scharf entgegen und verweigern damit dem Imperialstreben die Gefolgschaft. Der Kampf um die Konturen einer neuen Weltordnung hat sich im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg verschärft. Eine Gegenmachtbildung war zumindest im UN-Sicherheitsrat zu beobachten. Diese Gegenmachtbildung hat im Konflikt um den Irak-Krieg die USA teilweise entmachtet und somit die USA in gewisser Weise isoliert. Die USA müssten dabei ausweichen und wurden zu einer „lonely superpower“. Dabei hatten sogar die meisten der kleinen Mitglieder des Sicherheitsrates unter dem Druck der USA durchgehalten. Der Irak-Krieg widerspricht die Auffassung, dass die USA mit ihrem unipolaren Kurs eine dauerhaft stabile Weltordnung schaffen können. (Vgl. Wolf 2004) Wichtige Akteure widersetzen sich der Anerkennung des Geltungsanspruchs der amerikanischen unipolaren Weltpolitik. Weltweit wächst ein Widerstand gegen die Idee einer unipolaren Weltordnung im Fall des Irak-Krieges. „Dieser wird sich um so eher verbreiten, je deutlicher sich die hegemoniale Politik über Regeln hinwegsetzt und damit als „unchecked“ herausstellt. Die Wahrnehmung einer drohenden Unipolarisierung des Weltgeschehens ist somit weit verbreitet, nicht aber deren Hinnahme.“ (Wolf 2004: 80-81)

Heute zutage kann keine einzige Macht die Welt allein herrschen, d.h. es wird keine einzelne Macht geben, die im Kampf um eine neue Weltordnung einen Sieg erlangen. Die Supermacht USA sind gegenüber Europa, Russland, Japan, China sowie Indien nicht mehr supermächtig. Diese Länder zusammen sind vielfach stärker als die USA und nähern sich langfristig immer mehr an. In so einer Welt kann kein Weltreich mehr entstehen, in dem eine einzige Macht führt. (Todd 2003:

244) Die USA als Supermacht können heute nur kleine Länder tyrannisieren und sind bei den wirklich globalen Konflikten dem gemeinsamen Willen von anderen großen Mächten der Welt ausgeliefert. Theoretisch können diese Weltmächte zusammen die USA überwältigen. Die USA können von seiner Wirtschaftstätigkeit allein nicht leben und benötigen Kapitalzuflüsse von außen, um sein Konsumniveau zu halten (gegenwärtig 1,2 Milliarden Dollar täglich). (ebd.: 247) Außerdem wird der Euro eine permanente Gefahr für die US-Wirtschaft sein. Ein Wirtschaftsraum, der größer als der in den USA ist, hat sich durch den Euro gebildet. Dies kann die vorhandenen Gleichgewichte erschüttern sowie bzw. das Ungleichgewicht zu Lasten der Vereinigten Staaten verstärken.

Emmanuel Todd (2004) zufolge hat der Niedergang der USA bereits begonnen und wird von den neuen Unilateralisten nicht umgekehrt werden. Seiner Ansicht nach werden die USA auf den Bereichen aller Typen von Macht schwächer. Zum ersten ist die militärische Macht der USA verweicht – also das US-Militär ist nicht bereit, Opfer zu akzeptieren. Zum zweiten stehen die „Tributeinnahmen“ der Wirtschaft zunehmend abwegig. Zum dritten wird die Demokratie in den USA schwächer, während die Demokratisierung weltweit den Widerstand gegen die USA stärkt. Schließlich ziehen sich die USA von „amerikanischen Werten“ zurück, die einmal universell Geltung hatten. Die USA werden also in den militärischen, ökonomischen, politischen und ideologischen Bereichen schwächer, während die potenziellen Rivalen wie Europa, Russland, Japan sowie China angefangen haben, aufzusteigen.

Aufgrund der Veränderung der globalen Struktur ist es zu erweisen, dass sich das Modell von Hegemonie aus der Zeit des Kalten Krieges im Niedergang befindet und dass die Welt ein neues Modell braucht, wie z. B. ein Modell des Kosmopolitismus. In dem Globalisierungszeitalter treten folgende Veränderungen auf (Vgl. Kaldor 2003): Erstens hat sich die Bedeutung von Souveränität verändert. Der alte Fordismus, der mit einem starken Staat, mit hohen Sozial- und Militärausgaben und einem Anwachsen des öffentlichen Sektors verbunden war, wird durch die New Economy ersetzt, die mit der Globalisierung – der wachsenden Verflechtung von Ökonomien, politischen Systemen und Gesellschaften – wie auch mit Rückzug des Staates aus einer Reihe von Aktivitäten, als Folge von Liberalisierung und Privatisierung, verbunden ist. Zweitens ist die Bedeutung militärischer Macht gesunken. Der Staat ist also immer weniger in der Lage, Militärmacht zur

Durchbringung einzusetzen. Drittens verliert der Krieg immer mehr an Legitimität. Der Irak-Krieg hat weltweit eine große Welle des Protests geschlagen. Kriege, sowohl symmetrische Kriege als auch asymmetrische Kriege, sind heutzutage nicht mehr zu gewinnen. Symmetrische Kriege zu führen sind zu zerstörerisch. Asymmetrische Kriege dagegen sind aus moralischen Gründen inakzeptabel. Die USA geben es als sicher aus, dass ihre neue Form der Kriegsführung präzise sei und dass sie eine Menge dafür tun würden, zivile Opfer zu vermeiden. Die Realität sieht aber ganz anders aus: die Zahl der zivilen Opfer im Irak ist viel höher als die Zahl der gefallenen amerikanischen Soldaten. Es kann also keine vollständigen Siege errungen werden, in Kriegen wie in Nachkriegszeiten. In dieser veränderten Situation werden die USA angesichts seiner Größe und seines Wohlstands zwar auch in jedem künftigen Modell die dominierende Position besitzen, doch in anderer Weise als in der Vergangenheit. Somit kann die Macht der USA, ungeachtet seines Wohlstands und seiner militärischen Stärke, nur innerhalb eines kosmopolitischen Rahmens effizient ausgeübt werden. Trotz dieser Veränderungen ist die Außenpolitik der USA jedoch immer noch im Horizont des Kalten Krieges befangen. So wird die amerikanische Macht die zukünftige globale wirtschaftliche und politische Entwicklungen nur beeinträchtigen.

Die sich veränderten Weltpolitik führt heute dazu, dass die stärkste Macht seit dem Römischen Reich nicht mehr einige ihrer wichtigsten internationalen Ziele im Alleingang erreichen kann. Die USA verfügen nicht über die internationalen und innenpolitischen Voraussetzungen für die Lösung innerer Konflikte anderer Gesellschaften und für die Überwachung sowie Kontrolle von transnationalen Transaktionen. Die meisten ernsthaften Weltprobleme, wie z. B. die internationale Finanzstabilität, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Drogenschmuggel, die Verbreitung von Krankendheiten sowie der globale Klimawandel, sind nicht durch militärische Gewalt einfach zu lösen. Beim dreidimensionalen Schachspiel der Weltpolitik – wie Nye (2003 u. 2003a) es beschreibt – können die USA nur gewinnen, wenn sie horizontal und vertikal, also in allen drei Bereichen, agieren. Im militärischen Bereich verfügen die USA über eine Hegemonialmacht. Im Bereich der Wirtschaft ist die amerikanische Macht gegenüber der Europa, Japan und Ostasien nicht dominant. Hier müssen die USA mit der Europäischen Union, Japan und anderen Mächten kooperieren, um die gewünschten Ergebnisse in Fragen Handels, der Bekämpfung von Monopolen oder

finanziellen Reglements zu erzielen. Im Bereich der transnationalen Beziehungen haben USA weniger oder gar kaum Chance, die unterschiedliche Akteure und vielfältige Aktionen zu kontrollieren. Die Welt ist also in diesem Sinn nicht unipolar und kann auch nicht als amerikanisches Empire bezeichnet werden.

Die USA ist mächtig, aber nicht mächtig genug für ein amerikanisches Imperium. Es wird den USA nicht gelingen, den Aufstieg jedes Konkurrenten in bezug auf globale Hegemonie zu verhindern, so wie es die neue amerikanische Nationale Sicherheitsstrategie (NSS 2002) fordert. Solcher Versuch riskiert eine übermäßige Ausdehnung, der von Niedergang gefolgt ist (Vgl. Ignatieff 2003). In dem Zeitalter der Globalisierung ist eine Mission, die räumlich gebunden ist und von einer einzigen Kraftquelle ausgeht, nicht mehr durchführbar. Die Globalisierung verträgt keinen arroganten Hegemon. Die USA können sich es nicht mehr leisten, „internationale Gemeinschaft“ weiter zu missachten, wie die Neokonservativen es tun. „Und diese erträgt einen Hegemon ebenso wenig und wird sich gegen ihn aufbäumen und erheben“ (Leggewie 2003: 216). Die Welt braucht keine militärische Maschine der USA und möglicherweise nicht einmal eine amerikanische Vorherrschaft. Die USA haben keine Ordnung für die Welt geschafft. Es gab mit der amerikanischen Hegemonialmacht nach dem Ende des Kalten Krieges mehr Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus als zuvor (Vgl. Mann 2003). Wenn die USA die Hegemonie haben wollen, dann müssen sie sich an die internationalen Regeln und Normen halten und auf das Konzept eines Empire verzichten. Ansonst werden die USA bei einem Scheitern der imperialen Politik auch die Hegemonie verlieren.

4.3.2 EU-Europa: Eigenartigkeit, Politik und Fähigkeit

Die Europäer wünschen sich eine führende Rolle in der neuen Weltordnung. Die EU will ein globaler Akteur sein, der zu einer friedlichen, sicheren und solidarischen Welt beiträgt. Europa will die restliche Welt so ordnen, wie es seine eigene Welt ordnet. Die EU sieht sich beispielweise in der Erklärung des Europäischen Rates von Laeken als Stabilitätsfaktor und Vorbild in der Welt. Als eine Weltmacht will sie jede Form von Gewalt, Terror und Fanatismus bekämpfen und die Globalisierung solidarisch einrichten. (Schelonke 2004: 195)

Ist Europa zu einer führenden Rolle in der Weltpolitik fähig? Auf welcher Art und Weise will Europa die globalen Bedrohungen und Konflikte bewältigen? Bleibt Europa ein Juniorpartner der USA? Oder hat Europa eine Chance, als ein gleichberechtigter Partner auf der Weltbühne zu agieren?

4.3.2.1 Europäische Position und Haltung gegenüber den USA

4.3.2.1.1 Die Haltung Europas nach dem 11. September 2001

Die Europäer reagierten zuerst auf die blutigen Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und den Pentagon in Washington mit Sympathie und Solidarität. Den USA versprachen die EU und die europäischen Staatsoberhäupter ihre Solidarität bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als erstes europäisches Staatsoberhaupt flog der Präsident Chirac nach New York, um dort seine Anteilnahme auszudrücken. Der britische Premierminister Tony Blair unterstützte den US-Präsidenten Bush dabei, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, und zeigte eindeutig die Absicht, dass Großbritannien sich an einer militärischen Operation der Vereinigten Staaten beteiligen würde. Gerhard Schröder, der deutsche Bundeskanzler, erklärte die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA und drückte ebenfalls die Bereitschaft Deutschlands zu militärischem Vorgehen aus. Die europäischen NATO-Verbündeten erklärten sich zum ersten Mal in der Geschichte der NATO mit der Anwendung des Artikels 5 des Washingtoner Vertrags einverstanden, der den Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf die gesamte Allianz definiert. (Müller 2003: 161; Bierling 2004: 459) Deutschland zeigte sofort ihre Unterstützung für das von den USA geplante militärische Vorgehen in Afghanistan. Frankreich wollte auch zur militärischen Operation in Afghanistan beitragen. Sein Beitrag war allerdings geringer als der deutsche (Müller 2003: 163). Großbritannien spielte dabei als der großen Partner der USA und unterstützte die Amerikaner mit Rat und Tat.

Jedoch hatte die europäische Solidarität mit den Opfern der Anschläge vom 11. September 2001 und den USA nicht lange gedauert. Nach der Afghanistan-Operation distanzieren sich manche EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Belgien dann von dem militärischen Vorgehen der USA gegen den Irak. Die Solidarität Europas mit den USA endet also an dem Irak-Krieg (Siehe Kapitel

4.2.1). Der US-Präsident Bush wurde bereits im Januar 2002 wegen seiner Rede zur Nation, in der er den Irak, Nordkorea und den Iran als „Achse des Bösen“ (axis of evil) bezeichnete, von Europäern kritisiert. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder lehnte jede deutsche Beteiligung an einem Krieg kategorisch ab: „Unter meiner Führung wird sich Deutschland an einer Intervention im Irak nicht beteiligen“ (Zitiert nach Bierling 2004: 460). Schröder verurteilte einen Alleingang der USA und verzichtete sogar auf jede Beteiligung der Bundeswehr an einer durch einen Sicherheitsratsbeschluss legitimierten Operation. Frankreich, Deutschland und Belgien widersetzten sich im März 2003 der Einleitung von NATO-Maßnahmen, die dem Bündnispartner Türkei im Fall des Krieges Hilfe vor potenziellen Angriffen des Irak bewilligen sollten (Vgl. ebd.). Das türkische Parlament lehnte wenig später die Stationierung von amerikanischen Angriffstruppen im Land ab. Außerdem verweigerte die große Mehrheit der Bürger in den europäischen Staaten die Zustimmung zu einem Krieg ohne UN-Mandat, während die amerikanische Öffentlichkeit eine Militäraktion gegen den Irak unterstützte. Frankreich und Deutschland, mit Unterstützung von Russland und China, hatten Mitte März 2003 im Sicherheitsrat die amerikanische Forderung nach einer weiteren Einschließung, die Verstoß des Irak gegen Resolution 1441 unterstreichen und eine Ermächtigung des Irak-Krieges äußern sollte, zunichte gemacht. Die USA erhielten dabei nur von Großbritannien, Spanien und Bulgarien die Zustimmung und könnten somit die für eine Verabschiedung notwendigen 9 Stimmen unter den 15 Mitgliedern nicht erreichen. Im Sicherheitsrat drohte Frankreich auch aufrichtig mit einem Veto.

Während das „alte Europa“ (so der US-Verteidigungsminister Rumsfeld am 22. im Januar 2003), also Frankreich, Deutschland und Belgien, die Irakpolitik der Bush-Regierung ablehnte, unterstützten die meisten Regierungen des „neuen Europa“, wie z. B. (neben Großbritannien und Spanien) viele mittel- und osteuropäische Staaten, das amerikanische Vorgehen gegen den Irak. Die Staats- und Regierungschefs von Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal, Ungarn, Polen, Dänemark, Tschechien erklärten am 30. Januar 2003 ihre Solidarität mit den USA.¹⁰⁶ Auch schlossen sich die Staats- und Regierungschefs von Albanien,

¹⁰⁶ „United We Stand“, in: Wall Street Journal/Europe vom 30. Januar 2003.

Bulgarien, Kroatien, Estland, Litauen, Lettland, Mazedonien, Rumänien, Slowakei sowie Slowenien am 5. Februar 2003 mit einer Erklärung an.¹⁰⁷

4.3.2.1.2 Kontroversen zwischen Europa und den USA – Anspruch Europas

Die Beziehung zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verändert. Seither vergrößern die Differenzen oder die Kontroversen zwischen den USA und den europäischen Staaten in der internationalen Politik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Handelspolitik. Vor allem haben die folgenden Ereignisse diese Veränderungen verursacht (Tudyka 2003: 96):

- Die Beendigung des Ost-West-Konflikts, die den Warschauer Vertrag und den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ostmittel- und Südosteuropa, den Zerfall der UdSSR und den Systemwechsel in den Staaten Ostmitteleuropas auflöste. Diese Staaten zeigten ihre Bereitschaft zum Beitritt der Organisation des Nordatlantikvertrags und zur Mitwirkung in der Partnerschaft für den Frieden.
- Die neuen Regionalkonflikte, also das militärische Engagement der Vereinigten Staaten in Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo.
- Der ab 2001 erkennbare politisch-militärische Strategiewechsel der Bush-Regierung, die sich zu alleiniger Aktion offen und verstärkt neigt, von multilateralen Institutionen abkehrt und sich zu einer Relativierung des Völkerrechts in Bezug bekennt.

Die USA und Europa unterscheiden sich, Joseph S. Nye zufolge (Joseph S. Nye 2001: 31f.), vor allem durch das Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik, den Protektionismus, die soziokulturellen Unterschiede, das Militärpotenzial, die komplexen Entscheidungsstrukturen, die exterritorialen Gesetze und Rechte der USA (wie z. B. der Helms-Burton-Act von 1996, der die Bestrafung von Ländern mit Handelsbeziehungen zu Kuba vorsieht, was entsprechend auch für Iran, Libyen, Syrien möglich ist). Es geht bei diesen und anderen, besonders seit Ende des Kalten

¹⁰⁷ „Erklärung der zehn Länder der Vilnius-Gruppe vom 5. Februar 2003“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3 (2003), S. 374.

Kriegs erkennbar gewordenen und neu aufgetretenen Differenzen und Kontroversen um unterschiedliche Interessen, Bedrohungsvorstellungen und Auffassungen, wie mit ihnen umzugehen ist und in welche globalen Ordnung diese in welcher Art und Weise am besten vertreten werden können. (Tudyka 2003: 98 f.) Die amerikanisch-europäischen Kontroversen drücken sich insbesondere in den folgenden Punkten auf unterschiedlicher Weise aus:

- Unilaterale und multilaterale Vorgehensweisen: Die USA und Europa streiten sich über/um den Multilateralismus und das Völkerrecht. Sie vertreten unterschiedliche Auffassungen zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen sowie zur Bedeutung der Vereinten Nationen und anderer internationalen Organisationen, wie der OSZE. Im Irak-Streit wollten die USA im Alleingang handeln, während sich eine Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten den Weg über den Sicherheitsrat der UNO wünschte. Die Kontroversen zeigten sich besonders in der Haltung der USA gegenüber der internationalen Gemeinschaft, ihren Rechten und Institutionen, wie z. B.: Die Weigerung der Ratifizierung des Abkommens über den Internationalen Strafgerichtshof (und die folgte Blockade des Sicherheitsrates, die das Fortbestehen der UN-Missionen zunächst in Bosnien und Herzegowina und dann anderswo in Frage stellte) und der Widerstand gegen internationale Vereinbarungen, wie den ABM-Vertrag, das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, den Abmachungen über die militärische Nutzung des Weltraumes, eine Konvention zur Bio-Waffen-Verifizierung und das Kinderschutzabkommen der UNO. (Tudyka 2003: 97) Im Gegensatz zu den USA wollte die EU dem umfassenden Atom-Teststoppvertrag beitreten, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) stärken, die Biowaffenkonvention anerkennen und verbindliche Richtwerte für die Verminderung der Treibhausgasproduktion und des Energieverbrauchs fordern. Ein weiterer kontinuierlicher Streitgegenstand ist die schlechte Zahlungsmoral der USA gegenüber den Vereinten Nationen und die inzwischen gängige politische Praxis der USA, internationalen Organisationen durch Kooperationsverweigerung abzustrafen. Die Europäische Union ist Vertreter einer multilateralen Kooperation. Hingegen neigen die Vereinigten Staaten unter der Führung der Bush-Regierung immer stärker zu dem Unilateralismus.

- Der Irak-Krieg: Mit der Irak-Krise (2002/03) verschärfte sich die Kontroverse zwischen den USA und Europa. Die USA und Europa stritten sich also um die Drohung sowie die Führung eines Angriffskrieges gegen den Irak. Der von den USA geplante Krieg gegen den Irak (2003) traf in Europa auf Widerstand und schaffte stärkere Irritationen unter den europäischen sowie den transatlantischen Bündnispartnern. Tony Blair stellte sich zwar ohne Einschränkungen auf die Seite der USA und somit erklärte die Bereitschaft seiner Regierung zur politischen und militärischen Unterstützung eines amerikanischen Feldzugs gegen den Irak. Dennoch war die Bevölkerung in Großbritannien überwiegend und dauerhaft dagegen, dass sich Großbritannien an einem Krieg gegen Irak beteiligt. Selbst in der Labour Party bewegte sich Kritik an Blair. Ganz anders als Blair äußerte Bundeskanzler Schröder, dass sich Deutschland auf keinen Fall an einem Krieg gegen Irak beteiligen wollte. Frankreich verstand zwar die Funktion der Gewaltandrohung für die Wiederaufnahme der Inspektionen, lehnte aber einen Regierungswechsel im Irak nachdrücklich ab. Somit wurde Frankreich zum augenscheinlichen Widersacher der USA und Briten im Sicherheitsrat der UNO. (Müller 2003: 169 ff.) Silvio Berlusconi verbeugte sich vor seinem proamerikanischen Kurs stetig weiter und betrieb die demonstrative Loyalität mit der konservativen Regierung der USA. Ähnlich wie Italien stand Spanien auch auf der Seite der Bush-Regierung.¹⁰⁸
- Nahost-Politik: Die europäische Haltung gegenüber Israels Politik kontrastiert mit der amerikanischen. Der israelischen Politik und ihren hervorragenden Vertretern steht Europa kritischer als die USA gegenüber (Vgl. Gordon 1998). Die USA unterstützten fast kritiklos die militärische Aktion der Scharon-Regierung in den West Bank und in Gaza. Im Jahre 2002 lehnten die USA eine internationale Nahost-Konferenz ab. Sie demonstrierten ihre einseitige Parteinahme für den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon und demütigten die Palästinenser. Dagegen erhielt Scharons Politik in Europa Missstimmung und offene Kritik. Das Lob vom George Bush für Ariel Scharon als „Mann des Friedens“ fanden in Europa überhaupt kein Verständnis. Das amerikanische Abkehren von Yassir Arafat hielten die europäischen Staaten für bedenklich, trotz des Erkenntnisses der europäischen Länder über die

¹⁰⁸ Times, 30. Januar 2003.

Unfähigkeit und Korruption der Behörde Yassir Arafats sowie über ihre Duldung terroristischer Aktivitäten (Müller 2003: 164). Die einseitige Parteinahme der USA wurde von den Europäern einträchtig mit großer Befürchtung wahrgenommen.

- Die Schurkenstaaten: In der Debatte über den Schurkenstaaten stellen sich deutliche Unterschiede zwischen Europa und den USA dar. Die Ansprache Bushs zur Lage der Nation im Januar 2002, in der der US-Präsident die „Achse des Bösen“ – also die drei Gegner Irak, Iran und Nordkorea – angriff, fand in Europa geringe Anerkennung. In der Korea-Frage vertritt Europa eine ganz andere Sicht als die der USA. Die USA aberkennen der so genannten südkoreanischen Sonnenschein-Diplomatie. Diese ablehnende Haltung der USA schwächte und unterbrach die vorsichtigen Versuche zur Entschärfung der koreanischen Gegensätze. Ein Meinungs austausch zwischen Nord- und Südkorea war zustande gekommen. Es entstand schon erste vorsichtige Öffnungsversuche zwischen beiden Seiten. Europa interessierte sich, im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), für eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses auf der Halbinsel und wollte von dieser europäischen Linie (auch nach der Bush-Rede) nicht abgehen. Außerdem wurde der scharfe Angriff der amerikanischen Regierung gegen den Iran von dem EU-Kommissar Chris Patten, der für die Außenpolitik zuständig war, heftig kritisiert.¹⁰⁹ Nach europäischer Sicht existierte in der Islamischen Republik eine äußerst heikle Balance zwischen der konservativen religiösen Führung und der liberalen, gewählten Regierung von Präsident Sayed Mohammed Khatami. Mit dem „kritischen Dialog“ versuchte die EU, die Reformer um den Präsidenten Khatami zu stärken. (Vgl. Polenz 2002) Der europäischen Abwägung nach konnte die pauschale Verurteilung des Landes als Ganzes die Position der Reformer schädigen. Denn es ist offenkundig, dass die Drohung von außen eine innere Vereinigung mit sich bringt und dass dies folgerichtig eine Annäherung an den Westen verhindert. Schon zeigte sich bei den europäischen Verhandlungen über ein Handelsabkommen einen Erfolg, dass der Iran im Januar 2003 die Steinigung als Strafe für Ehebruch abbrach. (Vgl. Donovan 2002) In der Kuba-Politik halten die USA an der Verlängerung des

¹⁰⁹ EU's Patten criticises US foreign policy: news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/1819615.stm.

destruktiven Embargos gegen Kuba fest. Dagegen bemüht sich die EU um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Kuba (Tudyka 2003: 97 f.).

- Die transatlantische Sicherheitspolitik: In der europäischen Sicherheitspolitik herrschen die amerikanisch-europäischen Kontroversen bei den Fragen einer Erweiterung der NATO und der Europäischen Union, des Aufbaus eines nationalen Raketenschutzschildes (NMD), der Schaffung einer europäischen Verteidigungspolitik, des Oberbefehls über NATO-Verbände, der Stationierung, der Verwendung, des Einsatzes und des etwaigen Rückzugs von US-Truppen in und aus Europa, des Betriebs des Telekommunikations-Überwachungssystems (Echelon) in Großbritannien. Zwischen den USA und Europa existieren unterschiedliche Sicherheitskonzepte, Strategien und Auffassungen über die Rüstungshaushalte. Die europäischen Länder vermissen „power-sharing“. Hingegen bestanden die USA allein auf „burden-sharing“. (Tudyka 2003: 98) Die Weiterexistenz der NATO wurde zum ersten Mal ernstlich in Frage gestellt. Das rücksichtslose Streben der Bush-Regierung nach amerikanischer Weltvorherrschaft erhöhte die Entfremdung mit dem „alten Europa“. Die Bush-Regierung verweigert in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik bis heute eine echte europäische Sicherheitspolitik. Die USA bewerten die europäischen Sicherheitskonzepte, wie z. B. eine Additive europäische Lösung bzw. eine Verselbständigung der GASP bzw. GESVP neben der NATO, negativ. (Gehler 2005: 329; vgl. Fröhlich 1998)
- Die wirtschaftlichen sowie handelspolitischen Kontroversen: Schon seit langem bestehen die wirtschaftliche und handelspolitische Gegensätze zwischen den USA und Europa. Sie zeigten sich z. B. in Streitfragen von Stahlimporten, den Bananenzulizenzen, dem Import von Hormonfleisch, amerikanischer Exportförderung sowie den europäischen Einfuhrkontingente für Soja und Mais. Das alte Westeuropa verfügte mit dem 1994 in Kraft getretenen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) über den stärksten und produktivsten Weltwirtschaftsraum. Statt dem bisher verfochtenen Prinzip des „free trade“ forderten die USA inzwischen „fair trade“. Europa wurde in der WTO von den Vereinigten Staaten anders angesehen als es noch im GATT der Fall war. Die USA sind heute nicht mehr als „europäische Macht“ mit dem ERP und dem GATT in Europa vertreten. Sie stehen nun folglich als ehemalige europäische

Macht mit der WTO mehr außerhalb bzw. neben Europa. Seit Jahren tobt ein heftiger und aufgebracht geführter Handelskrieg mit wechselseitigen Klagen im Rahmen der WTO. (Gehler 2005: 329)

- Die Menschenrechtspolitik: In der Menschenrechtspolitik sind die unterschiedlichen Meinungen zwischen den USA und Europa über die Achtung der Menschenrechte, die Behandlung von Kriegsgefangenen (beispielsweise in dem Konzentrationslager auf Guantánamo), das Verbot und die Durchführung der Todesstrafe außerordentlich auffällig.
- Lokale Kontroversen: Die lokal auftretenden Kontroversen zwischen den USA und der EU waren/sind wie z. B. das Anlaufen europäischer Häfen durch atomar ausgerüstete oder betriebene Kriegsschiffe bzw. Unterseeboote, der Betrieb von umweltgefährdenden Radar- und Sendestationen, die Privilegien amerikanischer Militärs (Flugrechte, Siedlungen u.a.m.) (Vgl. Tudyka 2003)
- Die erheblichen innenpolitischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterschiede: Diese Unterschiede zwischen den beiden Kontinenten existieren in unterschiedlichen Traditionen und Wertauffassungen, in bezug auf Gewalt, Waffen, Bestrafung von Verbrechen, Kommerz, Materialismus, Umwelt, privaten Vorrechten, Bedeutung des Staates und der Gesellschaft, des Individuums und der Gemeinschaft (Vgl. Weinzier 2002; Fuchs 2003). Solche innergesellschaftlichen Einflüsse wirken sich sicher auch weltweit überall aus. Die gesellschaftlichen und kulturellen Differenzen zwischen den USA und Europa weisen auf die Bedeutung von Souveränität, die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, im internationalen Recht, besonders die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und die Bedeutung der UNO sowie anderer internationaler Organisationen hin. (Vgl. Haller 2002)

Die Differenzen zwischen den USA und EU-Europa, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt hat, weisen eine strukturelle Gegensätzlichkeit auf und hat die institutionellen Auseinanderentwicklungen bzw. Zweiteilungen zwischen einzelnen EU-Staaten und den Vereinigten Staaten offenbart. Die Beziehung der EU-Länder zu den USA hat sich also nach dem Ende des Kalten Krieges und schließlich im Zeichen der Irak-Krise und der angloamerikanischen Militärintervention von einem akzidentiellen Unstimmigkeit zu einem strukturellen Gegensätzlichkeit entwickelt. Diese strukturelle Gegensätzlichkeit drückt sich in

einem außenpolitischen Spalt, der mit einem verstärkenden Bewusstsein für eine Wertedifferenz, wie z. B. Achtung der Menschenrechte, Umwelt, Bereitschaft zu internationaler Solidarität, Konfliktprävention durch nicht-interventionistische Militärschläge, Unterwerfung unter supranationale Entscheidungsstrukturen, in Wechselwirkung steht. Auch weist die strukturelle Gegensätzlichkeit eine sich zunehmende militärtechnologische Ungleichmäßigkeit der Macht zwischen der EU und den USA auf, die zusammen mit einem steigenden strategischen Gegensatz auftritt. Das Bündnis blieb zerbrochen. Es besteht also keine gemeinsame Operation der NATO im Irak. Der französische Präsident Jacques Chirac erklärte beim NATO-Gipfel in Istanbul am 28. und 29. Juni 2004 gegenüber dem amerikanischen Präsidenten einen Standpunkt zur Zukunft der NATO: „Wir wollen Partner und keine Diener sein“ (Zitiert nach Gehler 2005: 331). Gegenüber dem wiederholten amerikanischen Drängen zur möglichst raschen Realisierung der EU-Aufnahme der Türkei äußerte Chirac es eindeutig, dass die EU keine Einmischungen von Außen in innere europäische Angelegenheiten wolle. Das Ende des Ost-West-Konflikts bildete ganz neue Fundamente, welche die machtpolitische Abhängigkeit Europas von den USA mindern ließen.

4.3.2.2 Das einzigartige Projekt Europas

Als europäische Einigungsaktion hat das europäische Projekt einen langjährigen, mühsamen und schwierigen Entwicklungsprozess. Der erste Schritt auf dem Weg nach einem „Vereinten Europa“ war die Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951, der Frankreich, Deutschland, Italien sowie Benelux-Länder angehörten. 1950 entstand der Plan für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wegen des Spannungsverhältnisses zwischen den West- und Osteuropäischen Ländern. Dieser Plan scheiterte aber an der Ablehnung der französischen Nationalversammlung für ihre Ratifizierung. Die europäische Integration zielte somit vorerst auf dem Gebiet der Wirtschaft. 1958 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Zollunion (EWG) gegründet. Die EWG richtet aufs Ziel, einen gemeinsamen Markt in allen wirtschaftlichen Gebieten zu bilden. Im Dezember 1990 wurde eine „Regierungskonferenz über die Politische Union“ zusammengerufen, um vor allem die Frage einer stärkeren demokratischen Legitimation der Gemeinschaft, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,

der Einführung einer Unionsbürgerschaft, der Erweiterung und Neudefinition der Gemeinschaftskompetenzen und der Stärkung der Wirkkraft der Gemeinschaftsorgane zu untersuchen. Am 7. 2. 1992 wurde der „Vertrag über die Europäische Union“ unterzeichnet, in dem das Ergebnis dieser Regierungskonferenz, gemeinsam mit dem Ergebnis der parallel eingesetzten „Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion“, aufgezeichnet wurde. Infolgedessen wurde die EWG in „Europäische Gemeinschaft“ (EG) umbenannt. Im Rahmen dieser Europäischen Gemeinschaft wird die Wirtschafts- und Währungsunion realisiert. Die EWG wird also als „erste Säule“ der europäischen Integration bezeichnet. Auch wurde eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als „zweite Säule“ der europäischen Einigung eingeführt. Schließlich wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres als „dritte Säule“ eingeführt.

Am 1. Mai 2004 treten 10 neue Staaten wie Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern der Europäischen Union formell bei. Estland, Litauen und Lettland sowie Rumänien, Bulgarien, Slowenien und die Slowakei werden Mitglieder der NATO. Im Juni 2004 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliederstaaten miteinander über die neue EU-Verfassung, die das erweiterte Europa demokratischer und transparenter gestalten sollte. Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten den neuen EU-Verfassungsvertrag in Rom. Frühestens im November 2006 kann die EU-Verfassung erlassen werden, falls sie in den nächsten Monaten in allen 25 Mitgliedsländern ratifiziert werden kann. Mit großer Mehrheit vertraut sich das Europäische Parlament am 12. Januar 2005 der EU-Verfassung an. (Vgl. Gehler 2005)

Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges, kompliziertes Gebilde. Sie hat die verzweigten, ziemlich schwer erkennbaren Strukturen und belastende schleppende Entscheidungsprozesse. Als rechtliche, politische und wirtschaftliche Existenz ist die Europäische Union also eine außergewöhnliche Konstruktion in der Weltgemeinschaft. Die Europäische Union ist auch kein Staat, keine internationale Organisation, sondern ein Verbund von Staaten. Die EU ist bei weitem mehr als ein bloßer Staatenbund und auch mehr als eine bloße Internationale Organisation (vergleichbar mit etwa der UNO, dem Europarat oder der WTO). (Schelonke 2004:

219 f.) Die EU unterscheidet sich vor allem von klassischen Internationalen Organisationen oder einem Staatenbund durch ihre supranationalen Elemente. Einzigartig sind ebenfalls Aufbau und Funktionsweise der Organe der Europäischen Union. Der Kompromiss ist die Art der Europäischen Union. Es geht also oft in der Europäischen Union um kleinsten „gemeinsamen Nenner“. Sie ist gegenwärtig auf dem festen Grundsatz der Gleichheit von Mitgliedstaaten eingerichtet, z. B. die kleine Republik Malta mit 400.000 Bevölkerung verfügt über dasselbe Vetorecht wie die Bundesrepublik Deutschland mit 84 Millionen Bewohnern; der Kommissar aus Estland übt in der Kommission gleich soviel Einfluss wie der aus Großbritannien aus. (Verheugen 2005: 35) Die Europäische Union wird also oft auch als "System sui generis" dargestellt. Sie verweist alle Merkmale einer regulären internationalen Organisation. Allerdings gehen die Tiefe der politischen und ökonomischen Zusammenführung der Mitglieder, der Reichweite der rechtlichen Einrichtung und das Ausmaß der Übertragung nationaler Hoheitsrechte weit über das übliche Maß hinaus. Supranationale und intergovernmentale Wesen in einer säulenartigen Struktur sind in der Europäischen Union miteinander verbunden. Diese Struktur enthält die Europäische Gemeinschaft, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie den EU-Vertrag als übergeordnetes Bindeglied. Die Europäische Union hat sich in einem schrittweisen sachlichen Einigungsprozess von einem anfänglich ökonomischen Vereinigung zu einem komplexen System rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Interdependenzen entwickelt.

Als ein Verbund von Staaten darf die Europäische Union, die nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung gestaltet wird, allerdings nicht verbindlich über die eigene Kompetenz entscheiden. Von Vertragsergänzungen nach Art. 48 EU ist die Europäische Union zur Vergrößerung ihrer Befugnisse strukturell abhängig. Die Macht der EU ist somit auch gering. Sie verfügt selbst noch kaum über eigene Zwangsmittel vollstreckungsmäßiger, polizeilicher oder militärischer Art. Die EU kann mangels „Kompetenz-Kompetenz“ (Schelonke 2004: 220) und Zwangsmittel daher nicht als „souverän“ charakterisiert werden. Außerdem verfügt die Europäische Union nicht über umfangreiche Gebietshoheit, wie diese für Staaten notwendig ist (Vgl. Bergmann 2001).

Innerhalb der Europäischen Union gibt es keine einheitlichen Vorstellungen über das endgültige Ziel. Großbritannien, Schweden und Dänemark haben den Euro nicht

eingeführt. Nur bei einigen Gesichtspunkten der Zusammenarbeit im Rahmen des Schengensystems wirken Großbritannien und Irland mit. Dänemark beteiligt sich nicht an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Unsicherheit über das endgültige Ziel oder über den richtigen Weg besteht darin, dass es der EU an Identifikation mangelt. „Die Europäische Union macht es den Menschen auch nicht leicht, sich mit ihr zu identifizieren. Ein Ratspräsident ist keine Queen, die Kommission ist keine Regierung, und auch das Parlament wird im Alltag wenig wahrgenommen. Es gibt eine Flagge, es gibt eine Hymne, aber wir sind noch weit davon entfernt, dass sich ein Deutscher, ein Pole, ein Ire ganz selbstverständlich auch als Bürger Europas versteht“ (Verheugen 2005: 54-55). Außerdem gibt es in der größeren Europäischen noch viele nationale Vetorechte. Somit ist es nicht einfach, die relevanten Probleme in der EU konsensfähig zu bewältigen (Vgl. Yenal 2004).

Zwar gewinnt die europäische Integration mit dem EU-Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten eine neue Phase, in der die EU einen Erfolg ihrer Strategie des Stabilitätsexportes gegenüber den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) sieht. Daraus entsteht aber eine Herausforderung für die alten wie die neuen Mitglieder der EU. In der größeren Union vereinigten sich Länder mit sehr unterschiedlichem ökonomischem Entwicklungsstand einerseits. Es kommen andererseits darin auch politische Eliten mit grundverschiedenen Generationenerfahrungen und mit Interessen von unterschiedlichen Europabildern zusammen. Die 15 Mitgliedsländer der EU haben es nicht gekonnt, durch eine Reform der Agrar- und der Strukturpolitik einen längerfristig tragfähigen Finanzrahmen für die erweiterte Union zu gestalten. Die 25 Mitglieder haben es in der Regierungskonferenz 2003 versäumt, mit der europäischen Verfassung ein Institutionssystem zu realisieren, das die Handlungsfähigkeit der erweiterten Union besser sichern würde als der Vertrag von Nizza. (Kreile 2004: 668 f.) Die Probleme der Handlungsfähigkeit und Regierbarkeit der künftigen EU mit 25 und mehr Mitgliedern werden also durch dem EU-Beitritt der MOE-Staaten verschärft. Außerdem verursacht die fortschreitende Europäische Integration eine Identitätskrise europäischer Bürger. Durch die jüngste Erweiterung von 15 auf 25 EU-Mitglieder ist die Furcht vor Identitätsverlust in den alten EU-Ländern intensiviert geworden. „Strukturen, Kompetenzverteilung und Entscheidungswege der EU sind für Bürger womöglich noch undurchsichtiger geworden. Die

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen sank im Jahre 2004 auf ein historisches Niedrigniveau. Von einer ‚Nation Europa‘ ist die Gemeinschaft weit entfernt, so dass die Identifikation des Einzelnen mit Europa auch nicht an die Stelle der Identifikation mit der eigenen Nation treten kann. Die ungünstige wirtschaftliche Lage verstärkt diesen Trend noch, da ein wesentliches Argument zur Legitimierung der europäischen Integration stets der wachsende Wohlstand war. Mit der Formulierung einer Europäischen Verfassung ist zudem keineswegs der ‚große Wurf‘ gelungen, den viele Europabegeisterte erhofft hatten. Vielmehr handelt es sich bei dieser Verfassung eher um die Zusammenfassung der bisherigen Verträge unter einem neuen Namen“ (Voigt 2005: 167).

Bei der Einigung einer gemeinsamen Position besteht in der Europäischen Union oft der sogenannte „kleinste gemeinsame Nenner“. Dieser europäische Charakter ist im Bereich der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP)¹¹⁰ außerordentlich stark auffallend. Jeder Nationalstaat betrachtet Außenpolitik als seines zentralen Gebietes und seiner Profilierung in der Welt. Die meisten Mitgliedsländer der EU wollen ihre außenpolitischen Rechte nicht so gerne an die EU übertragen. Die Mitgliedstaaten der EU hüten auf der EU-Ebene eifersüchtig ihre Prerogative und pflegen stets nur ihre nationalen Egoismen. Auf dieser Weise unterstützte Großbritannien zum Beispiel im Sommer 2002 die Position der USA ohne vorherige Unterredung mit der EU. Auch ohne Konsultation mit der EU verweigerte Deutschland jegliche Militäraktion gegen den Irak (also auch mit Mandaten des Sicherheitsrats). Frankreich, Deutschland und Belgien zählen zu den Kriegsgegnern. Großbritannien, Italien, Spanien, Polen u.a. gehören zu den Befürwortern der Militäraktion gegen den Irak. Auf diese Weise entstanden entgegengesetzte Haltungen in der Europäischen Union. Aufgrund des tiefen Zerwürfnisses konnte die EU durchaus in der Irak-Krise kaum als politischer Akteur auf der internationalen, globalen Ebene auftreten. (Schelonke 2004: 194; vgl.

¹¹⁰ Die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union lauten wie folgt: 1) Entwicklung einer europäischen Außenpolitik; 2) Stärkung der Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen; 3) Förderung der internationalen Kooperation; 4) Schützung des Weltfriedens und Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) und den Zielen der Charta von Paris (1990); 5) Wahrung der gemeinsamen Werte (wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten), der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Europäischen Union. (Algieri 2004: 198; Schley/Busse/Brökelmann 2004: 166ff.)

Weltalmanach 2004) So kann die begehrte Vergemeinschaftung der Außenpolitik durch die Europäische Union nur sehr schwer erreicht werden. Die EU kann auf dieser Weise im Sachbereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nicht mit „einer Stimme“ oder dem „gemeinsamen Handeln“ als eine Einheit auf der Weltbühne sprechen und auftreten. Die Irak-Krise hat die EU-Mitgliedsländer (besonders die im UN-Sicherheitsrat vertretenen Länder) tief gespalten. Die betreffenden EU-Mitgliedsländer haben mit ihren unterschiedlichen Haltungen die Autorität ihres eigenen Vertragswerks (Artikel II des EU-Vertrags) verletzt und das Ansehen der EU als globaler Krisenmanager schwer beeinträchtigt.

Abbildung 9: Spaltung der EU im Falle des Irak-Kriegs

Länder, die zu Kriegsbeginn zur „Koalition der Willigen“ mit den USA	Länder, die sich gegen einen Krieg (ohne UN-Mandat) ausgesprochen haben	Anteil der Bevölkerung, der sich gegen den Krieg ausgesprochen hat
Großbritannien	Frankreich	90 % (GB)
Spanien	Deutschland	77 % (Frankreich)
Italien	Belgien	71 % (Deutschland)
Polen	Österreich	91 % (Spanien)
Dänemark		84 % (Belgien)
Niederlande		80 % (Niederland)
Ungarn		72 % (Polen)
Mazedonien		61 % (Italien)
Tschechische Republik		65 % (Tschech. Rep.)
Rumänien Bulgarien		57 % (Slowakei)
Albanien		70 % (Rumänien)
Slowakei		81 % (Bulgarien)
Litauen		94 % (Türkei)
Lettland		83 % (Schweiz)
Estland		82 % (Ungarn)
Kroatien		90 % (Norwegen)
Slowenien		68 % (Irland)
		50 % (Schweden)
		88 % (Griechenland)
		65 % (Portugal)

Quelle: Schelonke, Michael 2004: Die Zukunft Europas- Europapolitik vor neuen Herausforderungen, Paderborn, S. 195.

4.3.2.3 Gewicht Europas

4.3.2.3.1 Wirtschaft

Die Bevölkerung der erweiterten EU-25 beläuft sich auf 455 Millionen Menschen (im Vergleich zu 280 Millionen US-amerikanischen Bürgern) – sie macht 7 Prozent der Weltbevölkerung aus. Die EU mit 25 Mitgliedern erwirtschaftet ein Viertel des weltweiten Bruttosozialprodukts. Der Euro – die europäische Währung – tritt schon als zweite Weltreservewährung neben den US-Dollar auf. Die EU ist auf diese Weise eine ökonomische Weltmacht und ein mächtiger Akteur in weltweiten Wirtschaftsverhandlungen.

Die Europäische Union ist die stärkste Macht des Welthandels. Sie war im Jahre 2004 der zweitgrößte Importeur mit 18 Prozent Anteil an allen Importen der Welt. Die USA waren der größte Einführer mit 20,7 Prozent Anteil (China mit 7,2, Japan mit 6,2 und Kanada mit 4,2 Prozent). Die Europäische Union ist aber der stärkste Exporteur weltweit mit 18 Prozent Anteil (die USA mit 11,9, China mit 9,1, Japan mit 7,9 und Kanada mit 4,7 Prozent). Mit einem Anteil am Welthandel von 18 Prozent ist die EU der größte Handelsmacht der Welt. Als zweitgrößte Handelsnation kommen die USA mit 16,4 Prozent (China mit 8,1, Japan mit 7,0 und Kanada mit 4,5). Das Handeln zwischen den EU-Mitgliedsländern wird hier jedoch nicht berücksichtigt.

Die EU erzielt einen Anteil am Welthandel von 40 Prozent, wenn die Ein- und Ausfuhren aller EU-Länder zusammengezählt wird. Die USA haben einen Anteil am Welthandel (also mit Im- und Exporten) von 16,3 Prozent (Chinas von 5,6 Prozent und Japan von 4,9 Prozent). Bei den Exporten liegt die EU insgesamt mit 42 Prozent an der Weltspitze. Die USA folgen mit 9,1 Prozent. China kommt mit 6,9 Prozent und Japan mit 6,0. Beim gesamten Welthandel führt Europa mit 40,9 Prozent. (Verheugen 2005: 179)

Der Anteil Europas am weltweiten Bruttosozialprodukt (BSP) nimmt sich aber langsam und dauernd ab. Das Wachstum in der EU erfolgt schleppender als das Wachstum in anderen Weltregionen. Zwischen 1980 und 2002 ging die Wirtschaftskraft in Europa bereits verhältnismäßig zurück. 1980 erwirtschaftete die EU-15 bei einem größeren Bevölkerungsanteil noch 111 Prozent des

Bruttosozialprodukts (BSP) der USA. Im Jahr 2002 macht der Anteil aber nur noch 94,3 Prozent des BSP der USA aus.

1999 beträgt das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt (BSP) der USA 155,9 Prozent der EU-25. Im Jahr 2004 ist es leicht auf 154,7 Prozent des EU-25-Durchschnitts gesunken. Das Pro-Kopf-Einkommen der EU-15 sinkt verhältnismäßig zum Pro-Kopf-Einkommen der neuen EU-25 (also von 110 Prozent auf 108,9 Prozent). Dabei treten negative Trends in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Schweden hervor. In Luxemburg, Großbritannien, Irland und den neuen EU-Mitgliedstaaten sieht das Wirtschaftswachstum besser aus als in anderen Ländern Europas.

Im Jahr 1979 machte der relative Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung in Europa (EU-15) 57,5 Prozent aus und 2001 70,4 Prozent. 1979 betrug Verarbeitendes Gewerbe und restliche Industrien 39,2 Prozent. 2001 war der Anteil auf 27,8 Prozent gefallen. In den USA lag der Dienstleistungsanteil 1979 bei 63,2 Prozent. Er ist im Jahr 2001 auf 75,8 Prozent gestiegen. 2001 erlangten Verarbeitendes Gewerbe und übrige Industrien in den USA 22,6 Prozent der gesamten Wertschöpfung.

In den Jahren 1979 bis 1990 stieg die Arbeitsproduktivität pro geleisteter Arbeitsstunde in Europa um 2,2 Prozent von Jahr zu Jahr. Sie wuchs zwischen 1990 und 1995 um 2,3 Prozent pro Jahr an. In den Jahren von 1995 bis 2001 kletterte diese aber nur noch um 1,7 Prozent in jedem Jahr. In den letzten Jahren hat sich die Arbeitsproduktivität in Europa offensichtlich verringert. In den USA stieg die Arbeitsproduktivität zwischen 1979 und 1990 um 1,4 Prozent jährlich. Von 1995 bis 2001 wuchs sie mit jeweils 2,3 Prozent jedes Jahr schneller als in Europa an.

Im Jahr 2003 machte die Arbeitslosigkeit in der EU-25 8,9 Prozent aus. Wahrscheinlich wird sie 2006 bei 8,7 Prozent liegen. Die Arbeitslosigkeit in den USA nimmt voraussichtlich von 6 Prozent im Jahr 2003 auf 5 Prozent im Jahr 2006 ab. 2003 lag die Beschäftigungsquote in der EU bei 63 Prozent (EU-15 bei 64,4). In den USA liegt die Beschäftigungsquote zwischen 2001 und 2003 mit 71,2 Prozent um 8 Prozent über der EU-25, obwohl sie in dieser Periode um 2 Prozent zurückgegangen ist.

Im Jahr 2003 war die Beschäftigung in Hochtechnologiebereichen in der EU höher als in den USA. In Hochtechnologiebereichen arbeiteten 7,1 Prozent aller Beschäftigten in der EU-15 und 6,6 Prozent in der EU-25. Nur 4,65 Prozent von

Berufstätigen waren in den USA in Hochtechnologiebereichen beschäftigt. Die Wertschöpfung in den USA ist jedoch erheblich höher. 23 Prozent der Wertschöpfung werden in den USA mit Hochtechnologie erzielt. Dieser Anteil macht in der EU-15 nur 14,1 Prozent aus. In der EU-25 beträgt er sogar nur 12,7 Prozent. (Verheugen 2005: 180f.)

4.3.2.3.2 Militär/Verteidigungshaushalte

In dem Militärssektor ragt die Europäische Union alle anderen Akteure (außer den USA) in der Welt weitaus über. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union geben jährlich (bis 2003) weit mehr als doppelt so viel wie China, dreimal so viel wie Russland und viermal so viel wie Japan für die Verteidigung aus. (Müller 2003: 156) Die europäischen Rüstungsunternehmen erzielen einen jährlichen Umsatz von etwa 55 Milliarden Euro.

Die gesamten Verteidigungshaushalten in der EU sind aber weit niedriger als der amerikanische. Weniger als die Hälfte des amerikanischen Verteidigungshaushaltes geben alle Mitgliedsländer der Europäischen Union für Verteidigungszwecke aus. (Verheugen 2005: 139) Im Jahr 2003 betragen alle Verteidigungshaushalte in der EU zusammen 160 Milliarden Euro. Der US-Verteidigungshaushalt machte in demselben Jahr 390 Milliarden Dollar aus. Die Investitionen im Verteidigungsbereich in Europa liegen seit Jahren drastisch unter den amerikanischen. Die USA geben 130 Milliarden Dollar pro Jahr für die Beschaffung aus, während Europa nur 30 Milliarden Dollar jährlich dafür zählt. In Europa stehen Investitionen für die Militärforschung in Höhe von 8 Milliarden Euro. Die USA geben dagegen 60 Milliarden Dollar für ihre Militärforschungen aus. (Verheugen 2005: 139f.) Außerdem hatten die Streitkräfte der EU-15 bis 2003 ca. 1,6 Millionen Soldaten, aber mit weniger Ausgaben. Die USA besetzen bei wesentlich höheren Ausgaben nur 1,4 Millionen Personen unter Waffen. (Vgl. Der Spiegel 2003, Nr. 14, S. 54)

Abbildung: 10: Truppestärke der EU-Länder

EU-Länder	Soldaten in Tausend	Militärhaushalt (in Mrd. US-Dollar)
Deutschland	308	26,9
Frankreich	274	32,9
Italien	230	21,0
Großbritannien	211	34,7
Griechenland	159	5,5
Spanien	144	6,9
Niederland	50	6,3
Portugal	44	2,2
Belgien	39	3,0
Österreich	35	1,5
Schweden	34	3,9
Finnland	32	1,4
Dänemark	21	2,4
Irland	11	0,6
Luxemburg	1	0,1
Im Vergleich mit den USA:		
EU (insgesamt)	1,6 Mio.	149,3
USA	1,4 Mio.	322,4

Quelle: Der Spiegel, Nr. 14/2003, S. 54.

Die Kluft zwischen den USA und Europa wird sich in einer nahen Zukunft nicht verringern. Die amerikanischen Verteidigungsausgaben sollen bis 2007 auf 470 Milliarden Dollar jährlich anwachsen. In Europa sind die Verteidigungshaushalte seit den 90er Jahren fortwährend gesunken. (Verheugen 2005: 140) Aufgrund des großen Abstands zwischen Europa und den USA betrachten die USA in militärischem Bereich die Europäische Union nicht als gewichtige Militärmacht und somit nicht als gleichberechtigter Partner (Vgl. Thomas 2000).

4.3.2.4 Europa als globaler Akteur

Die Europäische Union beansprucht eine Weltordnung, in der Europa eine führende Rolle spielt. Sie will ein internationaler Akteur sein, der zu einer friedlichen, stabilen und solidarischen Welt beiträgt. Europa will die übrige Welt so ordnen, wie es seine eigene Welt regelt. Die Europäische Union betrachtet sich als Stabilitätsfaktor sowie Vorbild in der internationalen Staatengemeinschaft. Sie will eine die Globalisierung solidarisch gestaltende Macht sein. Die EU will noch stärker als bisher die neue Weltordnung aktiv mitgestalten und dies dadurch erreichen, dass sie Frieden, Demokratie und Wohlstand nach außen überträgt und gemeinsam mit anderen Weltakteuren gegen die gegenwärtigen globalen Bedrohungen kämpfen.

Die Europäische Union will essenziellen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten. Sie vertritt ein bestimmtes Muster der internationalen Politik, also einen „effektiven Multilateralismus“ (Vgl. Ferrero-Waldner 2005). Das Grundprinzip der EU-Außenbeziehungen ist die Zuneigung zu dem Multilateralismus. Die EU arbeitet an einer auf geteilte Grundsätze und Zusammenarbeit beruhenden Weltordnung. Dafür will sie die Vereinten Nationen und ihre Nebenorganisationen als Ausgangspunkt des multilateralen Systems stärken. Nach Ansicht der EU kann nur multilaterale Kooperation im UN-Rahmen jenes für effiziente globale Aktionen nötiges Maß an politischer Legitimität vermitteln. Gleichzeitig will die EU ihre strategischen Partnerschaften mit anderen Weltmächten wie Russland, China, Indien sowie Brasilien und ihre Zusammenarbeit im G8-Rahmen vertiefen.

Die EU will eine globale Agenda ausarbeiten, in der restlos selbstbewusst europäische Ideen und Interessen eingebracht werden. Dies betrifft die Bereiche von Frieden und Sicherheit sowie von den Welthandel- und internationale Energie- und Umweltfragen. Gleichzeitig interessiert sich die EU auch für die Beschleunigung der strukturellen Reform der UN-Institutionen, insbesondere jene des UN-Sicherheitsrates.

Die EU-25 ist bereits ein globaler Akteur. In den EU-Ländern leben fast eine halben Milliarden Bewohner, also über 450 Millionen Menschen – mehr als die Vereinigten Staaten und Russland zusammen. Die EU ist mit dem größten Bruttonationalprodukt und mit einer gemeinsamen Währung (Euro) der größte Wirtschaftsblock der Welt. Als die größte Handelsmacht der Welt erwirtschaftet sie

ein Viertel des globalen Wohlstands. Der Euro ist gleich nach dem US-Dollar auf den internationalen Märkten die zweitgrößte Handels- und Reservewährung. Die EU leistet mit ihren weltweiten politischen und handelspolitischen Netzwerken wichtige Beiträge zu Stabilität, Sicherheit und Reformen. Die Europäische Union ist der größte Geber von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten 2003 zusammen über 57 % der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe weltweit. Die EU gibt monatlich 500 Millionen Euro für Hilfeprojekte in allen fünf Kontinenten der Welt aus. (Vgl. Europäische Kommission 2004) Sie engagiert sich einer Vielzahl von Krisenmanagementaktionen. EU-Europa und seine politischen Ideen sind äußerst attraktiv in der Weltgemeinschaft. Die europäische Integration oder das europäische Projekt ist offensichtlich ein Vorbild für die internationale sowie regionale Politik geworden. Ende 2003 wurde dieser europäischer Anspruch auf einen globalen Akteur in der sogenannten Europäischen Sicherheitsstrategie bekräftigt. Dazu gibt der europäische neue Verfassungsvertrag weitere bedeutende Bausteine ab. Die EU baut eine Strategie für das 21. Jahrhundert auf, in der sie als entscheidender globaler Akteur auftritt.

Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus steht die EU seit Jahren an vorderster Front. Direkt nach dem 11. September 2001 hat die EU einen umfassenden Anti-Terror-Aktionsplan verabschiedet. Sie ergreift spezifischen gemeinschaftliche Maßnahmen wie das Einfrieren der finanziellen Basis von Terrornetzwerken, die Stärkung der Nachrichtendienste und von Europol, die Einführung eines europäischen Haftbefehles sowie eine gemeinsame Visa-Politik. Die Anti-Terrorpolitik der EU ist schon seit Jahren ein wichtiger Teil europäischer Kooperation mit Drittstaaten (im Polizei-, Justiz- und Zollbereich, und weit darüber hinaus).

In der Frage der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vertritt die EU eine klare Nicht-Verbreitungspolitik. Sie führt den Dialog mit den betroffenen Staaten, der mit politischen und ökonomischen Anreizen und Non-Proliferations- und Abrüstungsprogrammen mit einem Volumen von mehr als 700 Millionen Euro verbunden ist. Im Fall des Iran hat die EU, vertreten durch Großbritannien, Frankreich und Deutschland, versucht, die iranische Führung zu überzeugen, ihr Uranaufbereitungsprogramm zu suspendieren. Außerdem hat sich die EU bemüht, den Iran offensiv in einer breiteren Kooperation zu befestigen und dadurch

Demokratie und Reformen zu fördern. Sie hat Verhandlungen über ein Doppel-Abkommen wieder aufgenommen, das die Handelsliberalisierung und Wirtschaftskooperation sowie politische Themen wie den Nahost-Friedensprozess und Menschenrechts-, Anti-Terrorismus und Non-Proliferationsverpflichtungen einbeziehen soll. Schließlich führt die EU den bi- und multilateralen Menschenrechtsdialog mit dem Iran.

Die EU sieht es, dass die Region des Nahen und Mittleren Ostens eine weltweite strategische Bedeutung für Europa hat. Für die europäische Sicherheit ist die strukturelle Modernisierung dieser Region ohnehin wichtig. Somit unterstützt die EU seit Jahren mit Hilfe wirtschaftlicher Anreize und regionaler Integration Sicherheit, Stabilität und Reformen. Die EU hat immer betont, dass eine Lösung des Israelisch-palästinensischen Konflikts nur auf dem Verhandlungsweg durchführbar ist und auf dem Zusammenleben zweier unabhängiger und souveräner Länder basieren muss. Dazu bietet die EU die erforderliche politische und finanzielle Unterstützung an, um die „Road Map“ zum Frieden zu verwirklichen. Hier werden vor allem der Aufbau und die Stärkung demokratischer palästinensischer Institutionen und die lokalen Wirtschaftsreformen zur Unterstützung der Grundlage friedlicher Politik verstärkt.

Im Irak will EU-Europa zum Gewinn des Friedens beitragen. Die Europäer ersehnen einen demokratischen, friedlichen und stabilen Staat im Irak. Die EU fördert deswegen kräftig den Wiederaufbau im Irak. Im Jahr 2004 hat die EU auf der Madrider Geberkonferenz 1,2 Milliarden Euro für den Irak zur Verfügung gestellt. Für 2005 hat die EU ein neues Wiederaufbaupaket von 200 Million. Damit wurden der Wahl- und Verfassungsprozess im Irak mit 30 Million Euro und das Training zahlreicher lokalen Wahlbeobachter durch die EU unterstützt. (Vgl. Ferrero-Waldner 2005) Die EU bildet beispielsweise beim Wiederaufbau der Wirtschaft und im Gesundheits- und Bildungswesen die Grundlage für ein wirksames Gemeinwesen. Sie will längerfristig im Rahmen vertraglicher Bezugnahmen eine umfassende politische und ökonomische Partnerschaft mit dem Irak herstellen.

Die EU schafft auch Anreize für demokratische Reformen in der EU-Peripherie. Sie hat mit ihrer klaren und einstimmigen Haltung zur politischen Lösung der Krise im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl in der Ukraine beigetragen, in der sich die ukrainischen Bürger zur Demokratie und zu europäischen Werten auf friedlicher

Weise bekennen. Die EU hat also sanften Druck in Richtung einer friedlichen und demokratischen Lösung gemacht und die Durchführung der Wahlwiederholung mit der Entsendung hunderter Beobachter unterstützt.

Bei der Hilfeaktion nach der schrecklichen Flutkatastrophe in Südasiens im Dezember 2004 hat das Zivilkrisenmanagement der EU seine wirksame Leistung gezeigt. Auf der Flutkatastrophe in Südasiens haben die EU und die Mitgliedsländer schnell und effizient reagiert. Am Tag der Katastrophe hat die EU-Kommission schon erste Mittel für humanitäre Hilfe angerichtet. Später wurde ein weiteres humanitäres Notpaket von insgesamt bis zu 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Union hat außerdem die erforderliche Wiederaufbauhilfe im Umfang von bis zu 350 Millionen Euro erschafft. (ebd.) Auf diese Weise ist die Europäische Union die größte Hilfsmacht in Südasiens. Um den Zivilen Krisenmechanismus der EU, den die EU in Südasiens angewandt hat, weiter auszubauen, ergreift die EU folgende Maßnahmen: die bessere Koordination des Zivilschutzes, die humanitäre Hilfe und die massive Unterstützung beim Wiederaufbau, flankierende handels-, fischerei- und gesundheitspolitische Instrumente sowie internationale finanzpolitische Handlungen wie z. B. das Einräumen erweiterter Kreditfazilitäten durch die Europäische Investitionsbank von bis zu einer Milliarde Euro. Außerdem hat die EU-Kommission 2005 für die neue Finanzperiode ab 2007 ein neues Stabilitätsinstrument vorgeschlagen, das eine Brücke zwischen humanitärer Nothilfe und den langfristigen EU-Hilfsprogrammen schafft, damit die EU künftig finanziell noch flexibler reagieren kann.

Die EU ist an allen Unruheherden im Einsatz, zum Beispiel im Irak, in Afghanistan, den Palästinensischen Gebieten und mehreren Teilen Afrikas. Die europäischen Hilfeaktionen ereignen auch in so genannten vergessenen Krisengebieten wie im nördlichen Kaukasus (vor allem in Tschetschenien), in Tadschikistan in Zentralasien, in Nepal, Sri Lanka und Zentralamerika. Die EU führt ihre Soforthilfegelder über ihr Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) durch. ECHO, das 1992 eingerichtet wurde, hat weltweit in über 100 Ländern, die in ernstesten Krisen geraten waren/sind, den Opfern so schnell wie möglich notwendige Ausrüstung und Soforthilfgüter zur Verfügung gestellt. ECHO bezahlt aus seinem Jahreshaushalt von über 500 Millionen Euro auch Ärzteteams, Minenräumungsexperten, Transporte und logistische Unterstützung. (Vgl. Europäische Kommission 7/2004)

Neben dem zivilen Krisenmanagement baut die EU ihres militärisches Krisenmanagement weiter auf. Heute agieren Mitgliedstaaten der EU weltweit als friedenserhaltende Macht. Die Europäische Union übernahm am 31. März die Leitung der Friedensmission für Mazedonien von der NATO. Das war der erste EU-Militäreinsatz. Ende 2004 hat die EU von der NATO die Führung der internationalen Friedenstruppe in Bosnien (SFOR) übernommen. Diese Militärmission (ALTHEA) ist die größte von der EU selbst geführte Operation. (Schelonke 2004: 201)

Abbildung: 11: Operationen der EU im Rahmen der ESVP

Abgeschlossene Operationen	Laufende Operationen	Zukünftige Operationen
<p>CONCORDIA- Militärische Operation der EU in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien</p> <p>ARTEMIS – Europäische Militäroperation in der Demokratischen Republik Kongo</p>	<p>AMM – Beobachtungsmission zur Demilitarisierung in Aceh, Indonesien.</p> <p>EUPOL Kinshasa – Polizeimission der EU in Kinshasa, DR Kongo</p> <p>EUPOL PROXIMA – Polizeimission der EU in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien</p> <p>EUJUST THEMIS – Mission der EU zur Schätzung der Rechtsstaatlichkeit in Georgien</p> <p>EUPM – EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina</p> <p>EUFOR ALTHEA – Militärische Operation der EU in Bosnien und Herzegowina (Übernahme der Mission der NATO-geleiteten SFOR durch die EUFOR – EU-Force)</p> <p>European Union Border Assistance Mission Rafah (EU BAM Rafah) – Unterstützende Kontrollmission am palästinensisch-ägyptischen Grenzübergang in Rafah</p>	<p>BAM Moldawien/Ukraine – Grenzkontrollmission der EU an der moldauisch-ukrainischen Grenze zur Unterbindung des Waffen-, Menschen- und Drogenschmuggels von und nach Transnistrien</p> <p>EUJUST LEX – Integrierte Rechtsstaatsmission der EU im Irak</p> <p>EU COPPS – Integrierte Polizeiunterstützungsmission in Palästina</p>

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Au%C3%9Fen_und_Sicherheitspolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union

Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union hat eine bedeutende sicherheitspolitische Dimension.¹¹¹ Als der größte Handelsblock der Welt hat die EU den ärmsten Ländern der Welt hintereinander Zugang zu europäischer weltgrößten Binnenmarkt eröffnet. Die EU hat 2003 einen bedeutenden Schritt mit der Initiative „alles außer Waffen“ gemacht. Dadurch wurde den 49 ärmsten Entwicklungsländern der quoten- und zollfreie Zugang für alle Produkte zum europäischen Markt gestattet. Die EU hat also zu dem erfolgreichen Abschluss der WTO-Doha-Runde beigetragen. Auf der 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha standen die Interessen der Entwicklungsländer im Mittelpunkt mit dem Beschluss, eine entwicklungsorientierte Welthandelsrunde zu gründen. Die Industrieländer sollen/müssen die bestehenden Handelsbarrieren weiter abbauen (vor allem für die Produkte, wobei Entwicklungsländer günstigere Produktionsbedingungen zeigen), um einen effizienten Beitrag zum Kampf gegen Armut zu leisten. (Schelonke 2004: 216) Die EU unterstützt überdies die regionale Integration zwischen den verschiedenen Partnern der EU zur Bildung langfristiger regionalen Stabilität.

Jährlich geben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten über 30 Milliarden Euro öffentliche Hilfe an Entwicklungsländer aus, von denen rund 6 Mrd. Euro über die Institutionen der EU abgewickelt werden. Die EU will bis 2006 den jährlichen Summe auf 39 Milliarden Euro anheben.¹¹²

Die Europäische Union unterstützt den Schutz der Menschenrechte überall in der Welt. Menschenrechte sind Bestandteil der Handels- und Kooperationsabkommen der EU mit ihren Partnern. Die EU hat mit Staaten wie China und Iran in den letzten Jahren einen Menschenrechtsdialog geführt. Sie hat gegen mehrere Staaten wie Serbien, Burma/Myanmar und Simbabwe wegen Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt. Die EU fördert außerdem wirtschaftlich zahlreiche Aktionen zur Verteidigung der Menschenrechte. Diese Maßnahmen sind etwa wie die

¹¹¹ Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Bedeutung des Begriffs internationale Sicherheit, respektive Internationale Sicherheitspolitik, gewandelt. Bis Ende der 80er Jahre beherrschte die Blockkonfrontation der beiden Supermächte das weltweite politische Geschehen und somit auch die Sicherheitslage. Nun bestimmt eine Vielzahl von Akteuren und komplexen Konfliktlinien die Prozesse und Ereignisse im internationalen System. Daher umfasst der Sicherheitsbegriff nicht mehr allein die politisch-militärische Dimension der internationalen Beziehungen, sondern beschreibt zunehmend auch soziale, ökonomische und ökologische Aspekte.

¹¹² Die EU-Länder haben sich wie andere Industrieländer auch dem Ziel verschrieben, 0,7 % ihres BIP jährlich für Entwicklungshilfe zu zahlen. Jedoch haben lediglich Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden dieses Ziel erfüllt. Die anderen EU-Länder haben ihres Gutmachen zugesichert. Insgesamt liegt der Durchschnitt für die EU bei 0,34 % und damit höher als der von Vereinigten Staaten oder Japans. (Vgl. Europäische Kommission 7/2004)

Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte, die jährlich 100 Millionen Euro bezahlt. Zu den geförderten Maßnahmen gehören: a) Stärkung von Demokratie, verantwortungsvollem Regieren und Rechtsstaatlichkeit, b) Unterstützung der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe, Bekämpfung von Folter und Straflosigkeit sowie Unterstützung internationaler Gerichte und Strafgerichtshöfe, c) Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber Minderheiten und indigenen Völkern. Die EU bewilligt dazu niedrigere Einfuhrzölle für Staaten, welche die wichtigen Arbeitsbedingungen und Arbeitsnormen einhalten, die von der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt werden. (Vgl. Europäische Kommission 7/2004)

Die Europäische Union arbeitet mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der WTO, der NATO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Europarat und regionalen Organisationen in Afrika, Amerika, Asien und im Pazifik zusammen. Die EU ist bewusst, dass globale Probleme nur mit multilateralen Lösungen bewältigt werden können. Sie hält somit ein wirksamer Multilateralismus mit einer starken Organisation der Vereinten Nationen (UNO) im Zentrum für notwendig. Die EU-Länder unterstützen verstärkend die Millenniums-Entwicklungsziele, die von den Vereinten Nationen (UNO) im September 2000 angenommen wurden: Armut und Hunger beseitigen, allen Menschen eine Grundschulausbildung vermitteln, die Gleichstellung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen fördern, die Kindersterblichkeit reduzieren, die Gesundheit von Müttern verbessern, HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen, Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik gewährleisten, eine globale Partnerschaft für Entwicklung begründen. (Vgl. ebd.)

Die Europäische Union als globaler Akteur, der die neue Weltordnung aktiv mitgestalten will, hat ferner bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls, beim Verbot der Anti-Personen-Minen, bei der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs, beim Ausbau der internationalen Energieinfrastruktur oder im internationalen Gesundheitsschutz auch eine wirksame und entscheidende Rolle gespielt.

Für die Menschheit ist EU-Europa, als großartige transnationale Governance, Orientierungshilfen in einer globalisierten Welt. Der europäische Traum gewinnt für die Weltgemeinschaft anwachsend an Anziehungskraft. Die EU dient als Modell für die Integration von Staaten in anderen Weltregionen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs, vor allem nach dem 11. September 2001, hat sich das Verhältnis zwischen Europa und den USA gravierend verändert. Die Europäer fordern immer mehr Unabhängigkeit von den USA und wollen als gleichberechtigter Partner der USA auf der Weltbühne agieren. Europa ist inzwischen die wirtschaftlich stärkste Region der Welt. Die Interessen und gemeinsame Werten Europas unterscheiden sich immer mehr von den der USA, insbesondere in Sachbereichen von Frieden und Kriegen, Umweltschutz, Sozialpolitik u.a. Diese Erfahrung macht die Europäer heute selbstbewusster und unabhängiger als je zuvor. Die Europäer beanspruchen immer mehr eigene, independente Politik gegenüber den USA, beispielsweise in der Wirtschaftspolitik und der GASP.

Die EU könnte ein völlig unabhängiger, gleichberechtigter Akteur gegenüber den USA werden, vorausgesetzt, dass sie über die Fähigkeiten verfügt, ihre militärische Verteidigung selbst zu sorgen und in der Welthandels- sowie Außen- und Sicherheitspolitik mit „einer Stimme“ sprechen und gemeinsam auftreten zu können. Gerade diese Befähigungen können die EU-Mitgliedstaaten heute und auch in einer absehbaren Zeit leider nicht erzielen. (Vgl. Kapitel 4.3.2.4 dieser Arbeit) Die EU könnte nur dann als eine strategische und politische Weltmacht auftreten, wenn die Mitgliedstaaten der EU mit einer Stimme sprechen und gemeinsam handeln. Es gibt noch keine gemeinsame EU-Außenpolitik im Sinne eines weltweiten strategischen Ansatzes (Brok 2003: 56f.). Die EU verfügt also noch nicht über ein europäisches ordnungspolitisches Gegenkonzept zu den USA und somit auch nicht über einen eigenen, koordinierten außen- und verteidigungspolitischen Ansatz. „Die entsprechenden Bemühungen der Europäer, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu schaffen, verfolgen bescheidene Ziele. Ansonsten betreiben die EU-Staaten nationale Verteidigungspolitik, was angesichts der heutigen politischen Rahmenbedingungen und des allgemeinen Standes der europäischen Integration einen Anachronismus darstellt“ (Krause/Grams 2003: 34).

In den Welthandelsverhandlungen kann die EU angesichts ihrer wirtschaftlichen Stärke in der Augenhöhe mit den USA agieren, wenn die Mitgliedstaaten der EU dabei mit einer Stimme sprechen und agieren können.¹¹³ Die Rolle der EU ist auch

¹¹³ Dabei könnte die EU noch stärker auftreten, wenn die EU-Länder zusammen und entschlossen agieren würden. Die EU könnte bei dem Gipfeltreffen der sieben Wirtschaftsmächte (G-7) noch größere

in den globalen Finanzinstitutionen immer bedeutender geworden. (Vgl. Gompert 2002). Die EU ist also in der wirtschaftlichen Hinsicht eine Weltmacht. Aber im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kann die Europäische Union nicht unabhängig von den USA handeln. Politisch wirkt die EU dementsprechend nicht so effizient wie wirtschaftlich. Die Gründe der politischen Schwäche der EU liegen in den folgenden Tatsachen:

- Die EU ist im militärischen Bereich noch zu schwach, um aus eigenen Kräften und Mittel, also ohne die USA dabei zu sein, den globalen Bedrohungen von Kriegen, Terrorismus und Krisen zu begegnen oder zu bewältigen. Sie braucht dabei also durchaus die Unterstützungen von den USA.
- Das EU-Europa und die Vereinigten Staaten haben in vielen Hinsichten noch viel gemeinsame Interessen und sind in dem gegenwärtigen globalisierten, dicht vernetzten Informationszeitalter (oder in den postmodernen Informationsgesellschaften) sowohl wirtschaftlich als auch politisch eng voneinander abhängig. Sie müssen also in vielen Bereichen, vor allem in der weltweiten Sicherheitspolitik, zusammenarbeiten.
- Die EU-Mitgliedstaaten sind politisch (insbesondere im Bereich der GASP) noch nicht in der Lage, als „geeintes“ Europa gemeinsam auf der Weltbühne zu sprechen und zu operieren. Beispielweise haben sich die EU-Länder im Irak-Krise völlig gespalten und somit ihren Weltauftritt als politisch unvereint präsentiert. Außerdem kann die EU in der Außenpolitik nur so weit handeln, wie es ihre Mitgliedstaaten zulassen. So kann die EU nicht als ein gleichberechtigter Partner der USA in der Weltpolitik auftreten.

Welche Rolle spielt Europa in der Weltordnungspolitik: Ein gleichberechtigter Partner der USA? Eine europäische Gegenmachtsbildung zu den USA oder eine Alternative Ordnungsmacht gegenüber den USA? Das Modell einer europäischen „Gegenmachtsbildung“ zu den USA ist hinsichtlich des Mangels an den eine gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit gebendem „pooling“ im Gebiet der GASP

Rolle spielen, falls die wichtigsten Mitgliedstaaten der EU wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien mit eine gemeinsame europäische Stimme sprechen und handeln würden.

und ESVP nicht realisierbar (Rittberger 2004: 104). Eine solche Entwicklung wird überdies bezüglich der eng gewordenen finanziellen Spielräume der meisten europäischen Staaten und der großen Unterschieden zwischen den Militärausgaben der USA und den der EU-Länder in absehbarer Zukunft nicht möglich sein. Die Modelle der Handelsmacht und Zivilmacht der EU, also eine Alternative Ordnungsmacht zu den USA, sind in faktischem Aspekt zwei realistische Optionen für die Rolle der EU in der Weltpolitik. Die EU ist bereits eine Welthandelsmacht gegenüber den USA. Sie ist jetzt im ökonomischen Bereich mehr als ein Juniorpartner der USA. Mit ihrem Krisenmanagement, ihren friedenserhaltenden und friedensschaffenden Aktionen, ihrer Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik sowie ihrem multilateralistischen Ansatz agiert die EU auf der Weltbühne schon als eine Weltzivilmacht. Auf dieser Weise wird die EU von der Welt sehr geachtet.

Auf der globalen wirtschaftlichen Ebene ist die EU bereits fast so mächtig wie die USA. Im militärischen sowie außen- und sicherheitspolitischen Bereich bleibt die EU dennoch ein Juniorpartner der USA, obwohl die EU-Staaten, insbesondere die Staaten des „alten Europa“ wie Frankreich und Deutschland, es nicht mehr hinnehmen wollen. Die EU-Länder sind in dieser Hinsicht nicht einigt und können somit gegenüber den USA nicht gemeinsam und entschlossen auftreten. Eine Gegenmachtbildung zu den USA kann die EU nicht werden. Aber die Idee und das Projekt Europas können als eine Gegenposition der USA in der Weltpolitik sein. Die europäische Integration, der Gesellschaftsmodell Europas und die Art und Weise des Handels der Europäer in der Weltpolitik sind für den Rest der Welt eine wahre Attraktion. In diesem Sinne ist Europa eine wirkliche Weltmacht im Zeitalter der amerikanischen Hegemonie. „Diese Staaten begreifen sich selbst als eine allmählich expandierende Staatenkooperative, die immer neue aktuelle und potenzielle Mitgliedstaaten in ihren Bann zieht. Auf dieser Weise entwickelt die Europäische Union eine neuartige Kraft und Ausstrahlung in der Welt. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass wir Zeugen der Entstehung eines Empire sind, das auf Freiwilligkeit und prozeduralem Konsens beruht, also gerade nicht auf militärischer Macht und Eroberung – die Differenz zum kriegerischen Europa könnte kaum größer sein“ (Beck 2003: 224).

Das europäische Projekt ist also eine weltordnungspolitische Alternative und unterscheidet sich grundlegend von der Strategie der Vereinigten Staaten (Vgl.

Kapitel 4.3.2.1 dieser Arbeit). Europa funktioniert nach ihrer eigenen Art und Weise und nach ihren anziehenden Ideen (Vgl. Föhrenbach 2002). In der Außenpolitik neigt sich die EU multilateralen Lösungen für die Probleme der Weltpolitik und ist entschieden gegen die unilaterale Gewaltanwendung (Vgl. Worldviews 2002). Die EU bestrebt die Entfaltung und die Ausbau der Rolle des internationalen Rechts sowie die Stärkung der Position internationaler Organisationen, vor allem die der Vereinten Nationen (UNO). Die Europäer geben gerne den kleineren, schwächeren sowie isolierten Ländern der Welt Acht und sprechen mit ihnen. Die Europäische Union führt beispielsweise die Dialoge mit den Mittelmeerländern, mit Lateinamerika, im Asien-Europa-Treffen sowie mit den Exkolonien der AKP-Staaten. (Holland 1997) Die Vereinigten Staaten setzen sich im Gegensatz zu Europa eigenmächtig an die Stelle der Vereinten Nationen (UNO) und handeln in der Weltpolitik auf unilateraler, arroganter Weise.

Fazit: Welche Rolle spielt EU-Europa in der neuen Weltordnungspolitik? Was für ein Akteur ist die EU? Die EU ist gewissermaßen ein uneinheitlicher, vielteiliger und schwerfälliger Akteur. Sie ist weder ein Staat noch eine internationale Organisation. Sie ist weniger als ein Staatenbund, jedoch mehr als eine Konföderation. (Ehrhart 2004: 34)

Die Europäische Union ist sicher eine der stärksten Weltwirtschaftsmacht. Die EU kann auf der weltwirtschaftlichen Bühne eine starke, verantwortliche Rolle spielen. Dafür müssen die Mitgliedstaaten der EU ihre Stellung durch Einfluss, Zusammenhalt und Zielsicherheit stärken. Die EU kann mit dem einheitlichen, weltweit größten Wirtschaftsraum also entschlossen, rasch und sicher agieren.

Die Europäische Union zählt jedoch noch nicht zu den größten globalen strategischen und politischen Mächten. Institutionell ist die EU noch nicht in der Lage, ihr strategisches Gewicht effizient auf der Weltbühne zu nutzen. Die EU-Europa wird insbesondere wegen seinem Mangel an militärischer Fähigkeit beeinträchtigt. (Gompert 2002: 18f.) Beispielsweise gibt es in der EU noch keine eigene, unabhängige europäische Truppen. Die NATO, nicht die EU selbst, ist verantwortlich für die Verteidigung der EU-Staaten, in der die USA das Sagen haben. (Voigt 2005: 167) Die Zerrissenheit der EU-Mitgliedstaaten verhindert, dass die EU als eine einheitliche, gemeinsame, effiziente politische Weltmacht agieren könnte.

Die Rolle der Europäischen Union in der Weltordnungspolitik hängt sich vor allem davon ab, ob sie mit einer europäischen Stimme sprechen und gemeinsam handeln könnte. Wenn sie es nicht schafft, kann sie sicher nur noch ein Juniorpartner der USA bleiben. Ein unabhängiges oder gleichberechtigtes Europa in der Weltpolitik wird es nur geben, wenn die Europäer wirklich als eine entschlossene, geeinte und rasch handelnde Einheit auf der Weltbühne auftreten können.

Als eine Idee oder ein Konzept für die Weltpolitik ist Europa ohne Zweifel eine wahre Alternative zu den USA sowie zu dem Rest der Welt. Das europäische Projekt kann dementsprechend ein Muster für die restlichen Regionen der Welt sein. Als eine „Zivilmacht“ und als ein Multilateralist hat die EU bereits auf der ganzen Welt einen guten Ruf.

4.3.3 Die Rolle der Vereinten Nationen (UNO) als Weltordnungsinstanz und die Bedeutung anderer Weltmächte in der neuen Weltordnungspolitik

Die Weltlage hat sich nach dem 11. September 2001, insbesondere nach dem Irak-Krieg im Jahre 2003, tiefgreifend verändert. Als Reaktion auf die Terroranschläge haben die USA und ihre Verbündeten (wie Großbritannien) ohne eine Legitimierung der UNO und gegen den Widerstand internationaler Gemeinschaft den Krieg gegen den Irak geführt. Diese unilaterale Handlung der USA hat das Ansehen der Weltorganisation UNO und die Gültigkeit der Völkerrechtsordnung erheblich beeinträchtigt. Welche Bedeutung haben die Vereinten Nationen (UNO) nach dem Irak-Krieg bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung? Welche Rolle spielen die anderen Weltmächte wie Russland, China und Indien in der neuen Weltpolitik?

4.3.3.1 Rolle der UNO im Schatten der US-Vorherrschaftsbestrebung

Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Vereinten Nationen von Politikern und Wissenschaftlern „als globale Ordnungsmacht der einen Welt, als sicherheitspolitischer Garant und als multilateraler Verhandlungsrahmen“ (Link 2001: 108) angesehen. Beispielsweise waren die Staats- und Regierungschefs der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats bei einer Ratssitzung in New York im Jahr 1992 von einem neuen besseren globalen Umfeld überzeugt, in dem der UN-

Sicherheitsrat eine wirksamere Rolle beim Schutz des weltweiten Friedens und der globalen Sicherheit spielen würde (Vgl. ebd.: 109). Diese großen Hoffnungen der Weltordnungsgestaltung durch die Vereinten Nationen werden aber später durch amerikanische unilaterale Handlungen in der Weltpolitik zersplittert.

Welche Funktionen haben die Vereinten Nationen eigentlich in bezug auf ihre historische und gegenwärtige Entwicklung?

1944 legten die USA, UdSSR und Großbritannien bei ihrer Konferenz in Dumbarton Oaks den ursprünglichen UN-Entwurf dar, aus dem die Charta der Vereinten Nationen entstand. Am 26. Juni 1945 hatten die 50 Staaten als Gründungsmitglieder in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen verabschiedet (Gareis/Varwick 2003: 37 ff.). Ziel der Gründung der Weltorganisation war es, Frieden und menschliche Lebensbedingungen für Bevölkerungen der Welt sicherzustellen. Die multilaterale Arbeit der Vereinten Nationen lässt sich in insgesamt 3 Hauptfelder einteilen: Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, Menschenrechtsschutz und Fortentwicklung des Völkerrechts sowie Wirtschaft, Entwicklung und Umwelt (Vgl. ebd.). Die Vereinten Nationen sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten und keine eigenständige Macht. Sie leben also von den Beiträgen und Leistungen ihrer Mitgliedstaaten. (Tomuschat 2004: 51) Die Generalversammlung ist das Repräsentativorgan, in dem alle Mitgliedstaaten vertreten sind und eine Stimme besitzen. Der Sicherheitsrat ist nach dem Kapitel VII der Charta ermächtigt, verbindliche Entscheidungen zu treffen und diese gegebenenfalls auch mit Zwangsmitteln durchzusetzen. Die Mitgliedstaaten haben allerdings dem Sicherheitsrat die Verfügungsmacht über eigene Streitkräfte verweigert. So ist der Sicherheitsrat von den handlungsbereiten Staaten bzw. von einer Koalition handlungsbereiter Staaten abhängig. (Sicking/König 2004: 52)

Die Gründungsstaaten wollten es also nicht, dass die Vereinten Nationen einen Superstaat mit einer Weltregierung oder ein System der kollektiven Sicherheit werden. Denn eine Weltregierung beinhaltet das Aufgeben der nationalen Souveränität und ein System kollektiver Sicherheit bedeutet, „dass die Sicherheit eines jeden Staates zuverlässig durch automatischen militärischen Beistand aller gegen den Aggressor gewährleistet wird – ohne Abwägung der nationalen Interessen und der zu erbringenden Opfer an Soldaten, Material und Geld, und ohne Rücksicht auf die Entscheidungsfreiheit der demokratischen Repräsentativorgane!“

(Link 2001: 110) Die Staaten – sowohl große Weltmächte als auch klein Staat – waren dazu nicht bereit. Einrichten wollten die drei Großmächte also nur einen „Kooperationsrahmen für eine Art Kollektivhegemonie der Großmächte – mit gewissen legitimierenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Gefolgschaftsstaaten“ (ebd.), um Frieden und Sicherheit zu bewahren. Selbst dies ist davon abhängig, dass ein genügender Konsens zwischen den Großmächten existiert. Wenn das nicht der Fall wäre, sollte es z. B. durch das Veto-Recht der Großmächte verhindert werden, dass ein Staat oder ein Staatsbündnis gegen einen anderen Staat die Vereinten Nationen instrumentalisiert. Jeder ständiger Mitglied des UN-Sicherheitsrats hat mit seinem Veto-Recht die Möglichkeit, die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats zu verhindern. Durch ein den UN-Sicherheitsrat blockiertes Veto der Großmächte, insbesondere von der Sowjetunion, von den USA und den anderen Westmächten in der Zeit des Kalten Kriegs, waren die Vereinten Nationen (UNO) jahrzehntelang lahmgelegt worden.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Zweite Golfkrieg hat zeitweilig die Hoffnung auf einen handlungsfähigen Sicherheitsrat der UNO und eine neue Weltordnung geweckt (Vgl. Rittberger u.a. 1997). Jedoch wird diese Erwartung durch die Durchführung der alliierten Militärinterventionen im Irak nach Ende des Zweiten Golfkriegs zunichte gemacht, wie die Herstellung von Flugverbotszonen, die durch keine UN-Beschlüsse gedeckt und somit durch die USA und Großbritannien einseitig organisiert wurde. So wird der irakische Luftraum nördlich des 36. und südlich des 33. Breitengrades von Kampfflugzeugen der USA und des Großbritanniens bewacht (Münkler 2003:132). Die Angriffe der US-Kampfflugzeuge im Juni 1993 auf Ziele in Bagdad sowie die Bombardements von Luftabwehrstellungen innerhalb der Flugverbotszonen wurden mit dem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 UN-Charta gerechtfertigt. Eine solche erweiternde Interpretation des Rechts auf Selbstverteidigung findet in der diesbezüglichen völkerrechtlichen Literatur wenig Akzeptanz. Diese Angriffe wurden allerdings von den wichtigsten Mächten der Staatsgemeinschaft zuerst mitgetragen. Daraus wurde eine Art Anspruch auf militärische Gegenmaßnahmen erhoben, der aber der UN-Charta nicht entspricht. Auch die Raketen-Angriffe der USA auf Ziele im Sudan und in Afghanistan nach den Terroranschlägen auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi am 7. August 1998 rechtfertigten die USA

mit dem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 UN-Charta. (Münkler 2003: 134)

Bei den vom Sicherheitsrat beschlossenen Zwangsmaßnahmen gegen den Irak wegen seiner Invasion in Kuwait handelt es sich also um die Interessenübereinstimmung und um das „Nichtvorhandensein völlig entgegengesetzter Interessen der Großmächte in diesem exzeptionellen Fall“ (Link 2001: 114) sowie um die innerstaatliche Zerstreutheit und Schwächung von zwei Veto-Mächten wie Russland und China. „Die Befreiung Kuwaits durch eine amerikanisch geführte Koalition im Auftrag der Vereinten Nationen, verleitete die internationale Gemeinschaft zur Selbsttäuschung, in der viele den UN-Sicherheitsrat als Ort verbindlicher und wirksamer Konfliktregulierung sahen: von der Konfliktbeteiligung durch Verhandlungen bis zur Alleinverfügung über die Anwendung legitimer Gewalt. Gelegentlich war sogar zu hören, der UNO sei das Monopol der legitimen physischen Gewaltsamkeit in der internationalen Politik zugewachsen“ (Münkler 2003: 130). Die später gefolgte Überwachung der Abrüstung des Iraks, welche die UN „Special Commission on Irak“ (ein Organ des Sicherheitsrats) leitete, hat eigentlich mit einer ordnungspolitischen Handlung der Vereinigten Staaten mit dem Beistand der anderen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu tun. Die Vereinigten Staaten machten vom multilateralen Instrument der Vereinten Nationen Gebrauch und handelten also unter der „Maske“ der Vereinten Nationen (Vgl. Zelikow 1996).

Die Legitimierung der Gewaltanwendung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bedeutet es nicht, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein gesetzmäßiges oder gar wirksames Gewaltmonopol sein könnte. Die zahlreichen Kriege oder bewaffneten Konflikte, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs häuften, stellten die Unfähigkeit oder Inkompetenz des UN-Sicherheitsrats für die Wahren von Frieden und Sicherheit dar.

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten sich nur dann nach der Verpflichtung, sich von Androhung und Gebrauch von Gewalt zu trennen, wenn die Erfüllung der Verpflichtung die ausschlaggebenden Interessen der Mitgliedstaaten nicht in Gefahr bringt. Im Fall, dass ein Staat gegen das Gewaltverbot verstößt, können die anderen Staaten dementsprechend Gewalt oder Krieg im Namen der Friedenserzwingung oder Friedenssicherung anwenden. Das UN-System kann nämlich als ein „kollektives Unsicherheitssystem“ (Link 2001) bezeichnet werden.

Die Friedenserzwingung der Vereinten Nationen kann üblicherweise nicht gegen ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, der ein Veto-Recht hat, verwendet werden. Die Intervention gegen die anderen Staaten, die nicht zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gehören, kann es nur selektiv geschehen. Außerdem kann eine Abschaffung des Veto-Rechts durch die Zustimmung aller ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats nicht erwartet werden. Denn die Fünf-Großmächte wollen es nicht und eine Änderung der UN-Charta kann ohne Zustimmung aller ständigen Sicherheitsratsmitglieder nicht zustande kommen.

Die Errichtung eines internationalen Tribunals, welche der UN-Sicherheitsrat im Mai 1993 beschloss (SR-Resolution 827 vom 25. Mai 1993), stellte nicht eine verstärkte Rolle der Vereinten Nationen als eine Weltordnungsinstanz dar. Dabei dreht es sich wesentlich um eine „Ad-hoc-Maßnahme“ (Link 2001) des Sicherheitsrats, welche die Befugnisse des internationalen Tribunals besonders bekräftigt begrenzt. Die Staaten, die den Beschluss fassten, wollten es niemals tun, ihre Straftaten gegen das internationale Recht vom einem internationalen Gerichtshof verurteilen und die verantwortlichen Individuen der internationalen Strafgerichtsbarkeit unterwerfen lassen. Die Großmächte könnten also sich selbst sowie ihre Bürger gegen internationale Strafverfolgung durch das Vetorecht absichern.

Der Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 stellt offenkundig ihre völkerrechtliche Fragwürdigkeit oder ihre Völkerrechtswidrigkeit dar. Die USA und Großbritannien rechtfertigten diesmal wieder ihren Krieg gegen den Irak als ein „Selbstverteidigungskrieg“, nachdem ihre Anstrengungen, im März 2003 eine Bevollmächtigung für eine militärische Aktion gegen den Irak zu beschaffen, gescheitert waren. Jedoch kann der Krieg gegen den Irak aus der Sicht des Völkerrechts nicht gerechtfertigt werden als ein Selbstverteidigungskrieg nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen (Münkler 2003: 124). Auch enthielt keine der früheren Irak-Beschlüsse des Sicherheitsrats eine Legitimierung zur militärischen Gewaltanwendung. Die USA und Großbritannien haben zwar zur Begründung ihres Angriffs ebenso auf die schon genannte Resolution 678 aus dem Jahre 1990 verwiesen. „Aber diese Resolution hatte nach dem Ende des Kriegs gegen Kuwait im Jahre 1991 ihre Erledigung gefunden, und die im November 2002 vom Sicherheitsrat angenommene Resolution 1441 enthielt zwar eine ernste Warnung an den Irak, sprach sich aber gerade nicht über die konkreten

Konsequenzen im Falle der Missachtung dieser Warnung aus“ (Sicking/König 2004: 53).

Die Vereinten Nationen haben keine eigenen Streitkräfte und sind bei der Durchsetzung des Völkerrechts von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten abhängig. Sie stellen der Vereinten Nationen Truppen für Blauhelm- oder Kampfeinsätze zur Verfügung. Auf dieser Weise können die Staaten, welche die Truppen unter ihrem eigenen militärischen Kommando hilfswillig zur Verfügung stellen, die Möglichkeit haben, dass sie unter dem Mantel von Mandaten der Vereinten Nationen ihre eigenen Ziele verfolgen könnten. Die Vereinten Nationen sind militärisch handlungsfähig nur durch die Mandatierung von militärisch handlungsfähigen Großmächte, wie Russland und China in regionalem sowie die USA in globalem Maßstab (Vgl. Quigley 1995/96) Die neue Rolle des UN-Sicherheitsrats, die Fortschreibung des Völkerrechts und die Konzeptionen der kollektiven Sicherheit befinden sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer Weltpolitiklage, in der die Theorien des „gerechten Kriegs“ wiederkehren. Es besteht darin freilich ebenso einen Auflösungsprozess des Systems der kollektiven Sicherheit. Dieses System wird durch die Abordnung der Arbeiten an Einzelstaaten oder durch eine Koalition der Mächtigen und Willigen verstärkend von Eigeninteressen durchgesetzt. So stellen die Mächtigen und Willigen schließlich ihre besonderen Interessen fest und benutzen die UNO dafür nur als Rechtfertigung und Deckmantel. (Münkler 2003: 131 f.)

Artikel 51 der UN-Charta hat sich folgendermaßen zu einer „Ausweichklausel“ beim Unterlaufen des Gewaltverbots der Vereinten Nationen entwickelt (Vgl. Vitzthum 1997). „Die Praxis der Großmächte, insbesondere der USA, hat die Entwicklung jedoch irreversibel in eine andere Richtung bewegt: Das Recht auf Selbstverteidigung ist von den USA mittlerweile [...] derart häufig in Anspruch genommen und so großzügig ausgelegt worden, dass es für Staaten, die tief greifende Differenzen mit den USA haben, kaum angezeigt sein dürfte, sich zukünftig auf das Gewaltverbot oder gar das Verbot der Gewaltandrohung in der UN-Charta zu verlassen“ (Münkler 2003: 134). In der internationalen Ordnung verfügen die USA sozusagen die Definitionsmacht über das Recht auf Selbstverteidigung.

Die USA haben stets versucht, sich den Bindungen des Völkerrechts zu entziehen und eine Sonderstellung für die USA zu fordern. Die Liste dieser

Begebenheiten ist lang. Die USA haben es seit Jahren vernachlässigt, ihre Beitragsschulden für die Vereinten Nationen korrekt zu bezahlen. Die Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, der im Jahre 1992 ratifiziert wurde, (Vgl. Hannum 1993), könnten aber in den USA nicht angewandt werden. Folglich sind den Gefangenen in Guantánamo die fundamentalsten Freiheitsrechte vorenthalten worden (Vgl. Schäfer 2003). Die USA haben sich auf einer Art vom Kampf gegen die Völkerrechtsordnung dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs widersetzt. So haben die USA ein dem Internationalen Strafgerichtshof untersagtes Gesetz erlassen, den sogenannten „American Servicemembers’ Protection Act“ vom 23. Januar 2002. Dieses Gesetz ermächtigt die amerikanischen Streitkräfte, gegebenenfalls jeden angeklagten amerikanischen Staatsangehörigen mit Gewalt zu befreien. Überdies lehnten die USA das Protokoll zur Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen, das nach vielen Jahren der Auseinandersetzungen schließlich am 18. Dezember 2003 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde (Res/CV 57/199). Am Ende 2002 haben die USA ebenso das Fakultativ-Protokoll zum Abkommen gegen biologische Waffen mit Regelungen über ein Inspektionsregime verweigert. „Die Völkerrechtsordnung bildet ein System unter ranggleichen Akteuren, das seinen rechtlichen Niederschlag in dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten gefunden hat“ (Sicking/König 2004: 63).

Das Völkerrecht steht vor einer Zerreißprobe. Die ausdrucksvollen Weitentwicklungen des Völkerrechts seit dem Ende des Ost-West-Konflikts könnten zunichte gemacht werden. Die internationale Ordnung sowie das internationale Recht würden tiefgreifend seiner Geltungskraft berauben. Der Gegensatz zwischen Gesetzesgeltung und -Durchführung ist zwar in der Geschichte der Völkerrechtsentwicklung nicht neu. Jedoch hat dieser Gegensatz in den weltpolitischen Lagen nach dem Ende des Kalten Kriegs eine außergewöhnliche Stärke erreicht. (Münkler 2003: 135)

Ebenso wie die Ordnungs- und sicherheitspolitische Bedeutung der Vereinten Nationen ist die verhandlungspolitische Bedeutung der Weltorganisation von der machtpolitischen Lage zwischen den Großmächten abhängig, wenngleich in der UN-Generalversammlung und in den anderen UN-Verhandlungsforen streng das Gleichheitsprinzip besteht. Die Verbindlichkeit gemeinsamer Aktionsprogramme und Regelungen sowie der Abkommen und Übereinkommen, deren Entwicklung

sowie Erarbeitung von der Generalversammlung und die zahlreichen Hilfs- und Sonderorganisationen der UN unterstützt werden, ist allerdings von der Bewilligung durch die Mitgliedstaaten abhängig. Die nationale Umsetzung und Einhaltung der Mitgliedstaaten können nicht erzwungen werden und sind folglich auch von dem guten Willen der Staaten abhängig.

Abbildung 12: Ziele und Grundsätze der Charta versus politische Realität

Ziele und Grundsätze der UN-Charta	Politische Realität
Souveräne Gleichheit aller Mitgliedstaaten	Ausgeprägtes Machtgefälle zwischen Staaten und Regionen
Erfüllung der mit der UN-Charta übernommenen Verpflichtungen	Verweigerungen von Beiträgen und Leistungen je nach nationaler Interessenlage
Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung	Allgegenwärtige Gewalt im internationalen System
Allgemeines Gewaltverbot	Praktiziertes Recht einzelner Staaten auf unilaterale Gewaltanwendung
Weltfrieden und internationale Sicherheit als kollektive Aufgabe aller Mitgliedstaaten	Interessensdominanz der Industriestaaten und vergessene Konflikte in Entwicklungsländern
Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten	Globalisierung grundlegender Probleme erzwingt Erosion staatlicher Souveränität

Siehe diese Tabelle in: Gareis, Sven Bernhard/Varwick, Johannes 2002: Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, 2. Auflage, Opladen, S. 302.

In macht- und sicherheitspolitisch ausschlaggebenden Gebieten, wie im Bereich der Rüstungskontrolle, haben die UN-Beratungen und –Verhandlungen allenfalls eine vermittelnde oder gar keine Rolle gespielt.¹¹⁴ Beispielsweise sind der INF-Vertrag (1987) und der Vertrag über konventionelle Truppen in Europa (1990) außerhalb der Vereinten Nationen verhandelt worden. Ebenso spielten die Vereinten Nationen bei den Verhandlungen um die Anpassung des KSE-Vertrags in den 90er Jahren keine Rolle. Im Jahr 1963 ist das teilweise nukleare Teststoppabkommen

¹¹⁴ Es gibt allerdings in diesem Bereich zwei Ausnahmen, nämlich die Konventionen zum Verbot der biologischen Waffen (1975) und der chemischen Waffen (1997).

(1963) zwischen den USA und der Sowjetunion ausgehandelt worden. Der Erweiterungsversuch dieses Abkommens von der Genfer Abrüstungskonferenz (ab 1994) scheiterte aber im Jahr 1996 am Veto Indiens und am indisch-pakistanischen Sicherheitsdilemma. Die Verhandlungen über die Einschränkung und den Abbau der strategischen Nuklearwaffen wurden völlig außerhalb der Vereinten Nationen geführt. Sie wurden also ohne die Vermittlung der Vereinten Nationen geradewegs von den nuklearen Mächten abgeschlossen (Link 2001: 123).

In dem Bereich der Handelspolitik, der für wirtschaftliche Sicherheit und Wohlstand der Staaten zentral ist, ist die Kooperation nicht im Rahmen der UNO institutionalisiert, sondern im getrennten GATT und in der Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO verzichtet zum Beispiel auf jeder Verbindung zu Vereinten Nationen. IMF und Weltbank haben hingegen vertragsgemäß festgelegte Beziehungen zu den Vereinten Nationen. Die USA verweigern sich insbesondere, die Autorität der WTO und ihre Entscheidungen in Auseinandersetzungen nicht anzuerkennen, wenn es um die nationale Sicherheitsinteresse geht. Die USA werden außerdem im Fall, dass die WTO innerhalb von fünf Jahren zweimal gegen die USA Entscheidungen trifft, welche die USA als ungerechtfertigt ansieht, aus der Welthandelsorganisation austreten. Die großen Weltmächte stimmen ihre Politik in weltwirtschaftlichen sowie in umfassend politischen Probleme nicht nur außerhalb der Vereinten Nationen ab, sondern auch in dem offenen Beratungs- und Steuerungsforum der 7 oder 8 großen Industrieländer (G-7/G-8). (Vgl. ebd.)

Welche Rolle werden die Vereinten Nationen in der Zukunft spielen? Wie sieht die Entwicklung der Weltorganisation in den verschiedenen Politikfeldern aus?

Eindeutig zu erkennen ist das Spannungsverhältnis zwischen den Zielen sowie Grundsätzen der UN-Charta und der politischen Wirklichkeit. Die Regeln, auf denen wichtige Grundsätze der Charta beruhen, werden in der Praxis internationaler Politik erneut relativiert. In der Weltpolitik herrschen nicht die souveräne Gleichheit aller Staaten und die Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung, sondern ein charakteristisches Machtgefälle und allgegenwärtige Gewalt im internationalen System. Und Staaten nehmen sich also immer wieder das Recht auf unilaterale Gewaltanwendung trotz des Allgemeinen Gewaltverbots. Durch die Globalisierung grundlegender Problembereiche entsteht eine Erosion staatlicher Souveränität. (Gareis/Varwick 2003: 335)

Es gibt eine faktische Gefährdung für die Vereinten Nationen. Großmächte werden immer weniger, sogar nicht mehr, im UN-Rahmen agieren. Sie werden folglich andere Problemlösungsforen vorziehen, wie z. B. auf Ad-hoc-Basis, wechselnden Koalitionen der Willigen oder im Rahmen anderer Organisationen bzw. internationaler Regime. Andere Staaten werden das gleich tun. So können die Vereinten Nationen in der Unwichtigkeit geraten sein. Im Bereich des Menschenrechtsschutzes werde es trotz des Weiterbestehens der verschiedenen Pakte und Konventionen kein globales Forum mehr geben. In den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung und Umwelt können manche problemspezifische Ausschüsse und Organisationen völlig von UN-System abgekoppelt sein. Die Bedeutung der Vereinten Nationen werde also in der Weltpolitik geringer. Auf dieser Weise könnte die Kriegshäufigkeit zunehmen. Das Sicherheitsdilemma in der internationalen Politik würde sich also verschärfen. Auch die globalen Probleme in den Gebieten von Menschenrechtsschutz, Wirtschaft, Entwicklung und Umwelt könnten somit kaum effektiver angegriffen werden.

Die Vereinten Nationen bleiben also eine unvollkommene, reformbedürftige aber doch in vielen Bereichen beachtlich bedeutende internationale Organisation. Die Vereinten Nationen können sich besonders in Richtung eines Instruments der mitgliedstaatlichen Diplomatie sowie als Schauplatz zur Kontrolle unterschiedlicher Politikbereiche auf unterschiedlichen Zusammenarbeitsniveaus entwickeln. Im Bereich der Friedenssicherung spielen die UN normalerweise keine wichtige Rolle. Nur wenn die Interessen der Mitgliedstaaten das UN-Engagement zulassen, können die UNO eine wichtige Rolle spielen. Ansonst werden sie vollständig an den Rand gedrängt. Sie können in der politischen Praxis offensichtlich kein Gewaltmonopol sein. Jedoch könnte sie sich der Tendenz zum „Gewaltlegitimierungsmonopol“ verstärken. Im Bereich des Menschenschutzes besteht eine Kluft zwischen Schaffung und Durchsetzung der Normen. Nur in Einzelfällen lassen die Mitgliedstaaten sich zwingen, Vorschriften gegen ihren Willen ernst zu nehmen. In den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung und Umwelt wären die Vereinten Nationen ein Akteur unter vielen anderen. Sie können also die ehrgeizigen Ziele kaum erreichen. Die Mitgliedstaaten werden vielmehr verstärkt auf bilaterale Maßnahmen setzen. Die Zukunft der UNO „dürfte sehr stark von der weltpolitischen Konjunktur für multilaterale Arrangements wie auch von der Haltung wichtiger Mitgliedstaaten abhängen“ (Gareis/Varwick 2003: 339).

Die Bedeutung der Vereinten Nationen hängt davon ab, was die Mitgliedstaaten aus ihnen machen. Die Vereinten Nationen können immer nur in dem Maße agieren, wie es ihre Mitgliedstaaten billigen. Die Mitgliedstaaten verstehen die Ziele der Charta und die Normen der UNO häufig nicht als reale Aufgabe, sondern eher als rhetorische Phrasen. Dies gilt z. B. für die nicht eingehaltene Versprechung der Industrienationen, 0,7 Prozent ihres Sozialprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben, und auch für die immer noch geringe Beteiligung an den „Standby-Arrangements“ im Gebiet der Friedenssicherung.

Unter aktiver Mitwirkung der Vereinten Nationen ist in den vergangenen Jahren ein Milieu entstanden, „in dem zentrale Bestimmungen und Normen der Charta Referenzpunkt geworden sind. Sie werden zwar nicht immer eingehalten, der Rechtfertigungsdruck im Falle der Regelverletzung hat aber enorm zugenommen. Selbst große Mächte können sich diesem durch die internationale Öffentlichkeit verstärkten Druck nicht entziehen. Der Trend dürfte also in die Richtung gehen, dass Normverletzter – die es immer geben wird – isoliert werden“ (Gareis/Varwick 2003: 339-340). Die Bedeutung multilateraler Arrangements wird sich in einer konfuser werdenden, interdependenten und komplizierten Welt steigern. Jedoch ist eine „Weltregierung“ nicht in Sicht.

Die Problembereiche, die nicht mehr auf der nationalen Ebene erfolgreich gelöst werden können, haben ebenso zugenommen. So sind gemeinsame Lösungsansätze in einer ansteigenden Zahl von Politikfeldern (wie z. B. die Friedenssicherung, die Einhaltung der Menschenrechts sowie die Welthandels-, Entwicklungs- und Umweltfragen) erforderlich. Die Vereinten Nationen können ein geeigneter Platz für diese gemeinsamen Lösungsansätze sein. „Zwar sind zahlreiche sinnvolle Reformschritte eingeleitet worden, eine Reform aus einem Guss ist aber bisher aufgrund der analysierten Hindernisse nicht erfolgt. Es scheint sogar ratsam sich damit abzufinden, dass bei weitgehenden Reformen oftmals der Weg das Ziel ist“ (Gareis/Varwick 2003: 340).

Die Weltorganisation zeigen zwar in manchen wichtigen Bereichen ihre Schwäche und benötigen somit anhaltende Reformen. Jedoch bleiben die Vereinten Nationen für die Stabilität des internationalen Systems ein wichtiger Ordnungsfaktor. Auch in einer Zeit nach dem Irak-Krieg können die zentralen Menschenrechtsprobleme nur mit den multilateralen Aktionen effektiver behandelt werden. Im Netz multilateraler Organisationen spielen die Vereinten Nationen eine

hervorragende Rolle. Auch in Bereich der Friedenssicherung sind die Vereinten Nationen unverzichtbar.

Fazit: Die Vereinten Nationen können aufgrund ihrer institutionellen und strukturellen Schwäche nicht als ein supranationaler, weltstaatlicher Akteur agieren. Sie bleiben eine internationale und intergovernmentale Organisation. Die ordnungs- und sicherheitspolitische Bedeutung der Vereinten Nationen ist somit bedingt durch das Verhalten und die Willen der Großmächte sowie die Beziehungen zwischen ihnen.

Meistens nur in den macht- und sicherheitspolitisch unwichtigen Problembereichen, in denen meistens keine unmittelbare Gefahr eines gewaltsamen, kriegerischen Konfliktaustrags besteht (beispielsweise im Bereich der Umwelt usw.), spielen die Vereinten Nationen bei Verhandlungen eine bedeutende Rolle.

„Die Zukunft der Vereinten Nationen wird davon abhängen, ob ihre Mitglieder bereit sind, die Ausnahmestellung der USA akzeptieren und sich auf eher symbolische oder mit großen Spielräumen ausgestattete Fesselungen der Weltmacht zu beschränken. Alles andere dürfte auf die Selbstzerstörung der Vereinten Nationen hinauslaufen“ (Münkler 2003: 136 f.).

4.3.3.2 Die Bedeutung anderer Mächte der Welt

Gegenüber der amerikanischen Vorherrschaft und der unilateralen Politik der USA stehen auch die anderen Weltmächte, welche die Weltordnungspolitik nach dem 11. September 2001 mitgestalten versuchen oder wollen. Welches Gewicht haben diese Mächte in der neu konstruierten Weltpolitik? Welche Politik betreiben sie gegenüber den USA? Folgen sie die unilaterale Politik der USA oder ganz im Gegenteil? Auf welcher Weise oder mit welchem politischen Muster wollen sie die Welt ordnen?

4.3.3.2.1 Russland

Russland beherrscht die eurasische Landmasse und hat ein riesiges Ressourcenpotenzial. Das Land verfügt über die zweitgrößte Atommacht der Welt und zählt mit rund 150 Millionen Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten Staaten (Müller 2003: 187). Russland besitzt also „ein erstaunliches Territorium, eine

ausgebildete Bevölkerung, kompetente Wissenschaftler und Techniker und große Bodenschätze und natürliche Ressourcen“ (Nye 2003: 53).

Am Beginn des 21. Jahrtausends besitzt Russland eine Volkswirtschaft mit starkem Rohstoffgebiet, eine bedeutende Rüstungsindustrie und einen expandierenden Dienstleistungsbereich. Die Landwirtschaft ist wieder in der Lage, Getreideexporten zu betreiben. Währung und Staatsfinanzen in Russland sind stabil. (Götz 2004: 35)

Die russische Wirtschaft, die zwischen 1991 und 1996 den Niedergang und 1998 die Währungskrise durchgemacht hat, erlebt einen Aufschwung unter Putins Regierung, der bis heute noch anhält. Durch die reale Abwertung des Rubels um rund 40 % und durch eine Verdoppelung des Preises für russische Ölexporte wurde der russische Wachstumsschub ab 1999 in Gang setzen gesetzt. Die Rubelabwertung und auch die Ölpreiserhöhung erzeugten einen Exportboom. (Götz 2004: 36 f.)

Als ein rohstoffreichstes Land der Welt kann Russland Europa, China und den USA mit Energieträgern sicher und dauerhaft versorgen. Auf dem russischen Devisenmarkt besteht durch die hohen Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasexporten (überwiegend in Dollar oder Euro Erlöst) ein Überangebot an ausländischen Währungen. Ausländische Devisen verbilligen sich auf dieser Weise real oder der Rubel gewinnt real an Wert. (Götz 2004: 39 f.)

Seit 1999 steigerte sich das Bruttosozialprodukt Russlands unter der Regierung Putins um 30 %. Erstmals wurde es von den amerikanischen Ratingagenturen als positiv eingestuft. Angesichts der Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung wurde Russland von der internationalen Antikorruptionsagentur FATFA von der „schwarzen Liste“ gestrichen (Götz 2004: 44).

In der Transformationsperiode haben sich die Einkommen in Russland aber weit auseinander entwickelt. In Russland gelten maximal 10 % der Bevölkerung als wohlhabend. 25 % der Bevölkerung haben Einkommen unterhalb des Existenzminimums. Die restlichen 65 % davon führen ein Leben weit entfernt von europäischen Standards. Russland wird auf lange Zeit kein Wohlfahrtsstaat werden. (Götz 2004: 36)

Zwar hat sich die Lage für Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erheblich geändert. Das Verhältnis Russlands zu den Vereinigten Staaten wird immer noch ausschlaggebend „dadurch geprägt, dass es zwischen diesen beiden Ländern ein nukleares Patt gibt und dass das Prinzip der ‚Mutual Assured

Deconstruction' Gültigkeit hat“. Russland hat 2005 die ersten Interkontinentalraketen vom Typ „TOPOL-M“ in Dienst gestellt. Zwei Atom-U-Boote wurden ferner mit der seegestützten Variante der „TOPOL-M“, der SSN-23 „Bulawa“ bewaffnet. Mit zwei neuen Langstreckenbomben vom Typ „Tupolew-160“ wird atomare Komponente der russischen Luftwaffe erneuert. (Vgl. Hübschen 2005: 62) Russland ist immer noch das einzige Land mit genügend Raketen und Atomsprenköpfen, um die USA zu zerstören (Nye 2003: 53). Auf dieser Weise bleibt Russland auf der strategischen Ebene ein gleichwertiger Partner der USA.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat Moskau sich bemüht um die Verminderung der Differenzen mit der Volksrepublik China und betreibt die Rüstungszusammenarbeit mit Peking, Indien sowie Iran. 74 % aller russischen Waffenexporte gingen 2000 in den asiatischen und pazifischen Raum, davon die Hälfte an China. Auch in der arabischen Welt liefert Moskau die Waffen. Schon 1994 hat Russland mit Kuwait ein Verteidigungsabkommen geschlossen. In das Emirat hat Moskau Schützenpanzer und Mehrfachraketenwerfer geliefert. Seit Ende 2004 erwägt Moskau die Waffenlieferungen an Syrien. Außerdem hat Russland auch Waffensysteme, wie z. B. M-17-Hubschrauber, an die Türkei geliefert. Russland arbeitet auch eng mit Iran auf dem Sektor der Atomenergie zusammen und will weitere Reaktoren an Iran liefern oder bauen. (Hübschen 2005: 62 f.)

Nach dem 11. September 2001 haben sich die russische Politik, das amerikanisch-russische Verhältnis und die Beziehungen Russlands zum Westen grundlegend geändert. Putin unterstützte den militärischen Einsatz der USA in Afghanistan mit der Billigung der Überflugrechte der US-Streitkräfte im Luftraum der zentralasiatischen Republiken und der Nutzung von Militärischen Stützpunkten (wie Flugplätzen) sowie mit der Neurüstung der Nordallianz (Müller 2003: 188 f.). Putin hat außerdem auf den Protest gegen die NATO-Osterweiterung verzichtet (Müller 2003: 189).

Putin leistete gegenüber der neuen Runde der NATO-Erweiterung keinen kräftigen Protest. Russland ist seit der Schaffung der „Vierergruppe“ für den Nahen Osten auf den machtpolitischen Bereich dieser Region zurückgekehrt. Russland ist zusammen mit den USA, UNO und der Europäischen Union „an den maßgeblichen internationalen Versuchen beteiligt, die Lunte vom Pulverfass zu entfernen“ (Müller 2003: 193). Moskau positioniert sich also im Nahostkonflikt als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern. Zur Zeit führt Russland den Vorsitz in der G8 und

demnächst ebenso im Europarat. Auch in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus arbeitet Russland mit den USA zusammen. Dabei ist Russland als eine Veto-Macht für die USA ein bedeutender Partner. Im derzeitigen Atomstreit mit Iran wird Russland außerdem eine Schlüsselrolle für die Beilegung des Konflikts hervorgehoben.

„In der Raumfahrt hat sich mittlerweile sogar eine Lage entwickelt, in der Amerika auf Russland angewiesen ist. Seit der Katastrophe mit dem amerikanischen Space Shuttle ‚Columbia‘ im Februar 2003 verfügen nur die Russen über Trägerraketen, mit denen das Personal der Internationalen Raumstation (ISS) versorgt und auch ausgewechselt werden kann“ (Hübschen 2005: 63).

Russland und China erklärten im Jahre 1992 ihre Beziehung zur „konstruktiven Partnerschaft“ und verkündeten 1996 eine „strategische Partnerschaft“. Im Juli 2001 unterzeichneten die beiden Großen einen „Freundschafts- und Kooperationsvertrag“. „Ein wiederkehrendes Thema dieser Partnerschaft ist die gemeinsame Opposition gegen die heutige (von den USA dominierte) ‚unipolare Welt‘. China und Russland haben beide nach dem September 2001 die antiterroristische Kampagne Amerikas unterstützt, sind aber der amerikanischen Macht gegenüber höchst skeptisch geblieben“ (Nye 2003: 52). Der russische Präsident bestrebt also eine chinesisch-russische Gegenallianz. In der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ), kooperieren Russland und China überdies mit den zentralasiatischen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion (Müller 2003: 188).

Die Außenpolitik Russlands unter Wladimir Putin ist folgerichtiger und überschaubarer geworden. Ziele der Öffnungspolitik Putins gegenüber dem Westen waren „die endgültige Beendigung des Kalten Kriegs, der Aufbau von vier ‚gemeinsamen Räumen‘ zwischen der EU und Russland, eine intensive Energiepartnerschaft mit den USA, eine Ankoppelung des sibirischen Rohstoffpotenzials an die EU und eine Verschmelzung des Verteidigungskomplexes der zweitgrößten Atommacht der Welt mit den Kapazitäten des Westens“ (Rahr 2004: 8).

Putin nimmt Kurs auf eine Annäherung mit dem Westen auf und errichtet die Beziehungen mit NATO. Putin hat also die Beziehungen zum Westen entideologisiert. Die Außenpolitik Putins strebt danach, dass Moskau in der Lage sein wird, vorteilhafte Außenbedingungen für die innere Stabilisierung und Entwicklung Russlands zu festigen. Russland fordert konsequent die Entwicklung

einer Partnerschaft mit dem Westen. Die Europäische Union und der GUS-Raum sind strategischen Orientierungspunkte der russischen Außenpolitik. (Danilow 2004: 11 f.) Putin will Russland nach wie vor in die internationale demokratische Staatengemeinschaft und Weltwirtschaft integrieren.

Jedoch würde Russland nicht jeden Preis für die westliche Treue und Partnerschaft bezahlen. Russland bleibt gegebenenfalls ziemlich unnachgiebig und hart. Moskau hat beispielsweise seine Interessen beim Kaliningrader Transit oder bei der Zurückweisung der EU-Forderung an Russland, die Inlandspreise für Energieträger als Vorbedingung für den WTO-Beitritt heraufzusetzen, unbeirrt durchgesetzt.

Im Zusammenhang mit dem russischen Verhältnis zum Iran herrscht seit Jahren ein Konflikt zwischen den USA und Russland. Russland betrachtet den Iran, der die USA als Mitglied in der „Achse des Bösen“ bezeichnen, einen wichtigeren Nachbar und bevorzugteren Wirtschaftspartner. Russland kooperiert beharrlich mit dem Iran im Fall des Kernkraftwerks Buschir. (Müller 2003: 193 f.) Ferner forderte Russland in der Irak-Krise gegenüber dem Alleingang der USA beharrlich eine friedliche, multilaterale Lösung.

Moskau fühlt sich durch die Ausweitung der amerikanischen Präsenz in Mittelasien und Kaukasus bedroht. Die Auseinandersetzungen zwischen der Europäischen Union und Russland um Moldau rufen verstärkende bilaterale Spannungen im GUS-Raum hervor. (Danilow 2004: 13) Die USA versuchen, den Einfluss Russlands in dessen unmittelbarem Umfeld zu reduzieren, beispielsweise durch den EU- und/oder NATO-Beitritt ehemaliger Sowjet-Republiken und früherer Warschauer Pakt-Staaten sowie mit Hilfe von Regierungswechseln wie in Georgien und der Ukraine. Wegen noch vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Problemen im sozialen Bereich und einer umfassenden Reorganisation seiner Streitkräfte kann sich Russland gegen die Anstrengungen der USA in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion nicht erfolgreich wehren.

Durch ein neues Wettrüsten konnte Putin also Russland nicht mehr zur Großmacht der Welt führen. Deshalb will Putin Russland über den Faktor Energie wieder als Großmacht auf der Weltbühne verankern und das Land in die Weltgemeinschaft integrieren. Putins Versuch, die einstigen Sowjetrepubliken in eine neue Allianz mit Russland zu integrieren, ist verfehlt. Russland erlebt 15 Jahre

nach dem Zerfall der Sowjetunion eine zweite tragische Auflösung seines ehemaligen geschichtlichen Gebiets und Einflussbereichs in der GUS.

Putin arbeitete seitdem an der Reparatur der Infrastruktur für den Energiemassenexport nach Westen und Asien. Dabei kam der schwungvolle Anstieg der Weltmarktpreise von Erdöl und Erdgas im Jahre 1999 Putin außerordentlich gutgeheißten.

Die Nachfrage nach russischem Öl und Gas in Europa und Asien steigen an. Dies gibt die so genannte „strategische Achse Moskau – Beijing – Neu-Delhi“ einen neuen Antrieb. Russland will in einer relativen kurzen Zeit ein Monopol für die künftigen Energieströme nach Westen und Asien aufstellen. Damit versucht Moskau, sich dem strategischen Ziel des Aufbaus einer multipolaren Weltordnung zu nähern.

Den Gipfel des Kampfes um die Dominanz im Energiesektor erschuf die Zerlegung des Jukos-Konzerns 2003/2004. Die Geheimdienstfraktion der „Silowiki“ griffen Jukos an, sperrten den mächtigen Oligarchien ein und zerschlugen das gesamte Imperium. Die Abschreckung zeigt die Wirkung.¹¹⁵ Seit 2003 stiegen die Steuereinnahmen aus dem Energieexport rasant an. Seit der Verhaftung von Chodorkowskij verdoppelte sich die Zahl der Dollar-Milliardäre von 20 auf über 40. Gegenwärtig zählt Russland offiziell 88.000 Dollar-Millionäre. Ein Großteil der Auslandsschulden ist in den letzten vier Jahren zurückbezahlt. Ein Reservepolster von über 100 Milliarden US-Dollar ist außerdem angelegt worden. (Vgl. Rahr 2005)

Der Kampf um Jukos errichtete jedoch politische Schaden. Westliche Investoren schreckten sich zurück. Der Schauprozess an Chodorkowskij beeinträchtigte überdies das Image Russlands im Westen. In der russischen Innenpolitik strebt Putin nach einer autoritäreren Bildung von Politik und Gesellschaft, die im Westen heftig kritisiert wird. Die russische Regierung verstärkt die staatliche Kontrolle über die Medien und private Machtmenschen. Die unabhängigen Fernsehsender wurden vom Staat systematisch ausgeschaltet. Kritische Printmedien und unabhängige Journalisten wurden schwer eingeschüchert. Die Pressefreiheit wurde nach der

¹¹⁵ „Dass die Anerkennung insbesondere für die von Wladimir Putin durchgeführten Wirtschaftsreformen im Ausland noch größer ist beim russischen Volk selbst, liegt darin, dass bei diesem das Wort ‚Reform‘ heute ein Schimpfwort ist. Das Volk hat die durchlittenen Fehlentwicklungen nicht vergessen und verlangt heute mehrheitlich deren Korrektur vornehmlich durch erneute Eigentumsumschichtung und durch Enteignung und Bestrafung der Profiteure – insbesondere der ‚Oligarchien‘ wie Michail Chodorkowskij -, und sieht darin die Wiederherstellung von Gerechtigkeit, nicht aber Staatswillkür, auch wenn das vom Ausland so gesehen wird“ (Götz, 2004: 44).

Moskauer Geiselnahme im Herbst 2002 ein weiteres Mal gesetzlich eingeschränkt. Kritische Reporte wurden als Unterstützung des Terrorismus verfolgt.(Vgl. Vogel 2002; auch vgl. Müller 2003: 191 f.)

Politik der Modernisierung der Wirtschaft erleidet aber ansteigend in einen Reformrückstau. Liberale Parteien fanden in der Duma keinen Platz mehr. Für Russland wurde das Modell der liberalen Marktwirtschaft offiziell abgelehnt. Die Spielregeln in der russischen Marktwirtschaft werden durch den Umverteilungskampf im Energiegebiet, der ohne Rechtsgrundlage verlaufen ist, in Frage gestellt. Bis Mitte 2005 wurde nur ein Drittel von den Wirtschaftsreformen, der im Jahre 2001 verabschiedet wurde, durchgeführt. Wichtige Reformen (insbesondere im Sozialbereich) sind beiseitegelegt. Der Beitritt in der WTO Russlands verzögerte sich. In Russland hat die Transparenz der Entscheidungsfindung gekrankt.

In dieser Frage ist der Dialog zwischen den USA und Russland eingestellt. Jedoch entwickelt sich der Dialog Russlands mit Deutschland, Frankreich und Italien, sowie mit China und Japan positiv. Russland braucht den Westen, um sein Energieimperium aufzubauen. Zur Modernisierung des einstigen sowjetischen Energiesektors benötigt Moskau eine Dreivierteltrillion US-Dollar. (Vgl. Rahr 2005)

Fazit: Als ein rohstoffreichstes Land der Welt besitzt Russland über die zweitgrößte Atommacht der Welt und die Vetomacht in dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die russische Wirtschaft, die über bedeutende Rüstungsindustrie, die expandierenden Dienstleistungsbereiche sowie den gewichtigen Energiesektor verfügt, erlebt unter Putins Regierung einen Aufschwung und die inneren Stabilität. Der Widerstand in Tschetschenien ist angeschlagen.

In der russischen Außenpolitik nimmt Putin Kurs auf eine konsequente Forderung der Entwicklung einer Partnerschaft mit dem Westen und bestrebt die Integration Russlands in die internationale demokratische Staatengemeinschaft und Weltwirtschaft. Denn die wirtschaftliche Entwicklung Russlands konnte ohne Kooperation mit dem Westen nicht vorangetrieben werden. Dafür benötigt Russland westliche Kapital, Technologie und Märkte. Moskau vertritt also eine Außenpolitik, die das strategische Ziel des Aufbaus einer multipolaren Weltordnung im Auge hat.

Jedoch herrschen Konflikte zwischen den Westen (vor allem den USA) und Russland. In den Fragen der „Schurkenstaaten“, der GUS-, der Nahost- sowie der

Welthandelspolitik handelt Russland stets nach eigenen Interessen. Moskau agiert also dabei ganz anders als der Westen.

Ziel der Außenpolitik Putins ist die Rückkehr Russlands als Großmacht in der Weltgemeinschaft. In den ökonomischen und militärischen Bereichen ist Russland heute also wieder auf dem Weg zurück auf die weltpolitische Bühne. Dies können die USA nicht verhindern. Allerdings ist Russland noch weit entfernt von einer Weltsupermacht wie die USA. In dem militärischen Bereich (vor allem im nuklearen Bereich) bleibt Moskau ein (beinah) gleichrangiger Konkurrent der USA. Aber in den wirtschaftlichen und politischen Sachegebieten ist Russland nur noch ein Juniorpartner der westlichen Mächte (also die USA und EU).

In der Zeit der US-amerikanischen Hegemonie spielt Russland im Beginn des 21. Jahrhunderts eine zweirangige weltpolitische Rolle, die aber ein beachtliches Gewicht und ausschlaggebende Funktion in der Weltordnungspolitik besitzt. Moskau ist für Washington und Brüssel nicht nur ein „strategischer Partner“, sondern auch ein unübersehbarer Widersacher.

4.3.3.2.2 China

China ist ein riesiges Land und hat 1,3 Milliarden Bewohner. Seit fast 3 Jahrzehnten hat sich die Volksrepublik zu einer ökonomischen Großmacht entwickelt. China stellt bisher ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 8 bis 9 Prozent fest. Mit dem achtprozentigen Wirtschaftswachstumrat zählt China zu den schnellst wachsenden Länder der Welt.

Nach den USA verfügt China sogar über größter Kaufkraft der Welt, noch vor Japan und Deutschland.¹¹⁶ Aber ist die chinesische Währung „Yuan“ seit 1995 standhaft an den Dollar gekoppelt. Der Yuan ist mindestens 20 % überbewertet. Pro Jahr fließen 60 bis 70 Milliarden US-Dollar als ausländische Direktinvestitionen in das Land (Vgl. Sandschneider 2005). Im Jahr 2003 betragen die auf dem chinesischen Festland getätigten Direktinvestitionen 53 Milliarden US-Dollar. Sie übertrafen damit auch die in den Vereinigten Staaten getätigten Investitionen. Mit 496,2 Milliarden US-Dollar verfügt China nach Japan über die größten

¹¹⁶ Vgl. „Der Sprung des Drachen“, in: Der Spiegel, Nr. 42 vom 11.10.2004, S. 111-127.

Devisenreserven. Die Volksrepublik besitzt Staatspapiere und Unternehmensbeteiligungen der USA in großem Umfang. (Voigt 2005: 119)

75 Prozent der Weltspielzeugproduktion, 58 Prozent der Bekleidung und 29 Prozent aller Mobiltelefone werden in der Volksrepublik China hergestellt (Sandschneider 2005: 6). China hat inzwischen ferner einen Anteil von etwa 70 % an der Weltproduktion von DVD-Spielern und etwa 50 % bei Digitalkameras (Voigt 2005: 119).

Das jährliche Bruttosozialprodukt Chinas hat längst die Billion US-Dollar überschritten. Knapp 1000 US-Dollar werden pro Kopf jährlich erwirtschaftet. Die 4-Billionen-Grenz solle im Jahr 2020 überschritten werden. Die Volksrepublik würde damit nach den USA und Japan zum wirtschaftlich drittstärksten Staat der Welt aufsteigen. (Müller 2003: 195)

China ist nicht nur ein Entwicklungsland, sondern auch schon High-Tech-Land. In China wurden 330 Millionen Mobiltelefonen und 22 Millionen PCs verkauft. Die Internetnutzung in China ist von 620 000 Nutzern im Jahr 1997 auf 94 Millionen im Jahr 2004 angestiegen. Damit hat China an den zweiten Platz, nach den USA, gelangen. China gilt als der am schnellste wachsende Hightech-Markt der Welt. China entwickelt seine eigenen Standards zur Kontrolle des World Wide Web in direkter Konkurrenz zu den USA. Chinesische Hightech-Unternehmen präsentieren sich längst nicht mehr nur in dem eigenen Binnenmarkt, sondern zunehmend in Weltmärkten. (Sandschneider 2005: 7) Die Volksrepublik wird durch den Kauf der PC-Sparte von IBM als drittgrößter Computerhersteller der Welt auch den Markt der Personalcomputer rasch erobern. China ist nach dem Einstieg bei Thomson zum Weltmarktführer bei Fernsehgeräten geworden. Die Chinesen erreichen durch die temporäre Übernahme von Rover die gefragte BMW-Technologie. Bis 2010 will Shanghai Automotive zu den größten Autokonzernen der Welt gehören. Microsoft, Siemens und andere Hightechfirmen verlegen ihre Forschungseinrichtungen nach China. (Voigt 2005: 119)

Abbildung 13: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und reales Wachstum in China

Jahr	Zuwachs (%)	Mrd. Yuan	Mrd. US-Dollar	BIP/Kopf (Yuan)
1978	11,7	362,4		397
1990	3,8	1.854,8		1.634
1995	10,9	6.079,4	735,1	4.864
1996	10,0	7.117,7	860,7	5.604
1997	9,3	7.897,3	954,9	6.218
1998	7,8	8.440,2	1.020,6	6.646
1999	7,6	8.967,7	1.084,4	7.061
2000	8,4	9.921,5	1.199,7	7.812
2001	8,3	10.965,5	1.325,9	8.634
2002	9,1	12.033,3	1.455,1	9.475
2003	10,0	13.582,3	1.642,4	10.695
2004	10,1	15.987,8	1.933,2	12.589
2005	9,8	17.554,6	2.122,7	13.504

Quelle: Deutsche Botschaft Peking: Wirtschaftsdaten kompakt, Stand: 19. Januar 2006, S. 1; Unter: http://www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/32_wb10.pdf

Während der rasant wachsenden Wirtschaft des Landes nimmt der Bedarf Chinas an Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln ständig zu. So hat die Präsenz der chinesischen Regierung sowie chinesischer Unternehmen in Lateinamerika und Afrika auf Konkurrenzniveau zum Westen gesteigert. China steigt in allen Weltregionen durch verstärkte Reisediplomatie, regelmäßige Handelsdelegationen und intensivierten wirtschaftlichen Austausch auf.

China hat sich vom Markt zum Wettbewerber (sowohl in China als auch auf den Weltmärkten) weit entwickelt. Dazu zählen erfolgreiche Übernahmeveruche amerikanischer Konzerne sowie Automodelle auf der Frankfurter Automesse. Die globale Wettbewerbsfähigkeit Chinas steigert sich fortdauernd.

Nach Prognose der OECD wird China spätestens 2008 Deutschland als Exportweltmeister ersetzen. 55 Prozent der Exporte Chinas werden von

Auslandsgesellschaften ausgeführt. Nur 13 Prozent davon halten am chinesischen Binnenmarkt. (Sandschneider 2005: 11)

Mit dem chinesischen Wirtschaftswachstum wächst auch die militärische Macht Chinas. Seit Mitte der 1990er Jahre hat China speziell die Modernisierungsanstrengungen der Volksbefreiungsarmee (VBA) beachtlich verstärkt und die Verteidigungshaushalte jährlich bedeutsam erhöht.¹¹⁷ Seit 15 Jahren hat China seine Verteidigungsausgaben kontinuierlich zweistellig erhöht. Die Militärausgaben sind dabei seit Jahren drastisch schneller zugenommen als die Staatsausgaben und das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im Jahr 2000 lag das offizielle Verteidigungsbudget Chinas bereits bei 17,2 Milliarden Dollar. Dies hatte die Militärausgaben Taiwans, Südkoreas und sogar Indiens übertroffen. Von 1997 bis 2003 wuchs der Verteidigungshaushalt Chinas insgesamt um 140 Prozent. (Umbach 2004: 68 f.) Derzeit umfasst das Verteidigungsbudget Chinas offiziell nahezu 25 Milliarden US-Dollar (Voigt 2005: 117 f.). Jedoch schätzen das US-Verteidigungsministerium, westliche Experten und das IISS in London die Verteidigungsausgaben Chinas auf 30 bis 70 Milliarden US-Dollar. Auf diese Weise hätte die Volksrepublik gegenwärtig die drittgrößten Verteidigungsausgaben der Welt, nach den USA und Russland, aber noch vor Japan. (Umbach 2004: 68 f.) Im Jahre 2015 würden die chinesischen Militärausgaben nach der Schätzung einer RAND-Studie sechsmal so hoch sein wie die Japans (Vgl. Wolf/Bamezai/Yeh/Zycher 2000).

Beijing ist seit 2000 auch zum weltgrößten Waffenimporteure aufgestiegen. Im Zeitraum 1995 bis 2002 beliefen sich die gesamten Rüstungsimporte Chinas insgesamt auf 17,8 Milliarden Dollar. Neue Rüstungsimporte wurden seit 1999 im Umfang von 11 Milliarden Dollar (vor allem mit Russland) vereinbart. Heute strebt die Volksrepublik die Erweiterung ihrer Rüstungsimporte und die Modernisierung der Technologiebasis zum Bau eigener Hightechwaffensysteme an. (Umbach 2004: 68)

Chinas ist aber ein Land voller Widersprüche. Neben der Erfolgsgeschichte der wirtschaftlichen Reformen steht das Land vor den riesigen wirtschaftlichen,

¹¹⁷ Der Golfkrieg 1991, die Spannungen wegen Taiwan in den Jahren 1995-96 und der Kosovokrieg 1999, welche die Zurücklegung Chinas auf dem Gebiet moderner militärischer Kapazität darstellten, hatte zur beinahe Verdoppelung der Militärausgaben Chinas in den neunziger Jahren geführt (Vgl. Nye 2003).

sozialen, umweltpolitischen und gesundheitlichen Problemen: „gewaltige regionale Disparitäten zwischen Küstenregionen und Binnenland, zwischen 150 und 200 Millionen Wanderarbeiter, 100 Millionen Ökologieflüchtlinge, ein potenzielles Arbeitslosenheer von je nach Schätzung zwischen 40 und 200 Millionen, unrentable Staatsbetriebe und ein marodes Bankensystem, das auf bis zu 40 Prozent faulen Krediten sitzt, gewaltige Gesundheitsprobleme von SARS bis zur dramatisch steigenden AIDS-Durchseuchung in einzelnen Provinzen.“ (Sandschneider 2005: 7)

In China ist Entwicklung zwischen seinen Regionen stark ungleich. Im Südwesten von China entwickelt die Wirtschaft am dynamischsten. In Kanton und Shanghai beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mehr als 5000 Dollar. Auf dem Land liegt das Durchschnittseinkommen bei 600 Dollar pro Kopf. Im Durchschnittseinkommen machen regionale Unterschiede mehr als 1 zu 8 aus. (Müller 2003: 195 f.) Durch soziale Verwerfungen in größerem Ausmaß bildeten sich die Unterschiede zwischen Gewinnern und Verlierern der Wirtschaftsaufschwung Chinas klarer ab.

Im Jahr 2003 wurden 58 000 Fälle öffentlicher Proteste und Demonstrationen offiziell gemeldet. 2004 waren die Fälle auf 74 000 angestiegen. Das Potenzial an Unmut und Protest nimmt also zu. (Sandschneider 2005: 7 f.) Die Kluft zwischen Arm und Reich in China vergrößert sich derzeit dramatisch.

Die chinesische Regierung hat zur Rechtssicherheit und zur Minimierung von öffentlicher Bestechlichkeit die Korruption zu bekämpfen. Dies gilt als Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Die Korruption hätte bis zu 16,9 % des Bruttonationalprodukts des Landes versandt (Vgl. Ding/Hu/Wang 2002).

In den letzten Jahren hat sich die Menschenrechtssituation in China nur sehr begrenzt verbessert (Sandschneider, Eberhard 2005: 12). Beispielsweise gibt es in China immer noch Unterdrückung der gesellschaftlichen Organisationen (wie die Falun-Gong-Sekte) und die langjährigen Freiheitsstrafen für politische Dissidenten. Die Meinungs-, Demonstrations-, Organisations- sowie Versammlungsfreiheit ist für die chinesische Parteiführung weiterhin Dorn im Auge. Unter dem strengen Unterdruck der Regierung hat die chinesische oppositionelle Kraft keine Chancen in China zu existieren.

Das Hauptziel der politischen Führung ist nicht die Forderung der Demokratie, sondern die politische und gesellschaftliche Stabilität, damit das Überleben der

chinesischen Kommunistischen Partei (KP) an der Macht gewährleistet wird. Zu diesem Zweck hat die Regierung in Beijing alle Zügel fest in der Hand zu halten und jedes Rebellieren der Bürger hart zu bestrafen.

Die Volksrepublik gilt nicht nur als Weltwirtschaftsmotor, sondern wird zur kommenden Supermacht auf der Weltbühne. China hat einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, ist seit 1964 eine Atommacht und gehört inzwischen zu den Weltraummächten. Der Militärhaushalt der Volksrepublik wächst mit zweistelligen Raten zu. China verfügt ferner über einer zunehmenden regionalen Einflusszone in Südostasien und Zentralasien, einem hohen durchschnittlichen Wirtschaftswachstum, der zweitgrößten Devisenreserve und den höchsten ausländischen Direktinvestitionen. (Sandschneider 2005: 6) Chinas weltpolitische Rolle verbindet sich also überwiegend mit den auffallenden Wachstumsraten, den bemerkenswerten Leistungen der wirtschaftlichen Reformen und die Modernisierung des Militärs. (Müller 2003: 198 f.)

Die Außenpolitik Chinas hat nach dem 11. September 2001 eine Wende erlebt. Die chinesische Regierung hat sich danach entschlossen, der internationalen „Allianz gegen den Terrorismus“ beizutreten. Auf dieser Weise schloss sich China an die Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Terrorismus vom 12. und 28. September 2001 an. Zur Unterstützung der amerikanischen Militäroperation gegen Taliban-Regime in Afghanistan stellte China den USA auch geheimdienstliche Informationen zur Verfügung. Beijing willigte in ständige diplomatische Konsultationen mit Washington ein und beteiligte sich an internationalen Bemühungen, die monetären Netzwerke der mutmaßlichen Attentäter aufzufinden und entsprechende Konten zu sperren. So hat China ihre Zusammenarbeit mit den USA sowie der internationalen Gemeinschaft verstärkt. (Holbig 2002: 1)

Seit dem 11. September 2001 hat sich die Außenpolitik Chinas also zum Multilateralismus gewendet. Sie kehrt von ihrer bilateral ausgerichteten Außenpolitik ab. Beispielsweise forderte Jiang Zemin, Ex-Staatspräsident Chinas, am Rande des APEC-Gipfels, der am 20. und 21. Oktober 2001 in Shanghai stattfand, eine Hauptrolle der Vereinten Nationen im Kampf gegen den Terrorismus ein und wiederholte vor allem die Bereitschaft zur internationalen Kooperation. (Holbig 2002: 1 f.)

Die Entwicklung dieses außenpolitischen Wandels ist ferner in folgenden Handlungen Chinas zu beobachten: Das Verhältnis Beijings zu den ASEAN-Staaten, das regsame Eintreten Chinas für eine friedliche Lösung des Streites um die Koreanische Halbinsel und der Beitritt Chinas in die WTO. Die chinesische Regierung weicht also auf regionaler und globaler Ebene in zunehmendem Maße von einer unilateralen oder bilateralen Außenpolitik ab und nützt eine Strategie der multilateralen Bewältigung von Problemen aus. (Vgl. Bersick 2004: 30)

Die Gründe für einen Anschluss Chinas an die Antiterrorallianz dürften in folgenden Punkten liegen: a) China fürchtet davor, auch Opfer ähnlicher Terroranschläge werden zu können – das internationale Verhalten Chinas dürfte also maßgeblich durch die Auseinandersetzung mit dem hauseigenen Problem des islamischen Fundamentalismus, vor allem in der Autonomen Region Xinjiang-Uighur im Nordwesten des Landes, beeinflusst werden (Vgl. Holbig 2002: 4); b) Die Volksrepublik will ihre weltpolitische Geltung im 21. Jahrhundert durch internationale Kooperation verschaffen; c) Beijing versucht damit, die Bedingungen für eine weitere kraftgespannte wirtschaftliche und technologische Entwicklung Chinas aufzubewahren.

China hat also erkannt, dass Mitarbeit in multilateralen Institutionen nicht zum Verlust von Einfluss führen musste. China kann sogar mit seinem eigenen Gewicht „Agenda-setting“ erfolgreich ausüben. Beispielsweise hat China die multilateralen Organisationen wie die Shanghai Cooperation Organization (SCO) (in der sich im Jahr 2001 China, Russland und die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien zusammengeschlossen haben) als Instrument eigener Außenpolitik eingesetzt. (Sandschneider 2005: 9 f.)

Außerdem ist es für die chinesische Regierung ganz klar, dass eine Auseinandersetzung mit den USA den eigenen Interessen schadet. Das chinesische Militär kann bis weit in die Zukunft keinen gleichstehenden Gegner der USA sein. Militärisch sind die USA zu stark gegenüber der Volksrepublik China. Eine militärische Auseinandersetzung könnte China sich also nicht leisten. Überdies ist die wirtschaftliche Entwicklung Chinas von dem Zugang zum amerikanischen Markt und zu amerikanischen Kapital abhängig. Im Jahr 2002 lagen die chinesischen Exporte in die USA bei etwa 116 Milliarden US-Dollar. Damit waren die USA der bedeutsamste Exportmarkt für China. Beinahe 100 Milliarden US-Dollar erreichte der Handelsüberschuss zugunsten Chinas. (Vgl. Quinlan 2002)

Die chinesische Außenpolitik ist also in den letzten Jahren pragmatischer, kooperativer, flexibler und lernfähiger geworden. Der Grundansatz in der Außenpolitik Chinas lautet: „zurückhaltend und mit dosiertem Druck gegenüber den USA, forsch und provozierend gegenüber Japan, kooperativ und einlandend gegenüber Europa, partnerschaftlich, aber zuweilen auch dominant gegenüber ihren südostasiatischen Anrainerstaaten“ (Sandschneider 2005: 9).

„Grundsätzlich spricht das ernst zu nehmende Interesse Chinas sowohl an einem Aufstieg zum respektablen und respektierten internationalen Partner als auch an einer Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus im eigenen Land für eine substanzielle Bereitschaft zu konstruktivem Engagement in der globalen Staatengemeinschaft“ (Holbig 2002: 6). Beispielsweise hat Beijing in den Sechs-Parteien-Verhandlungen auf der koreanischen Halbinsel eine flexible und wesentlich aktivere Rolle hinsichtlich der neu eingenommenen globalen Verantwortung Chinas übernommen.¹¹⁸

Andererseits machte Beijing sich große Sorge darum, dass die Washington bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bei der internationalen Zusammenarbeit ihre Macht zur Durchsetzung eigener Interessen nutzt. China sieht seit langem die Gefahren ein, die durch die militärische Präsenz der USA in der Region Zentralasien und durch die militärische Partnerschaft zwischen Japan und den USA herausgebildet werden. Dies könnte eine Einkreisung Chinas durch die USA ermöglichen. Außerdem betrachtet China das Raketenabwehrprojekt als eine Gefahr für die eigene Abschreckungsfähigkeit. Auch in Bezug auf Taiwan, das eine einträchtige Demokratie und ein strategisch Partner für die Vereinigten Staaten ist, fühlt sich die chinesische Regierung durch die amerikanische Machtpolitik bedroht. (Müller 2003: 201) Die chinesische Regierung weiß es aber genau, dass sie diese Gefahren durch eine Abwesenheit von der Antiterrorallianz nicht dämpfen konnte. Mit dem Beitritt in der Antiterrorallianz sowie in der internationalen Kooperation könnte China aber zumindest einen bestimmten politischen Handlungsspielraum erhalten.

Nach dem 11. September 2001 erwartete die chinesische Regierung nicht eine tiefgreifende Verbesserung des Verhältnisses zu den USA. Denn die Beziehungen

¹¹⁸ Jedoch verhält sich die chinesische Diplomatie im Konflikt mit Taiwan immer noch inflexibel, kompromisslos und politisch einsichtslos. (Umbach 2004: 69)

zwischen der Volksrepublik und den USA kehren aufgrund des aufsteigenden weltpolitischen Gewichts Chinas und der verstärkten amerikanischen Präsenz in Asien wieder in den Modus der „strategischen Konkurrenz“ (Holbig 2002: 3) zurück.

Mit (fast) allen Nachbarn verfolgt China eine friedliche, konstruktive und tolerante Politik. Beijing vermeidet jeden Konflikt mit den Nachbarnländern. Die Volksrepublik hat mit Indien versucht, Einigkeit über den Grenzverlauf zu erzielen. Die ökonomischen sowie politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern sich. Auch die chinesischen Beziehungen zu Pakistan lockern sich. (Müller 2003: 202)

Gemeinsam mit Russland und auch mit den zentralasiatischen Staaten hat Beijing an der Westgrenze Chinas die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) vorangetrieben. Mit der SCO bestrebt die Volksrepublik eine multilaterale, präventive Sicherheitspolitik. Für China und auch Russland ist die Stabilisierung der Region Zentralasien zur Bekämpfung des militanten Islamismus erforderlich. Dieses Interesse trifft sich mit dem der dortigen Machthaber. Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) besitzt eine Funktion, um die wachsende Präsenz der USA in Zentralasien gegenüberzustehen. Die USA sind also von dem Verhandlungs- und Einflusskanal in der Organisation ausgeschlossen.

Mit den ASEAN-Staaten hat Beijing im Herbst 2002 zwei Vereinbarungen abgeschlossen, in denen die Schaffung einer Freihandelszone angestrebt wird und die Verpflichtung der Partner festgeschrieben ist, ihre territorialen Auseinandersetzungen strikt mit friedlichen Mitteln zu lösen. (Müller 2003: 203) In Südostasien wird China nun nicht mehr als Bedrohung, sondern wachsend als Schutzmacht festgestellt. Die chinesische Außenpolitik betreibt zunehmende Einflüsse auf die ASEAN-Mitgliedsstaaten. Die Kooperation der ASEAN-Mitgliedstaaten mit China nimmt also auf notwendigerweise zu. „In der Folge ist Beijing als Kooperationspartner für die ASEAN-Staaten so wichtig geworden, dass China auf der asiatischen Seite der De-facto-Hegemon des ASEM-Regimes ist“ (Bersick 2004: 32).

Im ASEM (Asia-Europe Meeting)-Prozess¹¹⁹ verfolgt die VR China die Ziele, ihren Status als Regionalmacht in Asien weiter auszubauen und durch eine

¹¹⁹ Im Jahr 1996 trafen sich die 26 Teilnehmer des ASEM (Asia-Europe Meeting)-Prozesses zum ersten Mal in Bangkok zu einem Gipfeltreffen. Seitdem nehmen 10 asiatische Länder (wie VR China,

Intensivierung der Beziehungen mit Europa einer zu starker Abhängigkeit von der USA entgegengewirkt zu werden. Beijing wendet zunehmend den ASEM-Prozess zum Kritisieren der amerikanischen Politik an (beispielsweise gegenüber dem Irak während des Kopenhagener Gipfeltreffens) und versucht ASEM-Treffen im Sinne seiner Interessen zu instrumentalisieren.

Fazit: China hat sich seit letzten Jahren zur wirtschaftlichen Großmacht der Welt entwickelt. Seine Militärkapazität nimmt dementsprechend zu. Mit den auffallenden Wachstumsraten, den bemerkenswerten Leistungen der wirtschaftlichen Reformen und die Modernisierung des Militärs nimmt das Gewicht Chinas in der Weltpolitik ständig zu. Jedoch wird die Volksrepublik trotz des wirtschaftlichen Erfolgs noch ein Entwicklungsland bleiben und hat weiterhin gewaltige wirtschaftliche, soziale, politische sowie gesellschaftliche Probleme vor sich. Bis zu einer Weltsupermacht braucht China noch eine sehr lange Zeit.

Für die Weltpolitik ist die Wandlung zugunsten des Multilateralismus in der chinesischen Außenpolitik seit dem 11. September 2001 von großer Bedeutung. China verfolgt seither „eine Außenpolitik des Friedens und der guten Nachbarschaft“ (Vgl. Cheng 2004). Das Eintreten Chinas für den Multilateralismus in der regionalen und globalen Politik trägt zur wirtschaftlichen, politischen Stabilität und Entwicklung in der Region Asiens sowie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bei. Jedoch beunruhigt China mit seiner Machtpolitik im Konkurrenzkampf mit Japan und im Konflikt mit Taiwan weiterhin die asiatischen Nachbarländer.

China liegt wirtschaftlich hinter den USA zurück¹²⁰ und konzentriert dementsprechend seine Politik hauptsächlich auf die eigene Region und die eigene ökonomische Entwicklung. Künftig wird China also in der Region Asien die größte Rolle spielen. Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte und die Befürwortung der multilateralen Weltpolitik haben den Einfluss sowie das Ansehen Chinas in der asiatischen Region erhöht.

Japan, die Republik Korea, Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien, Vietnam, die Philippinen sowie das Sultanat Brunei Darussalam) und die Europäische Union sowie deren einstmalig 15 Mitgliedstaaten an Gipfelreffen teil. (Bersick 2004: 30)

¹²⁰ Die Wirtschaft der USA hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts ca. das doppelte Volumen wie die Chinas. China würde die USA beim Pro-Kopf-Einkommen erst zwischen 2056 und 2096 einholen. Nach der Asiatischen Entwicklungsbank wird im Jahre 2025 das chinesische Pro-Kopf-Einkommen 38 Prozent desjenigen der USA erreicht haben. Damit ist China gegenüber den USA noch weit entfernt von einer Gleichauf-Position. (Nye 2003: 44 f.)

Das Verhältnis Chinas zu den USA hat sich nach dem 11. September 2001 in gewissem Maße verbessert. Eine tiefgreifende Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den USA ist aber nicht geschehen. Aufgrund des zunehmenden weltpolitischen Einflusses Chinas und der verstärkenden US-Präsenz in der asiatischen Region kehrt das Verhältnis zwischen den beiden Ländern wieder in den Modus der „strategischen Konkurrenz“ zurück. Zwischen den USA und China herrscht also das wachsende gegenseitige Misstrauen. Die USA fürchten davor, dass China seine Ansprüche gegenüber Taiwan mit militärischen Mitteln erheben wird. Auch China verdächtigt, dass die USA Aufstieg Chinas verhindern wollen.

Die Volksrepublik China wird – neben der weitergehenden Kooperation mit den USA vor allem im wirtschaftlichen Bereich – ein immer stärkerer Gegenspieler für die Amerikaner sowohl in regionaler als auch in globaler Ebene werden und somit die amerikanische Vorherrschaft in der Weltpolitik herausfordern. Die USA (und ihre Verbündeten wie Japan) werden also in wirtschaftlicher wie machtpolitischer Hinsicht mit einer immer mehr erstarkenden Großmacht konfrontieren.

4.3.3.2.3 Indien

Indien ist ein Land, das komplett den indischen Subkontinent umfasst. Das Land hat die weltweit zweitgrößte Bevölkerung (viermal so groß wie die der USA), die ethnisch äußerst uneinheitlich ist und über verschiedene Sprache und Kulturen verfügt.

Seit Jahren wächst die indische Wirtschaft schwungvoll. Das Wirtschaftswachstum Indiens beträgt etwa 6 Prozent. Indien besitzt die Devisenreserven in Höhe von 112,7 Milliarden US-Dollar (Voigt 2005: 120). Das Land hat im IT- und Softwarebereich spektakuläre Erfolge.

Indien ist seit 1974 eine Atommacht und versucht seit einiger Zeit mit anderen Ländern (wie Deutschland, Japan, Italien, Brasilien) zusammen ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu erwerben.

Überdies ist Indien eine Militärmacht, die mehrere Dutzend Atomwaffen, Mittelstreckenraketen, 1,2 Millionen Soldaten und ein jährliches Militärbudget von fast 11 Milliarden Dollar besitzt (Nye 2003: 56 f.).

In der Außenpolitik bemüht sich Indien nach dem 11. September 2001 um eine kooperative, friedliche und konstruktive Politik mit seinen Nachbarländern – und

auch mit den USA. Neu-Delhi befürwortet seither den Aufbau einer multilateralen Weltordnung, in der die Vereinten Nationen als die höchste Machtinstantz der Welt angesehen würden.

Die indischen Regierungen – also sowohl die von der ehemaligen Regierungspartei BJP (Bharatiya Janata Party) also auch von der Kongresspartei UPA (United Progressive Alliance) geführte Regierungen - hat die Annäherung an China kontinuierlich vorangetrieben. Beispielsweise: „Die Aufwertung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Klärung des Grenzverlaufs durch die Einbeziehung des nationalen Sicherheitsberaters auf indischer Seite und des stellvertretenden Außenministers auf chinesischer Seite im Sommer 2003 hat den Wunsch beider Staaten nach einer Lösung dieser Frage unterstrichen“ (Wagner 2004: 48).

Indien und China betrachten sich beiderseits als große Märkte. Für Indien ist China also ein attraktiver wirtschaftlicher Partner. Neu-Delhi und Beijing interessieren sich für eine stärkere „Multipolarisierung der Weltordnung“ (Müller 2003: 206). Beide Länder lehnen eine allzu auffällige Hegemonie der USA ab.

Auch an den Erzrivale Pakistan hatte Neu-Delhi eine Annäherung intensiviert. Indien festlegte beispielweise im Februar 2004 eine Reihe beidseitiger Foren mit Pakistan. „Dabei wurden die problematischen Themen von Kaschmir über vertrauensbildende Maßnahmen bis hin zum Ausbau der Handelsbeziehungen erörtert“ (Wagner 2004: 48).

Indien pflegt auch die Beziehung zu Russland. Moskau ist im sicherheitsrelevanten Bereich ein attraktiver Geschäftspartner Indiens. Russland bleibt beispielsweise gegenwärtig der offenbar bedeutendste Waffenlieferant der indischen Armee (Müller 2003. 207).

Die indische Regierung hatte in den vergangenen Jahren ihre Beziehungen zu den USA deutlich ausgeweitet. Neu-Delhi unterstreicht in bezug auf das Verhältnis zu den Amerikanern die demokratischen Traditionen und die gemeinsame Herausforderung im Kampf gegen den militanten islamischen Fundamentalismus. Außerdem bestrebte Indien auch den Aufbau eines auf US-amerikanischer (sowie auf israelischer) Technologie beruhenden Raketenabwehrsystems. Im Gebiet der Hochtechnologie und der zivilen nuklearen Kooperation haben die Inder mit den Vereinigten Staaten Vereinbarungen gewinnt. (Wagner 2004: 48)

Für Indien sind die Vereinigten Staaten überdies ein wichtigster bilateraler Handelspartner. Die indische Regierung sieht beide Länder auf dem Wege zu einer

strategischen Partnerschaft (Vgl. ebd.). Auch hat der US-Präsident George W. Bush am 3. März 2006 bei seinem Indienbesuch die amerikanische Vision einer strategischen Partnerschaft mit Indien präsentiert. Nach Bush sei Indien einer der wichtigsten Partner, der sich am schnellsten entwickelt. So sei eine enge Beziehung zu Indien entscheidend für die Interessen der USA.¹²¹

Außenpolitisch versucht die indische Regierung also, Indien ein größeres Gewicht in der Weltpolitik zu geben. Dazu zählen die intensivierten Beziehungen zu den USA, die Annäherung an China und Pakistan und die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wie Südafrika und Brasilien im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Auch die Beziehungen zur Europäischen Union hat das sogenannte „Common Minimum Programme“ bekräftigt. Die EU zeigt ebenfalls Interesse an einer strategischen Partnerschaft mit Indien.¹²²

Indien bleibt trotz des raschen wirtschaftlichen Wachstums weiterhin ein Entwicklungsland. In Indien leben derzeit 60 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft, „in dem nach über 50 Jahren noch immer fast 40 Prozent der Menschen Analphabeten sind und in dem nur rund sieben Prozent der Beschäftigten im organisierten Sektor tätig sind“ (Wagner 2004: 50). Nach wie vor wird eine halbe Milliarde Inder in bitterer Armut verbleiben. „Das Bruttosozialprodukt Indiens (1,7 Trillionen Dollar) beträgt weniger als die Hälfte des chinesischen und nur 20 Prozent des amerikanischen“ (Nye 2003: 57).

4.3.3.2.4 Japan

Japan verfügt über die zweitgrößte nationale Wirtschaft der Welt (diese litt aber bisher unter einer lang dauernden Rezession) und über eine höchst avancierte Industrie. Nach wie vor ist Japan der weltweit größte Kapitalinvestor. Japan ist absolute Weltspitze in der Produktionsorganisation und Produktionstechnologie. Die Devisenreserven Japans sind mit 808,4 Milliarden US-Dollar die größten der Welt. Eurozone besitzt Devisenreserven in Höhe von 173,7 Milliarden US-Dollar. Die USA haben 39,1 Milliarden Dollar Devisenreserven. (Voigt 2005: 114) Auf dieser Weise gilt Japan als eine wirtschaftliche und technologische Großmacht der Welt

¹²¹ Vgl. Bericht: Proteste begleiten US-Präsident Bush bei seiner Asien-Reise, in: „Die Welt“ vom 4. März. 2006, S. 6.

¹²² Europäische Kommission, An EU-India Strategic Partnership, Brüssel 2004: www.internationale-politik.de.

trotz einiger Schwächen¹²³. Außerdem agiert Japan schon seit langem als Entwicklungshilfegeber an erster oder zweiter Stelle (Vgl. Thakur/Timmermann 2004: 37).

Japan hat den modernsten Militärapparat Asiens und könnte überdies angesichts seines enormen wissenschaftlichen „Know Hows“ sehr schnell Atomwaffen entwickeln. (Nye 2003: 49) Einige Politiker Japans versuchen, den Verfassungsartikel 9 (so genannten „Friedensartikel 9“) zu ändern¹²⁴, der Japans Militärmacht auf reine Verteidigungszwecke bestimmt. (Vgl. Nye 2003: 51 f.; Thakur/Timmermann 2004: 37 f.) Die japanischen Streitkräfte beteiligen sich auch mit eigenen Soldaten am Irak-Krieg.

Japan will seinen Status als Weltmacht verbessern und bemüht sich also zur Erweiterung des politischen Einflusses Japans um einen Sitz als ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrats. Diese Bestrebung Japans wird von den USA unterstützt. Ferner, es gibt also einen grundlegenden Wandel in Japans Sicherheitsvorstellungen und schließlich den Wandel in der japanischen Vorstellung der eigenen weltpolitischen

Rolle (Thakur/Timmermann 2004: 38). Die öffentliche Unterstützung für UN-Einsätze und die Rolle der Verteidigungskräfte wächst. Japan ist eine der wichtigsten Unterstützer internationaler humanitärer, insbesondere UN-gesteuerter Einsätze. Die Mehrheit der Volksvertreter unterstützen laut Umfragen die Veränderung der japanischen Politik hin zu mehr Verantwortung in der Weltpolitik. Immer mehr Bürger befürworten eine künftige Teilnahme an UN-Friedenseinsätzen. Dessen Zahl ist von 45,5 Prozent im Jahr 1991 auf 70,1 Prozent im Jahr 2003 gestiegen. (Vgl. Chiba 2003)

Ursache für das veränderte Sicherheitsverständnis in Japan könnte in folgenden Punkten liegen: Die Nordkorea-Frage (die vor allem die nordkoreanischen Nuklearambitionen betrifft), das ansteigende Bewusstsein des global verstärkenden Terrorismus, der Kriege und ihrer Nachfolgeprobleme in Irak und Afghanistan, die erhöhten Spannungen in den China-Taiwan-Beziehungen sowie der neuen Bedrohungen menschlicher Sicherheit (wie beispielsweise durch epidemische

¹²³ Die japanische Wirtschaft scheint sich wieder zu bessern. Das Bruttosozialprodukt steigt langsam und die Arbeitslosenquote ist leicht gesunken. (Thakur/Timmermann 2004: 37)

¹²⁴ Die US-Besatzungsmacht hatte das Verbot des Kriegs und den Verzicht auf eigene Armeen in der japanischen Verfassung festschreiben lassen.

Krankheiten, Menschenhandel und Umweltschäden) (Thakur/Timmermann 2004: 38 f.).

Die japanische Regierung kämpft auch mit einem grundlegenden Widerspruch zwischen seinen bilateralen Pflichten und multilateralen Überzeugungen. Im Hinblick auf den Irak-Krieg muss Japan als loyaler Partner der USA handeln. Der von den USA geführte Krieg gegen den Irak ohne ausdrückliche Legitimation durch Vereinten Nationen hat die Prinzipien der UN-Charta eindeutig verletzt. Die Beteiligung Japans am Irak-Krieg hat dementsprechend zu einem grundlegenden Zusammenprall der japanischen bilateralen Pflichten und multilateralen Überzeugungen geführt (Thakur/Timmermann 2004: 41).

Der militärische Einsatz Japans in dem Irak ergibt sich also aus folgenden Gründen: Der Wunsch nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, die bilateralen Verpflichtungen im Rahmen des Sicherheitsabkommens mit den Vereinigten Staaten sowie Japans extreme Abhängigkeit von den Energieressourcen aus dem Nahen Osten. Japan ist zu 86 Prozent vom Öl aus dem Nahen Osten abhängig, während die USA 24 Prozent ihres Öls aus dem Nahen Osten einführen und Großbritannien nur etwa 6 Prozent (Vgl. Takashima 2004).

Das größte Hindernis für die Übernahme einer maßgeblichen Rolle Japans in der Weltpolitik ist aber, dass Japan sich politisch überaus von den USA abhängig ist.¹²⁵ Wenn Japan nicht auf der Basis seiner eigenen Beurteilung entschlossen auf der internationalen Bühne auftreten kann, wird es in der Weltpolitik auch keine wichtige Rolle spielen.

Außerdem hat die relativ nach rechts gerutschte Politik in Japan dem internationalen Ansehen Japans Schaden zugefügt und die Spannungen zwischen Japan und seinen Nachbarländern wie China, Südkorea sowie anderen ASEAN-Staaten hervorgerufen. Diese gilt zum Beispiel für die folgenden Aktionen: Japan nimmt am amerikanischen Raketenabwehrsystem teil, liberalisiert seinen Waffenexport, führt militärischen „peace-building“ und die Entwicklungshilfe verstärkend zusammen, erklärt China zur künftigen Hauptbedrohung sowie verteidigt den wiederholten Besuch des Japans Premiers am „Yasukuni-Schrein“.

¹²⁵ Die Japaner stellen sich schon die Frage, ob sie weiterhin als ein „Bankautomat“ im Dienste der USA sein sollen (Vgl. Watanabe 2003).

4.3.3.3 Fazit

Die globale Situation oder die Weltlage nach dem 11. September 2001 sowie nach dem Irak-Krieg im Jahr 2003 hat sich derartig verändert, dass die USA als eine einzige Supermacht seine politische Strategie in einer Richtung geändert, in der sie auf die Politik der Kooperation mit ihren Verbündeten verzichtet (wie sie diese bis zum 11. September 2001 ausgeübt hat) und nach einer uneingeschränkten Vorherrschaft strebt. Dabei missachten die USA zum Schutz eigenen Interessen die internationalen Verträge, Institutionen und Rechte. Sie lassen also ihre Handlungsfreiheit nicht durch internationale Rechte und Regimes einschränken und versuchen somit, eigene Interessen uneingeschränkt durchzusetzen.

Im Schatten der amerikanischen Hegemonie, die sich immer häufig außerhalb des Rahmens internationaler Institutionen und Gesetzes handeln, spielt die Vereinten Nationen (UNO) als Weltordnungsinstanz immer weniger Rolle. Die multilaterale Weltorganisation wird also durch das unilaterale Vorgehen der USA – besonders im Falle des Irak-Kriegs – erheblich beeinträchtigt. Jedoch setzen sich die anderen Mächte der Welt – wie die Europäische Union (EU), Russland, China und Indien, die auch in der Lage sind, weltpolitische Struktur mitzugestalten – im Gegensatz zu den USA für eine multilaterale Weltordnung (oder für eine multilaterale Weltpolitik) ein. Aus eigenen Erfahrungen sowie Interessen erkennen diese Weltmächte die Wirklichkeit, dass die immer zunehmenden, nicht mehr allein auf nationaler oder regionaler Ebene zu lösenden Probleme, insbesondere der Internationale Terrorismus, nur durch die multilaterale Weltpolitik (bzw. durch die kooperative Außen- und Sicherheitspolitik) am besten behandelt werden können, in der die Vereinten Nationen als einzige politische Entscheidungsinstanz der Welt gilt und das internationale Gesetz allgemeine Gültigkeit besitzt würde.

Abbildung 14: Kraft- und Ressourcenvergleich der Weltmächte – 2002

	BIP (in Mrd. €)	Militärausgaben (in Mrd. €)	Atomwaffen
USA	11.188	357	10.656
EU-Europa	11.076	179	535 (F. + GB)
Russland	352	72	ca. 10.000
VR. China	1.315	52	370
Indien	542	16	60

Quelle: Der Spiegel, Nr. 17 vom 19. April 2003, S. 21; und auch Voigt 2005: 122.

Die Welt nach dem 11. September 2001 sowie nach dem Irak-Krieg im Jahre 2003 erlebt einen Ordnungskampf zwischen den USA und den anderen Weltmächten wie die EU, Russland, China und Indien, d.h. der amerikanische Unilateralismus gegen den Multilateralismus des Restes der Welt. Die USA stehen also den vier Rivalen gegenüber, die unterschiedlichen Kapazitäten der Entwicklung besitzen. Diese Mächte verfügen alle über Atomwaffen. Großbritannien und Frankreich als EU-Mitglied, Russland und China verfügen über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Im wirtschaftlichen Bereich ist die EU gleich so stark wie die USA. China und Indien haben fortwährend hohe Wachstumsrate in der Wirtschaft. Und Russlands Wirtschaft ist auf dem Weg zur Verbesserung. Nur im Bereich der Militär sind die USA allein an der Weltspitze.

Zwar sind die USA nach wie vor die einzige Supermacht der Welt – es gibt also immer noch keinen Rivalen, der einen Gleichstand mit den USA in allen Bereichen erreicht. Washington kann aber den Rest der Welt, insbesondere die vier

Weltmächte, nicht führen. Denn die USA sind trotz ihrer militärischen Überlegenheit nicht in der Lage, die anderen Mächte der Welt zur Folgsamkeit zu zwingen (oder gar sie militärisch niederzuschlagen). Der Rest der Welt akzeptiert die unilaterale Weltpolitik der USA nicht und fordert hingegen eine konstruktive, kooperative Weltordnungspolitik.

Die anderen Weltmächte wie die EU, Russland, China und Indien können (oder wollen) jedoch aufgrund des Fehlens an gemeinsamer Wertvorstellung, Interesse und Strategie das unilaterale Vorgehen der USA nicht verhindern. Aus diesem Grund können sie die USA auch nicht zwingen, in die Politik der Kooperation unter der Leitung der Vereinten Nationen zurückzukehren. Es wird unter diesem Umstand sowohl eine unipolare als auch eine multipolare Weltordnung nicht geben. Eine überall in der Welt geltende globale Ordnung kann also gegenwärtig (und auch in einer absehbaren Zukunft) nicht bestehen. Der Kampf um eine neue Weltordnung geht weiter. Und die Welt ist somit von einer Ordnung noch weit entfernt. Die Zukunft der Weltordnungspolitik hängt von Politik und Gewicht der USA sowie der anderen Weltmächte und auch von Verhältnissen zwischen ihnen ab.

4.4 Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure – NGOs

Durch die Globalisierung entsteht „eine globale kosmopolitische Gesellschaft“ (Voigt 2005: 46), in der die Nationalstaaten zwar nach wie vor mächtige Akteure sind, die jedoch in vielen Bereichen ihre Handlungsunfähigkeit zeigen und somit immer mehr Spielräume für die nichtstaatlichen Organisationen überlassen. In der heutigen Welt betreiben also nicht nur die Staaten und ihre Herrscher die Weltpolitik, sondern auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind die Organisationen, die dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft (oder „advokatische“ Interessen) verpflichtet sind und nicht direkt nach politischer Macht zu streben (Ansprenger 2005: 293 f.). NGOs sind also Akteure, die durch freiwillige Zusammenschlüsse (also zivilgesellschaftliche Initiative) zustande gekommen sind. Sie sind staats- und parteiunabhängig (also sie sind prinzipiell unabhängig von staatlicher Finanzierung und von staatlichem Einfluss auf ihre Aktionsprogramme), nicht an wirtschaftlichem Gewinn und auch nicht an den Eigeninteressen ihrer Mitglieder orientiert (sie verfolgen primär nicht materielle, also eben nicht profit-orientierte

Ziele), nicht gewalttätig sowie weder ethnisch, noch national, religiös oder geschlechtsspezifisch exklusiv. Ferner sie sollen eine (zumindest minimale) organisatorische Struktur besetzen und verfügen über organisatorische Dauerhaftigkeit. (Wahl 1997: 313; Martens 2002: 34 ff.) NGOs sind außerdem die im politischen Feld auf nationaler wie globaler Ebene agierenden, formell privaten Konstitutionen.¹²⁶

Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen hat sich seit den letzten Jahrzehnten ständig zugenommen. Immer mehr Privatorganisationen arbeiten über nationale Grenzen hinweg. Allein in den 1990er Jahren ist die Zahl der Nichtregierungsorganisationen von 5000 auf etwa 27000 angewachsen (Nye 2003: 100).

NGOs vertreten die in den etablierten politischen Institutionen nicht zum Ausdruck kommende oder vernachlässigte Interessen (Brand/Görg 1998, Princen/Finger 1994, Wichterich 1998) und kontrollieren internationale Verhandlungsprozesse. Die NGOs repräsentieren also das „Weltgewissen“ und nehmen das breite öffentliche Interesse jenseits des Ressorts der Einzelstaaten wahr. Die Nichtstaatlichorganisationen und Netzwerke operieren mit großem Erfolg über die staatlichen Grenzen hinweg. Sie sind in der Lage, die Aufmerksamkeit von Medien und Regierungen auf ihre Angelegenheit zu lenken. NGOs beeinflussen also

¹²⁶ Typen/Topologie von NGOs: Diese Anordnung des Begriffs von NGO erlaubt einige Begrenzungen zu anderen „nichtstaatlichen Akteuren“ in der politischen Arena: zu privatwirtschaftlichen Unternehmungen; den Verbänden und Gruppen, die lediglich spezielle Mitgliederinteresse vertreten; sowie vielen anderen Formen lockerer, nicht dauerhaft oder schwach organisierter politischer Initiativen und Projekte. Die Abgrenzung zu sozialen Bewegungen ist problematischer. Soziale Bewegungen werden normalerweise dadurch bestimmt, dass sie nicht aus einzelner Organisation, sondern aus komplexen Netzwerken unterschiedlicher Akteure bestehen. NGOs können Bestandteil sozialer Bewegungen sein. Sie sind bisweilen ein mehr oder weniger fester Teil von Bewegungsnetzwerken und können als Ausdruck einer organisatorischen Bewegungsinfrastruktur betrachtet werden (Vgl. Roth 1994, Hirsch 2001).

Innerhalb dieses Begriffsrahmens können weitere Unterscheidungen zwischen NGOs zugelassen werden. Sie werden unterschieden (hierzu insbesondere vgl. Martens 2002, 37 ff., Hirsch 2001, 16 f.): nach „weichen Faktoren“, wie z.B. nach Politikfeldern (Menschenrechte, Umwelt, Entwicklung, Wohlfahrt etc.), auch Einteilung nach Zielgruppe, Strategien, Verhältnis zu staatlichen Instanzen oder gesellschaftliche Entwicklung und Herkunftsgeschichte (z.B. mögliche Differenzen zwischen solchen, die schwerpunktmäßig mit Problemdefinition, „agenda-setting“ und Lobbying beschäftigt sind und denjenigen, die stärker praktische Projektarbeit leisten wie z.B. Not- und Entwicklungshilfenorganisationen.), und nach „harten Faktoren“ wie der Organisationsform und -struktur, wie z.B.: Unterscheidungen zwischen NGOs, die grundlegend auf der regionalen oder nationalen Ebene agieren und solchen, die stärker international tätig sind (wenn auch sie in der Regel nationalstaatlich befestigt sind), oder weitere Differenzen zwischen Mitgliederorganisationen und solchen ohne oder mit schwacher Mitgliederbasis, intern mehr oder weniger demokratisch strukturiert.

maßgeblich die Öffentlichkeit und zwischenstaatlichen Verhandlungen. Die Nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) nehmen ihr Einfluss ausdrücklich auf den weltpolitischen Konferenzen (wie zum Beispiel bei der Weltumweltkonferenz in Rio 1992). NGOs haben einen wichtigen Anteil an der symbolischen Konstruktion und Definition gesellschaftlicher Probleme sowie Gefahren und handeln auf diese Weise am „agenda-setting“ in politischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen. Das Abkommen zum Verbot von Landminen (Anti-Personen-Minen) und das Kyoto-Protokoll über die globale Erwärmung sind beispielsweise wichtige Beiträge der Nichtregierungsorganisationen.

NGOs verfügen zwar über nur sehr wenig harte Macht, aber viel mehr weiche Macht. Wissen und Öffentlichkeit bilden die wichtigsten Einflussfaktoren und Machtressourcen von NGOs. Die Nichtstaatlichorganisationen besitzen Sachverstand und Wissen, welche die Staatsapparate nicht haben. (Vgl. Edwards 2000; Matthews 1997)

NGOs schaffen überdies neue Normen, üben direkten Druck auf Regierungen und Unternehmen zur Änderung ihrer Politik aus sowie führen indirekt eine Veränderung der öffentlichen Erwartung gegenüber den Regierungen und Unternehmen herbei. Durch ihre Anstrengungen wurden Menschenrechtsnormen in den Ländern durchgesetzt, wo diskrepante Diktatoren regierten. NGOs machen auch praktische Projektarbeit (besonders im Entwicklungs-, Katastrophen- und Nothilfebereich), die von den Staatsapparaten nicht aufgenommen werden (Vgl. Hirsch 2001). Sie arbeiten zum Beispiel in Krisengebieten als direkte Helfer für in Not geratene Menschen sowie als Vermittler zwischen den kämpfenden Parteien (Müller 2003: 247).

In der UNO und auch in ihren Sonderorganisationen und -Spezialorganen wie der WHO, dem Hochkommissariat für Flüchtlinge, bei der UNDP u.a. spielen die NGOs (neben anderen Fachverbänden und Lobby-Organisationen) schon seit längerem eine Sonderrolle, die über Dialog und Konsultation hinaus geht.¹²⁷ Beispielsweise

¹²⁷ NGOs im UN-System: Es gibt seit 1948 einen offiziellen (Beobachter-)Status für nichtstaatliche Organisationen beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). Die NGOs sind im Rahmen des „Rates für Nichtregierungsorganisationen“, CONGO, zusammengefasst (Council of Nongovernmental Organisations). Eine repräsentative Vertretung (Board), welche die permanente Verbindung zum ECOSOC in Genf halten soll, wird in dem CONGO gewählt. 1948 waren 41 NGOs beim ECOSOC akkreditiert, 1968 waren es 377, und 1997 war die Zahl auf 1356 gestiegen (Martens 1998, S. 7). Von Anfang an führte der ECOSOC, der anfangs die gleiche Rolle in ökonomischen und sozialen Fragen spielen sollte wie der Sicherheitsrat für Krieg und Frieden, ein Schattendasein selbst innerhalb des UN-Systems. An anderer Stelle fielen die ökonomischen und sozialen

üben die Expertise und Informationen von „amnesty international“, „Human Rights Watch“ u.a. Organisationen hier in der UNO einen gewissen Einfluss aus. Die Menschenrechts-NGOs erzielen in zahlreichen Fällen auch beträchtliche Medienwirksamkeit und können so zu einem politischen Druckfaktor werden. Aus den Erfahrungen der Weltbank öffnen sich auch die Organisationen wie WTO und die EU, die vorher wenig Neigung für NGOs entwickelt hatten, für „den Dialog mit der Zivilgesellschaft“.

NGOs besitzen auch im Global Governance-Konzept einen großen Stellenwert und die prominente Rolle, die ihnen darin zugewiesen werden. Sie sind bei der Problemlösung der Umwelt und Entwicklung immer bedeutsamer geworden. Die Nichtregierungsorganisationen leisten einen „produktiven Beitrag zur politischen Steuerung“ (Messner/Nuscheler 1997: 349). Sie spielen auch bei der effizienten Herausbildung der globalen Netzwerkgesellschaft eine wichtige Rolle. NGOs, die als „nützliche Partner“ in die Global Governance-Architektur inkorporiert werden (Messner/Nuscheler 1996: 24), gewinnen als Impulsgeber für alternative Lösungsvorschläge, kostengünstige Durchführungsorgane auf Projektebene, Bündnispartner oder Bindeglied zwischen lokaler und internationaler Arena politische Relevanz (Vgl. Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000).

Weichenstellungen. Die G7 hat sich de facto die Kompetenzen genommen, die dem ECOSOC zugedacht waren. Die Einflussmöglichkeiten der NGOs im CONGO waren demgemäß noch einmal um eine Größenordnung geringer (der CONGO war also politisch völlig bedeutungslos). Viele international zu einiger politischer Bedeutung gelangte NGOs zeigen am CONGO wenig Interesse. Der CONGO spielte für Zugang und Einfluss bei den Weltkonferenzen des Rio-Zyklus keinerlei Rolle mehr (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000, S. 120). Bei der WTO gibt es deshalb Überlegungen zur Schaffung eines Art NGO-Beirates, um die „wilde“, also kaum geregelte Partizipation von NGOs in internationalen Konferenzen und Organisationen wieder in „geordnete“ Bahnen zu lenken. NGOs in solche Mechanismen einzubinden, würde ihnen (NGOs) die Gefahr bringen (ebd., S. 120-121): 1) NGOs müssten beträchtliche Energie in Verfahrensfragen unter sich stecken; 2) Ein Abschleifen der politischen Positionen auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner entstünde durch den Zugang zu Kompromissen untereinander (wenngleich die Unternehmerlobby in einem solchen Gremium vertreten wäre, käme es voraussichtlich sogar zur gegenseitigen Neutralisierung); 3) Der Kreis der NGOs, die vorher noch direkten Zugang zu den Konferenzen haben, würde schrumpfen; 4) Informelle Hegemonialstrukturen unter den NGOs verfestigen sich, weil der Zugang zu Informationen und Personen in den Apparaten auch eine Machtressource ist. Diese Prognose kann gestützt werden durch die Erfahrungen bei der OECD, wo zwei zivilgesellschaftliche Beiräte (für Gewerkschaften und für Unternehmerverbände) schon lange institutionalisiert sind. Im Falle des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) hat die korporatistische Einbindung der Gewerkschaften in die OECD dazu geführt, dass die Verhandlungen zwei Jahre lang unbemerkt von der Öffentlichkeit geführt werden konnten. Die meisten TUAC-Mitgliedsverbände (darunter auch der DGB) beharrten bis zum Scheitern des Abkommens darauf, dass man den vorliegenden Vertragsentwurf „konstruktiv verbessern müsse“ und nicht - wie die Mehrheit der NGOs - ihn „fundamentalistisch“ ablehnen könne (ebd., S. 120). Offensichtlich hatte die korporatistische Einbindung zum Verlorengang einer nüchternen Einschätzung der Kräfteverhältnisse und zum Verlust von Alternativen zum bloßen Mitspielen in den Institutionen geführt.

Die Präsenz von NGOs in der Weltpolitik hat zu einem höheren Maß an Transparenz und Öffentlichkeit geführt und eine Plattform zur Einspeisung alternativer Expertise in öffentliche Debatten geschaffen. Diese sind Voraussetzungen von Demokratisierung.

Abbildung 15: Einige grundlegende Erkenntnisse von NGOs

NGOs als „zivilgesellschaftlicher“ Akteur				
Ressourcen	Handlungsweise	Aktionsfelder	Funktion	Ziele und Wirkungen
<p>Kampagnenfähigkeit und Expertwissen</p> <p>Das Image von Dynamik und Unverbrauchlichkeit, der Ruf moralischer Integrität, Unbestechlichkeit und selbstlosen Idealismus</p> <p>Finanzielle Ressourcen: Spenden und staatlichen Mittel</p>	<p>Dialog, Lobbyingarbeit und Partizipation im Form wie Kooperation, Integration, Kooptieren und Instrumentalisierung</p> <p>Geldbeschaffung</p> <p>Öffentliche Arbeit oder Medienarbeit</p> <p>Direkte Aktion und Basisbewegung (z. B. Demonstration und Protestaktion)</p>	<p>Entwicklungshilfe</p> <p>Umweltschutz</p> <p>Menschenrechte</p> <p>Gesellschaftliche Entwicklung</p> <p>Friedenssicherung und humanitäre Nothilfe</p>	<p>Kooperationspartner</p> <p>Vioce-Funktion: NGOs geben den Bürgern öffentlich eine Stimme (z. B. durch die öffentlichen Proteste)</p> <p>Agenda-Setter</p> <p>Themenanwälte und Lobbyisten</p> <p>Als Kontrolle, Kritik, Anklage und Verurteilung der politischen Prozesse und ihrer Träger, Repräsentation öffentlicher Interessen</p>	<p>Einflussnahme auf Öffentlichkeit und ihre Meinung</p> <p>Akzeptanz und Unterstützung von Bürgern und der Öffentlichkeit</p> <p>Gewinn von finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützungen</p> <p>Einflussnahme und Druck auf politische Prozesse und ihre Träger</p> <p>Beitrag zur Forderung nach Transparenz und Öffentlichkeit politischer Entscheidungsprozesse</p>

Quelle: Eigene Darstellung

Aber wetteifern die zivilgesellschaftlichen Akteure gelegentlich untereinander um das Interesse der Pressen. NGOs, Industrie und Gewerkschaften konkurrierten beispielsweise 1997 in Kyoto um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zur Beeinflussung der Prioritätenliste der Weltpolitik. „Das Weltwirtschaftsforum, eine nichtstaatliche Organisation, die jeden Winter wichtige Regierungs- und Wirtschaftsvertreter nach Davos einlädt, forderte bei ihrem Treffen 2001 auch einige nichtstaatliche Organisationen zum Kommen auf, was jedoch andere nichtstaatliche Organisationen nicht davon abhielt, vor Ort Demonstrationen durchzuführen. Und wiederum andere NGOs veranstalteten im brasilianischen Porto Alegre ein Gegenforum, das die weltweite Aufmerksamkeit auf sich lenken wollte“ (Nye 2003: 100-101).

Die Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben auch ihre Schattenseiten. Sie sind zum Beispiel nicht demokratisch legitimiert. Zwischen den NGOs aus den reichen Ländern, die größer und besser ausgerüstet sind, und NGOs aus der Dritten Welt gibt es außerdem große Ungleichmäßigkeiten. Die Chancen der NGOs aus dem Süden, ihre Interessen auszudrücken, sind ungleich geringer als die von NGOs aus den Industrieländern (also aus dem Norden). Die Nichtregierungsorganisationen spielen zwar auf der weltpolitischen Bühne eine immer wichtigere Rolle. „Sie bleiben aber in vieler Hinsicht auf die Staaten angewiesen. Erstens können Nichtregierungsorganisationen nur blühen, wo der Staat Rechts- und Freiheitsräume garantiert. Auch bedürfen sie des Schutzes vor Kräften, die Pluralismus und Koalitionsfreiheit vernichten wollen. Der 11. September hat die wechselseitige Angewiesenheit von der Zivilgesellschaft und vom freiheitlichen Verfassungsstaat nachdrücklich in Erinnerung gerufen. Zweitens werden sie keine einheitliche Weltvision entwickeln. Gerade der Pluralismus ist ja die Stärke der Zivilgesellschaft. Ad-hoc-Koalitionen und themenbezogene Plattformen sind ihre probaten Mittel. Über Verfahren zur Herstellung von verbindlichem Konsens verfügen sie naturgemäß jedoch nicht. Und die Nichtregierungsorganisationen können drittens selbst auch kein Recht setzen. Nur Staaten besitzen hierzu die erforderliche Legitimation. Da Ordnung jedoch auf Recht ebenso angewiesen ist wie auf Sanktionsmacht, kann die Funktion der Staaten von der Zivilgesellschaft zwar genutzt werden, nicht aber ersetzt werden. Sie bleiben ein wichtiger Träger einer solidarischen, auf die Weltprobleme ausgerichteten, gerechten und multilateralen

Ordnung, sie können zugunsten dieser Ordnung Einfluss und Druck ausüben, aber selbst schaffen und erhalten können sie diese Ordnung nicht“ (Müller 2003: 248).

5. Der Schluss: Welche Weltordnung wird es sein? – Perspektive der Entwicklung der Weltordnungspolitik

5.1 Zusammenfassung

Das Ende des Kalten Kriegs und die danach rasch intensiviertere Globalisierung haben die strukturelle Grundlage der Weltpolitik tiefgreifend verändert. Diese radikale Veränderung betrifft also sowohl die Struktur, Prozesse als auch die Akteure der Weltpolitik. Die Hauptmerkmale der Struktur der Weltpolitik in den 90er Jahren sind vor allem die Ungleichheit der Machtverteilung (also das Ungleichgewicht) im internationalen System, die zur Dominanz der Weltmächte, besonders der USA, in der Weltpolitik geführt hat, und der zunehmende Einfluss der nichtstaatlichen Akteure auf die Weltpolitik, der die Kontrolle und Macht der Staatenwelt schwächt. Die Globalisierung fördert also sowohl den Multilateralismus, schafft als auch die Möglichkeit für eine hegemoniale Weltordnungspolitik. Die Globalisierung bringt den Staat, die Wirtschaft, die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) sowie die Individuen in das globale Netz und bildet die Chancen und die Rahmenbedingungen sowohl für die multilateralen oder kooperativen Handlungen zwischen verschiedenen Akteuren als auch für eine hegemoniale Weltpolitik. Der Multilateralismus und der Unilateralismus zeigten also gleichzeitig ihre Präsenz in der Weltpolitik.

Jedoch ist der Staat im Zeitalter der Globalisierung immer noch der wichtigste Protagonist auf der Bühne der Weltpolitik. Die machtpolitische Struktur der Weltpolitik bleibt also trotz des Globalisierungsprozesses (relativ) unverändert. Ein fortdauernder Demokratisierungsprozess der Weltgesellschaft und die Entstehung einer neuen, einheitlichen Weltgesellschaft sind ebenfalls nicht in Sicht. In machtpolitischer Hinsicht war das zentrale Strukturmerkmal der Weltpolitik, im Unterschied zur kolonialen und bipolaren Weltordnung in der Vergangenheit, also die „Unipolarität“. Die US-Vorherrschaft wurde zum wichtigen Ordnungsprinzip der Weltpolitik (Weltordnung) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die US-

amerikanische Dominanz beruhte besonders auf dem unverkennbaren militärischen Übergewicht.

Die Strukturwandlung der Weltpolitik in den 90er Jahren zeichnete aber auch den steigenden Trend zum Multilateralismus und die Regionalisierung der internationalen Politik ab. Gegenüber der US-Vorherrschaft wurde der Multilateralismus als Verfahren von der Europäischen Union und den anderen Weltmächten wie Russland, China und Indien beansprucht. Der Versuch der USA, die Rolle eines einzigen Weltherrschers zu spielen, wurde also durch regionale Blockbildung wie EU, ASEAN und MERCOSUR und auch durch die anderen potenziellen Großmächte herausgefordert. Die Gegenspieler der USA wie Russland, China und Indien (wie die Mehrheit der westlich-europäischen Länder) waren gegen die US-Ansicht, dass die dringendsten Krisen der Welt durch die Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden können. Sie befürworteten dabei die präventive und kooperative Bearbeitung unter Beteiligung aller Betroffenen (die US-Vorherrschaft wurde nicht nur durch die anderen Großmächte der Welt, sondern auch durch ihre eigenen Schwäche und Inkompetenz bei der Regulierung der internationalen Verhältnisse herausgefordert. Ferner, das Image der USA als der „wohlwollende Hegemon“ wurde durch ihre unilaterale Politik stark beeinträchtigt). Diese Auseinandersetzung hing mit der ungleichen Machtverteilung zwischen den USA und den anderen Ländern, vor allem den Großmächten, zusammen. Das große Ungleichgewicht erzeugt konsequent die Anforderung der anderen Weltmächte nach einem Gleichgewicht. Das Ungleichgewicht zwischen den USA und den anderen Ländern, insbesondere zwischen den USA und den anderen Weltmächten, förderte die Prozesse der Regionalisierung und die Tendenz zum Regionalismus. Die regionalen Vormächte versuchten mit großer Intensität, ihren Machtanspruch in den Regionen zu erheben, um die US-Dominanz auszubalancieren. Die regionalen Staaten verstärkten ihre regionale Kooperation und ihren Konsens, um damit den Machtanspruch der Groß- und Supermächte abzuschwächen.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs stehen die Demokratisierungsprozesse, die Wirtschaftsreformen und das Wachstum (welche die Situation der Bevölkerung mancher Staaten zwar verbessert haben) der Stagnation, den Konjunkturinbrüchen, den sozialen Verwerfungen und Rückschritten, der Verschärfung sozialer und ethnischer Gegensätze und dem Zusammenbruch der Staaten gegenüber. Die

globalen Widersprüche, Instabilitäten, Asymmetrien und Feindseligkeiten nehmen also neben der Entwicklung der Demokratisierung und der Wohlfahrt zu. Die Homogenisierung steht der Differenzierung entgegen. Die Deterritorialisierung kontrastiert mit der Reterritorialisierung. Die Krisen- und Problemlage der Welt wird im Zeitalter der Globalisierung dadurch bestimmt oder verschärft, dass sich die Güterproduktion, die Dienstleistungs- und Finanzmärkte, die Kommunikation, die ökologischen Systeme, die Wertordnungen und Sicherheitslage zunehmend vernetzen und zusammenschweißen. Die Entwicklung der Technologie, wie z. B. Kernenergie und Gentechnik, könnte in diesem Zusammenhang beispielsweise die nur noch begrenzt kontrollierbaren und globale Katastrophen auslösenden Risiken erzeugen. Wir leben heutzutage – nach Ulrich Beck – in einer „Weltrisikogesellschaft“, in der die lokalen, nationalen und regionalen Risiken immer zunehmend globalisiert werden.

Die Lage der Weltprobleme ist bedrohlich und kritisch. Die Liste der globalen Krisen und Probleme ist lang. Sie drücken sich von Umweltverschmutzung, Naturkatastrophe, Wirtschaftskrisen, Armut, Flüchtlingsströmung, Krankheitsverbreitung bis zu der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem internationalen Terrorismus aus.

Ferner, eine weltweit erkennbare Tendenz ist, dass die politische, wirtschaftliche sowie soziale Ungleichheit zwischen reichen und armen Ländern ständig steigt. Reiche und mächtige Staaten entscheiden offensichtlich über den politischen Verlauf in der Welt und verfügen über mehr Chancen oder Optionen bei der Beteiligung an politischen Entscheidungen als schwächere und ärmere Staaten. Diese politische Ungleichheit entspricht die ungleiche Ressourcenverteilung zwischen den reichen und armen Ländern.

Das Demokratie-Defizit ist außerdem weltweit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht zurückgegangen. Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung, Überwachung, Polizeit- und Sicherheitsstaat haben sich breit gemacht. Die Ausgaben für Militär und Verteidigung haben seit Jahren wieder überproportional zugenommen.

Die Neuheit der weltpolitischen Lage nach dem 11. September 2001 sind: Der 11. September 2001 hat eine neue Dimension des internationalen Terrorismus sowie des Terrors gezeigt: Eine zivile Gruppe, die internationale terroristische Organisation Al

Khaida, hatte die einzige Supermacht der Welt angegriffen und zwar mit verheerender Zerstörungskraft. Dieser neue internationale Terrorismus kann nicht mit traditionellen Mitteln bekämpft werden. Er entspricht nicht dem Muster, an dem sich die Konflikte zwischen Staaten halten. Die Terrororganisation Al Khaida und ihr Netzwerk sind keine staatliche, sondern gesellschaftliche, transnationale Akteure. Gewaltanwendung und Kriegsführung werden also „privatisiert“. Die Auseinandersetzungen werden asymmetrisch.

Trotz der Neuheit des internationalen Terrorismus haben die USA ihn doch mit traditionellen Mitteln sowie auf unilateraler Weise behandelt, nämlich mit offen erklärten Kriegen gegen Afghanistan und den Irak. Die Reaktion der USA auf den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutet darauf hin, dass Krieg und Gewalt als Mitteln globaler Befriedigungs- und Ordnungspolitik wiederhergestellt werden. Regimewechsel mittels Krieg als eine neue Form von humanitärer Intervention, die vor allem durch die USA gerechtfertigt wird, wird zu einem Trend. Der 11. September hat die „old politics“ zurückgeholt und den nationalen Staat wieder verstärkt.

Mit dem 11. September schlägt der Sicherheitsstaat als Gewaltmonopolist zurück, und zwar tritt er energisch und entschlossen in Aktion. Auf dem US-Militärstützpunkt in Guantanamo Bay wurde die volle Anwendung der Genfer Konventionen für Kriegsgefangene verweigert. Im Namen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus lehnen die USA – als eine selbst geschätzte Weltordnungsmacht – es ab, dass die USA sich an das internationale Recht binden, dass der UN-Sicherheitsrat die Entscheidungsbefugnisse der USA eingeschränkt, dass das Instrumentarium der USA durch Rüstungskontrolle beschränkt wird und dass die USA unter einer operativen Kontrolle (aufgrund der strafrechtlichen Ahndung drastischer Rechtsbrüche des humanitären Völkerrechts) durch den Internationalen Strafgerichtshof stehen.

Die Weltpolitik nach dem 11. September 2001 ist durch eine verstärkte unipolare Weltpolitik der USA und somit auch durch einen schweren Verlust des Multilateralismus charakterisiert worden. Die US-Politik nach dem 11. September schlug sich in einem verstärkten unilateralen Kurs und ging von der Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft weg. Die USA verzichteten sogar die Kooperation mit ihren engen Verbündeten wie den EU- sowie NATO-Ländern.

Die grundlegende Struktur der Weltpolitik nach dem 11. September 2001 ist jedoch durch einen Fortbestand ihrer handlungsbezogenen Kategorien charakterisiert. Die früheren Machtverhältnisse (die US-Weltdominanz versus die konkurrierenden regionalen Mächte) stehen weiter fest. Die wichtigsten Akteure der Weltpolitik sind nach wie vor territorial organisierte Nationalstaaten trotz der zunehmenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Weltpolitik. Die Weltpolitik ist also nach dem 11. September weiterhin durch einen „unipolar moment“ bezeichnet. Die USA spielen zwar in dieser unipolaren Konstellation die Rolle eines sicherheitspolitischen Hegemons. Es fehlt ihnen aber sowohl die Kompetenz als auch der Wille zu einer Politik der hegemonialen Stabilität. Die USA legen die unilaterale Sicherheitspolitik fest. Und es besteht gleichzeitig aber keine einheitliche hegemoniale Strukturierung der Weltordnungspolitik. Die Festschreibung einer unipolaren Sicherheitsordnung läuft somit Gefahr, Macht- und Sicherheitsdilemmas zu entkoppeln. Die wichtigste Veränderung der Weltpolitik besteht darin, dass die Unipolarität in der Weltpolitik durch den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 besonders gefördert wurde und zugleich zum ernsthaften Problem der Weltordnung geworden ist. Die erweiterte unilaterale oder imperiale Politik der USA verschärft die Problemlage der Weltpolitik und bewirkt somit mehr Chaos als Ordnung in der Welt.

Die verheerenden Attentate vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das US-Verteidigungsministerium in Washington veränderten die Wahrnehmung der USA. Durch die Terrorakte nahmen die Amerikaner es wahr, dass die USA auf ihrem eigenen Territorium auch verwundbar sind. Für die Amerikaner ist der internationale Terrorismus nach dem 11. September die größte Gefahr der Welt geworden. Die USA erklärten folglich den weltweiten Krieg gegen den internationalen Terrorismus, vor allem gegen die Terroristen der Al Khaida. Es folgten der Afghanistan-Krieg und später der Krieg gegen den Irak. Nach dem 11. September 2001 bestrebt die Bush-Administration eine unverkennbare imperiale Machtpolitik auf der Weltebene und versucht, die Welt mit militärischer Gewalt zu ordnen und zu führen.

Im September 2002 wurde die neue „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“ verkündet. Nach denen Grundsätzen wollen die USA die neue Weltordnung forcieren. Die USA sollten mit ihren militärischen Ressourcen

Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel überall auf der Welt unterstützen. Die USA werden „Schurkenstaaten“, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder erwerben wollen und damit die Sicherheit der USA gefährden, in Zukunft unter extremen Umständen mit „antizipatorischer Selbstverteidigung“ und mit „präemptiven Handlungen“ entgegentreten. Zur Verwirklichung der von Bush-Regierung angestrebten Neuordnung der Welt bestrebten die USA im Frühjahr 2002 einen Regimewechsel im Irak. Dabei handelten die USA vielmehr auf unilateraler als auf multilateraler Mitteln.

Die Weltpolitik der USA unter der Führung der Bush-Regierung hat ihren Kurs nach dem 11. September 2001 radikal gewechselt, nämlich in einer Richtung eines neuen Imperialismus, der sich zu einem einfachen Militarismus wandelte (zu diesem Kurswechsel der Bush-Regierung tragen jedenfalls die neokonservativen Think Tanks in den USA wesentlich bei). Die Außenpolitik George W. Bushs liegt darin, die nationalen Interessen und die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu betonen und einseitig auf militärische Lösungen zu zielen. Der Ansatz Bushs ist es, eine Führungsrolle in der Weltpolitik zu übernehmen, die der tatsächlichen überragenden wirtschaftlichen und militärischen Gewichte Amerikas entspricht. So wird eine unilaterale und militarisierte Sicht auf die Möglichkeiten deutlich, die Welt nur durch amerikanische Macht und Regeln zu ordnen. Das ist der neue Imperialismus.

Die USA sind heute eine Weltsupermacht. Sie sind eine Nation wie keine andere, die über gigantische militärische, wirtschaftliche und kulturelle Ressourcen verfügen, und beanspruchen eine imperiale Machtstellung sowie eine umfassende Weltordnung nach eigenen Regeln und Interessen.

Jedoch ist die Macht der USA für ein Empire nicht geeignet. Die USA sind ein militärischer Riese, ökonomischer Nutznießer, aber politisch Bewusstseinsgespaltener und ideologisches Phantom. Diese ungleiche Verteilung der Machtressourcen der USA führt zu einem hegemonialen Ungleichgewicht und zum außenpolitischen Scheitern. Die USA wollten mit ihrer militärischen Macht Ordnung schaffen und Gutes tun. Sie schaffen aber dagegen noch mehr Unordnung und Gewalt. Die Reichweite der amerikanischen Macht reicht nicht aus für ein Empire. Ihre militärische Macht mag beunruhigt über ökonomische und geopolitische Ressourcen sein, die auf multilaterale Arrangements zurückkehren.

Doch der amerikanische Unilateralismus ist nicht in der Lage, eroberte Länder zu regieren. Die USA sind heute auf den Militarismus allein zurückgeworfen, der zu einem Teil des Problems wird, nicht der Lösung. Dies führt dazu, dass die amerikanische Politik auf ideologischem Bereich an Legitimität verloren hat. Den USA fehlt es in Afghanistan und im Irak an politischer Macht, um nach der Invasion Frieden und Ordnung zu schaffen. Die US-Weltpolitik wird von Drohungen, Bombardements und Invasionen dominiert. Die amerikanische Macht war in der Vergangenheit hegemonial. Sie wurde also im Prinzip vom Ausland akzeptiert und häufig als legitim angesehen. Jetzt untergräbt der amerikanische Militarismus aber die US-Hegemonie oder den Anspruch auf einen „wohlwollenden Hegemon“.

Die neue amerikanische Unilateralisten haben mit ihrer rücksichtslosen Politik die Anerkennung und somit Unterstützung vom Rest der Welt verloren, die für die Interessen der USA wichtiger sind als der Irak. Mit dem Verlust von Unterstützung des Restes der Welt haben die USA als die dominierende Macht das Problem, ihre politischen Ziele zu verwirklichen.

Die Amerikaner stehen ferner inzwischen den potenziellen Widersacher gegenüber – wie z. B. die Europäer (Frankreich, Deutschland und Russland) und Asiaten (China sowie Indien), die auch eigene Weltordnungsvorstellung in die Welt setzen wollen. Sie halten mit ihrer Multipolaritätsbehauptung der amerikanischen Weltordnungsvorstellung scharf entgegen und verweigern damit dem Imperialstreben die Gefolgschaft. Der Kampf um die Konturen einer neuen Weltordnung hat sich im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg verschärft.

In dieser veränderten Situation werden die USA angesichts seiner Größe und seines Wohlstands zwar auch in jedem künftigen Modell die dominierende Position besitzen, doch in anderer Weise als in der Vergangenheit. Somit kann die Macht der USA, ungeachtet seines Wohlstands und seiner militärischen Stärke, nur innerhalb eines kosmopolitischen Rahmens effizient ausgeübt werden. Trotz dieser Veränderungen ist die Außenpolitik der USA jedoch immer noch im Horizont des Kalten Krieges befangen. So wird die amerikanische Macht die zukünftige globale wirtschaftliche und politische Entwicklungen nur beeinträchtigen.

Die sich veränderten Weltpolitik führt heute dazu, dass die stärkste Macht seit dem Römischen Reich nicht mehr einige ihrer wichtigsten internationalen Ziele im Alleingang erreichen kann. Die USA verfügen nicht über die internationalen und innenpolitischen Voraussetzungen für die Lösung innerer Konflikte anderer

Gesellschaften und für die Überwachung sowie Kontrolle von transnationalen Transaktionen. Die meisten ernsthaften Weltprobleme, wie z. B. die internationale Finanzstabilität, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Drogenschmuggel, die Verbreitung von Krankheiten sowie der globale Klimawandel, sind nicht durch militärische Gewalt einfach zu lösen.

Die USA ist mächtig, aber nicht mächtig genug für ein amerikanisches Imperium. Es wird den USA nicht gelingen, den Aufstieg jedes Konkurrenten in bezug auf globale Hegemonie zu verhindern, so wie es die amerikanische Nationale Sicherheitsstrategie (NSS 2002) fordert. In dem Zeitalter der Globalisierung ist eine Mission, die räumlich gebunden ist und von einer einzigen Kraftquelle ausgeht, nicht mehr durchführbar. Die Globalisierung verträgt keinen arroganten Hegemon. Die USA können sich es nicht mehr leisten, „internationale Gemeinschaft“ weiter zu missachten, wie die Neokonservativen es tun. Wenn die USA die Hegemonie haben wollen, dann müssen sie sich an die internationalen Regeln und Normen halten und auf das Konzept eines Empire verzichten. Ansonst werden die USA bei einem Scheitern der imperialen Politik auch ihre Hegemonie verlieren.

Die Europäische Union beansprucht eine Weltordnung, in der Europa eine führende Rolle spielt. Sie will ein internationaler Akteur sein, der zu einer friedlichen, stabilen und solidarischen Welt beiträgt. Europa will die übrige Welt so ordnen, wie es seine eigene Welt regelt. Die Europäische Union betrachtet sich als Stabilitätsfaktor sowie Vorbild in der internationalen Staatengemeinschaft. Die EU will noch stärker als bisher die neue Weltordnung aktiv mitgestalten und dies dadurch erreichen, dass sie Frieden, Demokratie und Wohlstand nach außen überträgt und gemeinsam mit anderen Weltakteuren gegen die gegenwärtigen globalen Bedrohungen kämpfen. Als eine Weltmacht will sie jede Form von Gewalt, Terror und Fanatismus bekämpfen und die Globalisierung solidarisch einrichten.

Die Europäische Union will essenziellen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten und vertritt einen „effektiven Multilateralismus“. Das Grundprinzip der EU-Außenbeziehungen ist die Zuneigung zu dem Multilateralismus. Die EU arbeitet an einer auf geteilte Grundsätze und Zusammenarbeit beruhenden Weltordnung. Dafür will sie die Vereinten Nationen und ihre Nebenorganisationen als Ausgangspunkt des multilateralen Systems stärken. Nach Ansicht der EU kann nur multilaterale Kooperation im UN-Rahmen

jenen für effiziente globale Aktionen nötiges Maß an politischer Legitimität vermitteln. Gleichzeitig will die EU ihre strategischen Partnerschaften mit anderen Weltmächten wie Russland, China, Indien sowie Brasilien und ihre Zusammenarbeit im G8-Rahmen vertiefen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs, vor allem nach dem 11. September 2001 sowie nach dem Irak-Krieg im Jahre 2003, hat sich das Verhältnis zwischen Europa und den USA gravierend verändert. Seither vergrößern sich die Differenzen oder die Kontroversen zwischen den USA und den europäischen Staaten in der internationalen Politik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Handelspolitik. Die USA und Europa unterscheiden sich vor allem durch das Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik, den Protektionismus, die soziokulturellen Unterschiede, das Militärpotenzial, die komplexen Entscheidungsstrukturen, die exterritorialen Gesetze und Rechte der USA. Es geht bei diesen und anderen, besonders seit Ende des Kalten Kriegs erkennbar gewordenen und neu aufgetretenen Differenzen und Kontroversen um unterschiedliche Interessen, Bedrohungsvorstellungen und Auffassungen, wie mit ihnen umzugehen ist und in welcher globalen Ordnung diese in welcher Art und Weise am besten vertreten werden können.

Die Europäer fordern dabei immer mehr Unabhängigkeit von den USA und wollen als gleichberechtigter Partner der USA auf der Weltbühne agieren. Europa ist inzwischen die wirtschaftlich stärkste Region der Welt. Die Interessen und gemeinsame Werte Europas unterscheiden sich immer mehr von den der USA, insbesondere in Sachbereichen von Frieden und Kriegen, Umweltschutz, Sozialpolitik u.a. Diese Erfahrung macht die Europäer heute selbstbewusster und unabhängiger als je zuvor. Die Europäer beanspruchen immer mehr eigene, independente Politik gegenüber den USA, beispielsweise in der Wirtschaftspolitik und der GASP.

Die EU könnte ein völlig unabhängiger, gleichberechtigter Akteur gegenüber den USA werden, wenn sie über die Fähigkeiten verfügt, ihre militärische Verteidigung selbst zu sorgen und in der Welthandels- sowie Außen- und Sicherheitspolitik mit „einer Stimme“ sprechen und gemeinsam auftreten zu können. Gerade diese Befähigungen können die EU-Mitgliedstaaten jedoch heute und in einer absehbaren Zukunft nicht erzielen. Die EU verfügt also noch nicht über ein europäisches ordnungspolitisches Gegenkonzept zu den USA und somit auch nicht über einen

eigenen, koordinierten außen- und verteidigungspolitischen Ansatz. Die EU könnte nur dann als eine strategische und politische Weltmacht auftreten, wenn die Mitgliedstaaten der EU mit einer Stimme sprechen und gemeinsam handeln.

Die EU ist in der wirtschaftlichen Hinsicht eine Weltmacht. Aber im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kann die Europäische Union nicht unabhängig von den USA handeln. In diesem Bereich bleibt die EU also ein Juniorpartner der USA. Die Europäische Union zählt also noch nicht zu den größten globalen strategischen und politischen Mächten. Institutionell (und auch politisch) ist die EU noch nicht in der Lage, ihr strategisches Gewicht effizient auf der Weltbühne zu nutzen. Politisch wirkt die EU dementsprechend nicht so effizient wie wirtschaftlich. Die EU-Europa wird ferner insbesondere wegen seinem Mangel an militärischer Fähigkeit beeinträchtigt. Es gibt in der EU noch keine eigene, unabhängige europäische Truppen. Die NATO, nicht die EU selbst, ist verantwortlich für die Verteidigung der EU-Staaten, in der die USA das Sagen haben. Die Zerrissenheit der EU-Mitgliedstaaten verhindert, dass die EU als eine einheitliche, gemeinsame, effiziente politische Weltmacht agieren könnte. Die EU-Länder sind in dieser Hinsicht nicht einigt und können somit gegenüber den USA nicht gemeinsam und entschlossen auftreten. Eine Gegenmachtbildung zu den USA kann die EU nicht werden.

Allerdings agiert die EU mit ihrem Krisenmanagement, ihren friedenserhaltenden und friedensschaffenden Aktionen, ihrer Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik sowie ihrem multilateralistischen Ansatz auf der Weltbühne schon als eine Weltzivilmacht. Auf dieser Weise wird die EU von der Welt sehr geachtet. Die Idee und das Projekt Europas können so als eine Gegenposition der USA in der Weltpolitik sein. Die europäische Integration, der Gesellschaftsmodell Europas und die Art und Weise des Handels der Europäer in der Weltpolitik sind für den Rest der Welt eine wahre Attraktion. In diesem Sinne ist Europa eine wirkliche Weltmacht im Zeitalter der amerikanischen Hegemonie. Das „europäische Projekt“ ist also eine weltordnungspolitische Alternative und unterscheidet sich grundlegend von der Strategie der Vereinigten Staaten. In der Außenpolitik neigt sich die EU multilateralen Lösungen für die Probleme der Weltpolitik und ist entschieden gegen die unilaterale Gewaltanwendung. Die EU bestrebt die Entfaltung und die Ausbau der Rolle des internationalen Rechts sowie die Stärkung der Position internationaler Organisationen, vor allem die der Vereinten Nationen (UNO). Die Vereinigten Staaten setzen sich im Gegensatz zu Europa eigenmächtig an die Stelle der

Vereinten Nationen (UNO) und handeln in der Weltpolitik auf unilateraler, arroganter Weise.

Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Vereinten Nationen von Politikern und Wissenschaftlern als einzige Weltordnungsmacht betrachtet, die der Welt Sicherheit und Frieden sowie multilateralen Verhandlungsrahmen bieten könnte. Diese großen Hoffnungen der multilateralen Weltordnungsgestaltung durch die Vereinten Nationen werden aber später durch amerikanische unilaterale Handlungen in der Weltpolitik zunichte gemacht. Im Schatten der amerikanischen Hegemonie, die sich immer häufig außerhalb des Rahmens internationaler Institutionen und Gesetzes handeln, spielt die Vereinten Nationen (UNO) als Weltordnungsinstanz somit immer weniger Rolle. Die multilaterale Weltorganisation wird durch das unilaterale Vorgehen der USA – besonderes durch den US-Alleingang im Krieg gegen den Irak 2003 – erheblich beeinträchtigt.

Die Vereinten Nationen können ebenfalls aufgrund ihrer institutionellen und strukturellen Schwäche (immer noch) nicht als ein supranationaler, weltstaatlicher Akteur agieren. Bei internationalen Verhandlungen spielen die Vereinten Nationen meistens nur in den macht- und sicherheitspolitisch unwichtigen Problembereichen, in denen meistens keine unmittelbare Gefahr eines gewaltsamen, kriegerischen Konfliktaustrags besteht (beispielsweise im Bereich der Umwelt usw.), eine bedeutende Rolle. Die UNO bleibt also eine internationale und intergouvernementale Organisation. Die ordnungs- und sicherheitspolitische Bedeutung der Vereinten Nationen ist insofern bedingt durch das Verhalten und die Willen der Großmächte sowie die Beziehungen zwischen ihnen.

Im Zeitalter der Unipolarität stehen auch die anderen Mächten der Welt den USA gegenüber. Diese Weltmächte wie die Europäische Union (EU), Russland, China und Indien, die auch in der Lage sind, weltpolitische Struktur mitzugestalten, setzen sich im Gegensatz zu den USA für eine multilaterale Weltordnung (oder für eine multilaterale Weltpolitik) ein. Aus eigenen Erfahrungen sowie Interessen erkennen diese Weltmächte die Wirklichkeit, dass die immer zunehmenden, nicht mehr allein auf nationaler oder regionaler Ebene zu lösenden Probleme, insbesondere der Internationale Terrorismus sowie die Umweltzerstörung, nur durch die multilaterale Weltpolitik (bzw. durch die kooperative Außen- und Sicherheitspolitik) am besten

behandelt werden können, in der die Vereinten Nationen als einzige politische Entscheidungsinstanz der Welt gelten und das internationale Gesetz allgemeine Gültigkeit besitzen.

Die Welt nach dem 11. September 2001 sowie nach dem Irak-Krieg im Jahre 2003 erlebt einen Ordnungskampf zwischen den USA und den anderen Weltmächten (wie EU, Russland, China und Indien), also einen Kampf zwischen dem amerikanischen Unilateralismus und dem Multilateralismus vom Rest der Welt. Die USA stehen also den vier Rivalen gegenüber, die unterschiedlichen Kapazitäten der Entwicklung besitzen. Diese Mächte verfügen alle über Atomwaffen. Großbritannien und Frankreich als EU-Mitglied, Russland und China verfügen über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Im wirtschaftlichen Bereich ist die EU gleich so stark wie die USA. China und Indien haben fortwährend hohen Wachstumsrat. Und Russlands Wirtschaft verbessert sich. Nur im Bereich der Militär sind die USA allein an der Weltspitze.

Zwar sind die USA nach wie vor die einzige Supermacht der Welt (es gibt also immer noch keinen Rivalen, der einen Gleichstand mit den USA in allen Bereichen erreicht). Washington kann aber den Rest der Welt, insbesondere die vier Weltmächte, nicht führen und auch nicht kontrollieren. Dazu fehlt es den USA an sowohl harter als auch an weicher Macht. Die USA sind also nicht in der Lage, die Großmächte zur Folgsamkeit zu zwingen. Die vier Mächte akzeptieren die unilaterale Weltpolitik der USA nicht und fordern hingegen eine konstruktive, kooperative Weltordnungspolitik.

Durch die Globalisierung entsteht „eine globale kosmopolitische Gesellschaft“, in der die Nationalstaaten zwar nach wie vor mächtige Akteure sind, die jedoch in vielen Bereichen ihre Handlungsunfähigkeit zeigen und somit immer mehr Spielräume für die nichtstaatlichen Organisationen überlassen. In der heutigen Welt betreiben also nicht nur die Staaten und ihre Herrscher die Weltpolitik, sondern auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

NGOs vertreten die in den etablierten politischen Institutionen nicht zum Ausdruck kommende oder vernachlässigte Interessen und kontrollieren internationale Verhandlungsprozesse. Mit ihrem Wissen und Sachverstand beeinflussen die Nichtstaatlichorganisationen also maßgeblich die Öffentlichkeit und zwischenstaatlichen Verhandlungen und tragen zur Lösung der Weltprobleme

(wie Umwelt-, Menschenrecht- sowie Entwicklungsprobleme) erheblich bei. Die Präsenz von NGOs in der Weltpolitik hat zu einem höheren Maß an Transparenz und Öffentlichkeit geführt und eine Plattform zur Einspeisung alternativer Expertise in öffentliche Debatten geschaffen. Diese bildet Voraussetzungen für die Demokratisierung der Weltpolitik.

Jedoch spielen die Nichtstaatlichorganisationen in der Weltordnungspolitik nicht die Hauptrolle. Sie sind in vieler Hinsicht von Staaten abhängig. Nichtregierungsorganisationen können nur in Ländern erfolgreich agieren, in denen der Staat Rechts- und Freiheitsräume gewährleistet. Sie besitzen auch kein Gewaltmonopol (wie der Staat es hat) und können somit kein Gesetz setzen. Auf dieser Weise können sie zwar Einfluss und Druck auf die Weltordnungspolitik ausüben, aber sie können die Welt direkt oder allein nicht ordnen. Ferner hat die neue strukturelle Veränderung der Weltpolitik nach dem Kalten Krieg sowie nach dem 11. September 2001 nicht zu einer „Weltgesellschaft“ geführt, in der alle Akteure wie der Staat, die Wirtschaft und die zivilgesellschaftlichen Kräfte gleichstark, gleichberechtigt agieren könnten.

5.2 Konsequenzen und Perspektive

Die verstärkte US-Hegemonie- und Vorherrschaftsbestrebung und die radikale Unilateralisierung der US-Politik nach dem 11. September 2001 und nach dem Irak-Krieg im Jahr 2003 haben keine neue Ordnung für die Welt geschaffen, sondern die Welt in eine noch anarchischere Lage gebracht, die zur verstärkten Minimalisierung der Weltordnung sowie zur Destrukturierung der Weltpolitik (also eine weitere Schwächung der Lösung von Weltproblemen) beiträgt. Die unilaterale, imperiale Politik der Bush-Regierung trägt nicht zur Lösung der Weltprobleme bei, sondern wird selbst ein Problem der Weltordnung. Die Missachtung der internationalen Abkommen, Rechte und der Weltorganisationen durch das unilaterale Vorgehen der USA führt zur gesteigerten Entrechtlichung der Weltpolitik, zur Anarchisierung der Staatenwelt sowie zur weiteren Marginalisierung der Vereinten Nationen als Weltordnungsinstanz.

Ferner sind die USA, welche die Welt nach ihren eigenen Regeln ordnen versuchen, nicht in der Lage, allein die Weltprobleme zu lösen und somit die Welt unter ihrer Befehlsgewalt führen. Die USA sind zwar der mächtigste Staat der Welt, können aber die anderen Mächte nicht zum Gehorchen zwingen.

Andererseits können oder wollen die anderen Großmächte (wie die EU, Russland, China und Indien) aber keine gemeinsame Front gegen die USA bilden, obwohl sie (fast) alle gegen die unilaterale Politik der USA sind. Diese Mächte können auch nicht außerhalb des Einflusses von den USA einen eigenen Pol schöpfen. Sie können (oder wollen) also aufgrund des Fehlens an gemeinsamer Wertvorstellung, Interesse und Strategie die unilateralen Handlungen der USA nicht mit gemeinsamen Aktionen aufhalten.

So können die USA ohne Rücksicht auf den Rest der Welt operieren. Die anderen mächtigen Länder der Welt können ebenfalls nach dem US-Vorbild handeln, was sie für richtig halten, ohne dabei unbedingt auf die internationalen oder globalen Normen und Regeln zu achten. Es gibt in der gegenwärtigen Weltpolitik also kein funktioniertes Checken und keine ausreichende Balance zwischen den USA und den anderen Mächten der Welt. Die USA können die Welt nicht allein regieren. Die anderen Großmächte sind auch nicht in der Lage, die Welt ohne Beteiligung der USA zu führen. Aber auf keinen Fall wollen die USA im „unilateralen Moment“ gemeinsamen mit den anderen Großmächte unter dem Dach der Vereinten Nationen sowie mit einem internationalen Recht die Welt ordnen. Das alte internationale Recht wie das Völkerrecht hat seine globale Gültigkeit verloren. Ein neues Recht für die Weltpolitik, das von allen Akteuren akzeptiert und durchgesetzt wird, ist aber nicht in Sicht. Auch eine neue Weltordnung ohne die Anwesenheit des Völkerrechts kommt nicht in Erscheinung.

Unter diesem Umstand wird es – wie nach der Untersuchung dieser Arbeit – sowohl eine unipolare als auch eine multipolare Weltordnung nicht geben. Eine überall in der Welt geltende globale Ordnung kann also gegenwärtig (und auch in einer absehbaren Zukunft) nicht bestehen. Ein klares Ordnungsmuster der Weltpolitik ist deswegen zurzeit nicht feststellbar. Es könnte also eine Art von „Unordnung als Ordnung“ sein. Die sogenannte neue „Weltordnung“ ist nicht eindeutig zu definieren und zu identifizieren. Sie lässt sich dementsprechend nicht einfach durch die Modelle wie unipolare, bipolare und multipolare Weltordnungen klären und darstellen. So haben die Ansätze (vertreten von Unilateralisten und Multilateralisten in der Politik wie in der Wissenschaft), welche ein erkennbares Ordnungsmuster in der gegenwärtigen Weltpolitik sehen, nur mit bestimmten Vorstellungen der Weltpolitik zu tun, nicht aber mit der Realität der gegenwärtigen Weltordnungspolitik. Sie vernachlässigen bei der Betrachtung bzw. der

Untersuchung die genaue Analyse und Erforschung der Wirklichkeit des neuen Umbruchs der Weltpolitik.

Die Welt ist zurzeit von einer feststellbaren globalen Ordnung ganz weit entfernt (es existiert nur auf der nationalen oder regionalen Ebene eine Art von Ordnungen, die aber um ihre Gültigkeit auf der globalen Ebene miteinander konkurrieren). Die Weltordnungspolitik befindet sich gegenwärtig also in einer Zusammensetzung von Hegemonie, Anarchie und Interdependenz.

Das politische Klima nach dem 11. September 2001 und nach dem Irak-Krieg im Jahr 2003, das zu einer Krise der internationalen Organisationen, zur Entkräftung des Völkerrechts sowie zur Dekadenz der internationalen Institutionen geführt hat, ist sehr trüb für die Lösung der Weltprobleme oder für das Weltregieren.

Das unilaterale, vorbehaltlose Vorgehen der USA, bei dem das internationale Regime (die UNO) und das internationale Recht gelegentlich nur eine Nebenrolle oder gar keine Rolle spielen, erschwert die Lösung der globalen Probleme oder Krisen. Die Verweigerung der USA gegenüber die Anforderungen der internationalen Gemeinschaft führt die Destruktion der sich entwickelnden Weltordnung herbei und verstärkt somit die globalen Krisen.

Eine effektive Lösung der Weltprobleme kann nur durch eine multilaterale Weltpolitik und ein funktionierendes internationales Recht zustande kommen. Denn multilaterale Weltpolitik und das internationale Recht sind wichtige Grundlagen jedes chancenreichen Lösungsversuch für die Weltprobleme. Die komplexe und untereinander vernetzte Weltproblemlage kann also nicht durch ein zentralistisches, hierarchisches System gelöst werden. In einer Welt der Heterogenität und Fragmentierung (wie z. B. Machtasymmetrie, kulturelle Differenz, existentielle Verunsicherung, etc.) wird eine hierarchische Ordnung sicherlich von aller Welt abgelehnt.

Im Zeitalter einer globalisierten, somit dicht vernetzten Informations- und Risikogesellschaft ist kein Staat oder keine Gruppe von Staaten in der Lage, allein (also ohne Kooperation mit anderen Akteuren der Weltpolitik) immer komplizierte Weltprobleme zu lösen. Die auf der nationalen Ebene kaum lösbar Weltprobleme, wie z. B. Armut, Seuchen, Umweltzerstörung, Bürgerkriege, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der internationale Terrorismus, können nur auf der globalen Ebene und zwar durch die beständige Zusammenarbeit aller Akteure der

Weltpolitik wie Staat, Wirtschaft, NGOs sowie Individuen gelöst werden. Dies erfordert aber vor allem die Willen und Taten der mächtigen Staaten, insbesondere die der USA, die über das notwendigen Durchsetzungspotenzial verfügen. Das Erfordernis ist gegenwärtig leider nicht zu erfüllen. Denn der mächtigste Staat der Welt (also die USA), die seine Macht und Leistungsfähigkeit größtenteils nur für ihre eigenen Interessen einsetzen, zeigt immer weniger Wille für eine multilaterale Weltpolitik. Ganz im Gegenteil sie bestreben leidenschaftlich eine Weltordnungspolitik allein nach US-amerikanischen Regeln und Interessen. So hat die bestehende Weltordnung (oder das globale Regieren) sicher keine Zukunft. Und die real kaum lösbaren Probleme der Welt würden auch weiterhin unlösbar bleiben.

Es wird somit in der absehbaren Zukunft eine erkennbare Weltordnung von der Art eines Weltstaats, einer funktionierten Welthegeemonie oder einer fruchtbaren Globalen Governance sicherlich nicht geben.

Ein Weltstaat (Vgl. Kapitel 2.2.3) erfordert eine weltbundesstaatliche Zentralgewalt, die an dem zwischen Bund und Gliedstaaten verteilten öffentlichen Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit beteiligt ist. Diese Zentralgewalt hat einen Anspruch auf eigene legislative und exekutive Kompetenzen. Daneben gibt es eine Weltpolizei und Weltjustiz. Die Zentralgewalt darf die Intervention ausüben, wenn die Weltverfassungsordnung durch die Mitgliedstaaten, die gegen den Weltfrieden verstoßen, verletzt wird. Diese Zentralgewalt kann in der bestehenden Weltordnungspolitik jedoch nicht existieren. Die Vereinten Nationen (UNO), bezeichnet als Weltordnungsinstanz, sind keine Zentralgewalt für die Weltgemeinschaft und besitzen keine entsprechenden (legislative und exekutive) Kompetenzen. Sie verfügt auch in der Regel nicht über Weltpolizei und Weltjustiz, und kann also keine erfolgreichen Interventionen gegen die Mitgliedstaaten, insbesondere die Großmächte der Welt, durchsetzen. Außerdem ist die Welt zum einen noch nicht reif oder bereit für das Kollektivbewusstsein einer Schicksalsgemeinschaft. Ein Weltstaat kann nur mit solchem Gemeinschaftsbewusstsein gebildet werden. Standards der demokratischen Verfassungsstaatlichkeit können zum zweiten auf der Weltebene nicht gewährleistet werden. In dem „unilateral moment“ der Weltpolitik kann ein Weltstaat dementsprechend nur eine Utopie sein.

Eine Welthegeemonie braucht eine zentrale Sanktionsmacht zum Einhalten der Regeln des kollektiven Handelns. Diese zentrale Sanktionsmacht, also ein wohlwollender Welthegeemon, muss über eine supranationale Weltautorität verfügen. Er kann Regeln des kollektiven Handelns schaffen, ihnen zu Akzeptanz ermöglichen und ihre Befolgung sichern. Die hegemoniale Ordnung ist nicht nur dem Hegemon nützlich, sondern auch den anderen politischen Gemeinschaften. Eigene nationalen Interessen und Wertvorstellungen des Hegemons, die mit Universalitätsanspruch bestückt werden, können in erheblichem Ausmaß mit Zielen und Wertvorstellungen des Gesamtsystems übereinstimmend sein. Die anderen Staaten leisten dem Hegemon dafür ihre Gefolgschaft.

Diese Welthegeemon gibt es aber gegenwärtig in der Weltpolitik nicht. Die USA, die als solcher gedacht werden, verfügen zwar über enorme Machtressourcen, besitzen jedoch nicht Weltautorität, die von allen Staaten anerkannt wird. Die einzige Supermacht der Welt ist durch ihr unilaterales, arrogantes Verhalten von den weiten Teilen der Welt als Provokation festgestellt. Die Verachtung der USA gegenüber den internationalen Institutionen, dem internationalen Recht sowie dem „Rest der Welt“ entzieht den USA ihren Ruf als ein „wohlwollender Hegemon“. Die USA erhalten dafür keine Akzeptanz und Achtung von der internationalen Gemeinschaft als eine Welthegeemon. Im Gegenteil sie steht der Unzufriedenheit, Ablehnung und Empörung aus aller Welt gegenüber. Ferner können die USA keine Regel für das kollektive Handeln schaffen. Obwohl sie stets versucht, ihre eigenen Regeln als globale Gesetze anzuwenden, findet sie dafür aber in der Weltgemeinschaft keine Akzeptanz. Die USA können somit auch keine Befolgung für ihre Regeln sichern. Die überwältigende Mehrheit von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen akzeptieren das internationale Recht, nicht aber den Befehl der US-Regierung. Die gegenwärtige US-Politik, die nur auf die nationalen Interessen der USA basiert, sind in vieler Hinsicht mit Zielen und Wertvorstellungen der Weltgemeinschaft nicht übereinstimmend. Die unilaterale, eigennützige und vorbehaltlose Politik der Bush-Regierung entspricht überhaupt nicht dem Ziel der Weltfrieden und dem Prinzip des kollektiven Handelns der Weltgemeinschaft. So finden die USA kaum Staaten, die den USA ihre Gefolgschaft leisten. Bloß mit ihrer militärischen Überlegenheit können die USA also keine Welthegeemonie einrichten, welche die Welt nach eigenen Regeln ordnet.

Eine Welthegeemonie durch die USA könnte nur dann möglich sein, wenn die USA nicht nur über gewaltige „harte Macht“ (wie militärische und wirtschaftliche Ressourcen), sondern auch über ausreichende „weiche Macht“ (wie politische und kulturelle Macht, die Universalitätsansprüche beinhalten) verfügen und sie auch energisch anwenden. Die USA können weltpolitisch seine Ziele erreichen, indem sie die anderen Länder kooperieren, anstatt sie mit militärischem Mittel zu zwingen oder zu bedrohen. Wenn die amerikanische Regierung die demokratischen Spielregeln im internationalen System einhalten, den anderen zuhören und auch auf schwächere, kleinere Länder zugehen würde (wie die Europäer es stets tun), dann könnte sie durch ihr gutes Beispiel andere Länder anziehen und deren Präferenzen beeinflussen. Andere Länder würden den USA sodann folgen, wenn sie amerikanische Werte von Demokratie, Freiheit sowie Offenheit schätzen und ihr Beispiel als kooperationswilliger Partner, Friedensstifter und Menschenrechtsschützer in der Weltpolitik nachahmen. Können die USA ihre Werte bewahren und ihre Rolle als wirklich wohlwollende, beispielhafte Weltmacht spielen, hätten sie also eine Chance, die Welt zu führen. Aber es tut der gegenwärtigen US-Regierung sehr schwer, die weiche Macht der USA energisch anzuwenden und ein Vorbild des Einhaltens des internationalen Rechts und der Achtung der Weltorganisation für den Rest der Welt zu sein. Die Bush-Regierung will die Welt nicht nach internationalen Rechten, sondern nach eigenen Regeln führen. Dabei bevorzugt sie überwiegend das militärische Mittel, nicht aber den politischen oder diplomatischen Weg. In der Außenpolitik verfolgt Washington nur eigene Interessen (die mit globalen Zielen oder internationalem Gemeingut nicht übereinstimmend sind) und alleingängige, vorbehaltlose Politik. So können die USA kein Vorbild für andere Staaten sein, sondern ein schlechtes Beispiel, das Unzufriedenheit und Antipathie in der Weltgemeinschaft hervorruft. Die USA können auf diese Art die Welt sicher nicht führen. Ganz im Gegenteil, sie schaffen mit ihrer gegenwärtigen unilateralen, arroganten Politik, die sich allein auf das Militär stützt, in der Weltgemeinschaft nur Enttäuschung und Abneigung. Eine Welthegeemonie durch die USA wird es also auch nicht geben.

In einer Welt von Global Governance sollen die verschiedenen (staatlichen und nichtstaatlichen) Akteure auf der lokalen, nationalen, regionalen und globalen Ebenen durch ihre Interaktionen oder Zusammenarbeit eine globale Ordnung schaffen, die das internationale Zusammenleben friedlich sowie demokratisch

ordnen. In dieser globalen Ordnung wird die effektive und legitime Lösung globaler Krisen und Probleme durch das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf mehreren Ebenen ermöglicht. Es erfordert also eine Weltgesellschaft, eine humanistische Weltethik oder ein globales Ethos der Weltbürgerschaft, das einen gemeinsamen Bestand an universellen Werten und Prinzipien ermöglichen sollte. Der nationale Staat würde in dieser Weltgesellschaft geschwächt oder gar abgelöst.

Das Konzept von Global Governance ist für die Welt ein idealistisches, schönes Konzept. Seine Realisierung ist jedoch äußerst schwierig und problematisch. Die normative Aussage von Global Governance, vor allem die Erklärung der „Einen Welt“ und der „Weltethik“, ist in der ermessbaren Zeit nicht zu realisieren. Es ist auch nicht möglich, dass der Staat in der sog. „Weltgesellschaft“ freiwillig und vorbehaltlos mit gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeitet und dass alle Konflikte und Probleme durch Verhandlungsprozesse unter Beaufsichtigung der Staatengemeinschaft gelöst werden können. Unter den gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und internationalem System, in denen der Staat die Hauptrolle spielt und eine enorm ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss zwischen Akteuren herrscht, haben kooperative Verhandlungslösungen und die gesellschaftlichen Akteure vielmehr weniger Spielraum als das Konzept ihnen zugedacht hat. Außerdem mangelt es dem Konzept von Global Governance und ihren möglichen Institutionen noch an der demokratischen Legitimation. Dementsprechend wird es ein hundertprozentig funktionierendes Global Governance nicht geben.

Dennoch hat eine multilaterale Weltordnung in der fernen Zukunft noch ihre Chance. Denn es ist ein Trend in der Weltpolitik – der sich in der Untersuchung dieser Arbeit zeigt – zu beobachten, dass immer mehr Staaten (auch nichtstaatliche Akteure) und Staatengruppen eine multilaterale Weltordnung fordern, trotz des verstärkten unilateralen Vorgehens der USA nach dem 11. September 2001. Nur eine sehr geringe Minderheit verlangt noch nach einer unilateralen Ordnung oder gar einem neuen Imperium. Ferner, in einer immer dicht vernetzten Welt wird heutzutage eine effektive Lösung von globalen Krisen und Problemen, welche die Existenz der Menschheit ernsthaft gefährden, nur durch eine Supermacht (oder einer Gruppe von Staaten) nicht mehr möglich. Es verlangt dagegen eine dauerhafte, auf

allen Ebenen durchgeführte Kooperation zwischen allen Akteuren der Weltpolitik. Der neue Unilateralismus ist nicht mehr geeignet für diese Welt, in der alle Gesellschaften immer enger miteinander verbunden und immer mehr Krisen sowie Probleme globalisiert sind. Er ist für diese Welt also nicht nützlich, sondern nur schädlich. Dieser Trend und die globale Problemlage werden die unilaterale Politik der USA künftig verdrängen und sie eines Tages zur Abweichung zwingen. Denn diese Welt und ihre Probleme brauchen dringend eine globale Ordnung, die wirklich funktionieren und globale Probleme effektiv lösen wird.

Die Zukunft oder die Entwicklung einer möglich multilateralen Weltordnung hängt sicherlich von der Änderung der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, von der Entwicklung der Willen und Fähigkeit der anderen Großmächte zum Aufbau einer multilateralen Ordnung sowie von der Entwicklung der globalen Problemlage ab. Eine multilaterale Weltordnung würde also nur möglich, wenn sich die US-amerikanische Regierung von ihrer bisherigen unilateralen Weltpolitik verabschiede, wenn die anderen Großmächte, insbesondere die Europäische Union, ihre multilaterale Politik im internationalen System beharrlich bestreben und ihre weltpolitische Kompetenz erheblich verbessern würden sowie wenn die Weltproblemlage sich so bedrohlich entwickeln, dass eine wohlentwickelnde Existenz der Menschheit ohne eine enge, dauerhafte Kooperation zwischen allen wichtigen Akteuren der Weltpolitik nicht mehr möglich sein würde. Eine künftige multilaterale Weltordnung ist also aus diesen Perspektiven möglich, aber nicht unbedingt. Sie ist zwar von dieser Welt äußerst benötigt, dennoch schwer zu etablieren. Somit ist eine genaue Aussage für eine feststellbare Weltordnung für die ferne Zukunft nicht möglich.

Anhang

1. Abbildungsverzeichnis

Nr.	Titel	Seite
Abbildung 1	Typus der Vorschläge zur UN-Reform	23
Abbildung 2	Architektur von Global Governance	42
Abbildung 3	Die höchste Armut weltweit – 2003	71
Abbildung 4	Todesfälle durch Infektionskrankheiten – 2000 und 2002	73
Abbildung 5	Bewaffnete Konflikte und Kriege – 1989 bis 2004	81
Abbildung 6	Terroranschläge seit dem 11. September 2001	85
Abbildung 7	Militärausgaben der USA von 2001 bis 2007	117
Abbildung 8	Prüfliste für das U.S.-geführte national-building im Irak	144
Abbildung 9	Spaltung der EU im Falle des Irak-Kriegs	165
Abbildung 10	Truppestärke der EU-Länder	169
Abbildung 11	Operationen der EU im Rahmen der ESVP	175
Abbildung 12	Ziele und Grundsätze der Charta versus politische Realität	189
Abbildung 13	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und reales Wachstum in China	202
Abbildung 14	Kraft- und Ressourcenvergleich der Weltmächte – 2002	216
Abbildung 15	Einige grundlegende Erkenntnisse von NGOs	221

2. Abkürzungsverzeichnis

ABC-Waffen	Atomare-, Biologische/Bakteriologische, Chemische Waffen
ABM-Vertrag	Der Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen/der bilaterale Anti-Ballistic Missile Vertrag (Anti Ballistic Missiles, ABM)
AEI	The American Enterprise Institute
AIDS	Acquired Immunodeficiency Syndrome
AKP	Afrikanische, Karibische und pazifische Vertragsstaaten der EU (Abkommen von Cotonou)
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation
ARF	Asian Regional Forum
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meeting
AWACS	Airborne Warning and Control System
B- und C-Waffen	Biologische- und Chemische Waffen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJP	Bharatiya Janata Party
BSP	Bruttosozialprodukt
BMW	Bayerische Motoren Werke AG
CGG	Commission on Global Governance
CNN	Cable News Network
CONGO	Council of Nongovernmental Organisations
CSIS	Center for Strategic and International Studies
CSP	Center for Security Policy
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty
C-Waffen	Chemiewaffen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

ECHO	European Community Humanitarian Office
ECOSOC	Economic and Social Council/Wirtschafts- und Sozialrat
ECOWAS	Economic Community of West African States/Wirtschafts-gemeinschaft Westafrikanischer Staaten
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EOS	The European Omnibus Survey
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETA	Euskadi ta Askatasuna (Baskische Befreiungsorganisation)
EU	Europäische Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FRD	Federal Reserve Board
FLNC	Front de Libération Nationale de la Corse (Nationale Korsische Befreiungsfront)
FLQ	Front de Libération du Quebec (Kraft für die Befreiung Quebecs)
FTOs	Foreign Terrorist Organizations
GASP	Die europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen)
GESVP	Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
G7/8	Gruppe der 7 oder 8 führenden Industrieländer
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HIV	Human Immunodeficiency (Virus – HIV/AIDS)
IAEA	International Atomic Energy Agency/Internationale Atomenergiebehörde
ICRC	International Committee of the Red Cross

IDP	Internally Displaced Persons
ILO	International Labor Organization (ILO)
INEF	Das Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg
INF	International Range Nuclear Forces (Nukleare Mittelstreckenwaffen)
INGOs	International Non-Governmental Organizations
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatliches Forum zu Klimaänderungen, Genf)
IRA	Irish Republican Army
ISS	Internationale Raumstation
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IWF	Internationaler Währungsfond
KP	Kommunistische Partei
KSE-Vertrag	Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MAI	Multilaterales Investitionsabkommen
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur
MOE-Staaten	Mittelosteuropäische Staaten
MVM	Massenvernichtungswaffen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGOs	Non-Governmental Organizations
NRO	Nichtregierungsorganisationen
NMD	National Missile Defense (Nationale Raketenabwehrprogramm der USA)
NSC	The National Security Council (NSC is the US-President's principal forum for considering national security and foreign policy matters with his senior national security advisors and cabinet officials.)
NSS 2002	National Security Strategy 2002
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PDD 25	Presidential Decision Directive 25
PLO	Die Gruppen der palästinensischen Befreiungsorganisation
PNAC	Project for the New American Century
RMA	Revolution militärischer Angelegenheiten
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome
SFOR	Stabilization Force in Bosnia and Herzegovina
SOZ	The Shanghai Cooperation Organization/die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
TAFTA	Transatlantische Freihandelszone
TUAC	Trade Union Advisory Committee
TWA	Trans World Airlines (Transcontinental & Western Air, Inc.)
UdSSR	Union der Sozialistischen Unionsrepubliken (Sowjetunion)
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme/Entwicklungs- programm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Paris)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees/Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund /VN-Kinderhilfswerk
UNO	United Nations Organizations/Organisation der Vereinten Nationen
UNSCOM	United Nations Special Commission (Iraq)
UPA	United Progressive Alliance
USA	The United States of America
USS	United States Ship
USS Cole	The guided missile destroyer USS
VBA	Volksbefreiungsarmee

VN	Vereinten Nationen
WEU	Westeuropäische Union
WHO	World Health Organization/Weltgesundheitsorganisation
WTO	World Trade Organization/Welthandelsorganisation

3. Literaturverzeichnis

- Abernethy**, David 2000: *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*, New Haven 2000.
- Algieri**, Franco 2004: Die Außen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.) 2004: *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*, Bonn, S. 420-440.
- „**America’s World**“, *The Economist*, 23. Oktober 1999.
- Annual** National Accounts, vol.1, 1997.
- Ansprenger**, Franz 2005: *Wie unsere Zukunft entstand. Ein kritischer Leitfadens zur internationalen Politik*, Schwalbach/Ts., S. 293-294.
- Arms** Trade Resources Group: www.tompaine.com/feature.cfm/ID/6504/
- Asmus**, Ronald D./**Pollack**, Kenneth M. 2002: Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47. 2002, 12. S. 1457-1466.
- Bader**, Tobias 2005: *Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism*, Köln.
- Ball**, Philip 1999: *Running on Empty: The World Is Dangerously Short of Water and a Global Crisis Could Be Just 20 Years Away*, in: *Financial Times*, 2-3. Oktober 1999.
- Beck**, Ulrich 2003: *Pax Americana, Pax Europeana*, in: *Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München, S. 219-239.
- Bergmann**, Jan 2001: *Recht und Politik der Europäischen Union*, Omnia Verlag, Grevenbroich.
- Berman**, Morris 2003: *Kultur vor dem Kollaps? Wegbereiter Amerika*, Frankfurt/M.
- Bersick**, Sebastian 2004: *Multipolarität gestalten. Chinas Rolle im ASEM-Prozess*, in: *Internationale Politik*, 9/2004, S. 30-36.
- Bierling**, Stephan 2003: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart*, München.
- Bierling**, Stephan 2004: Die Europäische Union und die USA, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.) 2004: *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*, Bonn, S. 443-467.
- Boston Globe**, 23. Januar 2000.

- Brand**, Ulrich/**Brunnengräber**, Achim/**Schrader**, Lutz/**Stock**, Christian/**Wahl**, Peter 2000: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster.
- Brand**, Ulrich/**Görg**, Christoph 1998: Nichtregierungsorganisationen und neue Staatlichkeit, in: J. Galließ (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccumer Protokolle 9/97, Leccum.
- Brenner**, Michael 1995: The Multilateral Moment, in: Michael Brenner (ed.): Multilateralism and Western Strategy, New York, S. 1-41.
- Bright**, Chris 2003: Eine Geschichte unserer Zukunft, in: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2003, Münster.
- Brok**, Elmar 2003: Lehren aus dem Irak-Krieg. Die Europäische Union als globaler Akteur, in: Internationale Politik, 7/2003, S. 56-60.
- Brühl**, Tanja/**Rittberger**, Volker 2001: From International to Global Governance: Actors, **Collective** Decision-Making, and the United Nations in the World of the Twenty-First Century, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Global Governance and the United Nations System, Tokyo/New York/Paris, S. 1-47.
- Brzezinski**, Zbigniew 1999: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie für die Vorherrschaft, Frankfurt/M.
- Bull**, Hedley 2002: The Anarchical Society, A Study of Order in World Politics, New York.
- Bush's** Rede an die Nation/State of the Union Address, 2004: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/bush-lage.html
- Caporaso**, James A. 1993: International relations Theory and Multilateralism: The Search for Foundations, in: John Gerard Ruggie (ed.) 1993: Multilateralism Matters. The theory and Praxis of an institutional Form, New York, S. 53-90.
- Cheng**, Joseph Yu-shek 2004: „Blühendes neues Asien“. Chinas Politik der guten Nachbarschaft, in: Internationale Politik, 9/2004, S. 17-22.
- Chiba**, Japan Promises continuous Assistance for Iraq, in: Look Japan, Jg. 49, Nr. 571 (Oktober 2003), S. 5.
- Clinton** Administration Policy on Reforming Multilateral Peace Operations (PDD 25) Released on the WWW by the Bureau of International Organisations Affairs, U.S. Department of state, February 22, 1996. Executive Summary. Unter: <http://www.gmu.edu/departments/t-po/peace/pdd25.html>.

- Cohen**, Eliot A. 2004: History and Hyperpower, in: Foreign Affairs, Juli/August 2004, S. 49-63.
- Cooper**, Robert 2002: The Post-Modern State, in: Mark Leonard (Hrsg.): Re-Ordering the **World**, London, S. 11-20.
- Cooper**, Robert 2003: Macht und Ohnmacht – Aus europäischer Sicht. Eine Antwort auf die Thesen Robert Kagans, in: Internationale Politik, 3/2003, Nr. 5, 58. Jahr, S. 31-38.
- Cox**, Robert W. 1986: Social Forces, States and World Orders. Beyond International Relations Theory, in: Keohane, Robert O. (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York.
- Current** Population Survey Annual Demographic Survey. März Beilage. Tab. 1. „Age, Sex, Household Relationship, Race and Hispanic Origin – Poverty Status of People by Selected Characteristics in 1998.“ U.S. Census Bureau, Überarbeitete Fassung 15. Dez. 1999.
- Czempiel**, Ernst-Otto 1981: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn/u.a.
- Czempiel**, Ernst-Otto 1999: Kluge macht: Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.
- Czempiel**, Ernst-Otto 2002: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München.
- Daalder**, Ivo H./**Lindsay**, James M. 2003: Scheidung oder Neubeginn. Die transatlantischen Beziehungen sind an einen Wendepunkt gelangt, in: Internationale Politik, 5/2003, Nr. 5, 58. Jahr, S. 9-20.
- Danilow**, Dmitrij 2004: Russlands Interessen. Pragmatismus und Suche nach Balancen, in: Internationale Politik, 3/2004, S. 11-17.
- Debiel**, Tobias 1998: Handlungsfähige Weltautorität oder Legitimationsbeschaffer á la carte. Friedenspolitische Perspektiven für die UNO, in: Die Friedens-Warte, Heft 4, S. 443-464.
- „**Der Sprung des Drachen**“, in: Der Spiegel, Nr. 42 vom 11.10.2004, S. 111-127.
- Derr**, Mark 2001: New Theories on the Black Death, New York Times, in: International Herald Tribune, 4. Oktober 2001.
- Der Spiegel**, Nr. 14/2003, S. 54.
- Der Spiegel**, Nr. 17 vom 19. April 2003, S. 21.

Deutsche Botschaft Peking 2006: Wirtschaftsdaten kompakt, Stand: 19. Januar 2006, S. 1; Unter: http://www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsberichte/32_wb10.pdf.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen/DGVN (Hrsg.) 2003: Bericht über die menschliche Entwicklung, Bonn (UNDP, Human Development Report 2003).

Die Daten vom Monterey Institute of International Studies, siehe in: <http://www.cns.miis.edu/research/cbw/possess.htm>.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, in: Internationale Politik, Nr. 12, 2003, S. 113-138, original unter: www.usembassy.de/policy/nss.pdf.

„**die tageszeitung**“, 04/09/2004: 5.

„**Die Welt**“: Der Iran hält sich für unangreifbar, Bush schließt Militärschlag nicht aus, 19/Januar 2005, S. 1.

„**Die Welt**“: Bush feiert den Beginn seiner zweiten Amtszeit, 21/Januar 2005, S. 1.

Ding, Yuanzhu/**Hu**, Angang/**Wang**, Shaoguang 2002: Im Reich der wachsenden Ungleichheit, Süddeutsche Zeitung 9./10. 2002, S. 2.

Donovan, Jeffrey 2002: EU: Opening to Iran Rekindles Age-Old Foreign Policy Debate: www.rferl.org/nca/features/2002/06/20062002155924.asp.

Drozdiak, William 1997: Even Allies Resent U.S. Dominance, Washington Post, 4/11. 1997.

Dye, Thomas 2002: Who ist Running America? The Bush Restoration, New Jersey.

Easterbrook, Gregg 2001: „Something Can Be Done About Global Warming“, in: International Herald Tribune, 30. August 2001.

Education at a Glance, 2000.

Edwards, Michael 2000: NGO Rights and Responsibilities (London: The Foreign Policy Centre, 2000).

Ehrhart, Hans-Georg 2004: Die Sicherheitspolitik der EU im Werden, in Internationale Politik, 6/2004, S. 33-41.

Erklärung der NATO und Russlands zum Kampf gegen den Terrorismus vom 13.11.2001; über: <http://www.nato.int>.

Erklärung der zehn Länder der Vilnius-Gruppe vom 5. Februar 2003“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3 (2003), S. 374.

Europäische Kommission 2004/ Europäische Kommission 7/2004

- Europäische Kommission**, An EU-India Strategic Partnership, Brüssel 2004: www.internationalepolitik.de.
- EU's Patten criticises US foreign policy:** news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/1819615.stm
- Europäische Kommission**, Generaldirektion Presse und Kommunikation, im Juli 2004: Ein globaler Akteur. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union, in: <http://europa.eu.int/comm/publications/booklets/move/47/de.doc>.
- Europäischer Rat** in Köln, 3./4. Juni 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anhang III, Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Excerpts** from 1992 draft "Defence Planning Guidance". Unter der Internetseite: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/etc/wolf.html>.
- Feiner**, Sabine 2000: Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinskis, Wiesbaden.
- Ferguson**, Niall 2003: Das verleugnete Empire, in: Ulrich Speck, Natan Sznaider u.a.(Hrsg.) 2003: Empire Amerika, München, S. 38-59.
- Ferrero-Waldner**, Benita 2005: http://www.eu.int/comm/external_relations/news/ferrero/sp05_30.htm.
- Feshbach**, Murray 1999: Dead Souls, in: Atlantic Monthly, Januar 1999.
- Fischer** Weltalmanach 2002, Frankfurt/M. 2002.
- Föhrenbach**, Gerd 2002: „Security Through Engagement“: The Worldview Underlying ESDP, in: Brimmer 2002, S. 3-22.
- Fröhlich**, Stefan 1998: Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO (ZEI discussion paper C19), Bonn.
- Fuchs**, Stefan 2002: Die Hypermacht – USA in Nahaufnahmen, Hamburg.
- Fuchs**, Stefan (Hrsg.) 2003: Die Hypermacht. USA in Nahaufnahme, Hamburg
- Fukuyama**, Francis 2005: Einmarsch der Isolationisten, in: Die Welt, 6. September 2005, S. 9.
- Galtung**, J. 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: D. Senghaas (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt.
- Gareis**, Sven Bernhard/**Varwick**, Johannes 2002: Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, 2. Aufl., Opladen.
- Gareis**, Sven Bernhard/**Varwick**, Johannes 2003: Die Vereinten Nationen, Bonn/Opladen.

- Gedmin**, Jeffrey 2002: Amerika führt. Eine amerikanische Selbsteinschätzung, in: Internationale Politik, April/2002, Nr. 4, 57. Jahr, S. 3-10.
- Gehler**, Michael 2005: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München.
- Gellner**, Winand 1995: Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen.
- Gompert**, David C. 2002: Akteur oder Statist? Die Rolle der Europäischen Union auf der Weltbühne, in: Internationale Politik, 1/2002, S.17-22.
- Gordon**, Philip H. 1998: The transatlantic allies and the changing Middle East, London, Adelphi Papers.
- Gordon**, Michael 2002: Pointing Finger, Bush Broadens His „Doctrine“, in: The New York Times, 30.1.2002.
- Götz**, Roland 2004: Liberale Marktwirtschaft in autoritärem Umfeld. Russlands Wirtschaft vor Putins zweiter Amtszeit, in: Internationale Politik, 3/2004, S. 35-42.
- Gramsci**, Antonio 1967: Philosophie der Praxis, Frankfurt/M.
- Gronau**, Sven 2004: Ordnung und Devianz in der unipolaren Konstellation, in: Hans Vorländer (Hrsg.): Gewalt und die Suche nach weltpolitischer Ordnung, Baden-Baden, S. 123-142.
- Gurr**, Ted Robert 1989: War, Revolution, and The Growth of the Coercive State, in: Caporaso 1989, S. 49-69.
- Haass**, Richard 1997: The Reluctant Sheriff, New York.
- Haass**, Richard N. 1999: What to do with American Primacy? In: Foreign Affairs 78., 1999, 5. S. 37-49.
- Haller**, Gret 2002: Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion, Berlin.
- Halper**, Stefan/**Clarke**, Jonathan 2004: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge.
- Handelsblatt** – Die Welt in Zahlen (2005).
- Hannum**, Hurst/Fischer, Dana (Hrsg.) 1993: U.S. Ratification of the International Covenants on Human Rights, Irvington-on-Hudson, New York.
- Hardt**, Michael/Negri, Antonio 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt.
- Hartmann**, Detlef/**Vogelskamp**, Dirk 2003: Irak: Schwelle zum sozialen Weltkrieg, Berlin.
- Hasenclever**, Andreas/**Mayer**, Peter/**Rittberger**, Volker 1997: Theories of International Regimes, Cambridge.

- Hasenclever**, Andreas/**Mayer**, Peter/**Rittberger**, Volker 2000: Integrating Theories of International Regimes, in: Review of International Studies 26:1, S. 3-33.
- Hauchler**, Ingomar/**Messner**, D./**Nuscheler**, F. 2001: Globale Trends 2002, Frankfurt/M.
- Heidelberger Institut** für internationale Konfliktforschung, Konfliktbarometer 2001, Heidelberg 2001.
- Heitmann**, Matthias 2004: Neue Weltordnung, Hamburg.
- Held**, David/**McGrew**, Anthony/**Goldblatt**, David/**Parration**, Jonathan 1999: Global Transformations, Politics, Economics and Culture, Cambridge.
- Hentzschel**, Thomas 2002: Bestimmungsfaktoren des Politikfeldes der humanitären Hilfe unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, Jena.
- Herden**, Lutz 2003: Esst Katzenfleisch, in: Freitag Nr. 33 vom 8. August 2003.
- Hintze**, Otto 1917: Imperialismus und deutsche Weltpolitik, in: Adolf von Harnack u.a., Die deutsche Freiheit, Gotha.
- Hirsch**, Joachim 2001: Des Staates neue Kleider, NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates, in: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster, S. 13-42.
- Hirsh**, Michael 2002: The Death of A Founding Myth; in: Newsweek (Special Davos Edition), December 2001 – February 2002, 18-22.
- Hobbes**, Thomas 1984 [1651]: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, Frankfurt/M.
- Höffe**, Otfried 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München.
- Höffe**, Otfried 2001: A Subsidiary and Federal World Republic: Thoughts on Democracy in an Age of Globalization, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Global Governance and the United Nations System, Tokyo/New York/Paris, S. 181-202.
- Hoffman**, Bruce 2000: New Forms of Terrorism and the Threat of Terrorist Use of Chemical, Biological, Nuclear and Radiological Weapons, in Kai Hirschmann und Peter Gerhard (Hrsg.): Terrorismus als weltweites Phänomen, Berlin 2000.
- Holbig**, Heike 2002: Wende im internationalen Verhalten China? Nationale Interessen in der globalen Antiterrorallianz, in: Internationale Politik, 2/2002, S. 1-6.
- Holland**, Martin (Hrsg.) 1997: Common Foreign and Security Policy. The Record and Reforms, London/Washington.
- Hubel**, Helmut 2005: Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung, Baden-Baden.

- Hübschen**, Jürgen 2005: Die Zukunft des Irak – Pax Americana?, Wiesbaden.
- Huntington**, Samuel 1999: The Lonely Superpower, in: Foreign Affairs 78. 1999, 2. S. 35-49.
- Ignatieff**, Michael 2003: Empire Amerika? in: Ulrich Speck, Natan Sznaider u.a.(Hrsg.) 2003: Empire Amerika, München, S. 15-37.
- Ikenberry**, G. John 2002: America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs 81. 2002, 5. S. 44-60
- Innocenti**, Nicol Degli 2001: AIDS Named as South Africa's Biggest Killer, in: Financial Times, 2001.
- International Institute for Strategic Studies (Hrsg.)** 1999: Military Balance 1999/2000, Oktober 1999, Oxford.
- IPCC-Webseite**: www.ipcc.ch.
- Jahresbericht** American Enterprise Institute, 2003: 16.
- Johnson**, Lyndon B. 1964: Ziele für Amerika oder der Weg der Vernunft, Reinbeck.
- Kagan**, Robert/**Kristol**, William 1996: "Toward A Neo-Reaganite Foreign Policy", in: Foreign Affairs, Vol. 75, Nr. 4, S. 18-32.
- Kagan**, Robert 1998: The Benevolent Empire, in: Foreign Policy 111/1998, S. 24-35.
- Kagan**, Robert/**Kristol**, William 2000: "The Present Danger", The National Interest, Frühjahr 2000.
- Kagan**, Robert 2002: Macht und Schwäche in: Blätter für deutsche und internationale Politik 47. 2002, 10. S. 1194-1206.
- Kagan**, Robert 2003: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin.
- Kaiser**, Karl 2003: Zeitenwende. Dominanz und Interdependenz nach dem Irak-Krieg, in: Internationale Politik, Mai 2003, Nr. 5, 58. Jg., S. 1-8.
- Kaldor**, Mary 2003: Das ohnmächtige Empire, in: Ulrich Speck, Natan Sznaider u.a.(Hrsg.) 2003: Empire Amerika, München, S. 173-198.
- Keohane**, Robert O. 1989: Neoliberal Institutionalism. A Perspective on World Politics, in: Keohane, Robert O. (Hrsg.): International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory, Boulder, CO: Westview Press, S. 1-20.
- Kinder**, Hermann/**Hilgemann**, Werner 1996: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriß, München.

- Kinssinger**, Henry 2002a: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin.
- Kinssinger**, Henry 2002b: Preemption and the End of Westfalia, in: International Perspectives Quarterly 19. 2002, 4.
- Krause**, Joachim/**Grams**, Christoph 2003: Droht ein globaler Rüstungswettlauf? Perspektiven der Rüstungsindustrie im Vergleich, in: Internationale Politik, 7/2003, S. 31-41.
- Krauthamer**, Charles 1990/91: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70 1990/91, 1. S. 23-33.
- Krauthamer**, Charles 1991: The Lonely Superpower, in: The New Republic, 13. 7. 1991, S. 23-27.
- Krauthamer**, Charles 2002/03: The Unipolar Moment Revisited, in: The national Interest Nr. 70, 2002/03, S. 5-17.
- Kreile**, Michael 2004: Die Osterweiterung der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.) 2004: Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn, S. 650-672.
- Kupchan**, Charles 2002: The End of the America Era: U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the 21st Century, New York.
- Kurz**, Robert 2003: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef.
- Leggewie**, Claus 2003: Ein Empire der Demokratie? in: Ulrich Speck, Natan Sznaider u.a.(Hrsg.) 2003: Empire Amerika, München, S. 199-218.
- Leyendecker**, Hans 2004: Die Lügen des Weißen Hauses, Reinbek bei Hamburg.
- Lieber**, Robert J. 2004: Die amerikanische Ära. Die „Grand Strategy“ der USA nach dem 11. September 2001, in: Internationale Politik, 10/2004, S. 49-62.
- Lieven**, Anatol 2004: Der Kampf um Amerikas Seele, in: Internationale Politik, 10/2004, S. 1-12.
- Link**, Werner 1999: Die NATO im Gefecht internationaler Organisationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/90, 12. März, S. 9-18.
- Link**, Werner 2001: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München.

- Link**, Werner 2003: Imperialer oder pluralistischer Frieden? Plädoyer für eine Politik der kooperativen Balance, in: Internationale Politik, 3/2003, Nr. 5, 58. Jahr, S. 57-64.
- Lovejoy**, Thomas 2002: Biodiversity, Dismissing Scientific Process, in: Scientific American, Ausgabe 1/2002.
- Mann**, Michael 2003: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt/New York.
- March**, James G./**Olsen**, Johan P. (Hrsg.) 1995: Democratic Governance, New York.
- Martens**, Jens 1998: Weltkonferenz über Entwicklungsfinanzierung 2001, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Nr. 6-7.
- Martens**, Kerstin 2002: Alte und neue Players – eine Begriffsbestimmung, in: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.) 2002: Zivilgesellschaft international, Alte und neue NGOs, Opladen, S. 25-49.
- Masala**, Carlo 2004: „Gütiger Imperator“. Hegemonialmacht oder Imperium: Die amerikanische Empire-Debatte, in: Internationale Politik, 10/2004, S. 63-68.
- Matthews**, Jessica T. 1997: „Power Schiff“, Foreign Affairs, Januar 1997.
- Menzel**, Ulrich 2004: Paradoxien der neuen Weltordnung. Politische Essays, Frankfurt/M.
- Messner**, Dirk/**Nuscheler**, Franz 1996: Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Bonn.
- Messner**, Dirk/**Nuscheler**, Franz 1997: Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt/M, S. 337-361.
- Messner**, Dirk 1998: Architektur der Weltordnung. Strategie zur Lösung globaler Probleme, in: Internationale Politik, 11/1998, Nr. 11, 53. Jg., S. 17-24.
- Meyers**, Reinhard 1997: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik, Bonn, S. 313-434.
- Meyers**, Reinhard/**Frantz**, Christiane 2002: Global Governance, NGOs und die transnationale Zivilgesellschaft, in: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette 2002 (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen, S. 393-408.
- Mickel**, Wolfgang W. 1994: Handlexikon der Europäischen Union, Köln.
- Military Balance** 2001.

- Mols**, Manfred/**Lauth**, Hans-Joachim/**Wagner**, Christian 1994: Politikwissenschaft: Eine Einführung, Paderborn/München/Wien/Zürich.
- Müller**, Harald 2003: Anforderungen an die Weltordnung im 21. Jahrhundert, in: Corinna Hauswedell u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, S. 30-40.
- Müller**, Helmut M. 1992 (Hrsg.): Weltgeschichte in Schlaglichtern, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich.
- Münkler**, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg.
- Münkler**, Herfried 2003: Der neue Golfkrieg, Reinbeck bei Hamburg.
- Münzing**, Ekkehard 1995: Die UNO – Instrument amerikanischer Außenpolitik? Die UNO-Politik der Bush-Administration 1988-1992, Hamburg/Münster.
- Mürle**, Holger 1998: Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen, Heft 32/1998, Duisburg.
- Norwegian Refugee Council/NRC** (Hrsg.) 2002: The Global IDP Survey 2002, London.
- Nye**, Joseph S. 1994: What ist Power And How Can We Best Use It, in: Benjamin Ederington/Michael Mazarr (Hrsg.): Turning Point. The Gulf War and U.S. Military Strategy, Boulder, Westview 1994.
- Nye**, Joseph S. 2001: Driften Amerika und Europa auseinander?, in: NZZ Nr. 5. Mai 2001, S. 31f.
- Nye**, Joseph S. 2002: The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, Oxford.
- Nye Jr.**, Joseph S. 2003: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg.
- Nye Jr.**, Joseph S. 2003a: Amerikas Macht, in: Ulrich Speck, Natan Sznajder u.a.(Hrsg.) 2003: Empire Amerika, München, S. 156-172.
- Offener Brief** an Präsident Clinton vom 26. 1. 1998, unter: www.newamerican-century.org/iraqclintonletter.htm.
- O'Hanlon**, Michael E. 2002: Restraining the Growth of the U. S. Defense Budget. Testimony before U. S. Senate, Budget Committee, February 28, 2002. Siehe in: www.brook.edu/dybocroot/views/restimony/ohanlon/20020228.htm.
- Pirages**, Dennis 2005: Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten, in: Worldwatch Institute (Hrsg.) 2005: Zur Lage der Welt 2005. Globale Sicherheit neu Denken, Münster, S. 121-145.

- Plate**, Bernard von 1999: Grundelemente der Globalisierung, in: Informationen zur politischen Bildung, 2. Quartal 1999, Bonn, S. 3-7.
- Podhoretz**, Norman 2002: "How to Win World War IV", in: Commentary, 10/2002: S. 19-29.
- Polenz**, Ruprecht 2002: Für eine aufgeklärte Iran-Politik des Westens, in: Internationale Politik, März 2002, S. 39-40.
- Pradetto**, August 1999: Die NATO, humanitäre Intervention und Völkerrecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/90, 12. März, S. 26-38.
- Prestowitz**, Clyde 2004: Schurkenstaat. Wohin steuert Amerika? Düsseldorf/Zürich.
- Princen**, Thomas/**Finger**, Matthias 1994: Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global, London.
- „**Proteste** begleiten US-Präsident Bush bei seiner Asien-Reise“, in: „Die Welt“ vom 4. März. 2006, S. 6.
- Quigley**, John 1995/96: The ‚Privatization‘ of Security Council Enforcement Action: A Threat to Multilateralism; in: Michigan Journal of International Law, Bd. 17, 1995/96, S. 249-283.
- Quinlan**, Joseph P. 2002: The Ties That Bind, in: Foreign Affairs, Juli/August 2002, S. 116-126.
- Rahr**, Alexander 2004: Der kalte Frieden. Putins Russland und der Westen, in: Internationale Politik, 3/2004, S. 1-10.
- Rahr**, Alexander 2005: Wohin steuert Putin Russland? in: Körber-Zentrum Russland/GUS zur Unterstützung Petersburger Dialogs (Hrsg.) 2005: GUSbarometer, Juli 2005, Nr. 38, 11. Jahr.
- Reichert**, Joshua 2000: If the Sea Lion Starves, Pity the Fishing Fleets, in: International Herald Tribune, 17. Oktober 2000.
- Rice**, Condoleeza 2000: Promoting the National Interest, in: Foreign Affairs 79, 2000, I. S. 45-62.
- Rielly**, John E. 1999 (Ed.): American Public Opinion and U. S. Foreign Policy 1999, The Chicago Council on Foreign Relations, Chicago.
- Rischar**, J. F. 2003: Countdown für eine bessere Welt. Lösungen für 20 globale Probleme, München/Wien.
- Rittberger**, Volker u.a. 1997: Vereinten Nationen und die Weltordnung, Opladen.

- Rittberger**, Volker 2003: Weltregieren zwischen Anarchie und Hierarchie, in: ders. (Hrsg.) 2003: Weltpolitik heute, S. 245-270.
- Rittberger**, Volker/**Zelli**, Fariborz 2004: Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative? in: Rittberger, Volker (Hrsg.) 2004: Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven, Baden-Baden, S. 85-122.
- Roth**, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln.
- Ruggie**, John Gerard 1993: Multilateralism: The Anatomy of an Institution, in: John Gerard Ruggie (editor) 1993: Multilateralism Matters. The theory and Praxis of an institutional Form, New York, S. 3-50.
- Ruppert**, Uta 1998: Die Kehrseite der Medaille? Globalisierung, global Governance und internationale Frauenbewegung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 21. Jg., Heft 47/48, S. 95-105.
- Ryn**, Claes 2003: The Ideology of American Empire, in: Orbis 47 (2003) 3, S. 383-397.
- Sandschneider**, Eberhard 2005: Anleitung zur Drachepflege. Vom Umgang des Westens mit dem schwierigen Partner China, in: Internationale Politik, Dezember 2005, S. 6-13.
- Schäfer**, Bernhard 2003: „Guantánamo Bay“: Status der Gefangenen und habeas corpus, Potsdam.
- Schelonke**, Michael 2004: Die Zukunft Europas – Europapolitik vor neuen Herausforderungen, Paderborn.
- Schley**, Nicole/**Busse**, Sabine 2003: Die Kriege der USA. Chronik einer Aggressiven Nation, Kreuzlingen/München.
- Schley**, Nicole/**Busse**, Sabine/**Brökelmann**, Sebastian J. 2004: Knaurs Handbuch Europa. Daten – Länder – Perspektiven. Aktuell: Die neuen EU-Länder, München.
- Schneckener**, Ulrich 2005: Trends des internationalen Terrorismus, in: Jörg Calließ (Hrsg.): Weltordnungspolitik – mehr als nur Terrorismusbekämpfung, Rehbürg-Loccum, S. 19-32.
- Schneider**, William 1997: The New Isolationism, in: Robert Lieber (Hrsg.) 1997: Eagle Adrift: American Foreign Policy at the End of the Century, New York.
- Schweigler**, Gebhard 2004: Außenpolitik, in: Lösche/Dietrich von Loeffelholz (Hrsg.): Länderbericht USA, Bonn, S. 410-507.
- Sicking/König** 2004:

- Snyder**, Jack 2003: Imperial Temptations, in: The National Interest, Nr. 71/2003, S. 29-40.
- Springer**, Ehud 2000: „*Rational Fanatics*“, *Foreign Policy*, September/Oktober 2000.
- Steininger**, Rolf 2003: Der Kalte Krieg, Frankfurt/M.
- Takashima**, Hatsuhisa 2004: The Two Slain Diplomats and Reconstruction Aid for Iraq, in: Japan Echo, Jg. 31, Nr. 2, April/2004, S. 16-19.
- Thakur**, Ramesh/**Timmermann**, Martina 2004: Von der Vorstellung zur Verwirklichung. Japans Politikwechsel, in: Internationale Politik, 9/2004, S. 37-44.
- The World Health Report** 2001 (Genf:2001).
- Thomas**, James P. 2000: The Military Challenges of Transatlantic Coalitions, London, Adelphi Papers 333.
- Times**, 30. Januar 2003.
- Todd**, Emmanuel 2003: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München: Piper.
- Todd**, Emmanuel 2004: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/Zürich.
- Tomuschat**, Christian 2003: Der selbstverliebte Hegmon. Die USA und Traum von einer unipolaren Welt, in: Internationale Politik, Mai 2003, Nr. 5, 58. Jg., S. 39-47.
- Tomuschat**, Christian 2004: Das Völkerrecht und die Rolle der Vereinten Nationen, in: Sicking, Manfred/König, Helmut (Hrsg.) 2004: Der Irak-Krieg und die Zukunft Europas, Bielefeld, S. 43-66.
- Tudyka**, Kurt P. 2003: Hegemonie und Globokratie, Der Richtungsstreit um die Weltordnungspolitik zwischen Europa und USA, Baden-Baden.
- Umbach**, Frank 2004: Aufrüstung und neue Sicherheitskooperationen in Asien-Pazifik, in: Internationale Politik, 9/2004, S. 65-72.
- UNHCR** (Hrsg.) 2000: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz, Bonn
- UNICEF** 2001: Zur Situation der Kinder in der Welt 2002, Frankfurt/M.
- „**United We Stand**“, in: Wall Street Journal/Europe vom 30. Januar 2003.
- Védrine**, Hubert: France in an Age of Globalization.
- Verheugen**, Günter 2005: Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee, Köln.
- Vitzthum**, Wolfgang Graf 1997: „Begriff, Geschichte und Quellen des Völkerrechts“, in: ders. (Hrsg.) 1997: Völkerrecht, Berlin und New York.

- Vogel**, Heinrich 2002: Russland und der Westen. Der Preis der Partnerschaft, in: Internationale Politik, Oktober 2002, S. 47-48.
- Voigt**, Rüdiger 2005: Weltordnungspolitik, Wiesbaden.
- Vorländer**, Hans 2004: Der 11. September 2001 und seine Folgen – Sieben Thesen zur Einführung, in: Hans Vorländer (Hrsg.): Gewalt und die Suche nach weltpolitischer Ordnung, Baden-Baden, S. 9-13.
- Wagner**, Christian 2004: Indiens neue Politik, in: Internationale Politik, S. 45-50.
- Wahl**, Peter 1997: Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungsorganisationen, in: Altvater u.a. (Hrsg.), S. 293-314.
- Walt**, Stephen 2002: Keeping the World „Off Balance“: Self Restraint and U.S. Foreign Policy, in: John Ikenberry (Hrsg.), American Unrivaled. The future of the balance of power, Ithaca/London, S. 121-154.
- Washington Post**, 6. 12. 2001.
- Watanabe**, Akio 2003: Has Japan Crossed the Rubicon? Defence Policy Since the Higuchi Report, in: Japan Review of International Affairs, Jg. 17, Nr. 4, Winter 2003, S. 238-254.
- Watson**, Robert T. 1998: “Protecting Our Planet, Securing Our Future”, UNEP, US_Luft- und Raumfahrtbehörde, Weltbank, Washington 1998, Arbeitspapier der Weltbank 20757.
- Wehner**, Markus 2003: Gewinner Putin, in: FAZ, 13.2.2003.
- Weinzier**, Rupert IWIWIPOL (Hrsg.) 2002: American Way of Life vs. Europäischer Weg, Wien.
- Weltalmanach**, Fischer 2004, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2003, S. 51-53.
- Wichterich**, Christa 1998: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek.
- Wiegel**, Michaela 2003: Letzte Etappe der Entfremdung, in: FAZ, 12.3.2003.
- Wohlforth**, William C. 1999: The Stability of a Unipolar World. In: International Security, 241, 5-41.
- Wolf**, Charles jr./ Bamezai, Anil/Yeh, K.C./ Zycher, Benjamin 2000: Asian Economic Trends and Their Security Implications, Santa Monica RAND, 2000, S. 19-22.

Wolf, Klaus Dieter 2004: Von der Bipolarität zur Unipolarität? Der Mythos vom zweiten amerikanischen Jahrhundert, in: Rittberger, Volker (Hrsg.) 2004: Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven, Baden-Baden, S. 53-84.

World Resources 2000-2001 (People and Ecosystems: The Fraying Web of Life), UNDP, UNEP, Welbank, World Resources Institute 2000.

Worldviews 2002. The Chicago Council on Foreign Relations and the German Marshall Fund of the United States, Chicago 2002.

Yenal, Alparslan 2004: Europäische Integration: Ein problemorientierter Überblick, in: Georg Weißeno (Hrsg.) 2004: Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Bonn, S. 18-31

Zelikow, Philip 1996: The masque of Institutions, in: Survival, Vol. 38, No. 1, S. 6-18.

Die Internetseite:

<http://www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm>.

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/27/0,3672,2372635,00.html>

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/27/0,3672,2372635,00.html>

<http://www.welt.de/data/2005/09/07/771540.html>

<http://www.thebanker.com/art1july02.htm>

<http://www.ira.com/news/prof/aff1c47b39fbda77569f88f400c9c36f.html>

<http://www.fas.org/man/dod-101/sys/smart/bgm-109.htm>

<http://www.fas.org/spp/military/docops/usspace/>

http://www.armscontrol.org/act/2002_05/millarmay02.asp

<http://www.eia.doe.gov/cneaf/nuclear/uia/chapter2.html>

http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Au%C3%9Fen_und_Sicherheitspolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union

<http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag>

http://de.wikipedia.org/wiki/Bewaffneter_Konflikt

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/neuekriege/akuf2004.html>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Armut>

